



21. Sitzung

Mittwoch, 9. Dezember 2015

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Dietrich Wersich, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Antje Möller und Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg

Inhalt:

Zur Geschäftsordnung	1327	Dora Heyenn fraktionslos	1334
		Dr. Peter Tschentscher, Senator	1335
		CDU-Fraktion:	
Dirk Kienscherf SPD	1327	Mit Basta-Politik gegen die Wand – Senat scheitert mit Olympia und versagt bei Flüchtlingsunterbringung	
Thilo Kleibauer CDU	1327		
Farid Müller GRÜNE	1327		
Michael Kruse FDP	1328		
Dr. Alexander Wolf AfD	1328		
		mit	
Beschluss	1328	FDP-Fraktion:	
Mitteilungen der Präsidentin		Finanzkonzept gefakt, Rot-Grün zerrissen: Scholz muss die Ursachen des Olympiabakels erklären	
Abwicklung, Änderung und Ergänzung der Tagesordnung	1328		
Aktuelle Stunde	1328	André Trepoll CDU	1337, 1347
		Dr. Andreas Dressel SPD	1339, 1353
		Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	1340, 1340
SPD-Fraktion:		Sabine Boeddinghaus DIE LINKE	1341
Kompromissvorschlag zum Länderfinanzausgleich: gut für Deutschland, gut für Hamburg – gut verhandelt		Katja Suding FDP	1343
Jan Quast SPD	1329, 1336	Dirk Nockemann AfD	1344
Thilo Kleibauer CDU	1330	Michael Neumann, Senator	1345
Farid Müller GRÜNE	1331, 1337	Christiane Blömeke GRÜNE	1348
Norbert Hackbusch DIE LINKE	1332	Heike Sudmann DIE LINKE	1349
Katja Suding FDP	1332	Daniel Oetzel FDP	1350
Dr. Bernd Baumann AfD	1333	Detlef Ehlebracht AfD	1352
		GRÜNE Fraktion:	

Es gibt keinen Planet B: Weltklimagipfel in Paris und Hamburgs Klimaplan		Martin Bill GRÜNE	1358
		Heike Sudmann DIE LINKE	1359
		Dr. Wieland Schinnenburg FDP	1359
		Detlef Ehlebracht AfD	1360
(Fortführung am 10.12.2015)			
Fraktion DIE LINKE:		Beschlüsse	1360
Viel heiße Luft – Klimaschutz in Hamburg, warum steuert Kergtan nicht um?		Senatsantrag:	
(Fortführung am 10.12.2015)		Verständigung der Freien und Hansestadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein mit der Europäischen Kommission im Beihilfeverfahren zur HSH Nordbank AG	
AfD-Fraktion:		– Drs 21/2177 –	1361
Klimagipfel in Paris – fehlen Hamburg die Antworten?		mit	
(Fortführung am 10.12.2015)		Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 21/2177:	
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Verständigung der Freien und Hansestadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein mit der Europäischen Kommission im Beihilfeverfahren zur HSH Nordbank AG	
Wahl eines ordentlichen Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission		– Drs 21/2505 –	1361
– Drs 21/631 –	1354	dazu	
und		Antrag der CDU-Fraktion:	
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Neustrukturierung der HSH Nordbank – Ja zu sinnvollen Maßnahmen zum Risikoabbau, Nein zum 16-Milliarden-Blankscheck für den Senat	
Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde		– Drs 21/2524 –	1361
– Drs 21/1466 –	1354	und	
und		Antrag der FDP-Fraktion:	
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Zukunftskonzept für HSH Nordbank entwickeln	
Wahl von Mitgliedern des Richterwahlausschusses und ihren Vertreterinnen und Vertretern		– Drs 21/2527 –	1361
– Drs 21/2326 –	1354	sowie	
Ergebnis	1354	Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:	
Antrag der CDU-Fraktion:		Drs. 21/2177/Anlage 3	
Pendeln attraktiver machen und Innenstadt entlasten – P+R-Gebühren wieder abschaffen		– Drs 21/2553 –	1361
– Drs 21/2367 –	1354	Markus Schreiber SPD	1361
Dennis Thering CDU	1354	Thilo Kleibauer CDU	1362, 1372
Martina Koeppen SPD	1356	Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	1364, 1370, 1376
		Norbert Hackbusch DIE LINKE	1365, 1373, 1376

Michael Kruse FDP	1367, 1374	Die sechste Wasserpreiserhöhung in Folge verhindern! Wasserpreise in 2016 konstant halten	
Andrea Oelschläger AfD	1368		
Dr. Peter Tschentscher, Senator	1369		
Jan Quast SPD	1375	– Drs 21/2522 –	1385
Beschlüsse	1376	Beschluss	1385
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Dringlicher Senatsantrag:	
Wie geht es weiter nach dem Olympiareferendum?		Erhöhung der Ermächtigung von Sicherheitsleistungen zur Absicherung von Wohnungsbauförderdarlehen, Haushaltsplan 2015/2016, Nachbewilligung nach § 35 Landeshaushaltsordnung	
– Drs 21/2387 –	1377	– Drs 21/2308 –	1385
und		mit	
Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:		Bericht des Haushaltsausschusses über die Selbstbefassungsangelegenheit:	
Nach dem Referendum – Positive Ansätze der Bewerbung zugunsten der Stadt und des Sports weiterentwickeln		Dringlicher Antrag – Erhöhung der Ermächtigung von Sicherheitsleistungen zur Absicherung von Wohnungsbauförderdarlehen, Haushaltsplan 2015/2016, Nachbewilligung nach § 35 Landeshaushaltsordnung	
– Drs 21/2383 Neufassung –	1377	– Drs 21/2506 –	1385
Mehmet Yildiz DIE LINKE	1377, 1384		
Juliane Timmermann SPD	1378		
Thomas Kreuzmann CDU	1380		
Christiane Blömeke GRÜNE	1381		
Daniel Oetzel FDP	1383		
Dr. Jörn Kruse AfD	1383		
Beschlüsse	1385	und	
Antrag der FDP-Fraktion:		Senatsantrag:	
Medienkompetenzförderung an Hamburger Schulen sicherstellen		Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen und Haushaltsplan 2015/2016 Nachbewilligung nach § 35 Landeshaushaltsordnung	
– Drs 21/2390 –	1385	– Drs 21/1838 –	1385
Beschluss	1385		
Senatsantrag:		im Vorwege überwiesen an den Fachausschuss; dazu	1386
Anhebung der Wasserpreise der Hamburger Wasserwerke GmbH (HWW)		Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:	
– Drs 21/2172 –	1385	Aufstockung der Wohnungsbauförderung: Wohnunterkünfte zu neuen Quartieren in guter Nachbarschaft entwickeln – 25 Punkte für eine gelingende Integration vor Ort	
im Vorwege überwiesen an den Fachausschuss; dazu	1385	– Drs 21/2550 –	1386
Antrag der FDP-Fraktion:		und	

Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:

Mehr Rechtssicherheit bei der Genehmigung und Errichtung von Flüchtlingsunterkünften – § 246 BauGB für "Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen" ausschöpfen

– Drs 21/2551 –

1386

sowie

Anpassung der Methodik zur Berechnung des langjährigen Trends der Steuererträge und Fortschreibung für das Jahr 2016 sowie Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzrahmengesetzes (Senatsantrag)

– Drs 21/2411 –

1411

Beschlüsse

1411

Antrag der FDP-Fraktion:

SOG-Unterbringung für Folgeunterkünfte beenden. Transparenz und Bürgerbeteiligung wagen!

– Drs 21/2388 –

1386

Dr. Andreas Dressel SPD 1386, 1404

Karin Prien CDU 1390

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE 1392

Christiane Schneider DIE LINKE 1394, 1408

Jennyfer Dutschke FDP 1396, 1407

Detlef Ehlebracht AfD 1399

Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin 1400

Birgit Stöver CDU 1402, 1403

Olaf Duge GRÜNE 1406

Dirk Kienscherf SPD 1409, 1410

Beschlüsse

1411

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 21/1736:

Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 26. März 2014 "ÖPNV-Strategie Hamburg 2030: Bahn frei für den langfristigen Schienenverkehrsausbau" (Drucksache 20/11267) Langfristige Weiterentwicklung des U-Bahn-Netzes, Sachstand und Finanzierung von Planungen für die Verlängerungen der U4 zum Kleinen Grasbrook und zur Horner Geest sowie für die neue U-Bahn-Linie U5 (Senatsantrag)

– Drs 21/2393 –

1411

Beschlüsse

1411

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 21/2176:

Beginn: 15.03 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Bitte nehmen Sie Platz. Die Sitzung ist eröffnet.

Mir ist mitgeteilt worden, dass vor Eintritt in die Tagesordnung aus den Reihen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gemäß Paragraf 44 in Verbindung mit Paragraf 26 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. – Herr Kienscherf, Sie haben es für maximal zwei Minuten.

Dirk Kienscherf SPD (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie bereits angekündigt, beantragen die Fraktionen von SPD und GRÜNEN gemäß Paragraf 26 Absatz 4 in Verbindung mit Paragraf 26 Absatz 1 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft die Ergänzung der heutigen Tagesordnung um den Punkt 55c, die Drucksache 21/2411, den Bericht des Haushaltsausschusses zum Finanzrahmengesetz. Gleichzeitig beantragen wir neben der Ergänzung der Tagesordnung auch die entsprechende Debatte.

Ich will nur ganz kurz etwas zum Inhalt sagen. Ziel ist es, dass wir gemäß Paragraf 27 der Landeshaushaltsordnung den Steuertrend im zweiten Jahr eines Doppelhaushalts anpassen. Das tun wir. Kern der Drucksache ist, dass wir das Finanzrahmengesetz entsprechend fortschreiben und dass wir es gleichzeitig dadurch schaffen, dem Senat eine gute Grundlage zu geben für die Finanzplanung der nächsten Jahre. Wir bitten daher heute um Befassung, Beschlussfassung und Debatte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Herr Kleibauer von der CDU-Fraktion, ebenfalls für maximal zwei Minuten.

Thilo Kleibauer CDU (zur Geschäftsordnung):* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kienscherf, mit der Geschäftsordnung wird immer ein bisschen nach dem Motto verfahren, was nicht passt, wird passend gemacht. Ordentliches Regieren ist das nicht, ordentliches Regieren wäre es gewesen, wenn uns der Finanzsenator die Drucksache rechtzeitig hätte zukommen lassen.

(Beifall bei der CDU, der FDP und der AfD)

Sie sind ein bisschen auf den Inhalt eingegangen. Es ist eine gesetzliche Änderung,

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Ist auch nicht so kompliziert!)

und man braucht sie für die Änderung der Finanzplanung. Es geht dabei konkret um 2,5 Milliarden Euro, und da kann es Ihnen nicht schnell genug gehen, das für Rot-Grün in dieser Legislaturperiode nutzbar zu machen. Das ist eher ein Warnsignal für diese Stadt, Herr Kienscherf.

(Beifall bei der CDU, der FDP und der AfD)

Mir ist klar, dass eine Bürgerschaftsmehrheit ihre Mehrheit an so einer Stelle auch nutzt. Sie dürfen sie auch nutzen, aber Sie sollten sie nicht beliebig ausnutzen. Gerade wenn wir uns die heutige Tagesordnung ansehen, stellen wir fest, dass relativ viele Dinge in dieser Doppelsitzung gelandet sind, bei denen das parlamentarische Verfahren zumindest grenzwertig war. Es sind einige Dinge, die sehr hektisch außerhalb des Regelfalls mit Ausnahmeregelungen durch die Bürgerschaft gelaufen sind, auf die Tagesordnung gekommen, und das darf nicht so sein. Es gab einige Dinge, bei denen die Drohung im Raum stand, dass sie dann eben nicht im Ausschuss debattiert würden, sondern gleich in die Bürgerschaft kämen. Auch da geht es in der Regel um Milliardenbeträge, und das darf nicht sein. Deshalb an dieser Stelle der klare Appell: Manchmal ist es verständlich, dass Dinge nachträglich auf die Tagesordnung kommen, aber wir sollten hier nicht den Ausnahmefall zur Regel werden lassen, liebe Kollegen von Rot und Grün.

(Beifall bei der CDU, der FDP und der AfD –
Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Machen wir auch nicht!)

Präsidentin Carola Veit: Herr Müller von der GRÜNEN Fraktion hat das Wort ebenfalls für maximal zwei Minuten.

Farid Müller GRÜNE (zur Geschäftsordnung):* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kleibauer, wir hatten die Drucksache im Haushaltsausschuss. Sie hätte vom Bericht her bis Mittwoch für die Erstellung der Tagesordnung fertiggestellt werden können. Sie haben sich dann bis Donnerstag Zeit gelassen. Man kann darüber nachdenken, ob das Zufall war. Wir haben dann noch einmal darüber gesprochen, ob es nicht doch möglich wäre, das hier einvernehmlich auf die Tagesordnung zu setzen. Da kam kein positives Signal. Es geht hier nicht nur um irgendwelche Planungen, sondern es geht auch darum, dass das, was die Bundesregierung beschlossen hat, nämlich die Zuweisung für die Flüchtlinge, die Unterstützung für die Länder und Kommunen, ab 1. Januar dann auch bei denen ankommt, für die es gedacht ist. Das wollen wir hier sicherstellen, und um nichts anderes geht es.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Kruse von der FDP-Fraktion bekommt das Wort.

Michael Kruse FDP (zur Geschäftsordnung): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich den Worten von Herrn Kleibauer im Wesentlichen anschließen. Einem Feierabend-Abgeordneten vorzuwerfen, dass er zwei Tage dafür braucht

(Zurufe von der SPD: Teilzeit!)

– Teilzeit-Abgeordneten, der Vorwurf trifft trotzdem noch zu –, ein umfangreiches Protokoll zu so einer wesentlichen Drucksache freizugeben, das ist schon sehr bitter.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD)

Das Problem liegt doch an einer ganz anderen Stelle. Das Problem ist doch, dass Sie es weder in der Koalition noch im Senat überhaupt schaffen, Drucksachen rechtzeitig zu liefern,

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Hätten wir einen FDP-Leistungsträger genommen!)

dass Sie sämtliche Beratungsfristen verkürzen und dass Sie die Bürgerschaft zu einer reinen Abstimmungsmaschinerie verkommen lassen. Dann sitzen wir am Freitag wieder zusammen und überlegen, wie denn die Attraktivität der Bürgerschaft gesteigert werden kann. Fangen Sie doch einmal an, sich an die Verfahren zu halten und das regelmäßig einzuhalten. Dann hätten wir schon eine deutliche Attraktivitätssteigerung, und dann wäre den Leuten draußen auch deutlich, was wir eigentlich immer so tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Wolf von der AfD-Fraktion bitte.

Dr. Alexander Wolf AfD (zur Geschäftsordnung):* Ganz kurz. Aus den von Herrn Kollegen Kleibauer genannten Gründen – bei Herrn Meyer ist es ähnlich,

(Zuruf: Kruse heißt er!)

bei Herrn Kollegen Kruse – stimmen wir gegen diese kurzfristige Ergänzung der Tagesordnung. Etwas mehr Zeit und etwas mehr Achtung vor den Abgeordneten sollten dazugehören. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer möchte, dass der Bericht des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 21/2411 nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen und heute als letzter Debattenpunkt aufgerufen wird, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Gegenpro-

be. – Enthaltungen? – Dann ist das bei zwei Enthaltungen so mehrheitlich beschlossen worden.

Die Drucksache wird als Punkt 55c nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen und heute als letzter Debattenpunkt beraten.

Wir steigen dann in die heutige Tagesordnung ein. Bevor wir zur Aktuellen Stunde kommen, habe ich Ihnen zuvor noch einige einvernehmliche Abweichungen von der Empfehlung des Ältestenrats mitzuteilen. Zunächst sind die Fraktionen übereingekommen, die Tagesordnung um zwei weitere Punkte zu ergänzen. Hierbei handelt es sich um die beiden Berichte des Haushaltsausschusses aus Drucksache 21/2505 und 21/2506. Die entsprechenden Drucksachen liegen Ihnen jetzt vor und wurden als Tagesordnungspunkte 55a und 55b nachträglich in unsere Tagesordnung aufgenommen. Punkt 55a wird gemeinsam mit TOP 20c als zweiter Debattenpunkt aufgerufen und TOP 55b gemeinsam mit TOP 20 als sechster Debattenpunkt.

Zudem haben sich die Fraktionen darauf verständigt, TOP 72, den Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN aus Drucksache 21/2383 Neufassung, gemeinsam mit dem unter TOP 76 zur Debatte angemeldeten Antrag der LINKEN aus Drucksache 21/2387 beraten zu wollen.

Darüber hinaus wird dann noch TOP 4, das ist die Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung, einvernehmlich vertagt.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind sechs Themen angemeldet worden, und zwar

von der SPD-Fraktion

Kompromissvorschlag zum Länderfinanzausgleich: gut für Deutschland, gut für Hamburg – gut verhandelt

von der CDU-Fraktion

Mit Basta-Politik gegen die Wand – Senat scheitert mit Olympia und versagt bei Flüchtlingsunterbringung

von der GRÜNEN Fraktion

Es gibt keinen Planet B: Weltklimagipfel in Paris und Hamburgs Klimaplan

von der Fraktion DIE LINKE

Viel heiße Luft – Klimaschutz in Hamburg, warum steuert Kerstan nicht um?

von der FDP-Fraktion

(Präsidentin Carola Veit)

Finanzkonzept gefakt, Rot-Grün zerrissen:
Scholz muss die Ursachen des Olympiade-
bakels erklären

und von der AfD-Fraktion

Klimagipfel in Paris – fehlen Hamburg die
Antworten?

Die Fraktionen sind übereingekommen, das zweite
und fünfte Thema gemeinsam debattieren zu wol-
len.

Ich rufe nun zunächst das erste Thema auf. Dazu
bekommt Herr Quast von der SPD-Fraktion das
Wort.

Jan Quast SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen
und Herren! Nachdem wir heute auf der Tagesord-
nung einige Themen haben – auch dank der
CDU –, bei denen es um Vergangenheitsbewälti-
gung geht und auch darum, Risiken in der Zukunft
zu erkennen,

*(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Ihr sorgt für den
Blankoscheck!)*

haben wir zumindest ein Thema, bei dem wir die
Einnahmensicherung für Hamburg in der Zukunft
besprechen können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Im Oktober 2011 haben die Regierungschefs der
Länder Verhandlungen aufgenommen, um die
Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020 neu zu
regeln. Das ist erforderlich, weil die Regelungen
des Solidarpakts II Ende 2019 auslaufen.

In der vergangenen Woche ist es nun unter Feder-
führung unseres Ersten Bürgermeisters Olaf
Scholz gelungen, eine Einigung unter den 16 Län-
dern herzustellen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Eine Verständigung, an die viele nicht mehr ge-
glaubt haben, weil die Interessen der Länder eben-
so unterschiedlich sind wie die Länder selbst.
Einen Kompromiss zu erzielen ist ein großer Erfolg
für unseren Bürgermeister, dazu auch herzlichen
Glückwunsch. In der Sache ist es aber auch ein
großer Erfolg für Hamburg, was dort ausverhandelt
wurde.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Insgesamt ist die Einigung ein Bekenntnis zu ei-
nem solidarischen Föderalismus, der bei aller Dis-
kussion in Detailfragen unser Land auch so erfolg-
reich gemacht hat, der uns die Stärke gegeben
hat, die deutsche Einheit zu bewältigen, und uns
jetzt dazu verhilft, die Herausforderung des Zu-
stroms an Flüchtlingen zu bewältigen.

Ziel des Länderfinanzausgleichs ist es, eine
Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den
Ländern zu schaffen oder dazu beizutragen, indem

die unterschiedliche Wirtschafts- und Finanzkraft
der Länder im Nachgang austariert wird. Weil das
so ist und weil es gelungen ist, sozialdemokrati-
sche, christdemokratische, christsoziale, grüne und
linke Ministerpräsidenten zu einer gemeinsamen
Linie bei der Neuordnung der bundesstaatlichen
Finanzbeziehungen zusammenzubringen, wird am
Ende auch der Bund, der auch nicht gänzlich un-
beteiligt gewesen ist, diese Einigung mittragen. Da
bin ich mir sehr sicher.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dieses Verhandlungsergebnis auf politischer Ebe-
ne ist auch deshalb zu begrüßen, weil nicht Rich-
tern die Entscheidung über eine derartig wichtige
und zugleich komplexe Materie überlassen wurde,
wie das Bayern und Hessen mit ihrer Verfassungs-
klage durchaus angegangen sind, sondern eine
politische Lösung erzielt wurde und damit dieses
Thema, das für die Länder, aber auch für den
Bund so wichtig ist, durch Politik geregelt wird.

Hamburg hat, anders als Bayern und Hessen, kei-
ne Klage erhoben. Hamburg war seit Bestehen
des Länderfinanzausgleichs fast immer Zahlerland
und hat sich der Klage, genauso wie Baden-Würt-
temberg, nicht angeschlossen, sondern auf diese
Verhandlungslösung hingearbeitet, wie sie auch im
Koalitionsvertrag auf Bundesebene angelegt ist.
Das zeigt, dass Verhandeln besser ist als Klagen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Gemeinsam mit dem Bundesfinanzminister hatte
Olaf Scholz schon im Vorfeld einige Vorschläge
über das Volumen einer Einigung vorgelegt,
11 Milliarden Euro standen einmal zur Debatte.
Jetzt ist auf Bundesebene durch die CDU ins Ge-
spräch gebracht worden, den Solidaritätszuschlag
ab 2020 schrittweise bis 2030 abzusenken und
dann aufzulösen. Ich weiß nicht, ob das der richti-
ge Schritt ist, um mit den finanziellen Herausforde-
rungen der Zukunft umzugehen. Ob das auch
nachhaltig sein kann, das werden wir noch sehen.
Es zeigt aber, dass man sich auf einer neuen
Grundlage verständigen musste. Ob es am Ende
dann um 8,5 Milliarden oder 11 Milliarden Euro
geht, ob die Frage ist, ob man die Bundesbeteili-
gung auf Grundlage der Preise von 2014 be-
schreibt oder ob man die Inflation von morgen in
die Rechnung einbezieht, all das wird am Ende je-
denfalls nicht darum herumführen, dass der Bund
sich beteiligen wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Verständigung sprengt sicherlich nicht die
Möglichkeiten des Bundes, auch wenn sich Haus-
haltspolitiker – das würden wir doch genauso ma-
chen – auf Bundesebene erst einmal skeptisch äu-
ßern. Aber in Wirklichkeit geht es um 1 Milliarde
Euro. Es ist gelungen, 3 Milliarden Euro für die
Flüchtlinge aus Bundesmitteln lockerzumachen,

(Jan Quast)

worüber wir sehr froh sind. Dann wird es am Ende nicht an 1 Milliarde Euro scheitern.

Die Einigung ist auch ein Wert an sich, weil die Länder eine Neuordnung erstmals seit über vier Jahrzehnten auf dem Verhandlungswege und ohne eine Aufforderung des Bundesverfassungsgerichts erreicht haben. Das verdient, honoriert zu werden, genauso wie die erzielten Ergebnisse. So wird der Umsatzsteuervorwegausgleich wegfallen, sodass auch Nordrhein-Westfalen künftig Zahlerland wird. Die neuen Länder erhalten eine Bundesergänzungszuweisung zur Stärkung ihrer kommunalen Finanzkraft, und die Haushaltsnotlageländer Saarland und Bremen bekommen eine zusätzliche Sanierungshilfe.

Ich will zum Schluss noch etwas zu Hamburg sagen, denn auch Hamburg fährt mit diesem Kompromiss gut, und er verdient unser aller Unterstützung. Wir erhalten Planungssicherheit, und die Stadtstaatenwertung, also die Einwohnerwertung, bleibt erhalten, um die Aufgabenwahrnehmung für die Metropolregion zu sichern, wie auch in anderen Ländern. Deswegen kann ich Sie nur bitten, dass Sie, wenn es in Ihren Entscheidungsmöglichkeiten steht, auch auf Bundesebene dieses Verfahren weiter unterstützen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Kleibauer von der CDU-Fraktion erhält nun das Wort.

Thilo Kleibauer CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Quast, das ist ein schönes Timing mit der Debattenanmeldung. Heute Morgen konnten wir in der Zeitung lesen, dass Carsten Schneider, Ihr einflussreicher Fraktionsvize aus der Bundestagsfraktion, mit dem Sie sich gestern noch auf der Rathaustrampe haben schön fotografieren lassen, sagt: Mit mir nicht. 8,5 Milliarden Euro seien immer vereinbart gewesen und das habe für das Jahr 2019 gegolten. Das hat er relativ deutlich gesagt.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Bernd Baumann* AfD)

Ich bin auch ein überzeugter Landesvertreter, und ich freue mich, wenn wir als Bundesland mehr Geld vom Bund bekommen, aber ich sage auch, es wäre deutlich besser gewesen, wenn der Bund von vornherein dabei gewesen wäre. Es ist nämlich eine skurrile Situation, dass am Freitag letzter Woche 16 Ministerpräsidenten in ihrer jeweiligen Heimathauptstadt sagten, sie hätten einen super Kompromiss erreicht und würden mehr Geld für ihr Bundesland bekommen. Aber es wurde die Kasse vom Bund geplündert, der gar nicht im Raum war. Das finde ich vom Verfahren her etwas merkwürdig, das kann es doch nicht sein.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Bernd Baumann* AfD – *Dr. Anjes Tjarks* GRÜNE: Wir haben den Solidaritätszuschlag!)

Es ist ein klassischer Vertrag zulasten Dritter, und wir fühlen uns beinahe ein paar Tage zurückversetzt und müssen uns nur vor Augen halten, was denn Olaf Scholz bei der Olympia-Finanzierung gemacht hat. Das ist so ähnlich gelaufen, und da kann ich nur sagen: Aus diesem Desaster haben Sie nichts gelernt.

(Beifall bei der CDU)

So zu agieren ist kurzsichtig, so zu agieren ist lediglich aktionistisch, das hilft uns auf Dauer nicht weiter.

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Warum ist Horst Seehofer dafür?)

Kommen wir auf die Hamburger Ebene. Ich stelle mir bei diesem Kompromiss vor, wie dieser Senat mit den Bezirken umgehen würde. Wir haben sieben Bezirke. Herr Scholz, legen Sie einfach einmal das Geld auf den Tisch, was im Haushaltsplan für die Jugendeinrichtungen in den Bezirken vorgesehen ist. Ich glaube, die Summe liegt bei 23 oder 24 Millionen Euro. Legen Sie diese Summe auf den Tisch, sagen Sie den sieben Bezirksamtsleitern, sie sollten sich zusammensetzen und sich einigen. Ich bin mir sicher, wir erreichen eine super Einigung, die in allen Bezirken mit großen Mehrheiten begrüßt wird, und diese Einigung heißt dann nicht 23 oder 24 Millionen Euro, sondern 27 oder 28 Millionen Euro. Dann würde ich gern einmal sehen, wie dieser Senat darauf reagiert.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Jörn Kruse* AfD)

Es ist richtig und wichtig, dass sich beim Länderfinanzausgleich etwas tut. Es ist aus meiner Sicht auch wichtig,

(Zurufe von der SPD: Ah!)

dass sich rechtzeitig vor dem Auslaufen 2019 etwas tut. Wir sollten aber nicht so tun, als sei das jetzt etwas ganz Tolles. Wenn man sich das durchliest, ist es nach wie vor ein System, das sehr intransparent ist, ein System, das von Tausenden Sonderfällen aus ganz unterschiedlichen Gründen lebt. Ob das eine zukunftsfähige Struktur ist, muss man dann sehen.

Es gibt im Übrigen viele andere Themen, bei denen sich der Bund durchaus bewegt hat und die Länder auch einmal zu einer Einigung kommen müssen, zum Beispiel beim Thema Erbschaftsteuer, genauso wie beim Thema Regionalisierungsmittel, Mittel nach dem Regionalisierungsgesetz für den Nahverkehr. Auch da hat der Bund etwas auf den Tisch gelegt, und die Länder streiten sich noch über die Aufteilung.

(Thilo Kleibauer)

Meine Damen und Herren! Es ist gut, wenn es in kleinen Schritten weitergeht. Aber es gibt auch viele Dinge, die man besser machen muss.

(Dr. Monika Schaal SPD: Hat immer was zu meckern!)

Ich möchte aus Landessicht noch etwas anderes sagen. Ich finde, gerade als Vertreter eines Bundeslandes muss man schauen, wo die eigenen Stärken liegen. Wo sind die eigenen Qualitäten? Welche eigene Strategie haben wir, um im föderalen System gut dazustehen? Und das sollte auch im Vordergrund stehen. Es kann nicht sein, immer nur nach Geld vom Bund zu rufen, wie wir das in vielen Fällen, auch im Hochschulbereich und an anderer Stelle, gesehen haben, und dabei die eigentlichen Kernaufgaben zu vergessen. Da muss Hamburg wesentlich mehr tun. Es kann nicht sein, sich immer nur über Bundesmittel zu freuen, die dann gern, wenn sie kommen, zweckentfremdet werden. Es muss wesentlich mehr an eigenen, an landesspezifischen Strategien für den Standort Hamburg gearbeitet werden.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Müller von der GRÜNEN Fraktion.

Farid Müller GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wahrscheinlich haben Sie ein bisschen länger nachgedacht, Herr Kleibauer, wie Sie jetzt damit umgehen, dass wir dieses Thema angemeldet haben.

(André Trepoll CDU: Ja, ja, das hat uns den Schweiß auf die Stirn getrieben!)

– Doch, doch.

Sich jetzt auf einen SPD-Kollegen zu berufen, ihm zu applaudieren und zu sagen, es sei ganz toll, dass es da jetzt vielleicht Streit gebe, ist eigentlich eine absurde Sache. Wegen dieser absurden Parteien-Zickereien gibt es auch häufiger Politikverdrossenheit.

(Heiterkeit bei der CDU)

Sie haben nicht verstanden, dass es bei den Verhandlungen zwischen Bund und Ländern eine Person gegeben hat, die das bisher nicht geschafft hat, das war nämlich Herr Schäuble. Die Länder haben sich einmal zusammengesetzt und versucht, ob sie ohne diesen Herrn eine Lösung finden. Dann haben sie eine gefunden, und wenn man hinterher kritisiert, dass Herr Schäuble nicht dabei gewesen sei, dann ist das wohlfeil.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie sitzen hier für die Interessen Hamburgs, das tun wir alle, und für die Interessen Hamburgs wurde viel erreicht. Beispielsweise ist die Einwohnerwertung, die gar nicht einmal so sicher war bei all

den vielen Verhandlungen, gerettet worden. Dafür müssen wir immer kämpfen als Stadtstaaten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die besonderen Hafenlasten sind auch berücksichtigt worden. Hamburg hat da einen guten Job gemacht, und ich hätte mir schon gewünscht, abseits der Parteipolitik, dass das wenigstens anerkannt worden wäre, denn es geht hier zuerst um die Stadt und dann um die Partei.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es sind im Übrigen auch viele Elemente von der CDU in diesen Kompromiss eingeflossen, insbesondere die Frage des Umsatzsteuervorausgleichs. Auch da gab es durchaus sehr viele CDU-geführte Länder – so viele sind es nicht mehr, aber die, die es noch gibt –,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die haben auch zugestimmt!)

die das vorgetragen haben. Letztendlich geht es doch darum: Hamburg hat seinen Anteil dafür geleistet, dass wir weiter ein solidarisches Miteinander unter den Bundesländern garantieren können für die nächsten Jahre. Das war nach der Klage von Bayern nicht mehr sicher.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es hätte keine Einigung gegeben, wenn alle Länder das Gefühl gehabt hätten, sie gingen als Föderalismus-Verlierer aus diesen Gesprächen hinaus. Deswegen ist diese Einigung schon ein Wert an sich. Unsere Aufgabe als Länder ist es jetzt, dass wir ganz eindeutig mit dem Bund in die Verhandlungen treten und sehen, wie viel der Bund nun beitragen kann, dass dieser Kompromiss Bestand hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn ich sehe, dass wir auch noch 172 Millionen Euro mehr bekommen, abseits der Einwohnerwertung, abseits des Gemeindefinanzierungsgesetzes, des Verkehrsgesetzes und abseits davon, dass die kommunale Kraft viel mehr als bisher weiter berücksichtigt wird, dann ist auch das für Hamburg sehr positiv im Ergebnis zwischen Bund und Ländern. All das haben Sie nicht weiter erwähnt, es interessiert Sie möglicherweise nicht. Wenn Sie uns dann sagen, wir sollten uns auf den Standort Hamburg konzentrieren, dann kann ich nur antworten: Sehen Sie sich einmal an, welche Überschüsse wir dieses Jahr erzielen. – Vielen Dank auch an diese Opposition.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE erhält das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Quast, wir sind zwar in der Weihnachtszeit, aber Lobpreisungen des Herrn finde ich an dieser Stelle völlig übertrieben. Das ist nicht die adäquate Art und Weise, damit umzugehen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Joachim Lenders* CDU – *Jörg Hamann* CDU: Seines Herrn!)

– Und auch seines Herrn, genau, das bezog sich schon darauf.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Monika Schaal* SPD: Nächste Debatte!)

Es ist gerade eine Woche nach dem Olympia-Entscheid. Bei der finanziellen Einigung von Herrn Schäuble und Herrn Scholz wurde bezüglich Olympia an dem Abend des Entscheids noch einmal deutlich von Herrn Schäuble dargestellt, dass dieser Olympia-Entscheid völlig richtig entschieden worden sei von der Hamburger Bevölkerung. Der Bund hätte nicht das Geld übernommen, wie es vorher gesagt wurde. Dort hat Herr Scholz auch gezeigt, dass er große Schwierigkeiten hat, sich mit dem Bund über finanzielle Angelegenheiten zu einigen. Dementsprechend ist es jetzt wohl an dieser Stelle notwendig gewesen, Herrn Scholz zu lobpreisen. Aber das ist eine SPD-Logik und keine Logik dieser Stadt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte trotzdem sagen, dass es etwas übertrieben ist, diese Angelegenheit gegenwärtig schon so zu feiern, denn es ist natürlich schwierig, sich mit dem Bund darüber zu einigen. Da hat Herr Kleibauer recht. Trotzdem sind diese gemeinsame Entscheidung und dieser Kompromiss ein positiver Schritt. Ich will es an verschiedenen Punkten verdeutlichen. – Wir sind immer sehr abgewogen in unseren Einschätzungen.

(Beifall bei der LINKEN – Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Damit kommen Sie nicht immer zurecht, wenn wir mal kritisieren und mal loben.

Natürlich wurde schon der Punkt der Veredelung des Hamburger oder Bremer Menschen dargestellt, aber das will ich nicht genauer ausführen. Ich finde, das Entscheidende hier sind zwei bis drei Punkte. Erstens: Es ist mit diesem Kompromiss gelungen, die Idee, dass es eine Steuerkonkurrenz zwischen den Ländern geben soll – diese Idee wurde durchaus ernsthaft diskutiert –, zurückzuweisen. Das halte ich für einen absoluten Fortschritt für diejenigen, die in diesem Land für solidarische Steuern sind. Ich finde, das sollte man auch gemeinsam feiern.

(*Dr. Monika Schaal* SPD: Ach nee!)

– Ja, einmal so.

Zweitens: Ich finde es völlig richtig, dass wir mehr Geld bekommen für die Länder, für die Kommunen und für die Aufgaben, die dort anliegen. Insbesondere angesichts der Flüchtlingssituation ist es absolut notwendig – wir sagen das seit Jahren –, für die Infrastruktur in den Ländern und Gemeinden mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Dieser Schritt ist also ein richtiger Schritt, den der Bürgermeister mit ausverhandelt hat und auch richtig ausverhandelt hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind dort einen Schritt weitergekommen, und darüber sollte man sich an dieser Stelle gemeinsam freuen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt hat Frau Suding von der FDP-Fraktion das Wort.

Katja Suding FDP: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Gerade ist das Olympia-Referendum gescheitert, Olaf Scholz ist damit gescheitert, und zwar auch deswegen,

(Zurufe von der SPD – *Dr. Monika Schaal* SPD: Dann sind Sie auch gescheitert!)

weil er von Finanzierungszusagen des Bundes ausging, die so gar nicht abgesprochen waren, wie wir jetzt feststellen mussten. Aber darüber werden wir gleich noch sprechen. Gerade fünf Tage ist also das Scheitern von Olaf Scholz' Finanzierungs-konzept her, da stellt er sich schon wieder vor die Kameras und präsentiert erneut eine Rechnung, die offenbar wieder ohne den Wirt im Bund gemacht wurde. Entweder sollte das ein Revanche-foul an Wolfgang Schäuble sein für dessen Ehrlichkeit am Abend des Olympia-Referendums bei Günther Jauch, oder aber unser Erster Bürgermeister wird aus Schaden partout nicht klug.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Es ist auch schlichtweg falsch zu sagen, dass sich die 1,2 Milliarden Euro, die der Bund nun im Vergleich zum gemeinsamen Scholz-Schäuble-Papier aus dem Sommer mehr bezahlen soll, allein auf einen anderen Zeitpunkt beziehen, wie immer dargestellt wird. Fakt ist: Im April wollte der Bund noch 7 Milliarden Euro dazugeben, im Scholz-Schäuble-Papier vom Sommer waren es dann 8,5 Milliarden Euro, und jetzt haben sich die Länder auf knappe 9,7 Milliarden Euro geeinigt. Verantwortlich dafür sind zum einen deutlich höhere Zinshilfen; das haben wir schon gehört. Dann kommt der lineare Anpassungstarif bei der Umsatzsteuerverteilung dazu, der nun deutlich niedriger liegt, als es im Sommer geplant war, also 63 statt 67,5 Prozent. Das heißt, der Bund müsste

(Katja Suding)

also zum Ausgleich noch einmal deutlich mehr hinzuzahlen.

Was den angeblichen Verhandlungserfolg von Olaf Scholz angeht, will ich einen Satz aus der IW-Studie zum Länderfinanzausgleich von Ende September zitieren:

"Der Stadtstaat Hamburg ist ein Verlierer des neuen linearen Tarifs, da der auf Hamburg angewendete Satz mit 67,5 Prozent [...]"

– jetzt sind es nur noch 63 Prozent –

"[...] nun höher ist als zuvor mit 44 Prozent."

Der Erfolg des Ersten Bürgermeisters ist also doch deutlich weniger sensationell, als Rot-Grün es immer darstellt, und deswegen sollten Sie vielleicht etwas weniger lautstark jubeln.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich möchte auf ein paar Punkte in dem Kompromiss eingehen, vor allen Dingen auf Punkte, die aus unserer Sicht fehlen. Die vorgeschlagene Lösung ist in der Tat einfacher, insbesondere durch den Wegfall des Umsatzsteuervorgangsausgleichs. Hierzu gibt es von unserer Seite auch einen vorsichtigen Beifall.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ui!)

– Ja. Auch wir sind sehr ausgewogen.

Aber insgesamt bleibt das System des Länderfinanzausgleichs viel zu intransparent. Versuchen Sie doch einmal, den Menschen zu erklären, wie genau sich die für jedes Land völlig unterschiedlichen Zu- und Abschläge entsprechend der Finanzkraft bei der Umsatzsteuerverteilung errechnen. Das wird Ihnen nicht gelingen. Wir Freien Demokraten halten deshalb deutlich mehr Transparenz für geboten.

(Beifall bei der FDP)

Uns sind auch die Anreize für Haushaltsdisziplin auf der Ausgabenseite sowie die Anreize für eigene wirtschaftliche und infrastrukturelle Anstrengungen zur Förderung der Einnahmenseite nach wie vor viel zu gering. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal an die Dresdner Erklärung der Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten von 2012 erinnern, in der eine Stärkung der Budgethoheit der Länder gefordert wurde, zum Beispiel durch mehr eigene Steuergesetzgebungskompetenz. Davon ist aber in diesem Kompromiss leider nicht viel zu sehen. Ebenso fehlt die Verankerung des Konnexitätsprinzips, wonach diejenige Ebene zahlt, die etwas bestellt, was zum Beispiel zusätzliche Belastungen der Kommunen durch Bund oder Länder ohne jeweilige Gegenfinanzierung verhindern würde. Auch das wurde in der Dresdner Erklärung schon gefordert.

Und last, but not least: Der Soli ist und bleibt aus unserer Sicht ein überfälliges Auslaufmodell. Es ist aber jetzt völlig unklar, ob er nicht dauerhaft erhalten bleibt und so am Ende alle Steuerzahler die Zeche für diesen Kuhhandel zahlen werden, denn auch die CDU will den Soli gern bis 2030 erhalten. Das ist übrigens zufällig genau das Jahr, in dem erstmals eine Evaluierung der jetzt gefundenen Einigung der Ministerpräsidenten anstehen soll.

Meine Damen und Herren! Auch wenn Sie sich noch so sehr dafür feiern möchten, was der Erste Bürgermeister verhandelt hat, aus unserer Sicht lässt sich das Ergebnis in einem Satz zusammenfassen: Der Berg kreiße und gebar eine Maus.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion bekommt das Wort.

Dr. Bernd Baumann AfD:* Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben es nicht oft, dass ein Thema der Aktuelle Stunde in solch einem Jubel-Ton angekündigt wird wie dieses Mal.

"[...] gut für Deutschland, gut für Hamburg – gut verhandelt."

Da ist auch noch ein dickes Eigenlob dabei; gut gelungen.

(Arno Münster SPD: Tue Gutes und rede darüber!)

– Ja, natürlich.

Das Interessante ist, dass alle 16 Länderchefs das unterstützen. Die sind auch alle beeindruckt, die finden das auch alle gut. Das macht schon ein bisschen stutzig. Ein gewaltiger Durchbruch sei gelungen. Alle 16 Bundesländer sagen, sie hätten jetzt mehr Geld oder zumindest genauso viel, keiner fühlt sich benachteiligt. Aber die Wirtschaftsinstitute, das Institut der deutschen Wirtschaft zum Beispiel, oder die Fachpresse reagieren sehr kritisch. Woran liegt das? Ich will nur einige Punkte nennen.

Da ist die immer noch sehr große Undurchschaubarkeit, die Intransparenz und unsystematische Willkür, wie manche Punkte zugeordnet werden. Professor Renzsch, einer der führenden Föderalismusexperten im Land, sagt, er habe an vielen Punkten große Schwierigkeiten, das überhaupt zu verstehen. Fachjournalisten erwähnen Beispiele. So gibt es Bundesergänzungszuweisungen, die jedem Land für ganz spezielle Dinge zugeordnet werden.

(Sylvia Wowretzko SPD: Was schlagen Sie denn vor?)

Brandenburg zum Beispiel bekommt 10 Millionen Euro hinzu, und zwar für hohe Kosten politischer Führung. Was ist das? Darunter lässt sich alles

(Dr. Bernd Baumann)

subsumieren. So baut sich das ganze Konstrukt auf, und das ist das Problem. Es ist das Ergebnis eines Schacherns, dem jedes Land hinterher zustimmen sollte und damit sozusagen Einzelbefriedigung bekommen hat. Das ist der erste Kritikpunkt.

Der zweite Punkt ist, das ist schon angesprochen worden, dass die Rechnung ohne den Wirt gemacht worden ist. Der Senat jubelt zu früh. Olympia als Warnsignal, ich muss es nicht wiederholen. Der Bund hat noch nicht zugesagt. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU, Brinkhaus, hat bereits abgelehnt. Er findet das nicht akzeptabel. Frau Suding, Sie haben gerade einen anderen Stellvertreter genannt. Warum, liebe SPD, brechen Sie das jetzt vom Zaun? Warum dieser parlamentarische Jubel, wo der Bär noch gar nicht erlegt ist, dessen Fell Sie verteilen? Sie hätten doch noch warten können. Es ist absolut unverständlich, dass wir uns jetzt damit befassen müssen. Das hätte noch Zeit gehabt.

(Beifall bei der AfD)

Der dritte Punkt: Es kommt unbemerkt eine Art neuer Zentralismus durch die Hintertür. Das ist noch gar nicht angesprochen worden. Wir haben in der Vergangenheit mehrere Föderalismuskonferenzen gehabt, bei denen es immer darum ging, dass die Länder mehr Autonomie brauchen, mehr Freiheit, mehr Selbstständigkeit. Jetzt sollten sie den Finanzausgleich unter sich klären, und was machen sie? Sie geben es auf die nächsthöhere Ebene. Der Bund soll es machen. Er soll aus seinen Umsatzsteueranteilen weitere Anteile an die Länder verteilen. Die Starken sollen mehr bekommen, die Schwachen sollen weniger bekommen, und das ist der Finanzausgleich. Es einigen sich also nicht einmal die Länder auf Länderebene, sondern in Zukunft wird der Bund das machen, mit seinen Umsatzsteueranteilen. Das ist eine Verlagerung nach oben. Es ist überhaupt nicht zu Ende gedacht, was hier passiert ist. Und warum ist es passiert? Weil die Länder sich auf Länderebene nicht mehr einigen konnten. Das war ein Verteilungskonflikt, der hochgekocht ist.

(*Farid Müller GRÜNE*: Das ist ganz normal im Föderalismus!)

Nordrhein-Westfalen und Bayern waren überhaupt nicht mehr zu einigen. Vorher hat es noch eine Einigung gegeben, das war dieses Mal nicht mehr möglich. Es ist eskaliert, es gab einen verhärteten Verteilungskonflikt, und das Ergebnis war, dass man das ganze System aufgegeben und ein neues erfunden hat, bei dem alle ihr Gesicht wahren konnten. Jetzt verteilt der Bund das von oben. Es ist insofern auch ein Scheitern des Föderalismus, dass die Länder das untereinander nicht geschafft haben. Das muss man auch einmal sagen und kann das nicht nur bejubeln.

(Beifall bei der AfD)

Es fehlen immer noch entscheidende Anreize für die Defizitländer, sich selbst zu bemühen zu sparen, auch bei den Wahlgeschenken, die man vor der nächsten Wahl großzügig verteilt. Diese Anreize fehlen weiter. Es gibt eine gewisse Laxheit, die sich schon in den Siebziger- und Achtzigerjahren eingeschlichen hat, wir erinnern an Oskar Lafontaine, damals im Saarland, für den es spießig war, Haushaltsdisziplin nach vorn zu bringen. Auch in dieser Hinsicht muss die Länderfinanzausgleichsgesetzgebung vorankommen.

Ein letzter Punkt. Es wird gesagt, der Bund habe das Geld, das sei doch gar kein Problem. Die Zinsen seien winzig, die Konjunktur super, die Einnahmen hoch. Wo sei das Problem; der Bund solle es machen. Das Problem ist, dass das eine Scheinblüte ist. Vergessen wir nicht, warum das so ist. Die Exportwirtschaft und das Volkseinkommen kommen doch dadurch, dass der Euro in einem extremen Maß unterbewertet ist. Unsere Exportwirtschaft ist gedopt. Daher kommt im Moment unser großer Überschuss. Daher kommt unsere Konjunktur. Die ist auf Sand gebaut, und ebenso die niedrigen Zinsen, die durch den Druck von 1 Billion Euro zustande kommen,

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Wessen Interessen vertreten Sie da vorne eigentlich?)

Enteignung der Rentner und Sparer. Ich komme zum Ende. Darauf kann man so ein Konstrukt nicht bauen. Das ist einfach unseriös. Wachen Sie endlich auf.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat die fraktionslose Abgeordnete Frau Heyenn.

Dora Heyenn fraktionslos:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eigentlich soll der Länderfinanzausgleich, so sein Name, für Ausgleich und für annähernd gleiche Lebensverhältnisse in Deutschland sorgen. Von Beginn an wurde immer wieder um das System des Finanzausgleichs gerungen. Im Kern der Kontroverse steht seit jeher die Frage, welcher Föderalismus politisch eigentlich gewollt ist, ein Wettbewerbsföderalismus oder der kooperative Föderalismus, der dem Gebot der gleichwertigen Lebensverhältnisse folgt und finanzielle Unterschiede in den einzelnen Ländern ausgleicht. Fakt ist, der bisherige Länderfinanzausgleich hat dieses Ziel verfehlt. Die Lebensverhältnisse in den Bundesländern entwickeln sich auseinander, statt sich anzugleichen. Experten zufolge werden einige Regionen immer reicher, die vielen übrigen dagegen immer ärmer.

Anders als 2013 gehört Hamburg nun wieder zu dem Kreis der Geberländer im Länderfinanzausgleich. Die Bundesländer haben sich in der vergan-

(Dora Heyenn)

genen Woche auf eine gemeinsame Linie um die Neuordnung im Finanzausgleich geeinigt. Wenn es genau so kommt, wie es die Länder vorgeschlagen haben, würde das dazu führen, dass Hamburg zusätzliche Mittel von etwa 172 Millionen Euro hätte. Ob der Bund die jährlichen Ausgleichszahlungen von 9,6 Milliarden Euro leistet – Herr Kleibauer hat schon darauf hingewiesen –, ist sehr fraglich. Denn wenn jetzt schon ein stellvertretender SPD-Bundvorsitzender sagt, auf keinen Fall, dann wird es schwierig. Die Begeisterung über das Modell zur Neuordnung ist auf jeden Fall in den Bundesländern größer als im Bund, und das ist auch verständlich.

Der Kompromissvorschlag zum Länderfinanzausgleich ist vorerst gut für Hamburg. Hamburg würde zu den Profiteuren der Einigung der Ausgleichszahlungen zwischen den Ländern gehören. Für Hamburg bedeutet der Kompromiss, dass der finanziell vorteilhafte Stadtstaatenstatus erhalten bleibt. Positiv ist auch, dass Mehreinnahmen aus Einkommen und Körperschaftsteuer im jeweiligen Landeshaushalt verbleiben. Das sollte für SPD und GRÜNE ein Anreiz sein, die Finanzverwaltung zu stärken und für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen. Das wäre ein gutes Resultat. Der Länderfinanzausgleich soll in der jetzigen Form abgeschlossen werden, und damit entfällt auch der Umsatzsteuervorwegausgleich, die erste Stufe des sehr komplizierten Umverteilungssystems zwischen Bund und Ländern sowie den Ländern untereinander. Auf der Haben-Seite steht auch, dass die Ost-Länder einen Ausgleich für die finanziellen Einbußen nach dem Solidarpaktende 2020 erhalten sollen.

Zu kritisieren ist aber, dass dieser Kompromissvorschlag zum Länderfinanzausgleich kein Konzept zur Förderung strukturschwacher Länder und Kommunen ist. Es mangelt an Vorschlägen, wie die besonderen Bedarfe von Ländern mit armen Kommunen, hohen Sozialaufwendungen oder schwacher Wirtschaft gedeckt werden können. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow sieht den gemeinsamen Vorstoß der Länder für eine Neuordnung der Finanzbeziehung zum Bund skeptisch. Seiner Auffassung nach sind die Gewinner der Reform die westdeutschen Flächenländer wie Nordrhein-Westfalen und Bayern. Der Kompromiss zum Länderfinanzausgleich ist eine Einigung auf niedrigstem Niveau der Länderegoismen. Von daher ist der 3. Dezember 2015 kein guter Tag für den Föderalismus.

Ich möchte noch einmal an den Artikel 107 des Grundgesetzes erinnern. Mit dem Länderfinanzausgleich soll in allen Teilen Deutschlands die Herstellung und Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse gewährleistet und wirtschaftliche Benachteiligung abgebaut werden. Das erfüllt dieser Kompromissvorschlag nicht. Es ist richtig, wir sitzen hier für die Interessen Hamburgs, aber nicht nur.

(Beifall bei *Nebahat Güçlü* fraktionslos)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt bekommt Herr Senator Dr. Tschentscher das Wort.

Senator Dr. Peter Tschentscher:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der 16 Bundesländer haben sich in der vergangenen Woche auf ein Konzept zur Neuordnung des Länderfinanzausgleichs geeinigt. Das ist auch für Hamburg eine der wohl wichtigsten Nachrichten der letzten Jahre, beruht doch ein Großteil unserer Einnahmen auf der Frage, in welchem Umfang wir unsere Steuereinnahmen behalten oder an weniger finanzstarke Länder abführen müssen. Die bisherigen Regelungen zum Finanzausgleich laufen Ende 2019 aus und wurden von Bayern und Hessen vor dem Bundesverfassungsgericht infrage gestellt. Dabei geht es für Hamburg um viel. Wir sind seit Jahrzehnten Zahlerland, und es geht um sehr viel Geld, denn allein ein Wegfall der Einwohnerwerdung der Stadtstaaten würde unsere Belastung durch den Finanzausgleich jährlich um 1,2 Milliarden Euro erhöhen. Auch wenn die Klage wenig Aussicht auf Erfolg hat, wissen doch alle, die am Zustandekommen des bisherigen Finanzausgleichs beteiligt waren, wie schwierig es ist, in einer solchen Konfliktlage und trotz der unterschiedlichsten Interessen von 16 Ländern und noch in dieser Legislaturperiode zu einer Einigung zu kommen. In vielen Ländern hat es darüber öffentliche Debatten und sogar Wahlkampfauseinandersetzungen gegeben, bei uns in Hamburg nicht. Wir beraten heute genaugenommen zum ersten Mal darüber.

Der Erste Bürgermeister hat bei den Verhandlungen von Anfang an eine zentrale koordinierende Rolle übernommen: für die Länder insgesamt, nicht nur für Hamburg, und gegenüber dem Bund. Er hat keine Interviews gegeben, aber verhandelt, und in diesem Jahr noch vor der Sommerpause auf einer Sitzung der Ministerpräsidenten, Finanzminister und Chefs der Staatskanzleien die Grundzüge einer möglichen Einigung vorgestellt, auf denen im Grunde auch das jetzige Verhandlungsergebnis beruht.

Das Ergebnis ist noch nicht endgültig, weil der Bund noch zustimmen muss. Aber es ist ein sehr großer Schritt zu einer endgültigen Einigung, wenn sich alle 16 Länder, alle Flächenländer West, alle Ostländer und alle Stadtstaaten auf ein gemeinsames vernünftiges Konzept für den künftigen Ausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern verständigen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Einigung beruht keineswegs darauf, dass die Länder sich einigen und der Bund zahlt. Der Bundesfinanzminister hatte sich bereits definitiv bereit

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

erklärt, zusätzliche Umsatzsteueranteile in den Länderfinanzausgleich einzubeziehen. Die hierfür errechnete Summe von 9,7 Milliarden Euro ist nicht höher, als der Bund auch derzeit durch Entflechtungsmittel und Sonderzuweisungen beiträgt. Um diesen Punkt geht es jetzt noch in den Diskussionen, die aber, wenn 16 Länder das gemeinsam mit dem Bund besprechen und alle ein bisschen vernünftig mitdenken, zu einem vernünftigen Ergebnis führen sollten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Insofern ist der heutige Stand für alle Beteiligten ein großer Erfolg. Die Einwohnerwertung der Stadtstaaten bleibt erhalten, sie wird nicht weiter infrage gestellt. Die Zahlerländer Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und auch Hamburg behalten mehr von ihrem Steueraufkommen als bisher. Durch die Zusammenführung des Umsatzsteuer-ausgleichs mit den übrigen Regelungen des Finanzausgleichs wird deutlich, dass Nordrhein-Westfalen auch Zahlerland ist und damit die Mehrheit der Bundesbevölkerung in finanzstarken Ländern für eine Minderheit der finanzschwächeren Länder zahlt – eine Mehrheit zahlt für eine finanzschwächere Minderheit, wie man es in einem Solidarsystem gern sieht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Durch die neue Umsatzsteuerverteilung bleiben mehr Steuereinnahmen in den Ländern, in denen sie erwirtschaftet werden, sodass Leistungsanreize für wirtschafts- und finanzstarke Länder wie Hamburg bestehen, die für die künftige Entwicklung wichtig sind. Die Haushaltsnotlageländer Bremen und Saarland erhalten Zinshilfen, die Ostländer einen Ausgleich für ihre 2020 wegfallenden Sonderzuweisungen aus dem Solidarpakt, und andere finanzschwache Länder wie Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz oder Niedersachsen erhalten Sonderzuweisungen. Alle Länder werden damit finanziell so ausgestattet, dass sie ihre Aufgaben auch im Zeitalter der Schuldenbremse wahrnehmen können, und der bundesstaatliche Finanzausgleich wird insgesamt einfacher, effizienter und transparenter.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Hamburg hat bei den Verhandlungen eine zentrale Rolle gespielt und kann sich auf dieser Grundlage als wirtschafts- und finanzstarke freie Hansestadt weiter gut entwickeln. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Quast von der SPD-Fraktion.

Jan Quast SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass sich nach den üblichen, zum Teil provinziellen Nörgeleien, die wir

kennen, am Ende doch fast alle zu dem Ergebnis bekannt haben, das auf Ländersseite erreicht wurde.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Hackbusch, nur um es Ihnen einmal zu sagen: Wir loben gern für gute Arbeit. Das machen Sie viel zu wenig. Ich glaube, Sie unterschätzen auch, was für ein Kraftakt es war, die 16 Länder unter einen Hut zu bekommen. Das ist noch schlimmer als ein Linken-Parteitag.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kleibauer, ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen, dass die Kasse des Bundes geplündert wird. Gerade hat der Finanzsenator noch einmal ausgeführt, dass auf Bundesseite im Prinzip schon Zugeständnisse in dieser Höhe gemacht worden sind. Und selbst, wenn man die Frage stellt, ob es um eine Milliarde Euro mehr geht, glaube ich nicht, dass wir bei einem Bundeshaushalt von über 300 Milliarden Euro bei 1 Milliarde Euro davon reden können, die Kassen des Bundes zu plündern. Das zeigt aber, welche Wahrnehmung Sie in der Finanzpolitik haben, und es zeigt etwas über Ihr Verständnis, das Sie an Hamburg anlegen und das total falsch ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zu Carsten Schneider, dem CDU-, nein, dem SPD-Fraktionsvizevorsitzendem.

(Heiterkeit bei der CDU)

– Lachen Sie nicht zu früh. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Peter – wie heißt er? – Ralph Brinkhauer

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Wie heißt er? Man weiß es nicht mal!)

– heißt er nicht so? –

(Zurufe: Brinkhaus!)

hat sich auch nicht gerade verlässlich verhalten in Sachen Länderfinanzbeziehungen.

Vollkommen falsch ist aber, Frau Heyenn, dass behauptet wird, Herr Schneider habe gesagt, auf keinen Fall. Das hat er keineswegs gesagt. Das ist falsch.

(Thilo Kleibauer CDU: Nein, er hat gesagt: Mit mir nicht!)

Mit mir nicht, hat er bestenfalls gesagt. Aber das wird zu diskutieren sein.

(Dennis Thering CDU: Wären Sie mal sitzen geblieben! – Heiterkeit bei der CDU)

Herr Kleibauer, ich glaube nicht, dass Sie gut mit Ihrer Aussage dastehen, sich auf Hamburg zu konzentrieren. Genau das, was der Erste Bürgermeister getan hat, ist für Hamburg wesentlich und heißt,

(Jan Quast)

sich auf Hamburg zu konzentrieren, nämlich im Bund Hamburgs Interessen zu vertreten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich bin sehr froh, dass das nicht nur der Erste Bürgermeister macht, sondern die Senatoren alle auf Bundesebene ihren Aufgaben gerecht werden und Hamburgs Interessen vertreten, denn das haben wir schmerzlich vermisst in der Zeit, als Ole von Beust die Regierung geführt hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Insofern wäre es schön, wenn Sie Ihren Blickwinkel wieder etwas erweitern.

(Richard Seelmaecker CDU: Lassen Sie uns mal HSH machen jetzt!)

Dann würde Ihnen auch klar, dass das Ergebnis, das erzielt wurde, ein gutes Ergebnis für den Föderalismus ist, dass es ein gutes ist für die Ostländer, für die Haushaltsnotlageländer und am Ende auch für Hamburg. Das sollten Sie nicht unterbewerten, sondern sich gemeinsam mit uns freuen und darauf hinarbeiten, dass dieses Ergebnis am Ende auch genau so Bestand hat, wie es jetzt zwischen den Ländern verhandelt ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Müller von der GRÜNEN Fraktion bitte. Sie haben das Wort.

(André Trepoll CDU: Was ist das denn?)

Farid Müller GRÜNE:* Frau Präsidentin! Ich finde, es sollte noch einmal kurz zusammengefasst werden, was Hamburg nun eigentlich davon hat.

(André Trepoll CDU: Hatten wir doch schon!)

Wenn auch ein bisschen genörgelt wurde, ist es doch so, dass die meisten Rednerinnen und Redner gesagt haben, das sei gut für Hamburg. Es ist gut für Hamburg, dass die Einwohnerwertung beibehalten wird. Es ist gut für Hamburg, dass wir 172 Millionen Euro mehr haben werden. Es ist gut für Hamburg, dass die Hafenlasten weiter ausgeglichen werden. Es ist gut für Hamburg, dass die kommunale Finanzkraft besser als bisher in die Berechnung einbezogen wird. Das nützt Hamburg. Und es ist gut für Hamburg, dass das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz weitergeführt wird, weil wir dadurch nämlich unseren öffentlichen Nahverkehr – S4 und die U-Bahn, all die Pläne, die Sie mittragen – mitfinanzieren können. Ohne das würde es schwierig werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Natürlich ist es gut, wenn ein kleines Land wie Hamburg, das trotzdem Zahlerland ist, sagt, uns ist die Solidarität unter den Ländern wichtig, wir schauen nicht nur in unser Staatssäckel.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das ist wichtig. Deswegen haben wir die Pflicht – in allen Ländern, aber gerade auch in Hamburg –, darauf zu schauen, was bei der Novellierung des Artikel 107 passiert, in dem der Finanzausgleich bisher geregelt wird, wenn wir ihn so ändern, wie es jetzt geplant ist, und wie wir sicherstellen, dass dieser solidarischer Finanzausgleich auch in Zukunft gesichert ist. Auch daran haben wir als Hamburgerinnen und Hamburger ein Interesse. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu dem zweiten und dem fünften Thema der Aktuellen Stunde, für die uns noch 40 Minuten verbleiben, dem Thema Olympia beziehungsweise nicht mehr Olympia. Angemeldet von der CDU-Fraktion

Mit Basta-Politik gegen die Wand – Senat scheidet mit Olympia und versagt bei Flüchtlingsunterbringung

und von der FDP-Fraktion

Finanzkonzept gefakt, Rot-Grün zerrissen: Scholz muss die Ursachen des Olympiadebakels erklären

Das Wort hat Herr Trepoll von der CDU-Fraktion.

André Trepoll CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielen Dank, Sie haben das gut zusammengefasst. Sprechen wir jetzt einmal über ein Thema, das die Stadt interessiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es ist schon sehr befremdlich, dass Sie anderthalb Wochen nach dem Entscheid davon nichts mehr wissen wollen. Das war ganz eindeutig, Herr Quast. Dass Sie nicht die Kraft haben, das in der Aktuellen Stunde anzumelden, ist kein gutes Zeugnis.

(Farid Müller GRÜNE: Wir haben einen eigenen Antrag!)

Wir haben wochenlang darüber diskutiert, auch in der Aktuellen Stunde, und ich finde, es unsere Pflicht, dass wir uns dann auch in dem Fall, wenn es ein Ergebnis gibt, das uns nicht gefällt, selbstkritisch darüber austauschen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Eine breite Mehrheit von Politik, Medien und Wirtschaft und eine omnipräsente Marketingkampagne haben am Ende nicht gereicht. Das mussten wir alle zusammen feststellen.

(André Trepoll)

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Die politische Großwetterlage war sicherlich nicht hilfreich. Aber das allein, Herr Scholz, reicht als Erklärungsversuch eben nicht aus. Für mich gibt es zwei entscheidende Gründe: Ihr Finanzpoker mit dem Bund, Herr Bürgermeister, war unprofessionell. Sie haben es nicht geschafft, den Bund frühzeitig in die Planungen miteinzubeziehen und im Vorwege der Abstimmung für die notwendige Klarheit zu sorgen.

(Dirk Kienscherf SPD: Fragen Sie mal den Finanzminister!)

Dies ist umso unverständlicher, weil Sie uns immer wieder als der große Macher in der Bundespolitik präsentiert werden, das haben wir gerade wieder erlebt. Niemand konnte in diesen Zeiten der Schuldenbremse ernsthaft erwarten, dass der Bund innerhalb weniger Tage mal eben 6 Milliarden Euro lockermacht, vor allen Dingen, wenn Sie den Bund gar nicht an der Planung beteiligt haben.

(Dr. Monika Schaal SPD: Wo waren Sie da?)

So geht man nicht mit einem Partner um, der den Löwenanteil der Kosten stemmen sollte. Mit diesem ungeschickten Verhalten, Herr Bürgermeister, haben Sie Hamburg geschadet. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Herr Scholz, Sie haben erklärt, die Menschen müssten Ihnen schon vertrauen. Damit komme ich zu meinem zweiten Grund: Es gab dieses Vertrauen offensichtlich nicht. Damit lagen Sie falsch. Vertrauen muss man sich immer wieder neu erarbeiten.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Warum haben Sie ihm denn vertraut?)

Ihr Hochmut ist dabei kein guter Ratgeber.

(Beifall bei der CDU)

Selbstgerechtigkeit ist lediglich die Wahrnehmung der eigenen Realität. Insofern ist diese Niederlage selbstverständlich auch Ihre Niederlage, Herr Bürgermeister. Sie haben die Ausrichtung der Olympischen Spiele als größte stadtentwicklungspolitische Vision in Ihrer Amtszeit ausgerufen. Wie kann man dann nach so einem Ergebnis öffentlich erklären, man habe überhaupt keine Fehler gemacht? Sie haben sich ordentlich verkalkuliert und die Quittung dafür bekommen, Herr Bürgermeister. Leider hat auch Hamburg diese Quittung bekommen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Gleiches gilt beim Thema Bewältigung der Flüchtlingskrise, das ebenfalls angemeldet ist. Die Bür-

ger auch hier erneut vor vollendete Tatsachen zu stellen ist Politik von vor-vorgestern. Dabei wollten Sie doch, großspurig in Ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, eine neue Beteiligungskultur schaffen. Wie diese aussieht, wissen wir jetzt: Beteiligung wird einfach abgeschafft, die gibt es gar nicht mehr. Den Gipfel erleben wir mit diesen integrationsfeindlichen Massenunterkünften in allen Bezirken.

(Dirk Kienscherf SPD: Es sind jeden Monat 10 000 Flüchtlinge gekommen!)

Dass Ihre Basta-Politik auch hier nicht funktioniert, erleben wir doch tagtäglich in den Stadtteilen. Und deshalb sagen wir: Herr Scholz, stoppen Sie diese Politik gegen die Bürger.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Der Dialog mit den Menschen vor Ort ist die gemeinsame Suche nach vernünftigen Lösungen. Dies als Teppichhandel abzutun ist eine Unverschämtheit gegenüber den Bürgern unserer Stadt und hilft auch den geflohenen Menschen nicht, das muss man ausdrücklich sagen.

Meine Damen und Herren! Mit der bedauernswerten Absage an Olympia ist dem rot-grünen Senat seine einzig echte Zukunftsvision für unsere Stadt abhandengekommen. Jetzt stehen Sie plötzlich wieder mit leeren Händen da. Sind Fahrradstraßen, etwas mehr Wohnungsbau und diese Massenunterkünfte Ihre neuen Zukunftsvisionen für Hamburg? Die Frage müssen Sie sich schon gefallen lassen. Sie haben keinen Plan B, und das kritisieren wir.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Wir fragen uns mit großer Sorge, wie es mit dem Hamburger Hafen weitergehen soll. Kommt die Elbvertiefung, und was tun Sie, um die Hafenkrise in den Griff zu bekommen? Wie soll es mit dem Wissenschaftsstandort Hamburg weitergehen? Wir haben bisher noch keine nennenswerten Beiträge der Senatorin. Wie wollen Sie das Verkehrschaos in Hamburg in den Griff bekommen?

(Martina Friederichs SPD Wir sanieren, was Sie liegen gelassen haben!)

Für die Zukunft unserer Stadt brauchen wir ehrgeizige Projekte und kein rot-grünes Klein-Klein.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Wenn Sie schon keine entscheidenden Antworten auf die wichtigen Zukunftsfragen unserer Stadt haben, dann wird klar, Herr Scholz, was Sie in Ihrer Regierungserklärung mit dem Begriff Hoffnungsstadt meinten. Bei dieser Senatspolitik ist Hoffnung das Einzige, was uns noch bleibt. – Herzlichen Dank.

(André Trepoll)

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Herr Dr. Dressel von der SPD-Fraktion.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Trepoll, glauben Sie eigentlich, dass Sie mit solchen Reden irgendeinen Beitrag zum Segen der Politikverdrossenheit leisten? Nein, das ist genau die falsche Antwort nach einem solchen Referendum.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben gemeinsam gekämpft – die einen mehr, die anderen weniger –, und wir haben am vorvergangenen Sonntag gemeinsam verloren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei der LINKEN)

Das Wir ist aber in diesem Fall – in diesem einen Punkt gebe ich Ihnen recht – in der Tat ein größeres Wir als nur das Wir von einem Teil dieses Hauses, denn auch Medien, Wirtschaft, Sport und viele andere haben mitgekämpft, und sicherlich werden wir gemeinsam aufarbeiten müssen, warum das an dieser Stelle nicht gelungen ist. Aber wenn Sie jetzt damit kommen, dass ein Sündenbock gesucht wird, der mit Michael Neumann, Katharina Fegebank, Jens Kerstan, Christoph Holstein, Christoph Krupp, Nikolas Hill und vielen anderen so dafür gekämpft hat, ist das nach all dem, was war, wirklich plumpe Polemik. Das weisen wir zurück.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

In der Situation sollte jeder auch einmal ein kleines bisschen vor der eigenen Haustür kehren. Davon, dass es sich zum Beispiel um eine nationale Bewerbung gehandelt hat, hat man nicht so richtig viel mitbekommen.

(*Milan Pein SPD:* Hat man nicht gemerkt!)

Immerhin war der Bundesinnenminister einmal da und hat dieses Schild hochgehalten – okay.

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Und nichts gesagt!)

Aber wo war eigentlich die Bundeskanzlerin? Dass sie am Tag danach über eine Pressesprecherin ausrichten lässt, dass es irgendwie schade sei, finde ich ein bisschen wenig – Unterstützung sieht anders aus.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Dr. Dressel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Andreas Dressel SPD (fortfahrend):* Ich lasse keine Zwischenfrage zu. Er kann sich gleich melden. Zur FDP komme ich in meinem Beitrag bestimmt auch noch.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Dr. Jörn Kruse AfD)

Der Bundesfinanzminister ist dann knapp vier Stunden nach Schließung der Wahllokale bei Günther Jauch und tritt nach. Wie er sich dort verhalten hat, ist schlicht unsportlich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Man muss es einfach zusammenfassen, wie es ist: Maßgebliche CDU-Vertreter der Bundesregierung haben Hamburg hängenlassen. Da sollten Sie vielleicht auch einmal ein bisschen nacharbeiten, Kollege Trepoll.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Dr. Jörn Kruse AfD)

Von Basta-Politik kann bei Olympia nun überhaupt keine Rede sein, denn es gab, glaube ich, weltweit keine andere Olympiabewerbung, die so beteiligungsorientiert angelegt war und bei der es am Schluss ein Referendum gab.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Dr. Jörn Kruse AfD – Erster Vizepräsident Dietrich Wersich übernimmt den Vorsitz.)

Wer basta gesagt hat und das auch durfte, weil wir es ihm ermöglicht haben, war das Volk. Das ist zwar nicht das, was wir uns gewünscht haben, aber das haben wir zu akzeptieren. So ist Demokratie, und daran halten wir uns.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Dr. Jörn Kruse AfD)

Völlig außer Rand und Band ist bei diesem Thema Kollegin Suding. Da bin ich gespannt auf den Wortbeitrag gleich zum Thema Vertrauensfrage, Regierungserklärung. Bestimmt kommt auch eine Rücktrittsforderung.

(*Katja Suding FDP:* Sag das mal an die Adresse da drüben!)

So viel Engagement, liebe Katja, hätte ich mir vor dem Referendum auch von dir gewünscht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *Michael Kruse FDP:* Haben Sie mal gezählt, wie viele GRÜNE auf dem Podium gesessen und dagegen gewettert haben?)

Aber keine Sorge, jetzt komme ich zu dir, liebe Heike.

(Zurufe – Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Herr Dr. Dressel, ich darf Sie einen Mo-

(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich)

ment lang unterbrechen, ich halte sogar die Zeit an.

Das Wort hat Herr Dr. Dressel, und alle anderen mögen bitte etwas mehr zuhören. – Danke.

Dr. Andreas Dressel SPD (fortfahrend):* Sehr gut, vielen Dank.

Ich möchte meine Worte jetzt auch noch einmal an die LINKE richten. Berauschen Sie sich noch ein bisschen an Ihrem Erfolg, denn dass Sie ein bisschen im Rausch agieren, hat man an Ihren Erklärungen gesehen. Sie sagen, die Konsequenz müsse ein Politikwechsel sein. Bedenken Sie ein kleines bisschen, dass nicht Sie 51,6 Prozent bekommen haben, sondern es gab ein Nein bei dieser einen Sachfrage. Das sollten Sie an dieser Stelle erstens vielleicht einmal auseinanderhalten.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Wir haben es unterstützt!)

Zweitens hat es original 314 468 Ja-Stimmen gegeben. Auch das müssen wir sagen. Das heißt, wir müssen gemeinsam in dieser Stadt nach vorn blicken und Nein- und Ja-Sager auf dem Weg in die Zukunft mitnehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Die Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Andreas Dressel SPD (fortfahrend):* Gestatten Sie mir vielleicht noch einen letzten Satz zu den Zwischenfrage-Versuchen. Rot-Grün hat einen Koalitionsvertrag mit 115 Seiten, davon 2 Seiten zum Thema Olympia.

(André Trepoll CDU: Eine halbe Seite Flüchtlinge!)

Wir haben noch viel vor für die Stadt und machen uns jetzt an die Arbeit. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält das Wort Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Michael Kruse FDP: Warum spricht nicht Frau Engels? Die war von Anfang an dagegen!)

Lieber Herr Trepoll, ich glaube, die Anmeldung zur Aktuellen Stunde beginnt bereits mit einem Missverständnis im Text. Referenden sind eine zutiefst demokratische und initiative Veranstaltung.

Referenden sind das Gegenteil von Basta-Politik. Lieber Herr Trepoll, ich dachte, das hätten auch Sie verstanden, als wir das gemeinsam in die Verfassung geschrieben haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es gibt unterschiedliche Analysen darüber, warum das Hamburger Olympia-Konzept gescheitert ist. Die Unterstützung durch die von der CDU geführten Bundesministerien Inneres und Finanzen hat jedenfalls aus unserer Sicht nicht entscheidend zum Optimismus der Hamburgerinnen und Hamburger beigetragen. Ich möchte Sie, lieber Herr Trepoll, fragen – denn ich habe ein bisschen die Antwort auf diese Frage vermisst –, wie häufig Sie eigentlich bei Ihren Parteifreunden in Berlin vorgeprochen haben, um dort für Unterstützung zu werben.

(Dennis Thering CDU: Immer sind die anderen schuld!)

Ich glaube, die Antwort scheinen wir alle zu kennen, nämlich nie.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Man kann jetzt viel über das Ergebnis spekulieren, aber eigentlich ist nur eines wichtig: Es gilt. Deswegen stellt sich doch die Frage, was das für unsere Stadt und für diese Koalition bedeutet. Dazu sage ich Ihnen Folgendes: Wir haben vor, in Altona einen Autobahndeckel zu bauen, um die einmalige Chance zu nutzen, die Stadt dort zu reparieren. Wir werden eine U-Bahn von Hamburgs Osten bis in Hamburgs Westen bauen. Wir werden den Wohnungsbau ankurbeln, die Fahrradstadt voranbringen, den XFEL in Hamburg eröffnen, die Max-Planck-Gesellschaft und das Fraunhofer Institut in die Stadt holen und die Elbphilharmonie fertig bauen.

(André Trepoll CDU: Haben Sie alles angeschoben, nicht?)

Wir werden auf der Feldstraße und der Versailler Straße Parkflächen in Hamburg errichten, wir werden Hamburgs Verwaltung klimaneutral machen und wir werden 4 000 Flüchtlinge vernünftig in Hamburg unterbringen. Hamburg ist eine große Stadt, wir haben viele Aufgaben, und Rot-Grün wird das machen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend):

Herr Tjarks, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Sudmann?

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE (fortfahrend):* Ich bin mir ganz sicher, dass Heike Sudmann gleich das Wort ergreifen wird.

(Dr. Anjes Tjarks)

(Heike Sudmann [LINKE]: Kann ich ja nicht mehr, ich bin nicht mehr dran!)

Ich würde gern weiter zum zweiten Thema kommen, denn wir haben zwei große Themen für diese kurzen fünf Minuten. Wir haben viermal so viele Flüchtlinge wie im Jahr 2014. Allein in den vergangenen drei Monaten haben 10 000 Menschen in Hamburg dauerhaft Schutz gefunden. Wir rechnen damit, 80 000 Menschen bis Ende des Jahres 2016 in Hamburg unterzubringen. Angesichts dieser Zahlen haben es alle Kommunen schwer, besonders die Großstädte und die Stadtstaaten, eine angemessene Versorgung sicherzustellen. Natürlich ist es auch so, dass in Hamburg nicht alles klappt, aber ziemlich viel. An dieser Stelle möchte ich sagen, dass wir sehr weit von Zuständen wie in Berlin entfernt sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der "Spiegel" nennt Berlin in diesem Zusammenhang die Hauptstadt des Versagens. In der Hauptverantwortung stehen dort zwei CDU-Senatoren, Herr Czaia und Herr Henkel. Über 40 Rechtsanwälte haben am Montag aufgrund der chaotischen unhaltbaren Zustände am LAGeSo Strafanzeige gegen diese beiden Herren wegen Körperverletzung und Nötigung im Amt gestellt.

(Cansu Özdemir DIE LINKE: Thema!)

Berlin hat einen angespannten, wenn auch nicht so angespannten Wohnungsmarkt wie Hamburg, hat 16 Turnhallen requiriert und 44 weitere in der Pipeline. Ich bin mir ziemlich sicher, dass mir Frau Prien in den Ohren liegen würde, wenn wir das auch in Hamburg gemacht hätten. Genau das haben wir jedoch nicht gemacht, und insofern sollten Sie mit Ihrer Versagensrhetorik einmal ein bisschen abrüsten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Trepoll, in der Regierungserklärung zum Thema Flüchtlinge haben Sie zu den neuen Quartieren, die wir nachher auch noch diskutieren, gesagt, man wolle sie kritisch, aber konstruktiv begleiten, und Sie haben dies als eine der wenigen guten Ideen dieses Senats gelobt. Doch keine zwei Wochen später sagt Ihre andere Fraktionsvorsitzende, die Quartiere zementierten die integrationsfeindliche Stadtentwicklung. Jetzt ist mir völlig unklar, Herr Trepoll, welche Position Sie einnehmen. Ich weiß auch nicht, an wen ich mich in dieser Sache wenden soll.

(André Trepoll CDU: Machen Sie doch so wieso nicht!)

Aber ich möchte Ihnen einfach einmal sagen, wie die Situation ist: Wir reagieren hier auf eine Politik, für die Sie im Bund federführend sind und vor der Sie hier in der Verantwortung weglaufen.

(André Trepoll CDU: Sie würden eine andere Politik machen im Bund?)

Mehr als die Hälfte der Hamburger ZEAs hat deutlich unter 500 Personen, und ich muss Ihnen sagen, dass Sie bis dato zu dieser Frage keinen einzigen echten Vorschlag – ich spreche nicht von einem realpolitischen Vorschlag – gemacht haben. Wir packen die Sache an. Die Leute wollen, dass wir Wohnungen bauen. Das werden wir tun. Wir haben eine Integrationsinitiative vorgelegt, über die wir nachher diskutieren werden. Rot-Grün pakt auch dieses Thema bei allen Herausforderungen an. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächste erhält das Wort Frau Boeddinghaus von der Fraktion DIE LINKE.

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE:* Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Vorredner von CDU, SPD und GRÜNEN, ich finde, Aufarbeitung sieht anders aus. Ich höre eigentlich ausschließlich Rechtfertigungen und billige Schuldzuweisungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Gehen wir noch einmal auf Start. Der 29. November war für Hamburg ein richtig guter Tag.

(Beifall bei der LINKEN)

51,6 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger stimmten für ein Olympia-Nein und erteilten damit dem Senat, SPD, GRÜNEN, FDP und CDU eine krachende Niederlage.

(Beifall bei Mehmet Yildiz DIE LINKE)

Sie haben darüber hinaus einer geballten Allianz von Wirtschaft, Kammern, Sportfunktionären, Bewerbungsgesellschaft und selbsternannter Eliten und last, but not least einer fast geschlossenen Pro-Olympia-Medienkampagne, die ihresgleichen sucht, die Rote Karte gezeigt. Am Wahlabend mussten wir uns in der Tat kurz und heftig die Augen reiben, weil Feuer und Flamme so jäh erloschen waren und dennoch fast die gesamte Berichterstattung an diesem Abend ausschließlich an eine Minderheit der Hamburgerinnen und Hamburger adressiert war nach dem Motto: Hoffentlich dreht sich noch das Blatt für ein Jahr. Das war sehr bemerkenswert.

Bemerkenswert war auch, dass offensichtlich niemand aus dem Senat und den ihn tragenden Fraktionen ein mögliches Nein überhaupt ins Kalkül gezogen hat. Die Sprachlosigkeit war zu später Stunde entsprechend laut. Der Kater der Olympia-Befürworter erstreckte sich von "Die Nein-Sager beerdigen die Zukunft Hamburgs" über "Sie sind schlicht zu doof" bis hin zu Überlegungen, Refe-

(Sabine Boeddinghaus)

renden abzuschaffen, weil sie die Menschen angeblich überfordern. Wir aber sagen, die Menschen haben sich nicht hinter die Fichte führen lassen, sondern die Argumente abgewogen und sich gegen ein unkalkulierbares Risiko auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ausgesprochen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir als LINKE haben diese Debatte gemeinsam mit vielen ehrenamtlich engagierten Gegnerinnen und Gegnern in dieser Stadt geführt. Während wir in der Bürgerschaft oft sinnentleerten Angriffen durchaus auch unter der Gürtellinie ausgesetzt waren, erlebten wir außerhalb des Parlaments viel Zuspruch für unser konsequentes Aufklären über Risiken und Nebenwirkungen dieser Bewerbung.

(Beifall bei der LINKEN – *Ksenija Bekeris SPD*: Aufklären? Na!)

Ich kann an alle Verliererinnen und Verlierer nur dringend appellieren, die Wähler-Beschimpfungen sofort einzustellen und sich selbstkritisch zu hinterfragen – das kommt wohl hoffentlich noch –, wie es Ihnen allen passieren konnte, so arrogant und so ignorant an den Bedürfnissen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger vorbei zu träumen

(Beifall bei der LINKEN)

und zu meinen, der Bürgermeister-Bonus plus einer millionenschweren Verdummungskampagne in der Stadt würden für ein Jahr reichen.

(Beifall bei der LINKEN – Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Frau Boeddinghaus, darf ich Sie bitten, beim parlamentarischen Sprachgebrauch zu bleiben.

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE:* Okay, wir können das dann ja noch einmal diskutieren.

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Aber nicht mit mir.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN, der FDP und der AfD)

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE (fortfahrend):* Herr Trepoll, ich kann auch nur an Sie appellieren. Frau Suding hat ihren Redebeitrag noch nicht gehalten. Wir kennen ihn aber schon aus der Zeitung. Ich würde Ihnen raten, sich nicht zu sehr aus dem Fenster zu lehnen. Sie beide haben mit ganz großer Geste alle unsere stichhaltigen Argumente gegen Olympia mit Füßen getreten,

(*Dennis Thering CDU*: Zu Recht!)

haben gegen jeglichen Einspruch und gegen alle berechtigten Bedenken polemisiert und die Kritikerinnen und Kritiker als uninformativ abqualifiziert.

(*Gabi Dobusch SPD*: Sie haben ja gar nicht polemisiert!)

Sie haben in Nibelungentreue zum DSB und im Übrigen auch zum Konzept gehalten und selbst stets das Finanzierungskonzept als solide und gut durchgerechnet präsentiert. Sich jetzt abzusetzen ist wirklich ziemlich billig und sehr durchsichtig.

(Beifall bei der LINKEN)

Als LINKE empfinden wir eine sehr große Verantwortung und Herausforderung, dass wir mit 10 Abgeordneten im Parlament jetzt 51,6 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger vertreten.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei der SPD)

Dieses Ergebnis und die Tatsache, dass Sie kollektiv versagt haben, müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei der SPD)

Herr Bürgermeister, für Sie ist das Nein zu Olympia natürlich eine besondere Schlappe und eine sehr bittere Quittung.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Peinlich!)

Sie haben nämlich zu keinem Zeitpunkt Überzeugungsarbeit geleistet. Vielmehr haben Sie gedroht, erpresst und die Menschen in die guten Ja-Sagerinnen und Ja-Sager, die Mut zur Zukunft haben, und in die bösen Nein-Sagerinnen und Nein-Sager, die die Zukunft Hamburgs verspielen, gespalten. Sie wurden nicht müde zu versichern, dass Hamburg nur mit dem Schub der Olympischen Spiele nach vorn kommt. Sie sagten im "Hamburger Abendblatt"-Interview wörtlich, dass auch der soziale Zusammenhalt infrage gestellt werde, wenn Olympia nicht komme. Wenn Sie so das Wohl und Wehe der Stadt mit Olympia verknüpfen, haben Sie jetzt im Grunde eine große Erklärungsnot, und es ist Ihnen eigentlich die Geschäftsgrundlage für Ihre Regierung entzogen.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit Ihrer Arroganz der Macht haben Sie die Hamburgerinnen und Hamburger wirklich autoritär beschallt

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Auch das noch!)

und jetzt festgestellt, dass Sie zu Ihrem wahren Kern zurückkommen. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie die 200 Millionen Euro jetzt für ausreichend bezahlbaren Wohnraum, für den Zusammenhalt in der Stadt, für die, die jetzt in Hamburg sind ...

(Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Die Lampe leuchtet schon sehr lange.

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE (fortfahrend):* Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächste erhält das Wort Katja Suding von der FDP-Fraktion.

Katja Suding FDP: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Hamburg hat am vorletzten Sonntag eine riesengroße Chance vergeben.

(*Doris Müller SPD:* Dann hättet ihr mal was tun sollen!)

Olympia hätte einen unglaublichen Schub für unsere Stadtentwicklung, für den Sport und nicht zuletzt auch für unseren Ruf in der Welt gegeben. Eine knappe Mehrheit wollte sie allerdings nicht nutzen. Wir als FDP-Fraktion bedauern das Ergebnis sehr. Wir haben mit vielen in der Stadt für eine Bewerbung gekämpft und sind am Ende unterlegen. Das Ergebnis akzeptieren wir selbstverständlich. Olympia wird es in Hamburg und auch in Deutschland für lange Zeit nicht geben. Aber einfach zur Tagesordnung überzugehen, so wie es jetzt SPD und GRÜNE versuchen, das geht nicht. Sie, Herr Bürgermeister, haben Olympia als wichtigstes Projekt der Legislaturperiode bezeichnet, und jetzt halten Sie es nicht einmal für notwendig, das Scheitern kurz danach im Parlament zu debattieren, stattdessen lassen Sie den unausgegorenen Länderfinanzausgleich anmelden.

(Beifall bei der FDP – *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Was wir debattieren, entscheiden wir schon selbst!)

Das ist ein sehr schwaches und hilfloses Bild, das der Bürgermeister hier abgibt.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Herr Bürgermeister, ich kann verstehen, dass Sie Ihre klassische Taktik des stillen Abheftens ungeklärter Probleme auch hier verfolgen. Denn auch Sie wissen, dass diese Olympia-Entscheidung nicht nur eine Absage an die Spiele ist; sie ist auch eine Absage an Ihre politische Führung, Herr Scholz.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

So etwas wollen Sie natürlich nicht diskutieren. Aber das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Wir erwarten von Ihnen, Herr Bürgermeister, dass Sie uns erklären, wie es zu dieser Olympia-Blamage kommen konnte.

(*Gabi Dobusch SPD:* Bei solchen Partnern!)

Erklären Sie uns, wie Sie nach dieser schallenden Ohrfeige wieder das politische Vertrauen der Hamburger gewinnen wollen, und erklären Sie, warum Sie offenbar schon bei der Präsentation Ihrer Olympia-Finanzplanung im Oktober wussten, dass der Bund niemals gute 6 Milliarden Euro locker machen würde, und warum Sie uns das verschwiegen haben.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Erklären Sie im Detail, wann und wie Finanzminister Schäuble Ihnen bereits vor der Vorstellung der Zahlen eine Absage erteilt hat. Darauf haben wir und die Hamburger einen Anspruch, spätestens nachdem Herr Schäuble die feststehende Absage noch am Referendumsabend bei Günther Jauch begründet hat. Herr Bürgermeister, wenn Sie die Hamburger Bürger über die Chancen der Bundesbeteiligung getäuscht haben, dann fordern wir Sie auf, sich hier und heute zu entschuldigen und klar zu sagen, wie Sie verlorenes Vertrauen wieder aufbauen wollen.

(*Martina Friederichs SPD:* Mal auf dem Teppich bleiben!)

Sie können dann auch gleich die Zukunft Ihrer rot-grünen Koalition neu begründen.

(*Milan Pein SPD:* Neuwahlen!)

Schließlich hat ein erheblicher Teil der GRÜNEN, etwa die Abgeordnete Engels oder auch die GRÜNE JUGEND, offen gegen Olympia agitiert. Herr Dressel, es ist wirklich eine Unverfrorenheit, dass Sie die mangelnde Unterstützung der FDP bemängeln, die sich wirklich eingesetzt hat, während Ihr eigener Koalitionspartner Ihnen während der gesamten Kampagne immer wieder in den Rücken gefallen ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU – *Heike Sudmann DIE LINKE:* Sie waren Feuer und Flamme – schon vergessen?)

Das ist eine Unverfrorenheit, und wir werden auch darüber nachdenken, wie wir in Zukunft bei solchen Projekten zusammenarbeiten werden.

(Beifall bei der FDP)

Von Herrn Scholz wollen wir natürlich wissen, wie er mit den intern opponierenden GRÜNEN weiter regieren soll. Soll es ein flaes "Weiter so" geben? Wir sagen: Sorgen Sie für einen Neuanfang, beginnen Sie am besten mit einer Regierungserklärung, und danach sollten Sie per Vertrauensfrage eine neue Legitimation suchen, Herr Bürgermeister.

Wir würden auch gern wissen, wie es mit den Referenden von oben weitergehen soll. Diese haben Sie als dauerhafte Möglichkeit in die Verfassung geschrieben – übrigens gegen die Stimmen der FDP. Jetzt wollen wir wissen: Soll diese Variante

(Katja Suding)

der Volksbefragung nun ungenutzt links liegen bleiben?

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Haben Sie auch 'ne Meinung?)

Wir erneuern unsere Forderung, die Volksgesetzgebung künftig auf Initiativen aus dem Volk zu beschränken. Außerdem brauchen wir höhere Quoren, etwa für die Verbindlichkeit von Bürgerentscheiden. Nur so können wir das Vertrauen in die Volksgesetzgebung und in die parlamentarische Demokratie stärken. Das ist, was wir Freien Demokraten für Hamburg wollen.

(Beifall bei der FDP – *Sören Schumacher SPD*: Worüber reden Sie eigentlich?)

Von Ihrer Regierungserklärung, Herr Bürgermeister, erwarten wir uns auch eine Antwort darauf, welche stadtentwicklungspolitischen, infrastrukturellen, rufsteigernden und sportpolitischen Projekte von der Olympia-Planung übrig bleiben. Was ist mit dem Sprung über die Elbe? Was ist mit dem U-Bahn-Ausbau Richtung Süden? Was ist mit der Sportstättenerneuerung? Was ist mit den Wohnungen, die als Nachnutzungen im Olympia-Quartier möglich sein sollten? Und wie stärken wir den Ruf Hamburgs in der Welt ohne Olympia? Etwas mehr als die Fahrradwege, die sich die GRÜNEN vorstellen, müsste von Olympia doch schon übrig bleiben.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Hast du eben zugehört, oder was?)

Im Grunde genommen geht es hier und heute um den berühmten Satz unseres verstorbenen Ehrenbürgers Helmut Schmidt: Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen. Schmidt selbst hat diesen Satz später relativiert. Er hat das als pampige Bemerkung gegenüber Journalisten gesagt. Natürlich hat er damals ganz genau gewusst, dass Politik Visionen und große Ziele braucht. Was, Herr Bürgermeister, ist im Sinne Helmut Schmidts denn Ihre Vision von der Zukunft Hamburgs nach Olympia?

(*Dirk Kienscherf SPD*: Lesen Sie unseren Koalitionsvertrag! Da steht das alles drin!)

Treten Sie hier und heute an das Pult und erklären Sie sich.

(Beifall bei der FDP – *Wolfgang Rose SPD*: Peinlich!)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält das Wort Herr Nockemann von der AfD-Fraktion.

Dirk Nockemann AfD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Trepoll, irgendwie haben Sie mich mit Ihrer Rede an die Rolle eines Primaners erinnert, der gemeinsam mit seinen Primaner-Kollegen ein

großes Projekt plant, dieses Projekt dann scheitert und Sie sich verstohlen abwenden und sagen: Der andere war es, ich habe daran nicht mitgewirkt. Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern, wie Sie in Sachen Olympia jede Rede des Bürgermeisters, jede Rede von Herrn Dressel und Herrn Tjarks mit beklatscht haben, wie Sie alle gemeinsam dieses große Schaufenster Olympia aufgebaut haben, das jetzt plötzlich zerplatzt ist. Und dann stehen Sie sich davon. Stil, Herr Trepoll, ist etwas anderes.

Ich bin der CDU gleichwohl sehr dankbar dafür, dass sie das Thema "Mit Basta-Politik gegen die Wand – Senat scheitert mit Olympia und versagt bei der Flüchtlingsunterbringung" auf die Tagesordnung gesetzt hat. Wie Sie wohl verstehen und nachvollziehen werden, ist mein Thema eher die Flüchtlingsunterbringung, gestattet uns dieses Thema doch einmal die grundsätzliche Betrachtung der Frage, wann und warum Politik trotz beispielloser Kampagnen von Senat und Medien kläglich scheitert. Politik ist zum Scheitern verurteilt, wenn der Bürger das Gefühl bekommt, dass er nicht mehr der oberste Souverän dieses Staates, sondern lediglich Objekt staatlichen Handelns ist. Politik ist dann zum Scheitern verurteilt, wenn man als Politiker den Wahlbürgern die Eckpunkte und Ziele seines Handelns nicht mehr glaubwürdig und glaubhaft vermitteln kann und wenn die Bedenken der Bürger – das war insbesondere im Bereich der Flüchtlingsunterbringung der Fall – diskussions- und gedankenlos mit der Arroganz der Macht hinwegesäbelt werden. Glaubwürdige Politik sieht anders aus. Sie nimmt den Bürger mit, sie berücksichtigt seine Sorgen und Nöte, beantwortet seine offenen Fragen möglichst in einer fairen und ergebnisoffenen Diskussion.

Aber eine faire und ergebnisoffene Diskussion hat es insbesondere im Bereich der Flüchtlingspolitik zu keinem Zeitpunkt gegeben. Zum Beispiel hat sich der Bezirksamtsleiter Bergedorf kürzlich zu einer Großunterkunft für Flüchtlinge mit 3 000 Plätzen im sogenannten Gleisdreieck geäußert. Er wird zitiert mit einer weiteren Äußerung, nämlich der, Aussagen zu einer möglicherweise in unmittelbarer Nähe dieses Gleisdreiecks geplanten Anlage mit weiteren 900 Plätzen könne er nicht machen, denn dann hätte man sehr bald wieder eine Diskussion, die die Politik gerade nicht haben möchte. Das ist exemplarisch für Hamburger Politik. Damit zeigt man die ganze Hilflosigkeit der führenden Politiker. Das ist ein Dokument der Arroganz der Macht.

(Beifall bei der AfD)

Nein, Diskussionen über Ihre Politik ist das Allerletzte, was die rot-grünen Chefs in dieser Stadt zulassen wollen.

(Beifall bei *Dr. Jörn Kruse AfD*)

(Dirk Nockemann)

So werden die Hamburger Bürger im Bereich der Flüchtlingsunterbringung vom Senat häufig über Nacht vor vollendete Tatsachen gestellt. So schießen überall in dieser Stadt Großunterkünfte ohne angemessene Bürgerbeteiligung wie Pilze aus dem Boden. So werden demokratische Beteiligungsrechte mir nichts, dir nichts über Nacht ausgehebelt. So spielen plötzlich Bebauungspläne nur noch eine untergeordnete Rolle, und so wird jahrzehntealtes und bewährtes Baurecht in Nacht- und Nebelaktionen verändert. So erfahren empörte Hamburger nur noch in nebulösen und wenig transparenten Verfahren von neuen Großsiedlungen, die quasi morgen vor ihrer Haustür hochgezogen werden und dann übermorgen zu neuen Stadtteilen heranwachsen sollen. Selbst das Grundrecht auf Eigentum schränkt die Hamburger Politik in unverhältnismäßiger Art und Weise ein.

Herr Trepoll, ich war Ihnen wie gesagt dankbar dafür, dass Sie das Thema Basta-Politik auf die Tagesordnung gesetzt haben. Gleichwohl überrascht und irritiert mich, dass ausgerechnet die CDU das Thema Basta-Politik auf die Tagesordnung setzt, denn das hat einen Hauch von Kühnheit, um nicht zu sagen, von Verwegenheit. Wer fährt denn seit Monaten Deutschland mit ungestümer Basta-Politik voll gegen die Wand? Das ist doch Kanzlerin Merkel, die unbelehrbar ständig wiederholt, basta, es gibt keine Obergrenzen, basta, die Grenzen sind nicht zu schützen, basta, die europäischen Partnerstaaten haben gefälligst Flüchtlinge in einem von Deutschland bestimmten Maß aufzunehmen, basta, wir machen die Energiewende, basta, wir retten den Euro, egal, was es kostet. Mit ihrer Basta-Politik macht Merkel Deutschland zum Lastesel und spaltet Europa wie kein anderer Kanzler zuvor.

(Beifall bei der AfD)

Diese Basta-Politik treibt meiner Partei die Wähler zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Das Wort erhält jetzt Senator Neumann.

Senator Michael Neumann: Meine sehr geehrten Damen, meine Herren, Herr Präsident! Als der politisch verantwortliche Senator für die Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Spiele ist es wohl nachvollziehbar, dass ich ein hohes Bedürfnis habe, heute sprechen und etwas zur Debatte sagen zu dürfen.

Wer das Volk fragt, muss die Antwort nicht nur ertragen können, sondern er muss sie auch ertragen wollen. Ich will offen sagen, dass mir persönlich die Vorstellungskraft fehlte, dass dieses Konzept, dass wir für Olympische und Paralympische Sommerspiele in Hamburg erarbeitet haben, keine Zustim-

mung finden würde. Vielleicht ist das auch Teil der Erklärung für den Ausgang des Referendums. Mich macht es jedenfalls nachdenklich, und, das gebe ich offen zu, es macht mich auch traurig. Aber die Akzeptanz steht außer Frage und ist selbstverständlich. Selten war ein Werbeslogan so wahr wie der Slogan der Kampagne der Befürworter, "Hamburg 2024 – Das gibt's nur einmal!" Das war selten so richtig, und das ist jetzt vorbei.

Zur positiven Entwicklung gehört sicherlich die Schaffung des Instruments des Referendums. Wenn man sich einmal auf den Weg gemacht hat, unsere repräsentative Demokratie mit plebiszitären Elementen zu vermengen, dann ist das Instrument des Referendums ein aus meiner Sicht logischer Schritt. Dass die Wahlbeteiligung von 50 Prozent allseits positiv bewertet wurde, ist unter dem Aspekt von Bürgerbeteiligung, verglichen mit den bisherigen Volksabstimmungen in Hamburg, sicherlich richtig, aber gleichzeitig werden wir alle nachdenklich, wenn eine Bürgerschaft mit deutlich unter 60 Prozent Wahlbeteiligung gewählt wird. Und diese Frage, warum ein Bürgerbegehren, ein Referendum, positiv ist, wenn sich gerade einmal 50 Prozent der wahlberechtigten Menschen beteiligen, eine Bürgerschaftswahl aber kritisiert wird, wenn sich nur 57 Prozent daran beteiligen, müssen wir noch gemeinsam diskutieren. Mich macht es jedenfalls nachdenklich, dass sich bei einer relativ einfachen und sehr wichtigen Frage für die Zukunft unserer Stadt nur 50 Prozent beteiligt haben. Trotzdem freuen wir uns gemeinsam, dass immerhin 50 Prozent der Wahlberechtigten teilgenommen haben.

Das hohe Maß an Beteiligung bei der Erarbeitung des Konzepts ist aus meiner Sicht auch in der hamburgischen Geschichte einzigartig. Es hat Maßstäbe gesetzt, noch nie ist ein Großprojekt in einer solchen Art und Weise geerdet gewesen, hat so viele Menschen eingeladen, sich zu beteiligen, und noch nie haben so viele Menschen diese Chance wahrgenommen, sich einzubringen, sich zu beteiligen, ihre Vorschläge zu machen und entsprechend einfließen zu lassen. Das bewerte ich sehr positiv, und ich bewerte es auch sehr positiv, dass sich in der Auseinandersetzung über das Referendum so viele Menschen beteiligt haben. Und das gilt ausdrücklich für die Befürworterinnen und Befürworter wie auch für die Gegnerinnen und Gegner. Ich glaube, es gehört dazu, für den Sport-senator wie für den Innensenator, denjenigen zu gratulieren, die am Ende erfolgreich gewesen sind, auch, wenn ich diese Entscheidung schwer akzeptieren kann.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Karin Prien CDU)

Die Bewerbung für Paralympische und Olympische Sommerspiele hätte ein Katalysator, ein Beschleuniger für die Entwicklung unserer Stadt sein kön-

(Senator Michael Neumann)

nen. Damit meine ich zum einen natürlich – das haben wir oft lang und breit diskutiert – die infrastrukturelle Aufstellung unserer Stadt in den verschiedensten Aspekten. Aber zum anderen, und das darf man nicht unterschätzen, auch die mentale und gesellschaftliche Bedeutung eines solchen Ereignisses. In einer Welt, die zunehmend geprägt ist von Wanderungsbewegungen, von Zuwanderung, auch in Hamburg, müssen wir uns darüber Gedanken machen, wie wir es schaffen, eine gemeinsame Stadt zu bilden, eine Stadt, die nicht nur wächst, sondern die gemeinsam wächst und die zusammenwächst.

Welche Institutionen können das Zusammenwachsen leisten, das Vermitteln von gemeinsamen Werten? Intellektuelle werden sicherlich sagen, die Habermas'sche Verfassungspatriotismus-Erklärungslösung sei reizvoll, aber wenn man ehrlich ist, ist das ein wenig blutleer. Und deswegen ist der Sport natürlich auch als ein gemeinsames Erlebnis etwas, das helfen kann, eine Stadt zusammenwachsen zu lassen. Das Faszinierende des Sports ist nämlich, anders als in anderen Bereichen – woran wir arbeiten müssen –, dass es nicht entscheidend ist, woher man kommt, sondern dass entscheidend ist, wohin man will, was man bereit ist zu tun und ob man sich einbringt und engagiert. Ich finde, das kann auch ein Leitmotiv für die weitere Entwicklung unserer Stadt sein, losgelöst von der Chance auf Olympische und Paralympische Spiele. Aber ich finde, ein Motto, das lautet, egal, wo du herkommst, entscheidend ist, was du erreichen willst, ist ein Motto, das unserer Stadt gut anstehen würde.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dies wäre aus meiner Sicht einfacher gewesen mit einem Ziel wie das der Olympischen und Paralympischen Spiele, aber nun ist es eben anders entschieden und wir müssen damit umgehen. Manch einer mag es als einen Rückschlag empfinden, ich sehe es eher als eine Herausforderung, das, was ich versucht habe zu beschreiben, voranzutreiben, eben ohne den Katalysator einer solchen Großveranstaltung.

Die Langzeitentwicklungslinien in unserer Stadt haben Bestand. Die glückliche Lage am Wasser, unser Hafen, die Dekadenstrategie für den Sport, die weiterentwickelt wird, das Konzept des Sprungs über die Elbe, das Wachstumskonzept entlang des Stroms, die Investitionen in den ÖPNV und vor allem in die Infrastruktur neuer U-Bahn-Linien, die Entwicklung hin zur Fahrradstadt oder auch Masterplan Handwerk und Mittelstand – all das sind Dinge, die sich auch ohne eine Olympiabewerbung weiterentwickeln werden.

(*Dennis Thering CDU: Tolle Aussichten!*)

Es ist aber auch notwendig, diesen Weg weiter einzuschlagen, denn wir stehen in unserer Stadt

vor unglaublich großen Herausforderungen. Wir müssen, nicht zuletzt aufgrund der Zuwanderung, massiv in den Wohnraum investieren, wir müssen Wohnungen bauen. Wir müssen in die Schul- und Bildungsinfrastruktur investieren, und wir müssen vor allen Dingen auch in die Arbeitsplätze investieren, auf allen Qualifikationsniveaus, denn die Bedeutung von Arbeit auch als Mittel der Integration kann und darf nicht unterschätzt werden. Das Gefühl, durch eigene Arbeit sein Leben zu finanzieren, ist etwas, das unersetzlich ist. Und auch das müssen wir den Zuwanderinnen und Zuwanderern in unserer Stadt bieten. Hier haben wir große Aufgaben vor uns.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

All das ist kein Grund zum Ausruhen, im Gegenteil. Es ist auch kein Grund zum Trübsalblasen, im Gegenteil, wir müssen uns jetzt nur noch mehr anstrengen. Aber ich glaube, eine Stadt wie Hamburg kann es, sie hat es in der Vergangenheit bewiesen, und wir werden es auch in Zukunft beweisen, dass wir der Aufgabe gewachsen sind.

Eine Bewerbung wäre ein ideales Trainingslager für uns gewesen, um Hamburg noch fitter für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu machen. Nun ist das Trainingslager von der Bevölkerung abgesagt worden, aber der Wettbewerb um die Zukunft unserer Stadt findet trotzdem statt. Und deshalb müssen wir vielleicht ohne Trainingslager auf den etwas schnöden Trimm-dich-Pfad. Das ist gewiss anstrengender, aber aus meiner Sicht nicht schlechter.

(*Thomas Kreuzmann CDU: Und langwieriger!*)

Dieser Aufgabe, die jetzt vor uns steht, eben ohne Paralympics und ohne Olympische Spiele Hamburg nach vorn zu bringen, müssen wir uns stellen, und das werden wir auch. Wir sind in der Lage, die Zukunft ohne die Olympischen Spiele zu meistern. Ich will es deutlich sagen: Hamburg gab es über 800 Jahre vor einer Olympiabewerbung, und es wird auch lange, lange Jahrhunderte ohne eine Olympiabewerbung diese großartige Stadt geben. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Carl-Edgar Jarchow* und *Jens Meyer*, beide FDP)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Trotz des Beifalls: Der Senat hat etwa 50 Prozent mehr Redezeit in Anspruch genommen, als den Abgeordneten zur Verfügung steht. Nach unserer Geschäftsordnung haben jetzt alle Fraktionen die Möglichkeit, noch einmal für fünf Minuten das Wort zu bekommen. Als Erster gemeldet hat sich André Trepoll von der CDU-Fraktion.

André Trepoll CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Neumann, es war nicht die Frage, ob Hamburg weiter existiert, das war uns von vornherein klar. Die Frage ist, welche Konsequenzen man daraus zieht und wie man das politisch einordnet und bewertet.

(Beifall bei der CDU)

Da waren Ihre Worte eindeutig, Sie sind in freundlicher Verbundenheit mit dem Ersten Bürgermeister überhaupt nicht darauf eingegangen, was dazu geführt hat. Deshalb will ich das noch einmal tun. Mich hat auch sehr gestört, was Herr Dr. Dressel gesagt hat, nämlich dass unsere Bundeskanzlerin die Verantwortung getragen hat für diese Dinge.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Nein, das habe ich so auch nicht gesagt!)

Ich denke, es wird deutlich, dass das nicht der Fall ist. Hier in Hamburg sind hingegen die Fäden zusammengelaufen, die Planungen wurden hier gemacht, auch die Kostenerhebungen, und sie wurden nicht mit dem Bund koordiniert. Deshalb müssen wir das schon ansprechen.

Und, Herr Dressel, Sie wissen aus vielen Gesprächen, die wir auch vertraulich geführt haben, dass wir unsere große Sorge deshalb zum Ausdruck gebracht haben, dass wir aber im Interesse der Sache, nämlich dieser Riesenchance auf Olympia, es für nicht dienlich hielten, diese Dinge vor dem Volksentscheid öffentlich auszutragen. Ich glaube, dass das richtig war, und umso wichtiger ist es, jetzt Klartext zu sprechen und das offen auszutauschen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Bürgermeister, mich hat insbesondere Ihre Argumentation immer sehr gestört, und ich habe dazu den Kopf geschüttelt, wenn Sie ständig sagten, Sie hätten die Kita-Gebühren in Hamburg gesenkt und nun könnten Sie sich um Olympia kümmern. Das war, etwas verkürzt, ihre Argumentation,

(*Sylvia Wowretzko SPD*: Sehr verkürzt!)

dass Sie gesagt haben, da nehmen Sie die Menschen mit. Ich denke, da haben Sie gemerkt – oder Sie haben es nicht gemerkt –, dass Sie sich von der Lebenswirklichkeit der Menschen in Hamburg ziemlich verabschiedet haben. Jahrelang haben Sie den Menschen vorgemacht, ordentliches Regieren reiche, solche Experimente wie die Elbphilharmonie würden wir nicht mehr brauchen. Dass es Ihnen dann natürlich schwerfällt, die Menschen für so ein Megaprojekt wie Olympia zu überzeugen, darf doch niemanden wundern,

(*Wolfgang Rose SPD*: Wo wart ihr denn?)

wenn man vorher immer nur davon spricht, man würde ordentlich verwalten, aber nichts gestalten. Das ist doch der Kern der Sache.

(Beifall bei der CDU)

Diese Hybris, die Sie entwickelt haben durch die beiden starken Wahlerfolge, hat meiner Meinung nach dazu geführt, dass Sie in diese Fehlentscheidung gegangen sind und sich sagten, Sie könnten mit diesem Konzept die Menschen auch weiterhin überzeugen, und es würde ausreichen, wenn Sie sagen, die Leute sollten Ihnen ruhig glauben, Sie würden das schon machen. Das hat nicht ausgehört, das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Das hat man Ihnen auch angesehen, als am Sonntag um 21.30 Uhr die ersten Sozialdemokraten im Rathaus eingetrudelt sind, vorher haben Sie sich nicht blicken lassen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Wir waren schon um kurz nach sechs hin!)

Das war doch sehr eindeutig.

Ich will noch etwas sagen zu dem Verhalten der Kollegen von den GRÜNEN. Das war nun der Preis, warum Sie in diese Koalition eingestiegen sind. Ich finde, das hätten Sie besser wissen müssen. Wenn wir die Karten der Ergebnisse übereinanderlegen und sehen, wo die GRÜNEN-Hochburgen in Hamburg sind und wo die besonders schlechten Zustimmungsraten für Olympia liegen, dann ist das doch einigermaßen deckungsgleich. Das heißt, das, was Sie eigentlich versprochen haben, auch den Sozialdemokraten in der Stadt, nämlich dass Sie die Menschen von Olympia überzeugen würden, ist bei Ihren Wählern nicht angekommen, Herr Tjarks. Das muss man einmal so deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb haben Sie da das Gespür verloren. Ich glaube, das ist eindeutig zu benennen. Wie Sie da wieder herauskommen wollen, haben wir schon angefangen zu diskutieren. Von Herrn Neumann habe ich dazu nichts Konkretes gehört. Das sind die Fragen, die wir uns jetzt stellen müssen, und ich denke, wir müssen sie uns schnell stellen.

Was bleibt alles in allem davon übrig, wenn man sich das anschaut? Ich habe es vorhin schon gesagt, wir waren diese unrühmliche Rolle auch des Bürgermeisters in Hamburg nicht gewohnt. In neun Monaten vom Kanzlerkandidaten in spe zum überforderten Verwaltungschef ist das Fazit dieser zehn Monate, die Sie im Amt sind. Das bleibt davon übrig. Aber es ist umso bitterer, dass die Entscheidung der Hamburger gegen Olympia gefallen ist. Das ist das Bitterste an dieser Entscheidung am Sonntag. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Jetzt erhält das Wort Frau Blömeke von der GRÜNEN Fraktion.

(Michael Kruse FDP: Wir wollen Frau Engels hören!)

Christiane Blömeke GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich war gespannt, Frau Suding, ob Sie die Unwahrheiten und Unverschämtheiten aus Ihrer Pressemitteilung hier persönlich und live wiederholen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU: Oh, oh! – Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Frau Blömeke, bitte bleiben auch Sie beim parlamentarischen Sprachgebrauch.

Christiane Blömeke GRÜNE (fortfahrend):* Ja. – Sie hat es getan, und das finde ich peinlich.

(Jörg Hamann CDU: Das bestätigt das doch!)

Ich will Ihnen auch begründen, warum. Frau Suding behauptet nämlich in ihrer Pressemitteilung, dass die GRÜNEN abgetaucht wären,

(Katja Suding FDP: Sind Sie ja auch!)

dass wesentliche Teile der Parlamentarier kräftig gegen Olympia Stimmung gemacht hätten, aber das ist schlichtweg nicht wahr. Vielleicht, Frau Suding, haben Sie vergessen, dass es die Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank war, die an dem Abend aufgrund ihres Auftretens erreicht hat, dass Hamburg überhaupt den Zuschlag erhalten hat. Vielleicht sollten Sie darüber einmal nachdenken.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vielleicht haben Sie heute auch Zeitung gelesen und mitbekommen, dass es ein grüner Parlamentarier war, ein grüner Abgeordneter, nämlich Olaf Duge, der eine Auszeichnung erhalten hat für die häufigste Teilnahme an "It's Your Choice". Das sollte man auch einmal sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dazu können Sie sagen, was das denn schon sei. Aber ich habe die magentafarbenen Plakate vermisst in dieser Stadt, die besagt hätten, Sie seien für Olympia. Ich habe keine gesehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Im Wahlkampf konnten Sie an jeder Ecke und überall stehen, alles war zugepflastert mit FDP-Plakaten, aber für Olympia war anscheinend kein Geld übrig.

(Birgit Stöver CDU: Das stimmt nicht, wir haben auch plakatiert!)

Das sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Verehrte Kollegen der CDU-Fraktion, ich kann das auch verstehen, vielleicht spricht aus Ihnen die Enttäuschung. Und wenn man etwas aus Enttäuschung sagt, dann kommen da manchmal ein wenig verschrobene Dinge heraus. Das ist völlig richtig. Enttäuscht sind wir alle, aber vielleicht sollten Sie da auch bei der Tatsache bleiben, die sich natürlich so darstellt. Das können wir doch nicht von der Hand weisen. Sie hätten doch genauso gut auf Ihren Kollegen de Maizière im Bund einwirken können und sagen,

(André Trepoll CDU: Und die 6 Millionen Euro?)

dass die Finanzierung jetzt einmal vorankommen müsse. Aber da war bei Ihnen Stillschweigen, es gab anscheinend keine Gespräche auf Bundesebene, und das gehört auch zu diesem Teil der Wahrheit.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Noch vor zehn Tagen waren Sie alle hier Feuer und Flamme. Wir saßen im Ausschuss, und ich habe so gut wie keine kritische Nachfrage zum Finanzierungskonzept gehört. Ich habe Lob gehört, ich habe auch Lob von der FDP gehört. Es war von Herrn Oetzel zu hören gewesen, das sei solide und gut durchgerechnet.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Ja, so ist das, Herr Oetzel!)

Dasselbe kam auch von der CDU-Fraktion. Angesichts Ihres Verhaltens kann ich nur zu dem Schluss kommen, dass Sie ein schlechter Verlierer sind. Sie können nicht akzeptieren, dass das Volk anders entschieden hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben vor zehn Tagen hier noch völlig anders geredet, und jetzt suchen Sie in der Not einen Sündenbock, einen Schuldigen.

(Birgit Stöver CDU: Sie suchen den Sündenbock, nicht die CDU!)

Sie gehen daher zum Bürgermeister

(Dennis Thering CDU: Von dem hat man doch nix mehr gehört am Schluss!)

oder zu den GRÜNEN, um zu sagen, sie seien schuld. Ich finde, das ist nicht die richtige Art, vorzugehen. Wir müssen akzeptieren, dass die Bürgerinnen und Bürger so entschieden haben. An dieser Stelle möchte ich aber auch sagen, dass es mit immerhin 48 Prozent Zustimmung eine breite Basis in Hamburg gab, die es sich vorstellen konnte. So riesengroß war der Unterschied nicht, aber am Ende war es ein Nein für Olympia.

(Christiane Blömeke)

Ich möchte an dieser Stelle allen einen ganz herzlichen Dank aussprechen, allen voran auch Senator Neumann, all den Kolleginnen und Kollegen im Parlament, im Senat, in der Bürgerschaftskanzlei und auch draußen in der Stadt, die sich für den olympischen Gedanken eingesetzt haben. Ich finde es sehr, sehr wertvoll, was in dieser Zeit passiert ist. Es ist ein Zusammenschluss mit einer Vision gewesen, wie die Stadt aussehen kann, und das, finde ich, ist an dieser Stelle auf jeden Fall erwähnenswert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie am Ende behaupten, nun würde hier alles brachliegen und Herr Neumann hätte keine Antworten gegeben,

(*André Trepoll CDU*: Haben Sie gut zusammengefasst!)

wie es mit dieser Stadt weitergehen kann, dann waren wir in verschiedenen Veranstaltungen. Ich habe deutlich gehört, was weiter passiert, denn natürlich bedeutet ein Nein beim Referendum, dass das Leben weitergeht, auch das politische Leben.

(*Jörg Hamann CDU*: Hamburg geht nicht unter, hat er gesagt!)

Wir haben heute noch einen Antrag zur Debatte angemeldet, in dem wir ausführen werden, was weitergeht in dieser Stadt. Natürlich wird die Stadt weiterentwickelt, der Sport wird weiterentwickelt und die Inklusion.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Ihre Redezeit ist abgelaufen, Frau Blömeke. Und das schon länger.

Christiane Blömeke GRÜNE (fortfahrend):* Es liegt an Ihnen, ob das mit Ihnen oder ohne Sie passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächste erhält das Wort Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Eines können wir heute eindeutig feststellen: Aus dieser ganz großen Koalition ist ein ganz großer Kindergarten geworden.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Und ihr seid die Erzieher, oder was?)

Das, was Sie heute abziehen, nach dem Motto, du hast angefangen, er oder sie ist schuld, sucht wirklich seinesgleichen.

Ich werde mit einem Rückblick anfangen. Im Frühjahr, nachdem die Entscheidung gefallen war, dass sich Hamburg bewerben soll statt Berlin, gab es eine große Zustimmung in der Bevölkerung, 65 Prozent und mehr, Sie haben sogar fast 70 Prozent daraus gemacht. Ich glaube, dass damals noch viele Bürgerinnen und Bürger der Meinung waren, es gehe um Sport. Deswegen kann ich auch verstehen, dass viele gesagt haben, das sei Klasse. Dann haben Sie es aber geschafft, vor allen Dingen mit dieser wahnsinnigen Kampagne "Feuer und Flamme" und mit der großen Unterstützung fast aller Hamburger Medien, die durchaus nicht immer sehr differenziert berichtet haben, sehr deutlich zu machen, dass es überhaupt nicht um Sport ging, sondern um alles Mögliche. Es ging darum, wie die Stadt durch das IOC entwickelt werden könne und wie das IOC sein Geld machen könne, aber es ging nicht darum, wie es der Stadt geht. Und Sie haben es auch gemeinsam geschafft, nicht nur in der Bürgerschaft, auch draußen, alle kritischen Fragen zu ignorieren und die Kritik völlig wegzubügeln. Sie sind teilweise arrogant aufgetreten und sehr autoritär, als Sie sagten, wenn Sie das behaupteten, stimme das schon, die Leute sollten Vertrauen zu Ihnen haben und es werde schon richtig werden.

Aber Sie müssen feststellen, dass die Bürger und Bürgerinnen im Laufe der Monate gemerkt haben, dass sie dem nicht trauen können. Ich habe es Ihnen schon öfter gesagt, Sie haben sich selbst ein Armutszugnis ausgestellt, indem Sie gesagt haben, nur mit Olympia könnten wir Hamburg weiterentwickeln. Sie haben auf jeder Podiumsdiskussion gesagt und auch hier, wenn Olympia nicht käme, dann hätten wir sehr schlechte Chancen.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Sie haben schon wieder nicht richtig zugehört!)

Wir würden uns dann nicht als Großstadt und Metropole erhalten können. Jetzt sind Sie auf einmal sehr unruhig, aber damals waren Sie voller Begeisterung, voller Feuer und Flamme und sagten, alles werde toll. Sie wollten keine Kritik hören.

Ich finde es sehr erstaunlich, dass Sie den Gegnerinnen und Gegnern vorgeworfen haben, sie hätten keine Visionen, sie seien ängstlich. Dabei haben genau sie gesagt, es gäbe viel bessere und andere Möglichkeiten, die Stadt zu entwickeln.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Ich warte schon auf Ihre Anträge, Frau Sudmann!)

Das ist Mut zu einer Stadtentwicklung, den Sie jetzt langsam wieder entdecken. Aber das war Ihnen damals egal.

Und besonders speziell, Herr Trepoll und Frau Suding, finde ich den Gedächtnisschwund. Ich frage mich wirklich, was Sie am letzten Sonntag genommen haben, denn Sie sahen da alle sehr bedröp-

(Heike Sudmann)

pelt aus. Ab circa 18.15 Uhr wurden die Gesichter immer länger.

(André Trepoll CDU: Erst, als Sie den Raum betreten haben!)

Ich denke, Sie haben vergessen, dass mitgegangen auch mitgefangen heißt. Herr Trepoll, Sie sprachen davon, die Bürger und Bürgerinnen hätten das Vertrauen in den Bürgermeister verloren.

(André Trepoll CDU: Wir haben's auch verloren!)

Sie haben doch dem Bürgermeister bis zum Anschlag vertraut, Sie haben immer gesagt, alles sei gut durchgerechnet. Und Sie haben eben sehr deutlich gemacht, dass Ihr Ansinnen eigentlich nur war, sich in dem vermeintlichen Glanz von Herrn Scholz zu sonnen. Sie haben gehofft, Sie würden ganz weit nach oben kommen. Das ist voll in die Hose gegangen, und das zu Recht.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber es betrifft auch die GRÜNEN und die SPD. Auf einmal höre ich heute von Herrn Tjarks eine sehr lange Liste von Projekten und wie man die Stadt entwickeln könne. Diese Liste gab es vorher auch, aber Sie haben sie monatelang verschwiegen. Sie haben immer gesagt, das gehe nur mit Olympia.

(Zurufe von der SPD)

Frau Blömeke, diese Auszeichnung von Herrn Duge, die Sie gerade erwähnten, ist klasse. Herr Yildiz und ich haben auch eine Schachtel Pralinen bekommen, weil wir so oft bei "It's Your Choice" waren. Wenn Ihnen das schon als Auszeichnung reicht, dann sind Sie wirklich arm dran.

Sie haben nicht ein Wort dazu gesagt, warum vielleicht die meisten Bürgerinnen und Bürger dieses Konzept abgelehnt haben. Sie haben nämlich gemerkt, dass man dem IOC nicht trauen kann. Und ich lese mit Begeisterung, dass die SPD und die GRÜNEN in ihrem Antrag sagen, dass sie darum bäten, dass das IOC seine Reform weiter betreibe und sie glaubwürdig mache. Wir haben die ganze Zeit gesagt, dass das nicht glaubwürdig ist. Jetzt auf einmal sagen Sie, das IOC solle es doch bitte machen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das haben wir die ganze Zeit gesagt!)

Sie haben auch nicht gemerkt, dass die Bürgerinnen und Bürger festgestellt haben, dass es überhaupt nicht um Sport geht. Es geht hier um alles Mögliche, und das ist Ihnen um die Ohren geflogen. Sie haben bisher dazu nicht ein Wort gesagt. Sie haben überhaupt nicht gezeigt, dass Sie zur Selbstkritik fähig sind, Sie sagen nur, Sie hätten verloren. Sie haben aber nicht beleuchtet, warum es so viele Gegenstimmen gab. Sie waren sich – das wurde schon gesagt, aber ich muss es parla-

mentarisch ausdrücken – nicht zu fein dafür zu behaupten, die Gegnerinnen und Gegner seien vielleicht dumm. Und der Präsident des Hamburger Sportbunds, der lange Zeit Bezirksamtsleiter der SPD war, sagt, man müsse doch einmal überlegen, ob die Bürgerinnen und Bürger für ein Referendum überhaupt reif genug seien. Das ist eine Politik, die wirklich armselig ist. Niemand in dieser Stadt hat es verdient, so behandelt zu werden, egal, wie er oder sie abgestimmt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Schluss bitte ich Sie darum, dass Sie jetzt einmal zu den Nein-Sagerinnen und Nein-Sagern, zu den Leuten mit den anderen Visionen, sagen, ja, sie hätten gewonnen, und ja, Sie würden sich auch um ihre Vorschläge kümmern, denn das ist nämlich gut für die Stadt.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält das Wort Daniel Oetzel von der FDP-Fraktion.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Herr Oetzel hat immer gesagt: Das beste Finanzkonzept!)

Daniel Oetzel FDP:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, Frau Sudmann!

(Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Sie hatten eben das Wort, jetzt ist Herr Oetzel dran.

Daniel Oetzel (fortfahrend):* Die Hamburger haben vor eineinhalb Wochen gegen Olympia gestimmt. Wir Freien Demokraten haben für ein anderes Ergebnis gekämpft, akzeptieren aber natürlich das Votum der Bevölkerung, auch, wenn ich sagen muss, dass mir wirklich das Herz blutet, wenn Frau Boeddinghaus sich genüsslich hinstellt und behauptet, der 29. November sei ein guter Tag für Hamburg gewesen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bin noch heute zutiefst davon überzeugt, dass Olympia für Hamburg eine Riesenchance gewesen wäre.

(Beifall bei der FDP, der SPD und vereinzelt bei der CDU und den GRÜNEN)

Es ist wirklich spannend zu hören, dass es für DIE LINKE ein guter Tag für Hamburg gewesen sei, wenn die Sportentwicklung massiv ausgebremst wurde. Dass es ein guter Tag für Hamburg gewesen sei, wenn Wohnungsbau und Barrierefreiheit auf Jahre nach hinten vertagt wurden.

(Daniel Oetzel)

(Zuruf von *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Dass es ein guter Tag für Hamburg gewesen sein sollte, wenn die Stadtentwicklung einen Dämpfer bekommt, den wir noch auf Jahre spüren werden. Frau Boeddinghaus, wenn das für Sie ein guter Tag für Hamburg ist, dann bin ich wirklich heilfroh, dass Sie in dieser Stadt keine Verantwortung tragen und auch absehbar niemals tragen werden.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der AfD)

Unabhängig davon erwarte ich von den Olympia-Gegnern, einen Gegenentwurf zu Olympia zu hören, eine Alternative zu den so hart von Ihnen bekämpften Plänen, wie man denn nun Hamburg in einem vergleichbaren Maße voranbringen könnte. Einfach immer nur dagegen zu sein reicht nicht aus.

Und, Herr Dolzer, wenn Sie mir jetzt wieder, wie in der letzten Sitzung, mit Steuererhöhungen kommen als Allheilmittel, dann würde mich das zwar nicht überraschen, aber es spricht auch nicht unbedingt für die programmatische Vielfalt Ihrer Anti-Partei.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU – Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Herr Oetzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Sudmann?

Daniel Oetzel FDP:* Nein, danke.

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Dann fahren Sie fort.

Daniel Oetzel FDP (fortfahrend):* Und eines noch, Frau Boeddinghaus: Mit welcher Selbstverständlichkeit Sie heute fordern, was mit diesem ganzen angeblich so toll eingesparten Olympia-Geld jetzt alles gemacht werden sollte, nachdem Sie noch bis vor zwei Wochen in einem Kreuzzug durch die Stadt gezogen sind und gesagt haben, dieses ganze Geld sei gar nicht da, zeigt wirklich, wie schnell bei Ihnen die Maske fällt

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Herr Oetzel, bleiben Sie bei der Wahrheit!)

und wie ehrlich Ihre Argumentation gegen die Olympischen Spiele eigentlich zu nehmen ist, nämlich überhaupt nicht, Frau Boeddinghaus.

(Beifall bei der FDP)

Man muss leider dazu sagen – das gehört zur Wahrheit dazu –, dass die Olympia-Gegner nicht nur bei der LINKEN gesessen haben, sondern bedauerlicherweise auch unter den Koalitionären. Ich gebe ein Beispiel. Die GRÜNEN-Abgeordnete En-

gels, mit der ich über Facebook befreundet bin, hat dort geschrieben,

(Zurufe aus den Fraktionen)

allein schon die vielen Deutschlandfahrten seien ein Grund dafür, gegen Olympia zu sein. Meine Damen und Herren, wenn das der Grat der argumentativen Durchdringung der Olympia-Frage bei einigen GRÜNEN gewesen ist, dann können Sie, Herr Dressel, uns nicht glaubhaft erzählen, dass Sie sich von Ihrem Koalitionspartner nicht etwas mehr Geschlossenheit gewünscht hätten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Frau Blömeke, es ist schön, dass Herr Duge sich ein Fleißsternchen verdient hat. Ich habe auch mit Herrn Duge sehr gern auf den Podien gesessen. Es ist allerdings leider immer so gewesen, wenn ich mich auf so ein Podium gesetzt habe, dann habe ich stets erst einmal sehr nervös zur Seite geschaut, wer denn meine Mitstreiter sind. Ich wusste, die CDU wird dafür argumentieren, die SPD weiß auch, was sie will, aber bei den GRÜNEN und der AfD kam es immer darauf an, wer gerade auf dem Podium Platz genommen hat. Man musste sich dann immer erst einmal sortieren, mit wem man in der nächsten halben Stunde rechnen kann. Das war schon sehr spannend. Mit Herrn Duge habe ich sehr gern da oben gesessen, mit anderen Leuten weniger gern. Das sind allerdings nicht nur Bürgerschaftsabgeordnete, sondern es ging durch die ganze Stadt bis in die Bezirke. Da haben sich eine ganze Menge GRÜNE nicht mit Ruhm bekleckert. Es hat auch ein seltsames Signal an die Schüler ausgesendet, das muss ich ehrlich sagen, wenn die Vertreter der SPD dort leidenschaftlich für Olympia gekämpft und gesagt haben, ihre rot-grüne Koalition werde Olympia nach Hamburg holen, gleichzeitig jedoch die GRÜNEN das hinterher direkt wieder einkassiert haben. Ich muss ehrlich sagen, dass das ein sehr seltsames Bild abgegeben hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Dressel, Sie sagen jetzt, Sie hätten sich von der FDP mehr Leidenschaft gewünscht.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Sie nehme ich ausdrücklich aus!)

– Vielen herzlichen Dank.

Ich hoffe aber, Sie machen dann auch einmal eine kleine Tour durch die Reihen Ihres Koalitionspartners, denn da haben viele Leute noch eine ganze Menge von Ihnen zu hören, Herr Dressel.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Jetzt hat sich zu Wort gemeldet Herr Ehlebracht von der AfD-Fraktion.

Detlef Ehlebracht AfD:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Menschen in dieser Stadt haben entschieden, dass Olympia nicht kommt. Das gilt es zu akzeptieren. Damit haben die Bürger die Bedenken des Rechnungshofs geteilt, und sie sind der Empfehlung der AfD-Fraktion mehrheitlich gefolgt.

(Heiterkeit bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN, der FDP und der LINKEN)

– Lachen Sie ruhig.

Noch einmal für Herrn Oetzel zum Mitschreiben: Die AfD hat ein Ja zu Olympia bei den derzeit vorliegenden, wenig belastbaren Zahlen nicht empfehlen können.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Das Wort hat Herr Ehlebracht von der AfD-Fraktion, werte Kollegen.

Detlef Ehlebracht AfD (fortfahrend):* Das stelle ich nur ganz nüchtern fest, ohne Anflug von Triumph, ohne Anflug von Schadenfreude. Wichtig ist zu wissen, was denn jetzt die Gründe für die Ablehnung waren. Es lag sicherlich nicht an diesen Nein-Sagern, an diesen Mutlosen und rückwärts Gewandten, an denen, die Angst vor allem Neuen haben, an den Doofen, die nicht erkannt haben, welche Chancen Olympia bietet. Derjenige, der das Votum darauf reduziert, zeigt nur dreierlei: Erstens sehr schlechten Stil, zweitens, dass er ein schlechter Verlierer ist, und drittens, dass er anscheinend Probleme mit Mehrheitsentscheidungen hat.

(Beifall bei der AfD)

Es sind auch nicht die ungünstigen Rahmenbedingungen wie FIFA und der Terroranschlag in Paris gewesen. Das sind übliche Methoden, um sich herauszureden und sich nicht an die eigene Nase fassen zu müssen. Ein Grund war vielmehr, dass Sie auf Podiumsfragen oder auf Fragen ganz allgemein keine qualifizierten Antworten gegeben haben. Und es gab jede Menge guter Fragen, zum Beispiel die Frage, was Hamburg denn nicht erhalten, wenn Olympia nicht kommt. Da wurde zum Beispiel der Punkt Grasbrook ...

(*Milan Pein* SPD: Einen neuen Stadtteil auf dem Grasbrook gibt es doch gar nicht!)

– Aber das haben Sie in der Diskussion nicht deutlich gemacht. Sie haben schöne Prospekte gestaltet, nur Vorteile erzählt und negative Seiten völlig ausgeblendet. Sie haben die städtebauliche Wichtigkeit vom Grasbrook im Zusammenhang mit dem Sprung über die Elbe, die Anbindung des Südens an den nördlichen Teil Hamburgs, nicht herausgearbeitet. Sie können sauer sein, so viel Sie wollen, das Votum bestätigt mich.

Was ist denn, wenn die Kosten bei Olympia aus dem Ruder laufen? Wie wirkt denn dann die Schuldenbremse 2020? Es soll vorgekommen sein, dass öffentliche Vorhaben finanziell aus dem Ruder gelaufen sind. Diese Antwort auf dem Podium hätte mich auch interessiert. Es hat aber keine griffige Antwort gegeben. Ich habe nun einige Podiumsdiskussionen mitgemacht, aber eine Antwort auf diese Frage gab es einfach nicht.

Ein weiterer Grund ist, dass die Koalition beziehungsweise der Senat lobenswerterweise ein Referendum initiiert hat, aber leider nicht verstanden hat, wie ein Referendum funktioniert. Ein Referendum braucht Zeit. Da muss eine Entscheidungsgrundlage basierend auf detaillierten und belastbaren Zahlen vorgelegt werden. Diese ist immer wieder auf allen Kanälen unters Volk zu bringen. Das ist nicht geschehen. Gab es denn diese Zahlen? Es gab einen Finanzreport, das ist ein Bericht mit einem Schätzanteil und weit entfernt von einer Kosten-Nutzen-Analyse. Es gab keine detaillierten belastbaren Zahlen. Die AfD-Fraktion hatte beantragt, die paar vorliegenden Zahlen von unabhängigen Stellen prüfen zu lassen. Das wäre eine vertrauensbildende Maßnahme gewesen. Aber der Antrag wurde abgelehnt. Die AfD hatte beantragt, das Referendum zu verschieben, damit genau diese Zeit gewonnen wird, um die Zahlen zu erstellen. Dieser Antrag wurde ebenfalls abgelehnt. Wie steht es mit der Zeit, diesem unsäglichen 29. November? Es war politischer Wille. Es gab kein Gesetz, keine Frist, keinen Vertrag, der Sie dazu genötigt hat. Hätten Sie sich mehr Zeit genommen, hätten Sie die Zahlen ausgearbeitet und unter die Leute gebracht, hätte das Votum anders ausgehen können.

Aus meiner Sicht ist jedoch der schmerzlichste Grund der, dass die Menschen es Ihnen einfach nicht zugetraut haben. Die Mehrheit der Bürger hat gedacht, ja, ja, jetzt erzählen sie wieder, alles werde gut und schön, und am Ende wird es doppelt oder dreimal so teuer. Schönen Gruß von der Hütte an der Elbe. Das wird uns allen noch sehr lange anhängen. Es ist der grundsätzliche Vertrauensverlust der Menschen in die Politik, der hier zum Ausdruck kam – ein Vertrauensverlust, der durch die Art und Weise, wie die Politik seit Jahren und Jahrzehnten betrieben wird, gefördert wurde. Wie Sie hören, spreche ich Sie, die Koalition oder den Senat, nicht persönlich an, weil ich es als die gesamtheitliche Aufgabe dieser Bürgerschaft sehe, genau dieses Vertrauen wieder zu gewinnen – allerdings eine Aufgabe, an der Sie die Opposition durch ständige Geschäftsordnungsausgrenzungspolitik nicht teilnehmen lassen.

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Das ist Demokratie!)

(Detlef Ehlebracht)

Sie sind zu weit weg von den Menschen, deren Wünschen, Bedenken und Sorgen und haben einen künstlichen, kontraproduktiven ...

(Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Ihre Redezeit ist schon länger abgelaufen, Herr Ehlebracht.

(*Milan Pein SPD*: Danke, endlich! Das darf doch nicht wahr sein!)

Detlef Ehlebracht AfD (fortfahrend):* Gut, im Wesentlichen ist alles gesagt. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Herr Neumann, Sie haben diese Sache gründlich vermässelt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält das Wort Dr. Andreas Dressel von der SPD-Fraktion.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was man, glaube ich, für die Koalition sagen kann, ist, dass von uns niemand Wählerschelte betrieben hat und betreiben wird, weil wir uns an Referenden, an Volksentscheide halten. Das ist eine Grundkoordinate dieser Koalition.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Und das war nicht immer so in dieser Stadt!)

Ich halte es auch für ein bisschen gewagt, Heike Sudmann, dass du jetzt die 51,6 Prozent für DIE LINKE irgendwie allein in Anspruch nimmst.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Das habe ich doch gar nicht gemacht!)

– Das ist aber schon so rübergekommen. Da befindest du dich mit der anderen Seite des Hauses in einer seltsamen Eintracht. Das müsst ihr wirklich noch einmal aufarbeiten.

Die 51,6 Prozent sind mit Sicherheit nicht der Wähleranteil der Linkspartei.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn immer so verkürzt dargestellt wird, Hamburg sei jetzt gegen Olympia, dann sollten wir in der Tat sehen, dass das eine knappe Entscheidung gewesen ist.

Nach dem Netze-Volksentscheid mit einem ähnlich knappen Ergebnis

(*André Trepoll CDU*: Da war es knapper!)

ist es uns zum Beispiel gemeinsam gelungen, als Stadtgesellschaft einen Weg zu finden, um nach einer solchen Entscheidung trotz knapper Ergebnisse nicht die Spaltung herbeizureden, sondern

uns zu fragen, wie man die Stadt gemeinsam voranbringen kann. Als Bürgerschaft muss es doch unsere Aufgabe sein – gemäß Johannes Rau, der einmal gesagt hat, versöhnen statt spalten –, in so einer Diskussion nicht die Spaltung herbeizureden, sondern dafür zu sorgen, dass Gräben zugeschüttet werden und man gemeinsam in die Zukunft der Stadt blicken kann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Natürlich muss eine Aufarbeitung stattfinden. Das machen wir und Sie alle hoffentlich auch; da muss ein jeder auch vor der eigenen Haustür kehren. Es ging mir nicht darum, Frau Merkel oder Herrn Schäuble die Alleinschuld für irgendetwas zu geben.

(*André Trepoll CDU*: Das haben Sie doch gemacht!)

– Nein, das habe ich nicht gemacht.

Vielleicht können wir in der Aufarbeitung einmal versuchen, ein bisschen redlich miteinander umzugehen. Ich habe gesagt, da es nicht nur eine Hamburger, sondern eine nationale Bewerbung gewesen ist, wäre natürlich mehr Unterstützung vom Bund sinnvoll und nötig gewesen, wie man an dem Ergebnis gesehen hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich wollte auch nicht die FDP allgemein abwaschen, sondern möchte es an der Stelle noch einmal sagen: Ich habe die Zeit mit Herrn Oetzel auf den Podien wirklich genossen, denn es war eine wunderbare Zusammenarbeit. Wir haben viele Leute überzeugt, leider nicht genug.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Eben!)

Aber in dem Punkt war es eine gute Zusammenarbeit, für die ich noch einmal meinen Dank aussprechen möchte.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

In der Gesamtschau muss man sehen, dass wir versucht haben, die Hamburger Bewerbung auf einem Angebot aufzubauen: Weil die Elbphilharmonie schiefgelaufen ist, weil es Kritik an internationalen Sportorganisationen, an diesen ganzen Fehlern und Skandalen und so weiter gegeben hat, haben wir angeboten, es besser zu machen – was ich für ein demokratisches Gemeinwesen immer für die bessere Variante halte. Wir haben auch darüber diskutiert, ob man sich meckernd ins Abseits stellt oder ein Angebot macht. Ich halte es immer für besser, ein Angebot zu machen – das sollte immer unser gemeinsamer Anspruch sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber – und das ist in der Tat der Punkt – dazu braucht man ein Stück Mut und Vertrauen, um in der Situation zu sagen, trotz der Fehler und Skan-

(Dr. Andreas Dressel)

dale, die es gegeben hat, trauen wir uns zu, es besser zu machen. Dazu muss man sagen, dass das keine Entschuldigung ist, sondern einfach eine Erklärung aufgrund der zeitlichen Umstände. Auf jeder Podiumsdiskussion ging es auch um die Themen Flüchtlinge, Terrorsicherheitsmaßnahmen und so weiter.

(Heike Sudmann DIE LINKE: FIFA und IOC, das ist viel wichtiger!)

– FIFA, IOC, völlig richtig.

Aber streichen wir jetzt einmal kurz IOC und ersetzen es durch DFB. Das IOC war nämlich auch ein Thema und wurde mit FIFA wunderbar in einen Topf geschmissen.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Leichtathletik!)

– Aber nein, ich will das doch gerade nur einmal erklären.

Die Umstände, Vertrauen dafür zu wecken, dass es Hamburg besser machen möchte, waren nicht günstig – das muss man einfach sagen. Das ist schade, weil es – darauf hat Michael Neumann schon hingewiesen –, so eine Chance nur einmal gibt. Wir müssen bitter feststellen, dass wir die Chance zu zeigen, es besser zu können, jetzt nicht mehr haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich glaube, wir können allen Befürwortern sagen, dass Fragen offen geblieben sind. Wir haben uns gemeinsam auf den ganzen Veranstaltungen immer sehr angestrengt, alle Fragen ordentlich zu beantworten. Da ist, glaube ich, nichts offen geblieben. Es war am Schluss eine Frage von Mut und Zutrauen. Wir haben das Ergebnis zur Kenntnis zu nehmen, wir akzeptieren es, wir sind gute Demokraten, und jetzt machen wir weiter Politik für die Stadt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Nachdem jetzt jede Fraktion noch einen Redebeitrag hatte, ist die Aktuelle Stunde für heute beendet. Wir werden sie morgen mit dem Thema 3 fortsetzen.

Wir kommen zu den Punkten 2, 3 und 5 der heutigen Tagesordnung, den Wahlen zu verschiedenen Gremien.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl eines ordentlichen Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission**

– **Drs 21/631 –]**

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde

– **Drs 21/1466 –]**

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl von Mitgliedern des Richterwahlausschusses und ihren Vertreterinnen und Vertretern

– **Drs 21/2326 –]**

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Die drei Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel bei jedem der Namen ein Kreuz machen – aber bitte nur eines. Mehrere Kreuze beziehungsweise kein Kreuz bei einem der Namen machen die Wahl dieses Kandidaten ungültig. Auch weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit des gesamten Stimmzettels führen. Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidungen vor. Wir werden mit dem Einsammeln etwas warten, aber es wäre nett, wenn Sie kundtun, dass Sie fertig sind.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ich darf die Schriftführer bitten, jetzt mit dem Einsammeln der Wahlzettel zu beginnen.

Nun hoffe ich, dass alle Stimmzettel eingesammelt sind. Dann schließe ich die Wahlhandlungen. Sie kennen das Verfahren: Die Wahlergebnisse werden nun ermittelt und vereinbarungsgemäß zu Protokoll gegeben.**

Wir kommen zu Punkt 66, Drucksache 21/2367, dem Antrag der CDU-Fraktion: Pendeln attraktiver machen und Innenstadt entlasten – P+R-Gebühren wieder abschaffen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Pendeln attraktiver machen und Innenstadt entlasten – P+R-Gebühren wieder abschaffen**

– **Drs 21/2367 –]**

Die Fraktion DIE LINKE möchte diese Drucksache an den Verkehrsausschuss überweisen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Herr Thering von der CDU-Fraktion.

Dennis Thering CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der rot-grüne

** Wahlergebnis siehe Anlage 1, Seite 1413

(Dennis Thering)

Senat macht mittlerweile sehr vieles falsch – das haben wir gerade wieder in der Aktuellen Stunde gehört –, und zu den vielen Dingen, die er tagtäglich falsch macht, gehört mit Sicherheit auch die katastrophale Verkehrspolitik in unserer Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Neben den Maßnahmen zum Radverkehr besteht eines der größten Ärgernisse Ihrer Politik mit Sicherheit in der Gebührenerhebung bei den P+R-Anlagen. Aber es ist nicht einfach nur ein Ärgernis – dann könnte man bei den vielen anderen Verfehlungen einfach großzügig darüber hinwegsehen –, nein, es ist auch eine massive Fehlanreizsetzung, die nicht zu einer modernen Verkehrspolitik und einem ausgewogenen Verkehrsmix aller Verkehrsteilnehmer in einer Metropole wie Hamburg passt.

(Beifall bei der CDU)

Der ADAC – das muss man sich einmal vorstellen – ist Anteilseigner der P+R-Betriebsgesellschaft und sagt immer wieder, dass die P+R-Gebührenerhebung ein verkehrspolitischer Flop ist. Eine größere Watsche von einem Anteilseigner kann man sich eigentlich überhaupt nicht einfangen. Da muss man ganz deutlich sagen: Der ADAC hat vollumfänglich recht. Die P+R-Gebühren waren, sind und werden immer ein Flop bleiben.

Die Pendler fahren mit dem Auto – das ist nämlich dann die Konsequenz – entweder gleich weiter in die Stadt oder suchen in der näheren Umgebung der Bahnhöfe nach einem kostenlosen Parkplatz. Ersteres verstärkt die ohnehin unerträgliche Stausituation in unserer Stadt und ist obendrein aus ökologischer Sicht völlig unnötig. Hier hätte ich mir von den GRÜNEN eigentlich erwartet, dass sie dies erkennen und sich mit dem gleichen Elan, wie es einige ihrer Abgeordneten vor dem Olympia-Referendum getan haben, gegen diese Maßnahme aussprechen. Aber eigentlich erwarten wir von Ihnen überhaupt nichts mehr. Außer Fahrräder auf alle Straßen zu setzen, fällt Ihnen nichts mehr ein. Ein trauriges Bild, das die GRÜNEN hier als Anhänger der SPD abgeben.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Wieland Schinnenburg FDP*)

Alternativ dazu passt, dass die Pendler auf direktem Weg in die Stadt fahren und sich dort direkt bei den Bahnhöfen kostenfreie Parkplätze suchen. Die dadurch entstehenden Parkplatzsuchverkehre und der Parkdruck sind ebenfalls das reale Ergebnis Ihrer Politik. Es ist dazu noch gefährlich, weil es immer wieder dazu kommt, dass zahlreiche Straßen so zugeparkt sind, dass Rettungsfahrzeuge schlichtweg nicht mehr an ihr Ziel kommen. Damit gefährden Sie zusätzlich noch Menschenleben. Das erleben Sie jeden Tag, wenn Sie nur einmal richtig hinsehen würden, und das ist nämlich genau das Problem bei diesem SPD-und-GRÜNEN-Senat. Sie schauen eben nicht hin und machen je-

den Tag dasselbe: Sie regieren an den Interessen der Hamburgerinnen und Hamburger vorbei.

(Beifall bei der CDU)

Richtig hinsehen, das ist auch ein passendes Stichwort. In einer Anfrage von uns aus dem Mai dieses Jahres hat Ihre Behörde zu dem Erfolg der P+R-Gebühren geantwortet – ich zitiere:

"Die verkehrspolitischen Ziele wurden erreicht. ÖPNV-Nutzer finden auf den entgeltpflichtigen P+R-Anlagen zu jeder Tageszeit einen freien Stellplatz."

Wie unglaublich witzig ist das denn? Natürlich findet sich immer ein freier Stellplatz, wenn die P+R-Anlagen schlichtweg überhaupt nicht mehr genutzt werden und kein Autofahrer mehr diese P+R-Anlagen aufsucht.

Weiter heißt es in der Antwort – das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen -:

"Nach den Wahrnehmungen des auf den Anlagen tätigen Personals [...] werden offenbar häufiger als früher Fahrgemeinschaften gebildet, um die P+R-Anlage zu erreichen."

Wahrnehmung ist offensichtlich so eine Sache. Wie wollen Sie denn wahrnehmen, dass jetzt offenbar häufiger als früher Fahrgemeinschaften gebildet werden? Das ist doch keine solide Politik. Das ist ein Witz, meine Damen und Herren von der SPD und den GRÜNEN.

(Beifall bei der CDU – *Karin Prien CDU*: Ja, wolle, so ist es!)

Ihre Wahrnehmung ist offenbar überhaupt nicht zutreffend. Ihre Wahrnehmung ist schlicht gestört, und das zeigt sich nicht nur an diesem Verkehrsthema.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Wenn irgendjemand zuhören würde, dann würde er sagen, was redet der da überhaupt!)

– Herr Tjarks, Sie können gleich noch einmal ans Rednerpult.

Natürlich stoßen Sie mit Ihrer Verkehrspolitik immer wieder auf Widerstand in der Bevölkerung. Aber Sie müssen sich endlich einmal mit der Realität auseinandersetzen, was für Sie natürlich schwer zu ertragen ist.

Auch die nackten Zahlen zeigen dies. Vielleicht noch einmal für Sie, Herr Tjarks, dann wird es für Sie vielleicht noch einmal etwas einleuchtender: Nehmen wir zum Beispiel die Auslastung der P+R-Anlagen in Neuwiedenthal. Dort haben wir nur noch eine Auslastung von 27 Prozent. In Neu-Graben sind wir nur noch bei 36 Prozent und im schönen Volksdorf nur noch bei 42 Prozent – Herr Dressel wird es wissen.

(Dennis Thering)

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ich trage auch dazu bei!)

Diese 42 Prozent hätten wir niemals erreicht, wenn die Markthändler an den Markttagen nicht die P+R-Gebühren übernehmen würden. Ansonsten hätten Sie mit Ihrer Politik dort auch schon den schönen Volksdorfer Wochenmarkt zugrunde regiert.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Das haben wir aber nicht getan!)

Jetzt kommen wir noch einmal zu den Kosten und Nutzen, das ist ja immer so eine Sache. Auch die absoluten Zahlen zeigen einmal mehr: Seit Einführung der Gebührenpflicht und bis Ende Oktober 2015 beliefen sich die Einnahmen auf 1,96 Millionen Euro. So weit, so gut. Dem gegenüber stehen aber Ausgaben von 8,4 Millionen Euro, und darin sind noch nicht einmal die acht Vollzeitkräfte eingerechnet, die die Hochbahn an die P+R-Betriebsgesellschaft abstellt.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Ja, das sind ja auch bauliche Unterhaltungskosten! Wir erhalten ja auch die Anlagen, Entschuldigung!)

Sie sehen also, die P+R-Betriebsgesellschaft hängt weiterhin am Tropf der Stadt und an der Hochbahn. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

Es geht noch weiter, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und GRÜNEN. Sie haben seit Einführung der Gebührenerhebung keine einzige zusätzliche Anlage eröffnet, obwohl das einer der Hauptpunkte war, warum Sie diese P+R-Gebühren eingeführt haben – das muss man deutlich sagen. Im Gegenzug haben Sie sogar 1 250 Parkplätze abgeschafft. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik. Ihre Gebührenpflicht ist grandios gescheitert.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

So, wie ich Frau Köppen kenne, wird sie bestimmt gleich erzählen, wie toll es doch war, diese P+R-Gebühren einzuführen. Man hat wirklich das Gefühl, dass Sie wie ein kleines Kind, das einfach nicht einsehen will, dass es Fehler macht, immer wieder herumnölen und weiterhin auf diesem längst tot gerittenen Gaul weiterreiten.

(Anna Gallina GRÜNE: Sie sind doch am Rumnölen!)

Es ist peinlich und kostet die Hamburger vor allem Zeit, Nerven und verdammt viel Geld.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

Wie so häufig appelliere ich an Sie: Kehren Sie endlich wieder zurück zur Vernunft. Wir haben einen guten Antrag vorliegen, der dazu beitragen

wird, dass der ÖPNV in Hamburg wieder attraktiver wird. Wie es gute Tradition bei der CDU ist, haben wir auch gleich einen vernünftigen Gegenfinanzierungsvorschlag vorgelegt. Die teure Radverkehrskordinatorin mit ihrem ganzen Stab, die schon in den ersten Monaten gezeigt hat, dass sie relativ wenig auf die Reihe bekommt, wird abgeschafft. Wenn wir dann noch die zig Millionen Euro aus dem Busbeschleunigungsprogramm nehmen, die Sie in den nächsten Jahren noch versenken wollen, haben wir eine schöne Summe, mit der wir die nächsten Jahrzehnte die P+R-Gebühren kostenfrei machen können. Geben Sie sich deshalb einen Ruck, machen Sie den ÖPNV wieder attraktiver, und schaffen Sie diese unsäglichen Gebühren wieder ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Koeppen von der SPD-Fraktion.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Zeig's ihnen!)

Martina Koeppen SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Thering, persönliche Angriffe ersetzen keine Argumente.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nun möchte ich das alles einmal geraderücken, was Sie jetzt von sich gegeben haben. Da sollten Sie einmal genau zuhören. Im Herbst 2013 hat nämlich der damalige SPD-Senat ein sehr umfassendes P+R-Konzept vorgelegt,

(Dennis Thering CDU: Das gescheitert ist!)

in dem umfassend und detailliert aufgezeigt wurde, welche sinnvolle Entwicklung von P+R es in den nächsten Jahren geben könnte. Unter breiter Beteiligung – unter anderem auch von ADAC, Handelskammer, S-Bahn, HVV, Hochbahn – wurden diese Handlungsempfehlungen erörtert und abgestimmt. Neben einer soliden Grundlagenermittlung wurde detailliert aufgeführt, in welchen Hamburger Stadträumen Handlungsbedarfe sowohl kurz-, mittel- als auch langfristig bestehen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Koeppen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Thering?

Martina Koeppen SPD (fortfahrend):* Nein, Herr Thering kann sich gleich noch einmal melden.

(Dennis Thering CDU: Das hätte Größe gehabt, Frau Koeppen!)

Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Konzepts ist, die P+R-Häuser mit einem einheitlichen Sicherheitsstandard auszurüsten. Dank Videoüberwa-

(Martina Koeppen)

chung und Notrufanlagen werden die ehemaligen Angsträume beseitigt. Auch die Schaffung von Frauenparkplätzen erhöht das Sicherheitsempfinden der Frauen. Dieser Aspekt, Herr Thering, wird in der Debatte immer wieder vergessen und verschwiegen.

(Jörg Hamann CDU: Dazu brauchen Sie doch kein Geld, sondern nur Schilder!)

In dem P+R-Konzept wird auch dargestellt, dass die kleinen ...

(Dennis Thering CDU: 8 Millionen Euro!)

– Dazu komme ich noch. Warten Sie einmal ab, hören Sie sich das erst einmal der Reihe nach an. Ich will das, was Sie da vorgetragen haben, abarbeiten.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Bloß das nicht!)

In dem P+R-Konzept wird auch dargestellt, dass die kleinen ebenerdigen P+R-Parkplatzanlagen, die bis dato von den Bezirksämtern verwaltet wurden, in die P+R-Gesellschaft übergehen und geschlossen werden. Da ist es doch nur logisch und sinnvoll, diese Flächen jetzt für Flüchtlingsunterkünfte zu nutzen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch die von Ihnen aufgestellte Behauptung, die bisherigen P+R-Nutzer fahren gleich in die Innenstadt, ist absurd. Oder können Sie sich ernsthaft vorstellen, Herr Thering, dass jemand einen Tagstarif am Dammtorwall für 25 Euro im Parkhaus bezahlt, nur um 2 Euro P+R-Gebühren zu sparen?

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Dennis Thering CDU: Ja, wo sind sie denn geblieben? Wo sind denn die Nutzer geblieben, Frau Koeppen?)

– Herr Thering, da wir jetzt gerade bei den Zahlen sind: In der von Ihnen zitierten Schriftlichen Kleinen Anfrage fragen Sie nach den Kosten von Instandsetzung beziehungsweise Sanierung und/oder baulichen Maßnahmen. Dabei werfen Sie Äpfel und Birnen in einen Topf und differenzieren nicht zwischen den aus der Entgeltspflicht erwachsenen Kosten und den Kosten, die auch ohne Entgeltspflicht für die notwendige Bauinstandhaltung der Objekte entstanden wären. Haben Sie das verstanden?

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Dennis Thering CDU: Sie gehen ja toll auf die Argumente ein!)

Ich kann das gern noch einmal für Sie wiederholen und Ihnen das nachher schriftlich geben. Genau aus dieser Summe, von der Sie gesagt haben, es seien 8,4 Millionen Euro – also auch die Betonsanierung, die nichts mit der Entgeltspflicht zu tun hat; das ist vielleicht ein bisschen einfacher zu verste-

hen –, machen Sie eine Gesamtsumme und sagen, es gäbe keinen Kosten-Nutzen-Faktor bei der Gebührenpflicht.

(Dennis Thering CDU: Wo sind denn die Nutzer geblieben, Frau Koeppen?)

– Herr Thering, das ist unseriös, so rechnen wir nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Dennis Thering CDU: Sie können gar nicht rechnen!)

Immerhin haben Sie eines richtig erkannt, Herr Thering. Hamburgs Verkehrsinfrastruktur stößt immer mehr an ihre Kapazitätsgrenzen. Genau aus diesem Grund plant der Senat die Erweiterung des U-Bahn-Netzes, die S4, die S21, und setzt in der Zwischenzeit die Busoptimierung um. Genau aus diesen Mitteln wollen Sie nun die Gebührenfreiheit finanzieren.

Zum Schluss möchte ich Ihnen einmal etwas zu Ihrem Gegenfinanzierungsvorschlag zitieren:

"Radfahren wird in Hamburg immer beliebter. [...] Zurückzuführen ist dieser Trend vor allem auf das seit Jahren zunehmende Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung."

(Dennis Thering CDU: Auf den Stau ist das zurückzuführen!)

Darüber hinaus ist Radfahren gegenüber anderen Verkehrsmitteln preisgünstig und effizient [...]. Auch aus verkehrlicher Sicht ist die Entwicklung positiv zu bewerten. Je mehr Menschen das Rad benutzen, desto besser funktioniert der gesamte Verkehrsablauf – ein Beitrag für eine bessere Lebensqualität in der gesamten Stadt."

(Dennis Thering CDU: Was hat die Radverkehrskoordinatorin damit zu tun?)

– Herr Thering, dieser Satz stammt nicht von der neuen Radverkehrskoordinatorin, deren Stelle Sie streichen wollen. Diese Formulierung stammt aus einem CDU-Antrag aus der 18. Legislaturperiode.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, sagen Sie doch einfach, dass Sie in der Verkehrspolitik keine Ideen und keinen Plan haben, anstatt populistische Anträge einzubringen. Diesen Antrag werden wir ablehnen. – Danke.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Bill von der GRÜNEN Fraktion.

Martin Bill GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema ist im Grunde ein altes Thema.

(Thilo Kleibauer CDU: Dann sagen Sie mal was Neues!)

Man kann in der Parlamentsdatenbank viele Debatten nachverfolgen, die sich in der vergangenen Legislaturperiode genau um diese Frage drehten.

(Dennis Thering CDU: In der letzten Legislatur waren Sie doch dafür!)

Wir werden den Antrag heute ablehnen. Schon in der vergangenen Legislaturperiode haben wir gesagt, dass nichts gegen eine grundsätzliche Entgeltspflicht für Parkplätze spricht. Wenn man dann im zweiten Punkt auf die Gegenfinanzierung blickt, dann ist völlig klar, dass wir diesen Antrag ablehnen werden. Das haben Sie auch schon so angelegt. Ihre Gegenfinanzierung ist zum x-ten Mal die Radverkehrskordinatorin. Ich finde, diese ideologische Ecke könnten Sie jetzt endlich einmal verlassen und zum Radverkehr in Hamburg nicht nur in Sonntagspapieren stehen, sondern auch, wenn es dann wirklich einmal konkret wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

In diesem ganzen Kontext der Park-and-Ride-Gebühren finde ich manchmal den Sprachgebrauch wirklich absurd. Heute haben Sie es zum Glück nicht gesagt. Sie werden aber immer wieder in der Presse damit zitiert, dass es eine Abzocke sei, Gebühren für einen Stellplatz zu erheben.

(Dennis Thering CDU: Ist es doch auch!)

Wenn man sich das Wort Abzocke einmal ansieht, dann enthält es den Tatbestand des Betrugs oder der Unlauterbarkeit. Und wenn man sich anschaut, was eine Gebührenpflicht für einen Stellplatz ist, dann ist das schlicht eine Leistung, die empfangen wird, und eine Gegenleistung, die gegeben werden muss. Diese Gegenleistung war zurzeit schlicht aus Steuermitteln finanziert. Da finde ich es als Parlamentarier – und auch als Parlamentarierin, Frau Sudmann – nicht falsch, vielleicht einfach einmal zu fragen, ob diese Gegenleistung aus Steuermitteln noch richtig eingesetzt ist.

(Dennis Thering CDU: Das HVV-Ticket ist die Gegenleistung! Das ist aus der KFZ-Steuer!)

Das hat im Übrigen der Rechnungshof schon im Jahr 2007 von uns verlangt.

(Beifall bei Dr. Stefanie von Berg GRÜNE)

Ich schaue dann immer einmal ganz gern ins Grundgesetz, blättere es von vorn bis hinten durch, und bis heute habe ich noch kein Grundrecht auf einen kostenfreien Parkplatz gefunden.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD – Ksenija Bekeris SPD: Ich auch nicht!)

Dann muss man doch auch sehen – das hat Frau Koeppen eben sehr dezidiert dargelegt –, dass ein komplettes Konzept dahintersteht.

(Dennis Thering CDU: Aber das erkennt keiner!)

Dieses Konzept zielt darauf ab, beispielsweise genau die Fehlanreize zu vermeiden, die Sie ansprechen. Zum Beispiel wurde klar gesagt, dass die innerstädtischen Standorte in Hamburg aufgelöst werden müssten, weil dadurch Fehlanreize entstünden, indem man sehr weit in die Stadt hineinfährt und den Verkehr in die Stadt verlagert. Es wäre eine sehr sinnvolle Maßnahme, beispielsweise die Standorte Barmbek, Dehnhaiide, Friedrichsberg und Berliner Tor Stück für Stück aufzugeben.

(Zuruf: Funktioniert aber nicht!)

Weitere Fehlanreize sollen vermieden werden, indem man durch die Gebührenfreiheit in Hamburg nicht dazu angehalten wird, gebührenpflichtige Parkplätze im Umland zu umfahren, so ist es beispielsweise in Lüneburg. Da musste man schon immer für die Leistung dort bezahlen. Das heißt, viele sind von Lüneburg nach Hamburg gefahren, um dann dort zu parken. Wer allerdings schon einmal im Lüneburger Bahnhof war, weiß, dass man wunderbar mit dem Metronom von Lüneburg nach Hamburg fahren kann. Es ist verkehrspolitisch sinnvoll, sein Fahrzeug schon in Lüneburg abzustellen und in den Metronom zu steigen. Das ist ein objektiver Grund, warum die Abstimmung der verschiedenen Park-and-ride-Konzepte sinnvoll ist.

Es ist doch auch gut – Herr Thering, jetzt hören Sie doch weiter zu –, wenn jetzt immer mehr Fahrgemeinschaften entstehen.

(Dennis Thering CDU: Das ist doch nicht der Fall!)

Und wenn immer mehr Fahrgemeinschaften entstehen, ist doch klar, dass immer weniger Autos in den entsprechenden Anlagen parken. Das ist doch nicht verkehrt, sondern genau richtig, weil dann auch die Autos immer besser genutzt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Am Ende ist natürlich klar, dass man eine solche Entwicklung beobachten muss. Gerade im verkehrspolitischen Bereich braucht es Zeit, bis sich alle an die Umstellung gewöhnt haben. Das ist in dem Konzept bereits berücksichtigt. Natürlich werden wir auch genau beobachten, wie sich die Wohngebiete rund um die entsprechenden Anlagen entwickeln. Falls Wohngebiete weiterhin dauerhaft zugesperrt sind, werden wir mit den dortigen Anwohnerinnen und Anwohnern darüber ins Ge-

(Martin Bill)

sprach kommen, ob beispielsweise Bewohnerparkgebiete benötigt werden. Das machen wir aber, indem wir das evaluieren und nachverfolgen und nicht, indem wir jetzt einseitig und überhastet Maßnahmen durchführen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Solange wir in den Randbereichen der Stadt kein gutes ÖPNV-Angebot haben, ist es wirklich kontraproduktiv, wenn P+R-Gebühren erhoben werden. Da bin ich ausnahmsweise sogar einmal bei der CDU, und ich könnte auch Ja sagen zu Ziffer 1. Das Beispiel, das Herr Bill gerade angeführt hat, nämlich Lüneburg, ist ein schlechtes Beispiel. Denn es gibt zwar einen wunderbaren Zug, aber in diesem müssen Sie zur Hauptverkehrszeit gequetscht stehen – das ist nicht attraktiv. Da müssten wesentlich mehr Verbindungen geschaffen werden.

Unmöglich ist aber – und damit hat Herr Thering es wirklich in kürzester Zeit geschafft, sich in dieser Bürgerschaft den Ruf eines rückwärtsgewandten Verkehrspolitikers zu erarbeiten –, dass Herr Thering nur eine einzige Perspektive kennt, nämlich die hinter der Windschutzscheibe im Auto.

(*Dennis Thering CDU: Wir wollen die Autos in die P+R-Anlagen bekommen!*)

Sie sollten den Mut haben, Herr Thering, einmal auszusteigen und zu versuchen, Fahrrad zu fahren oder den Bus oder die Bahn zu nehmen, dann würden Sie auch eine andere Perspektive haben.

(Beifall bei *Stephan Jersch* und *Mehmet Yildiz*, beide DIE LINKE)

Dass Sie jetzt zum wiederholten Mal versuchen, die aus meiner Sicht absolut notwendigen und noch viel zu unehrgeizigen Pläne des rot-grünen Senats zu torpedieren, und sagen, die Radverkehrskordinatorin müsse abgeschafft werden, ist wirklich billig. Denn es wird sich nie etwas bewegen, wenn es nicht wesentlich mehr Personal dafür gibt. Dafür haben wir sogar gemeinsam mit Ihrem Vorgänger, Herrn Hesse, gekämpft, während Sie leider rückwärtsgewandt sind. Deswegen können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei *Stephan Jersch* und *Mehmet Yildiz*, beide DIE LINKE)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gibt Menschen, die sagen, die Einführung einer Entgeltspflicht für Park and ride sei ein Schildbürgerstreich.

(Beifall bei *Dennis Thering CDU*)

– Das war jetzt zu früh.

Das ist falsch. So einen Unsinn würden die Leute in Schilda nicht gemacht haben. So einen Unsinn macht nur Rot-Grün.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte Ihnen einmal einen kleinen Blick in eine Welt gewähren, die Sie nicht kennen, nämlich die Welt der Privatwirtschaft.

(*Dr. Monika Schaal SPD: Nee, nee! – Milan Pein SPD: Ich hab denselben Beruf wie Sie, auch Privatwirtschaft!*)

Wissen Sie was? In der Privatwirtschaft ist es so: Möchte zum Beispiel ein Supermarkt Kunden gewinnen, bietet er ihnen kostenlose Parkplätze an, damit die Leute zu ihm kommen und sein Angebot nutzen. Wenn der HVV und hinter ihm stehend der Senat gut beraten wäre, würde er es ganz genauso machen, denn es ist das Naheliegendste von der Welt, dass man Autofahrer zu sich holen will, damit sie ein Angebot in Anspruch nehmen. Nehmen Sie meinen Tipp aus der Privatwirtschaft an, dann läuft es besser.

(Beifall bei *Dennis Thering CDU*)

Der zweite Punkt, die Sache mit dem Anreiz, wurde schon ein bisschen diskutiert. Wir wollen doch alle, dass mehr Autofahrer ihr Auto zumindest teilweise stehen lassen und stattdessen den ÖPNV nutzen. Zur Strafe kommt Rot-Grün und nimmt dafür Geld. Sie bestrafen genau das von uns allen gewünschte Verfahren, nämlich das Stehenlassen von Autos. Das ist kontraproduktiv und erhöht nebenbei auch noch die Klimabelastung. Aber das ist Ihnen vielleicht egal.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Dann wurde behauptet, durch die Einführung der P+R-Entgelte werde bei den P+R-Anlagen alles viel besser, sie würden besser gepflegt und somit aufgewertet. Die Zahlen haben wir erfahren. Es gibt 18 gebührenpflichtige Anlagen. Raten Sie einmal, bei wie vielen von ihnen überhaupt irgendwelche nennenswerten Maßnahmen durchgeführt wurden. Genau bei zweien. Bei 2 von 18 gebührenpflichtigen P+R-Anlagen wurde in eineinhalb Jahren irgendetwas Nennenswertes getan. Der vorgebliche Grund für die Einführung des Entgelts für Park and ride ist von Ihnen vollständig verfehlt worden.

Was aber erhöht worden ist, ist der Personalbestand bei der P+R-Betriebsgesellschaft. Von 2011 bis 2014 sind die Personalkosten um nicht weniger

(Dr. Wieland Schinnenburg)

als 32 Prozent gestiegen. Da haben Sie für ein Mehr gesorgt, aber das wollen wir eigentlich gar nicht. Nun kommen Sozis ihrer besten Disziplin nach, dem Verschwenden von Geld.

(Milan Pein SPD: Herr Dr. Schinnenburg, Menschenskind, was ist denn das für ein Schmu!)

Ergänzend zu Herrn Thering nenne ich Ihnen noch ein paar Zahlen. 1,2 Millionen Euro wurden bis Ende April 2015 durch das P+R-Entgelt eingenommen. Die Erhebung dieser Gebühren – hören Sie gut zu – kostete schon 525 000 Euro, also fast die Hälfte der Einnahmen durch P+R-Entgelte. Das schafft man sonst nur bei Bagatellsteuern. Sie schaffen das problemlos bei Park and ride. Jetzt könnte man sagen, na immerhin, dann bleiben noch ungefähr 600 000 Euro übrig. Aber dann kommt der Finanzsenator von der SPD und was macht er? Er verringert den Verlustausgleich der P+R-Betriebsgesellschaft um fast 500 000 Euro. Ergebnis: Es bleiben gerade einmal 75 000 Euro von allen Einnahmen durch P+R-Entgelte übrig. 75 000 Euro ist das Ergebnis, das am Ende bei Park and ride bleibt. Die Fachleute wissen, was man damit machen kann. Genau, man kann pro Jahr für 75 000 Euro fünf P+R-Plätze schaffen. Das ist nun wirklich ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir stellen fest: Einziger Gewinner der ganzen Veranstaltung ist die Stadtkasse. P+R-Gebühren sind wirtschaftlich unsinnig und politisch falsch. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Ehlebracht von der AfD-Fraktion.

Detlef Ehlebracht AfD:* In Anbetracht der knappen Redezeit unserer Fraktion – jetzt kommt gleich ein Ah – werde ich mich kurzfassen.

(Zurufe: Ah!)

– Genau.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

– Einige sind wie dressiert, klasse.

Dem Motto der "Wachsenden Stadt" stehen wir sehr, sehr kritisch gegenüber. Denn "Wachsende Stadt" heißt Qualitätsverlust an verschiedenster Stelle. Wir sind ein großer Befürworter der Metropolregion, und von daher müssen das Pendeln sowie der Mix aus unterschiedlichsten Fortbewegungsmitteln innerhalb der Stadt an Bedeutung zunehmen und durch den Ausbau der geeigneten Infrastruktur und der Rahmenbedingungen entsprechend gefördert werden, damit letztendlich mehr Menschen sich in der Metropolregion niederlassen können, um dann in Hamburg arbeiten zu können.

Wenn wir das Pendeln nicht fördern, müssen wir eine Steigerung des Kfz-Verkehrs mit all seinen Folgen in Kauf nehmen. Das will, glaube ich, keiner, und wer das nicht will, muss an geeigneter Stelle auch bereit sein, vertretbare Investitionen in die Zukunft und in die Funktionsfähigkeit eines Systems vorzunehmen, ohne gleich deren Refinanzierung anzupeilen. Demzufolge ist die P+R-Gebühr als kontraproduktiv zu streichen. Auch wenn mittlerweile einzelne P+R-Plätze wieder eine leichte Zunahme verzeichnen, stellen in Summe deutlich weniger Pendler dort ihr Fahrzeug ab, sondern parken das Umland zu.

(Sören Schumacher SPD: Die stehen in Niedersachsen!)

Das Angebot an P+R-Plätzen ist letztendlich auszubauen, vorzugsweise in Randlagen oder in den Metropolregionen. Da muss die Stadt Hamburg sich auch einmal überlegen, welche Unterstützung sie auf Augenhöhe leisten kann – das ist im Sinne dieser Stadt. Dazu sind entsprechende Vereinbarungen mit den Nachbargemeinden zu treffen. Ich erinnere an den vergangenen Mittwoch, an dem Metropolregion ein großes Thema war. Das ist ein Ansatzpunkt, mit diesen Nachbargemeinden partnerschaftlich auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten und dort etwas Neues aufzubauen oder stärker auszubauen. In diesem Zuge können eventuell auch bestimmte Serviceleistungen angedacht werden, Shuttlebusse, die ohne Zwischenhalt bestimmte Ziele ansteuern – dies nur einmal als Idee. Das muss natürlich noch validiert werden, aber es wäre vielleicht ein Ansatz. Letztendlich aber lassen Sie sich Folgendes ins Stammbuch schreiben: Verkehrsanziehung gestaltet man am nachhaltigsten durch attraktive Angebote und nicht nur durch das Installieren von Zwangsmaßnahmen. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer einer Überweisung der Drucksache 21/2367 an den Verkehrsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache.

Wer sich dem Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 21/2367 anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann kommen wir zu den Tagesordnungspunkten 20c und 55a, Drucksache 21/2177, Senatsantrag: Verständigung der Freien und Hansestadt Ham-

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

burg und des Landes Schleswig-Holstein mit der Europäischen Kommission im Beihilfeverfahren zur HSH Nordbank AG, und Drucksache 21/2505, dem Bericht des Haushaltsausschusses hierzu.

**[Senatsantrag:
Verständigung der Freien und Hansestadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein mit der Europäischen Kommission im Beihilfeverfahren zur HSH Nordbank AG
– Drs 21/2177 –]**

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 21/2177:
Verständigung der Freien und Hansestadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein mit der Europäischen Kommission im Beihilfeverfahren zur HSH Nordbank AG
– Drs 21/2505 –]**

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Neustrukturierung der HSH Nordbank – Ja zu sinnvollen Maßnahmen zum Risikoabbau, Nein zum 16-Milliarden-Blankoscheck für den Senat
– Drs 21/2524 –]**

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Zukunftskonzept für HSH Nordbank entwickeln
– Drs 21/2527 –]**

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:
Drs. 21/2177/Anlage 3
– Drs 21/2553 –]**

Hierzu liegen Ihnen als Drucksachen 21/2524 und 21/2527 Anträge der Fraktionen der CDU und der FDP sowie als Drucksache 21/2553 ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und GRÜNEN vor.

Wer wünscht das Wort? – Herr Schreiber von der SPD-Fraktion.

Markus Schreiber SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute beschließt Hamburg das größte Rettungspaket aller Zeiten. So habe ich es schon heute Morgen gelesen, und dafür möchte ich jetzt auch streiten und werben. Am Anfang darf man allerdings daran erinnern, dass ein CDU-geführter Senat der Freien und Hansestadt Hamburg die HSH Nordbank eingebrockt hat.

(Jörg Hamann CDU: Uah!)

– Ist so. Sie werden sich vielleicht noch daran erinnern.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Anjes Tjarks GRÜNE)

Die Finanzsenatoren Peiner und Freytag haben mit Eurozeichen in den Augen von einer internationalen Großbank geträumt und damit einen Albtraum für Hamburg erzeugt.

(Jörg Hamann CDU: Simonis ist Sozialdemokratin!)

– Die war auch dabei, das habe ich an dieser Stelle schon einmal gesagt, aber für Hamburg war Frau Simonis nicht zuständig.

Einfache und billige Lösungen für dieses Desaster gibt es nicht – auch das haben wir schon erwähnt. Aber heute müssen wir die für den Steuerzahler günstigste Lösung wählen, um zu einem einigermaßen erträglichen Ende zu kommen.

(Beifall bei der SPD und bei Farid Müller und Dr. Anjes Tjarks, beide GRÜNE)

Deshalb müssen wir der Vereinbarung mit der EU-Kommission zustimmen und den Weg für einen möglichen Verkauf der HSH Nordbank frei machen. Ich habe an dieser Stelle schon einmal darüber gesprochen, dass aufgrund der in 2015 noch vorhandenen Gewährträgerhaftung von 12 Milliarden Euro, die bis Ende Dezember dann noch 2,5 Milliarden Euro betragen wird, dass also aufgrund der fast um 10 Milliarden Euro sinkenden Gewährträgerhaftung dieser Weg, den wir mit der EU-Kommission ausgehandelt haben, den Ländern mindestens 4 Milliarden Euro im Vergleich zur sofortigen Abwicklung spart – das ist viel Geld.

(Beifall bei der SPD und bei Farid Müller und Dr. Anjes Tjarks, beide GRÜNE)

Insofern waren sich im Haushaltsausschuss am Ende auch alle einig, dass wir das Jahr 2016 unbedingt erreichen müssen. Dies ist nur mithilfe der Verständigung mit der EU-Kommission möglich, nur damit, sonst nicht. Dies gibt uns dazu die Möglichkeit, die Bank unter neuem Namen bis 2018 zu verkaufen und dafür hoffentlich einigermaßen viel Geld zu bekommen. Nach allen Einschätzungen von Fachleuten wäre eine Abwicklung 2018 genauso teuer wie eine Abwicklung 2016. Wir haben also eine Chance auf Erlös. Sogar Herr Dr. Marnette schätzt diesen auf 2 Milliarden Euro – vielleicht sind es mehr, vielleicht sind es weniger, ich weiß es nicht, keiner weiß es. Aber falls es keinen Erlös gäbe, wird es auch nicht teurer als Anfang 2016. Da fällt es, finde ich, leicht, Vereinbarungen mit der EU-Kommission zuzustimmen, denn es ist auf keinen Fall die teurere Variante.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Zumal die EU-Kommission und die EZB die HSH Nordbank in den nächsten zwei Jahren sehr eng führen und kontrollieren werden, sodass das Risiko eines Geschäftsgebarens wie in der Vergangenheit gering ist, worauf wir auch großen Wert legen müssen.

(Markus Schreiber)

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Das ist in der Tat einigermaßen wichtig.

Nun zur Opposition: Die CDU-Fraktion möchte die Suppe, die frühere CDU-geführte Senate – da müssen Sie durch, Herr Hamann –

(Jörg Hamann CDU: Wer zahlt uns die 2 Milliarden? Sie haben doch gesagt, wir kriegen 2 Milliarden!

uns eingebracht haben, nicht mit auslöffeln. So ein Drücken vor der Verantwortung ist ein Unding.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die beiden Kreditermächtigungen über 6,2 Milliarden Euro und 10 Milliarden Euro sollen nach Ihnen, Herr Kleibauer, abgesenkt werden, und zwar vollkommen willkürlich einmal um 50 Prozent und einmal um 25 Prozent, wofür jede Begründung fehlt. Diese Prozentsätze sind einfach geraten.

(Zuruf von Jörg Hamann CDU)

Die Finanzministerin von Schleswig-Holstein, Monika Heinold, hat recht, wenn sie dazu sagt – ruhig, Brauner –, ich zitiere sie:

"Eine aus der Luft gegriffene Begrenzung der Kreditermächtigung widerspricht der Grundsatzverständigung mit der EU-Kommission zur Rettung der HSH Nordbank. Folge wäre die sofortige Abwicklung."

Auch an das müssen Sie denken, Herr Kleibauer.

Hier gilt weiterhin, dass 12 Milliarden Euro Gewährträgerhaftung bei einer sofortigen Abwicklung, 7 Milliarden Euro Garantie und der Wert der Bank bei über 20 Milliarden Euro für Hamburg und Schleswig-Holstein liegen. Dann nehmen wir doch lieber eine Kreditermächtigung über 16,2 Milliarden Euro in Kauf, die hoffentlich nicht in voller Höhe in Anspruch genommen wird – das sind weniger als 20 Milliarden Euro. Ich finde es wirklich schäbig, dass die CDU-Fraktion sich so fadenscheinig aus der Verantwortung stiehlt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

DIE LINKE bleibt wider besseren Wissens bei ihrer Linie: Eine Abwicklung nach dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, SAG, sei zu fordern – vielleicht nicht mehr sofort, sondern Anfang 2016. Damit würden ihrer Meinung nach die Steuerzahler geschont und die Eigentümer der Bank zur Rechenschaft gezogen. Das ist bei privaten Eigentümern auch eine tolle Sache, hört sich gut an, aber leider sind die Steuerzahler die Eigentümer, und deshalb ist es eben nicht die günstigste Lösung, so vorzugehen.

Die FDP fordert konsequent die Privatisierung der Bank und bekommt sie jetzt auch. Eigentlich müss-

ten Sie zufrieden sein, Herr Kruse, sind Sie aber nicht.

(Michael Kruse FDP: Lassen Sie uns erst mal reden!)

Eigentlich haben Sie auch recht damit, dass jetzt mit sachkundiger Unterstützung eine Privatisierungsstrategie entwickelt werden muss – so habe ich es zumindest in Ihrer Pressemitteilung gelesen.

(Michael Kruse FDP: Sie hätten eine entwickeln sollen!)

Diese Strategie wird uns noch häufig beschäftigen, und wir werden sie eng begleiten. Eigentlich schade, dass Sie da nicht mitgehen können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es bleibt also bei den Regierungsfractionen in Hamburg und Schleswig-Holstein, in Verantwortung für ihre Länder den günstigsten Weg für die Steuerzahler einzuschlagen und dem Milliarden-Debakel ein Ende zu bereiten. Wir stimmen deshalb den Eckpunkten zur Verständigung der Länder mit der EU-Kommission und dem Staatsvertrag in seiner noch einmal korrigierten Fassung zu, auch wenn wir das Geld des Steuerzahlers viel lieber für sinnvollere Dinge eingesetzt hätten, und nur, weil wir sonst noch weniger Geld für sinnvolle Dinge gehabt hätten, weil die HSH Nordbank noch mehr Geld verschlungen hätte.

Zum Schluss danke ich ausdrücklich unserem Bürgermeister, der jetzt nicht da ist, und unserem Finanzsenator, der auf der Senatsbank sitzt, für ihre engagierten und vermutlich nicht vergnügungssteuerpflichtigen Verhandlungen mit der EU-Kommission und dafür, das geerbte Gespenst HSH Nordbank zumindest eingesperrt und an die Kette gelegt zu haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kleibauer von der CDU-Fraktion.

Thilo Kleibauer CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Egal, wie wir sie heute treffen, ist das in der Tat eine Entscheidung von großer finanzieller Tragweite für die Stadt. Ich bin sehr dafür, dass wir diese Entscheidung auf Basis der Fakten treffen, die vorliegen und die bewertet werden können, und nicht auf Basis von Hoffnung, was vielleicht noch an Gutem in zwei oder drei Jahren kommen mag, und auch nicht auf Basis von Enttäuschung über die ärgerliche Entwicklung in den vergangenen Jahren oder der Frage, wer daran schuld ist. Wir sollten uns wirklich an den Fakten orientieren.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Stimmen Sie denn zu?)

(Thilo Kleibauer)

Wir haben im Jahr 2013 mit einer sehr großen Mehrheit die Wiederaufstockung der Garantie auf 10 Milliarden Euro für die HSH Nordbank beschlossen. Der Senat hat damals gesagt, damit werde eine tragfähige Lösung für die Bank erreicht. Viele in diesem Haus sind dem gefolgt. Wir müssen sehen, dass es nicht so gekommen ist. Wir stellen fest, dass es nicht reicht. Die Lage hat sich – auch das sind die Worte des Senats – seit 2013 in einem dramatischen Umfang verschlechtert. Im Prinzip ist das Worst-Case-Szenario der Drucksache aus 2013 eingetreten. In der Lösung, die uns jetzt präsentiert wird, kommt auch deutlich zum Ausdruck, dass die EU seit längerem Zweifel an der Zukunftsfähigkeit der HSH Nordbank hat.

Unter diesen Bedingungen müssen wir heute eine Entscheidung treffen. Es ist natürlich problematisch, dass wir auf Basis von Eckpunkten oder wie es im Englischen heißt auf Basis eines Handshake-Agreement und nicht auf Basis sehr vieler belastbarer Fakten eine Entscheidung treffen müssen. Es ist sehr problematisch – und ich glaube, das gilt für alle Parlamentarier –, dass viele Sachen überhaupt nicht bezifferbar sind. Es ist nicht klar, welches Portfolio zu welchen Werten auf die Länder übergeht. Es ist völlig unklar, welche zusätzlichen Belastungen und Risiken durch die neue Holding für die HSH Nordbank entstehen, und es ist auch noch völlig offen, inwiefern und welche Verkaufsaufgaben von der EU es für die Bank geben wird. Das alles macht die Sache nicht einfacher.

Der Senat schlägt uns jetzt vor, zusätzlich zur Garantie, die auf 10 Milliarden Euro aufgestockt wird, eine neue Abwicklungsanstalt zu gründen und diese mit 6,2 Milliarden Euro Kreditermächtigung zu befüllen. Das ist ein sehr weitreichendes Mandat. Das ist ein Mandat, das auch von der Kreditermächtigung überhaupt nicht benötigt wird. Und es ist ein Mandat, das weit über die EU-Eckpunktevereinbarung hinausgeht. Das ist schlichtweg ein Blankoscheck für die Landesregierungen, 6,2 Milliarden Euro frisches Geld zusätzlich zu den 10 Milliarden Euro, mit denen wir in der Haftung sind, aufzubringen. Diesen Blankoscheck werden wir nicht ausstellen, Herr Schreiber.

(Beifall bei der CDU)

Das hat auch nichts damit zu tun, dass wir, wenn wir das heute nicht machen, die sofortige Abwicklung der Bank provozieren. Sie haben Frau Heinold zitiert – das habe ich mit Interesse gelesen. Aber zum einen hat uns Ihr Ausschussvorsitzender, Herr Seeler, im Ausschuss sehr genau vorgezeichnet, dass ein Portfolio im Nominalwert von 6,2 Milliarden Euro nur einen Bruchteil dessen wert ist, man also nicht eine Kreditermächtigung von 6,2 Milliarden Euro dafür braucht, sondern einen deutlich niedrigeren Ansatz. Zum Zweiten haben die eigenen Berater der Bundesländer im Aus-

schuss gesagt, dass wir zu diesem Zeitpunkt überhaupt keine Kreditermächtigung ausstellen müssen. Herr Schreiber, das sollten Sie berücksichtigen. Ich hätte von Ihnen schon erwartet, dass Sie, wenn Sie diese Debatte führen, auch die Ausschussberatung an dieser Stelle ernsthaft bewertet hätten.

(Beifall bei der CDU)

Was Sie beschließen wollen, ist in höchstem Maß Intransparenz. Damit schaffen wir aus Sicht des Parlaments eine Blackbox und das lässt auch wieder Zweifel daran aufkommen, was der Senat eigentlich meint. Denkt er vielleicht doch den schlimmeren Fall durch, der uns gar nicht vorgerechnet worden ist? Es ist im Ausschuss durch kein Szenario gedeckt worden, dass das, was hier an Kreditermächtigung im Raum steht und den maximalen Vermögensschaden für die Stadt, an dem Sie sich angeblich orientieren, erhöht, auch nur annähernd notwendig ist. Das greifen wir auf, und hier sollten wir als Parlament selbstbewusst sein und sagen, dass wir dieser unbegrenzten Aufstockung der Kreditermächtigung nicht zustimmen.

Wir müssen eine Entscheidung treffen, und in diesem Zusammenhang legen wir unseren Änderungsantrag in Hamburg und in Schleswig-Holstein vor. Ich habe übrigens zur Kenntnis genommen, dass die Regierungsfractionen in Schleswig-Holstein sich etwas abweichend von Frau Heinold geäußert haben, und ich habe es immer so erlebt, egal, wer hier 2008/2009 oder auch 2013 die politische Verantwortung hatte, dass vorgelegte Änderungsanträge mit einer gewissen Sorgfalt von den Regierungsfractionen beurteilt und nicht einfach pauschal abgelehnt worden sind, Herr Schreiber. Den Vorwurf gebe ich dann einmal schlank zurück.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Änderungsantrag fordern wir im Wesentlichen zwei Punkte: Zum einen greifen wir das Thema Holding auf, auf das Sie überhaupt nicht eingegangen sind. Wir müssen sehr genau darauf achten, dass das nicht eine Holding ist, in der die Bundesländer allein zusätzliche Risiken übernehmen, wo das operative Geschäft entlastet wird – das stabilisiert die Situation ohne Frage –, aber zulasten der Bundesländer, die zusätzliche Verpflichtungen übernehmen, sprich in der Holding werden in den nächsten zwei Jahren Verluste auflaufen, die ausgeglichen werden müssen.

Zum anderen greifen wir das Thema Begrenzung der Kreditermächtigung auf. Da glauben wir schon, dass es sinnvoll ist, als Parlament ein sehr deutliches Votum dafür zu setzen, eben keinen Blankoscheck auszustellen, sondern genau das zu beschließen, was nötig ist. Das ist keine Frage der EU-Eckpunkte, sondern eine Frage der Ausgestaltung durch den Senat und die Landesregierung von Schleswig-Holstein. Mit der Formulierung des

(Thilo Kleibauer)

Staatsvertrags für die neue Abwicklungsanstalt, der unlimitiert die Übernahme von Risiken durch die Länder zulässt, ausgestattet mit einer sehr komfortablen und mehr als ausreichenden Kreditermächtigung, schaffen wir wirklich einen Blankoscheck für die Landesregierungen, und das sollte sich jedes Parlament sehr genau überlegen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben sehr viel von Verantwortung gesprochen und diesen Begriff aus meiner Sicht sogar etwas überstrapaziert. Aber ich glaube, auch jeder Parlamentarier hat eine Verantwortung, wie er mit dieser Situation umgeht und ob er wirklich will, dass wir in den nächsten Jahren gar nicht mehr gefragt werden, oder ob wir sagen, wir sind als Parlament weiter mit im Boot. Wir als CDU sagen nicht, dass wir es billiger hinkommen. Aber wenn der Senat sagt, es müsse an irgendeiner Stelle nachgesteuert werden, dann hat er in zwei Jahren nicht noch eine offene Kreditermächtigung, die er einfach nutzt, sondern dann muss er wieder an das Parlament herantreten. Das, finde ich, ist an dieser Stelle der fairere Umgang zwischen Parlament und Regierung.

(Beifall bei der CDU und bei *Daniel Oetzel FDP* und *Dr. Ludwig Flocken AfD*)

Das sollte für dieses Parlament übrigens auch – ich komme noch einmal darauf zurück, weshalb ich den Begriff Verantwortung in dieser Argumentation für falsch halte – eine Lehre aus der Schiefelage der HSH Nordbank im Jahre 2008/2009 sein. Wir haben sehr lange im parlamentarischen Untersuchungsausschuss – ein paar Kollegen sind vielleicht noch dabei – überlegt, was die Gründe sind. Im Prinzip hat auch die Bürgerschaft bis 2008/2009 überhaupt nicht hingesehen. Diesen Fehler sollten wir nicht noch einmal machen. Deshalb bin ich auch dafür, dass wir heute mit unserem Zusatzantrag einen engen Rahmen beschließen – zum einen eine Reduzierung der Kreditermächtigung, zum anderen die Beachtung sechs weiterer Forderungen – und nicht einfach sagen, wie wir es vielleicht damals gemacht haben: Es gibt einen Blankoscheck, mit dem der Senat alles Mögliche machen darf, und wir sind nicht mehr dabei. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Bürgerschaft hat heute eine weitreichende Entscheidung zu treffen. Es geht darum, die HSH Nordbank entweder sofort abzuwickeln, und zwar mit allen damit verbundenen Konsequenzen, oder die Verständigung mit der EU-Kommission anzunehmen, und zwar auch

mit all den damit verbundenen Konsequenzen. Trotz intensiver Suche von FDP-Fraktion und Links-Fraktion haben wir keine dritte Alternative.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Uns alle eint der Ärger über das Geschäftsgebaren der Bank in der Vergangenheit. Das ist eine Mahnung, dass wir das Geschäftsgebaren auch in dieser Zeit beobachten müssen. Aber angesichts der drohenden und sich realisierenden Milliardenverluste sind wir gut beraten, sachlich abzuwägen, was die Vermögensposition der Stadt besser schützt und welche der beiden Alternativen die bessere ist.

(Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

Die Frage der sofortigen Abwicklung, die die FDP-Fraktion und auch die Links-Fraktion für richtig halten, haben wir im Ausschuss ausführlich erörtert.

(*Katja Suding FDP:* Haben Sie zugehört? – *Michael Kruse FDP:* Wo steht das?)

– Herr Kruse, wenn man nichts macht, dann kann man die Bank auch nicht verkaufen, weil es keinen Käufer gibt. Wenn man nichts tut, werden diejenigen, die Geld und Anteile in diese Bank eingelegt haben, um sie mit hartem Kernkapital zu unterstützen, dieses abziehen, und dann wird die Bank ein großes Problem haben und in ein Abwicklungsszenario geraten. Das geht ganz schnell, und das wissen Sie auch. Man muss etwas tun, denn sonst kommt man überhaupt nicht dahin, wohin Sie eigentlich wollen, nämlich zu einer Privatisierung der Bank.

(*Michael Kruse FDP:* Tun Sie das Richtige? Sie unterstellen uns was, und das ist falsch!)

Herr Kruse, das hat schon Herr Kubicki von Ihrer Fraktion in Schleswig-Holstein nicht verstanden, und deswegen sehe ich es Ihnen jetzt nach, dass auch Sie es nicht verstehen. Wahr ist, dass wir diese zwei Optionen haben. Zwischen diesen müssen Sie sich jetzt auch einmal entscheiden. Wir werden gleich sehen, in welche Richtung Sie tendieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es ist richtig, dass das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz die privaten Anteilseigner bei Bankpleiten in die Haftung nimmt, damit nicht die Steuerzahler dafür aufkommen müssen. Allerdings handelt es sich hier um eine Bank, bei der 90 Prozent der Anteile sich in öffentlichem Besitz befinden und die noch – und das ist der entscheidende Punkt – eine Gewährträgerhaftung in zweistelliger Milliardenhöhe hat, für die die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein haften.

Diese Besonderheit, liebe Links-Fraktion, kann man nicht einfach ignorieren, denn wenn wir dieses Gesetz anwenden, tritt in dieser Konstruktion der Mechanismus ein, dass die Länder in erster Linie mit dem Eigenkapital, in zweiter Linie mit dem

(Dr. Anjes Tjarks)

gewährträgerbehafteten Kapital und in dritter Linie als Anteilseigner haften. Lieber Herr Hackbusch, diesen Mechanismus ignorieren Sie in all Ihren Argumentationen. Ich habe Ihren dreiseitigen Artikel in "SozialismusAktuell" noch einmal genau nachgelesen, Sie haben dort nicht ein Wort darüber verloren. Sie ignorieren da einfach die Realität.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dann wird als nächstes Argument vorgebracht, wir würden nicht für alle Anteile des harten Kernkapitals haften, weil nicht alle Anteile gewährträgerbehaftet sind. Aber wenn man diese Mechanik einmal verstanden hat und unterstellt, dass sie richtig ist, dann bedeutet Ihre Argumentation im Umkehrschluss, Herr Hackbusch, dass wir allen Ernstes entscheiden sollen, Mehrkosten in Milliardenhöhe einzugehen, nur damit private Anteilseigner auch geschädigt werden. Das ist sogar aus Sicht der Länder komplett absurd.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Auch wenn Sie vielleicht emotional auf den Richtigen zielen, übersehen Sie aus unserer Sicht, dass Sie einen Bumerang in der Hand halten. Die Mechanik der Haftungsverhältnisse ist entscheidend, und Ihr Wurf wird am Ende die Stadt treffen. Das sollten Sie in Ihrer Argumentation bedenken. Und ich möchte mir nicht vorwerfen lassen, dass wir das im Ausschuss nicht ausführlich beraten haben. Wir haben dies sehr ausführlich beraten und auch hier ein paar Mal besprochen. Ich möchte nicht, dass Ihr gleich wieder ausgesprochener Vorwurf, wir berieten das nicht vernünftig, so stehen bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es kann sein, dass die Bank aufgrund des vorgegebenen Szenarios der EU-Kommission am Ende dennoch abgewickelt werden könnte, und zwar unabhängig davon, wie wir uns heute entscheiden. Aber der entscheidende Unterschied zwischen beiden Szenarien liegt auf der Zeitachse und den damit verbundenen Chancen, und dieser Unterschied auf der Zeitachse macht aufgrund der Gewährträgerhaftung mehrere Milliarden Euro aus.

(Beifall bei *Anna Gallina GRÜNE*)

Deswegen ist aus meiner Sicht die Entscheidung, die wir heute in der Sache zu treffen haben, ziemlich einfach.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Kleibauer, wenn Sie von einem Blankoscheck sprechen, dann muss man ehrlicherweise sagen, dass das so nicht stimmt, weil nämlich – das ist die traurige Wahrheit – dieser Scheck aufgrund des Gebarens von Herrn Peiner und Herrn von Beust sehr wohl ausgefüllt werden wird. Das wird sehr wohl kein Blankoscheck sein, sondern Hamburg wird am Ende dafür zahlen müssen. Wenn Sie sagen, Sie wollten den Haftungsrahmen für Hamburg

begrenzen, dann machen Sie doch nichts anderes als das, was der Senat im Wesentlichen auch getan hat, nur dass er die einzig plausibilisierte Zahl gewählt hat. Sie wählen einen völlig willkürlich gezeichneten Haftungsrahmen. Sie wissen doch überhaupt nicht, ob die "hsh portfoliomanagement AöR" am Ende bei 3,2, 4,1, 6,2 oder 2,7 Milliarden Euro steht. Das wissen Sie nicht, da machen Sie es sich sehr einfach. Ihr Antrag liest sich so, als wollten Sie sich aus der Verantwortung drücken und mit dem einzigen Argument, das Ihnen dazu einfällt, in die Büsche schlagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn wir die Bank fortführen, besteht die Chance, dass sich das Vermögen erholen kann. Wir haben die Chance auf eine Veräußerung. Das würden wir sofort aufgeben, wenn wir in ein Abwicklungsszenario geraten. Klar ist, dass das Abenteuer HSH Nordbank die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein teuer zu stehen kommen wird – das ist nach wie vor unser größtes Haushaltsrisiko. Heute treffen wir aber aus meiner Sicht eine klare Abwägungsentscheidung, die darin besteht, mehrere Milliarden Euro weniger auszugeben. Wenn man eine verantwortungsvolle Politik für Hamburg verfolgt, dann bedeutet das, die Vermögensposition der Stadt bestmöglich zu wahren. Das ist in der Sache klar und bedeutet Einigung mit der EU-Kommission, Entlastung der Bank und dann ein Verkaufsszenario. Das ist der einzige Weg, der uns in Wirklichkeit bleibt. Alle, die ein anderes Szenario daherreden, müssen sich fragen, woher sie die 4 Milliarden Euro extra nehmen wollen. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Es geht sicherlich um eine der schwierigsten Situationen und eines der größten Haushaltsrisiken, die in dieser Stadt je diskutiert worden sind. Wichtig ist mir, darauf hinzuweisen, dass nicht Herr Tschentscher, der jetzt die Rechnung überbringt, dafür verantwortlich ist, sondern dass die Entwicklung in den Jahren 2005 bis 2008 – Herr Schreiber hat es dargestellt – die wesentliche Ursache dafür ist, dass die Stadt wahrscheinlich mehrere Milliarden Euro aufbringen muss.

Ein Zweites ist mir wichtig: Das ist kein typisches Beispiel für öffentliches Eigentum. Sieht man sich die Begründungen von damals an, dann war das Entscheidende die Idee der Privatisierung, die Vorbereitung der Privatisierung und die laufende Privatisierung, die damals stattgefunden hat. Wir haben es also nicht mit einem typischen Beispiel dafür zu tun, dass die öffentliche Hand nicht mit Eigentum umgehen kann, sondern es handelt sich

(Norbert Hackbusch)

um eines der Privatisierungswahnsinn-Projekte in diesem Land, das wir gegenwärtig bezahlen müssen. Das muss man dabei immer mitdenken, weil viele jetzt alles durcheinanderbringen. Wenn man sich die Geschichte anschaut, ist das nach meiner Meinung entscheidend.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Man muss sich klarmachen, dass es insgesamt um einen höheren Milliardenbetrag geht. Ich möchte noch einmal die Dimension deutlich machen. Wenn der Finanzsenator dafür circa 5 Milliarden Euro zurückgelegt hat, dann sind damit alle Sparanstrengungen der letzten 20 Jahre verfrühstückt. Wenn es so ist, wie Herr Marnette sagt – der durchaus kein Unwissender ist, er war Wirtschaftsminister in Schleswig-Holstein und hatte dementsprechend Einblicke –, dass es sogar das Doppelte kosten wird, dann sind damit auch die Sparanstrengungen der nächsten 20 Jahre verfrühstückt. Das nur noch einmal zu der Dimension und dazu, was bestimmte Privatisierungswahnsinn-Sachen für diese Stadt bedeuten, auch im Verhältnis dazu, wie man sonst vernünftig mit Finanzen umgeht. Ich finde, das ist wichtig für diese Diskussion.

Ich möchte mich aber nicht auf alle Einzelheiten konzentrieren, die wir im Ausschuss diskutiert haben, sondern auf die zentrale Frage, warum wir gegenwärtig in einer bestimmten Situation sind und vor welcher Alternative wir gegenwärtig stehen. Man kann das recht simpel aufzeigen. Der Senat hat im Oktober eine bestimmte Entscheidung getroffen, und natürlich stehen wir vor dem Hintergrund dieser Senatsentscheidung, ob sie nun richtig oder falsch ist, vor dieser Friss-oder-stirb-Situation. Ich finde, dass er damals eine falsche Entscheidung getroffen hat und sich etwas anderes hätte überlegen können; dazu werde ich gleich noch einmal argumentieren. In gewisser Weise ist das ein Kritikpunkt. Sie können nicht sagen, die damalige Situation sei alternativlos gewesen und deshalb seien Sie in diese Gewährträgerhaftungsfalle getreten. Das war nicht alternativlos, sondern man hätte sich auch etwas anderes überlegen können. Es war keine Situation nach dem Motto, man müsse das jetzt machen, sonst falle alles weg. Das halte ich nicht für die entsprechende Alternative.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Senat muss sich genau überlegen, warum er ein Instrument, das wir in dieser Republik angeschafft haben, um Finanz- und Bankenprobleme lösen zu können, indem eben nicht nur die öffentliche Hand und nicht nur die Eigentümer, sondern auch die Investoren mit herangezogen werden können, nicht anwenden will. Das erste Argument, das Sie in dieser Drucksache dazu nennen, ist, der Senat gebe die Steuerung der HSH Nordbank auf und das sei ein großer Verlust. Nach den Erfahrungen, die wir mit der Steuerung dieser Bank auch in

den vergangenen zwei Jahren gemacht haben, ist das kein Verlust. Ich kann nur sagen, es ist eher ein Gewinn, wenn nicht mehr die Stadt und dieser Vorstand die Steuerung haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum zweiten Argument, dass dann das Eigenkapital aufgebraucht werde, kann ich nur Folgendes sagen: Das Eigenkapital ist mehr oder weniger aufgebraucht. Das kann man doch nicht mehr als Argument anführen.

Dementsprechend ist das dritte, eben auch in den Redebeiträgen angeführte Argument, es werde insgesamt teurer für die Stadt, wenn die Bank nach dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz abgewickelt werde, hinfällig. Das ist durchaus diskutiert worden, aber in den Unterlagen, die wir nur vertraulich einsehen konnten, sind keine Herleitungen, sondern nur Zahlen präsentiert worden. Diese kann ich akzeptieren oder nicht. Ich bin an bestimmten Punkten skeptisch gegenüber diesen Zahlen, das will ich deutlich sagen. Erstens, weil uns von Bain & Company nicht dargestellt werden konnte, warum sehr hohe Milliardenbeträge von den Investoren an der Börse bewegt wurden, aber in dieser Rechnung nicht auftauchten. Diese Investoren und nicht nur die Besitzer hätten Eigenkapital zur Stützung der Bank dazugeben müssen. Zweitens wurde kein Szenario aufgestellt, wie man unabhängig von der Gewährleistung im Jahre 2015 – die sehr kompliziert und nur schwer verständlich ist, weil wir nur die Zahlen kennen – in der Lage ist, diese Abwicklungsphase nach einer vorherigen Sanierungsphase im Januar 2016 durchzuführen. An etlichen Punkten halten wir den von Ihnen aufgezeigten Weg also für nicht überzeugend.

Das Entscheidende ist aber, dass Sie darauf bauen, dass die Situation in zwei Jahren besser ist. Blicken Sie einmal zurück auf die Situation im Jahr 2013. Da haben Sie auch schon gesagt, es sei notwendig, mehr Zeit zu bekommen. Die Situation hat sich seitdem zunehmend verschlechtert. Die Stadt ist für einen weiteren Milliardenbetrag verantwortlich. Sie spekulieren darauf, dass es in zwei Jahren besser wird. Ich halte diese Spekulation – Herr Tjarks hat sie eben noch einmal stark zum Ausdruck gebracht – für unzulässig und falsch und deshalb für den falschen Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sollten das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz anwenden. Das halte ich für richtig, und diesen Weg schlagen wir vor.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Von der FDP-Fraktion bekommt nun Herr Kruse das Wort.

Michael Kruse FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hamburg hat derzeit einen Haushalt von rund 11 Milliarden Euro, und die Hamburgische Bürgerschaft beschäftigt sich mit großer Sorgfalt damit, wie wir das Geld der Hamburger Bürger sinnvoll ausgeben. Heute stimmt diese Bürgerschaft allerdings fast wie nebenbei – das zeigt die Beteiligung der Koalitionsfraktionen – über das größte Rettungspaket in der Geschichte der Stadt Hamburg ab, nämlich die Neuordnung der HSH Nordbank. Deshalb wägen wir sehr genau ab. Nützt oder schadet dieser Beschluss der Stadt Hamburg und ihren Einwohnern? Hat der Senat ein Konzept für die Zukunft der Bank? Und hat der Senat alles in seiner Macht Stehende getan, um die Vermögensposition der Länder zu schützen?

Unser Zusatzantrag sagt es klar: Wir werden dem Senat keinen Blankoscheck für ein unfertiges Konzept erteilen. Denn was uns der Senat vorlegt, sind Eckpunkte, aber eben kein Konzept. Die konkrete Ausgestaltung dieser Eckpunkte bleibt nebulös. Auf Fragen im Ausschuss werden unkonkrete Antworten gegeben. Zahlen werden nicht genannt, oder wenn doch, dann verspätet nachgeliefert, aber niemals plausibilisiert – Herr Hackbusch ist darauf eingegangen. Mir ist verdammt mulmig dabei, dass wir im Hauruckverfahren etwas beschließen sollen, zu dem wir zwei Monate alte Unterlagen vorgelegt bekommen, die keine hinreichende Erklärung bieten für das, was Sie tun.

(Beifall bei der FDP)

Mit welcher Sorglosigkeit das im Hause gehandelt wird, ist schon bemerkenswert. Von den Regierungsfractionen hat fast niemand überhaupt nur in diese vorgelegten vertraulichen Unterlagen hineingeschaut. Herr Tjarks, in der Ausschusssitzung Anfang November sind Sie nicht einmal anwesend gewesen als Fraktion. Mit anderen Worten: Eine Mehrheit in diesem Haus stimmt Milliardenkreditermächtigungen zu, ohne nur im Ansatz zu wissen, was das eigentlich bedeutet. Nie war Oppositionsarbeit wichtiger als in Zeiten dieser rot-grünen Regierungsmannschaft.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb haben wir die namentliche Abstimmung beantragt, damit sich hinterher keiner aus der Affäre stehlen und erzählen kann, er habe von nichts gewusst. Immer und immer wieder haben wir in den vergangenen Jahren erlebt, dass der Senat falsche Erwartungen bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Bank hatte: falsche Erwartungen bezüglich der Entwicklung des Sunrise-Portfolios, falsche Erwartungen bezüglich der Entwicklung des Dollar-Geschäfts. Ich erinnere mich ganz genau an die Ausschusssitzung im Juni, in der es hieß, das mit dem Dollar sei alles kein Problem. Wenige Wochen später haben wir dann erfahren, dass es ein ganz großes Problem ist. Immer sind

Sie der Zeit hinterher. Sie hatten falsche Erwartungen bezüglich der Absenkung der Ländergarantien; auch das haben wir schon diskutiert. Ich könnte weitermachen. Permanent geht es um falsche Erwartungen des Senats, um falsche Erwartungen der Landesregierung. Dass Sie, Herr Senator Tschentscher, gereizt reagieren, wenn wir Ihre Annahmen über diese Zahlen, die wir nicht plausibilisiert bekommen, in Zweifel ziehen, wundert mich nicht. Sie wissen, auf welchen tönernen Füßen diese Konstruktion steht, und Sie wissen, dass Ihre öffentliche Sachverhaltsdarstellung nur zu häufig von der Realität eingeholt wird. Deshalb wissen Sie auch, dass wir Sie an Ihren Ergebnissen messen werden.

Meine Damen und Herren von Rot-Grün – so Sie denn anwesend sind –, finden Sie es eigentlich normal, über Eckpunkte abzustimmen? Dass man das irgendwo in einem Kreisverband Wandsbek-Ost macht, okay, aber hier geht es um eine ganz zentrale Fragestellung. Finden Sie das normal? Es geht um Eckpunkte, deren detaillierte Ausgestaltung für die Beurteilung der Qualität von größter Bedeutung wäre. Sind alle beihilferechtlichen Fragestellungen geklärt, ja oder nein? Die Antwort lautet: nein. Sind alle steuerrechtlichen Fragestellungen geklärt, ja oder nein? Die Antwort lautet: nein. Sind die Portfolien, die aus der Bank herausgekauft werden sollen, überhaupt schon identifiziert, ja oder nein? Die Antwort lautet: nein. Weiß der Senat, wer die Milliardenportfolien managen soll, die er in wenigen Wochen herauskauft, ja oder nein? Raten Sie mal, die Antwort lautet: nein. Ist denn wenigstens die Eigentümerstruktur der "hsh portfoliomanagement AöR" geklärt? Wissen wir, wie viele der Giftpapiere in wenigen Wochen unmittelbar auf den Haushalt wirken, ja oder nein? Die Antwort lautet: nein. Weiß der Senat also überhaupt, auf welche Reise wir uns begeben, ja oder nein? Die Antwort lautet: nein. Und weil Sie nicht wissen, was Sie hier gerade tun, können Sie auch die Fragen der Opposition nicht beantworten.

(*Hansjörg Schmidt* SPD: Aber das steht doch alles in der Drucksache!)

Das ist unverantwortlich, das ist unsicher, und das ist das Ergebnis Ihrer eigenen Nachlässigkeit.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt rächt sich, dass Sie, Herr Bürgermeister, und Sie, Herr Tschentscher, niemals wirklich an einem Ausstiegskonzept gearbeitet haben, wozu wir Sie aufgefordert haben. Herr Schreiber, Sie können es nicht als Erfolg verkaufen, dass die EU-Kommission Ihnen das jetzt reindrückt. Sie gehen in der ganzen Drucksache gerade einmal mit zwei Absätzen darauf ein und kommen jetzt damit um die Ecke, wir könnten doch mitgehen, es stehe schließlich eine Privatisierung darin. Ja, es steht Privatisierung darin, aber es steht eben nicht darin, wie Sie es machen wollen. Und weil Sie kein Kon-

(Michael Kruse)

zept haben, sind zwei Jahre ein verdammt kurzer Zeitraum, das Ganze noch hinzubekommen.

Ich kann noch verstehen, dass Sie bei dieser Fragestellung unvorbereitet sind, dass Sie das Ganze nicht haben kommen sehen und jetzt als Verhandlungsergebnis akzeptieren müssen. Ich kann noch verstehen, dass Sie da kalt erwischt worden sind. Was ich nicht verstehen kann, ist, dass Sie offensichtlich auch kalt davon erwischt worden sind, dass Sie jetzt Papiere herauskaufen. Sie verhandeln zwei Jahre lang darauf hin, und dann wissen Sie gar nicht, welche Papiere es überhaupt sein sollen. Sie können sich gern noch einmal zu Wort melden, wenn Sie wissen, welche es sind; ich habe es nicht herausbekommen. Sie wissen nicht, welche Papiere es sind. Sie wissen nicht, welchen Marktwert diese haben.

(Milan Pein SPD: Die werden doch gerade erst zusammengestellt!)

Sie wissen nicht, wer das Portfolio managt. Sie wissen überhaupt nichts. Und dann sollen wir hier über Eckpunkte abstimmen mit Kreditermächtigungen von über 16 Milliarden Euro? So geht es nicht.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von Milan Pein SPD)

Die uns von Ihnen vorgelegte Drucksache ist nicht beschlussfähig, weil die wesentlichen Inhalte, auf die es ankommt, gar nicht feststehen.

Werfen wir einmal einen Blick in die Zukunft. Zwei Jahre haben Sie Zeit für diese Privatisierung, zwei Jahre für die Privatisierung von immerhin drei Vierteln der gesamten Bank. Ganze zwei nichtssagen-de Absätze widmen Sie dem und sagen, Sie würden das dann einmal machen und einen Wirtschaftsprüfer beauftragen. Klasse. Ich kann nur sagen, das Ganze in zwei Jahren hinzubekommen ist verdammt sportlich, und ich habe keinen einzigen Satz dazu gehört, nicht in der Ausschusssitzung, nicht in irgendwelchen Reden, nicht in Presseerklärungen, wie das Ganze funktionieren soll, außer direkt am Tag der Einigung. Da stand dann nämlich in der Pressemitteilung, dass der Käufer auch eine andere Landesbank sein könne. Das ist ganz offensichtlich eine Anspielung auf die NORD/LB. Ich würde gern einmal wissen, mit wem von der NORD/LB Sie eigentlich darüber gesprochen haben. Hätten Sie das getan, wüssten Sie sehr wohl, dass sie ein eigenes Schifffahrtsportfolio und selbst genug Probleme damit haben. Sie werden das nicht tun. Dann erzählen Sie einmal, mit wem Sie gesprochen haben und worauf diese Hoffnung begründet ist.

Jetzt noch einmal zur Gretchenfrage, der Frage nach der Vermögensposition der Länder. Ich habe Senator Tschentscher im Ausschuss gefragt, ob er ausschließen könne, dass die 16,2 Milliarden Euro am Ende von den Ländern bezahlt werden müssen. Die Antwort lautete beunruhigenderweise

nein, das könne er nicht ausschließen. Und auch wenn hier nicht alle Details besprochen werden können, kann ich Ihnen auf die Frage, ob die Vermögensposition der Länder bestmöglich gewahrt bleibe, nur mit Thomas de Maizière antworten: Ein Teil dieser Antwort würde Sie verunsichern.

(Beifall bei der FDP und bei Dr. Ludwig Flocken und Dr. Alexander Wolf, beide AfD)

Das ist mit uns Freien Demokraten nicht zu machen. Wir zeigen Ihnen in unserem Zusatzantrag einen Weg auf, wie es gehen kann. Stimmen Sie ihm zu, lehnen Sie die Drucksache heute ab. Lassen Sie den Senat wieder vorsprechen, wenn er ein Konzept auf die Beine gestellt hat, das diesen Namen auch verdient, notfalls in einer Sondersitzung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Frau Oelschläger von der AfD-Fraktion das Wort.

Andrea Oelschläger AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wieder einmal ist die HSH Nordbank Thema in diesem Haus. Allerdings sind heute weder Schuldzuweisungen noch Bankenrettungstheorien gefragt. Heute wird eine Lösung gesucht, durch die die Risiken für Hamburg durch die HSH Nordbank minimiert und nicht abwendbare Verluste kleingehalten werden. Wenn nebenbei auch noch eine Bank gerettet wird, Arbeitsplätze und gegebenenfalls auch ein Wirtschaftsfaktor für Norddeutschland erhalten bleiben, dann ist das ein positiver Nebeneffekt. Am Anfang steht jedoch die wichtige Erkenntnis, die ganz klar auch die EU-Kommission teilt: Hamburg braucht keine Landesbank.

Heute ist es Zeit, das finanzielle Risiko für den Hamburger Steuerzahler so weit wie möglich zu minimieren. Persönlich würde ich mir heute eine Glaskugel wünschen, in der die Zukunft vorhersehbar ist, denn wir gehen von Annahmen und Prognosen aus, die möglicherweise mit der Realität nicht viel zu tun haben werden. Das vorgelegte Konzept des Senats, welches auf der Einigung mit der Europäischen Kommission beruht, scheint sinnvoll zu sein. Am Ende wird ein hoher Preis für Hamburgs Haushalt stehen und der Verkauf der HSH Nordbank – oder aber deren Abwicklung, falls sich kein Käufer findet. Sicherheit bietet das Konzept nicht. Trotz alledem sagen wir: Ein Ende mit Schrecken ist immer noch besser als ein Schrecken ohne Ende.

Liebe FDP, alles, was Sie in Ihrem Zusatzantrag wünschen, wünsche ich mir ebenfalls. Gern würde ich schon jetzt einem Gesamtkonzept zustimmen und nach Möglichkeit schon wissen, wie es am Ende ausgeht. Natürlich haben wir auch mit weiteren Kreditermächtigungen in Höhe von 16,2 Milliarden

(Andrea Oelschläger)

Euro Probleme, sogar gewaltige. Diesmal handelt es sich nämlich nicht nur um Bürgschaften, sondern um echtes Geld, das auch Zinsen kostet. In seiner Konsequenz ist Ihr Antrag jedoch ein wenig lebensfern. Hätte einer der Finanzsenatoren in den vergangenen Jahren die Glaskugel gehabt, die ich mir gewünscht habe, wären wir gar nicht in diese Lage gekommen und müssten hier nicht schon wieder über die HSH Nordbank sprechen.

Herr Senator, an Sie richten wir heute die Aufforderung: Nehmen Sie unverzüglich konkrete Planungen zur Privatisierung der HSH Nordbank vor. Die Zeit des Lavierens, die Zeit des Hoffens auf den weißen Ritter ist vorbei. Trennen Sie sich gedanklich von einer Landesbank, die diese Stadt nicht braucht.

Die Lösung des Senats ist getragen von Hoffnung. Dennoch scheint es auch im schlechtesten Fall die am wenigsten kostenintensive für Hamburg zu sein. Leider müssen wir dem Steuerzahler unserer Stadt sagen, dass in der Vergangenheit richtig Geld verbrannt wurde. Heute gilt es, einen Ausgleich zu finden. Es darf schlechtem Geld kein gutes hinterhergeworfen werden, aber es dürfen auch nicht sehenden Auges weiterhin Verluste realisiert werden. Dies steht aber durch Warten durchaus zu befürchten. Einen billigen Weg gibt es nicht. Wir können nach Abwägung der Möglichkeiten nur hoffen, dass sich der Weg des Senats als richtig erweist. Aus diesem Grunde werden wir uns nicht gegen den Weg des Senats stellen und uns bei der Abstimmung enthalten. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren, das Wort bekommt nun Herr Senator Dr. Tschentscher.

Senator Dr. Peter Tschentscher:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Senat und die Landesregierung von Schleswig-Holstein haben sich gemeinsam bei der Europäischen Kommission für eine endgültige Lösung im Beihilfverfahren der HSH Nordbank eingesetzt und Ihnen das Ergebnis in einer Drucksache dargelegt und auch in den Ausschussberatungen sorgfältig erläutert. Wir haben Ihnen alle Unterlagen, die man benötigt, um die Entscheidungsfindung nachzuvollziehen, entweder in öffentlicher Sitzung dargelegt oder in vertraulichen Unterlagen zur Verfügung gestellt. Man kann alles nachvollziehen, Herr Hackbusch, und die Plausibilität, die wir und unsere Berater Ihnen erläutert haben, sehr wohl verstehen, wenn man es möchte.

Viele Akteure, neben der Europäischen Kommission und den beiden Landesregierungen auch das Bundesfinanzministerium, die Europäische Zentralbank und die deutsche Bankenaufsicht, waren an den Verhandlungen beteiligt. Alle Gesichtspunkte

dieser Institutionen sind in die Verhandlungen und in das Beratungsergebnis eingeflossen.

Herr Kruse, wenn Sie hier flotte Reden halten, was Sie alles verlangen, bevor Sie sich überhaupt entscheiden können, kann ich Ihnen nur sagen: Willkommen in der Realität. Wenn Sie regieren, dann müssen Sie plausibel Schritt für Schritt vorgehen. Es ist völlig normal, dass in einem Beihilfverfahren – Sie können sich gern über ähnliche Fälle erkundigen – zunächst einmal Verständigungen über Eckpunkte herbeigeführt,

(Michael Kruse FDP: Ist doch zwei Monate her!)

die erforderlichen Gremienentscheidungen getroffen und die Eckpunkte sehr sorgfältig so umgesetzt werden, wie man sie vereinbart hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Im Ergebnis der Verhandlungen kann die HSH Nordbank – wie wir übrigens im Vorfeld angekündigt haben – von zu hohen Garantiegebühren und Risiken aus Altgeschäften entlastet werden. Dies ermöglicht eine Fortführung und weitere Restrukturierung, die sehr im Vermögensinteresse der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein liegt. Die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen ermöglichen eine endgültige Genehmigung der Wiedererhöhung der Garantie und eine Stabilisierung der Bank gegenüber Entwicklungen, die sich schrittweise in den letzten zwei Jahren ergeben haben, nämlich die Schwäche des Euros gegenüber dem Dollar, die anhaltende Krise der Schifffahrt und höhere Anforderungen der Bankenaufsicht, denen sich alle Kreditinstitute stellen müssen.

Herr Kruse, Sie haben schon ziemlich konsequent weggehört, als wir Ihnen in den vergangenen Monaten unter anderem auch in Drucksachen beschrieben haben, dass das die bankgefährdenden Faktoren sind. Der Vorstand der Bank hat Ihnen Sitzung für Sitzung sehr konsequent berichtet, wie sich diese Dinge entwickelt haben und warum sie, insbesondere der Dollarkurs, für die Bank ein Problem sind. Da ist nichts überraschend gekommen, und es wundert mich, dass Sie so tun, als sei das alles ein Irrtum des Senats oder der Landesregierung Schleswig-Holsteins gewesen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Neugeschäft der HSH Nordbank – und das, finde ich, muss immer wieder gesagt werden – ist diesen Anforderungen und diesen Entwicklungen gewachsen. Trotz der schwierigen Marktlage konnte die Bank in den vergangenen Jahren ihre Risiken, für die wir haften, mit der Garantie, die Sie 2009 ausgesprochen haben,

(Thilo Kleibauer CDU: Sie auch!)

– Wir auch.

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

von 185 Milliarden Euro auf 50 Milliarden Euro abzubauen. Deswegen war es so falsch, Herr Hackbusch, 2009 die Abwicklung der Bank zu fordern. Aus heutiger Sicht ist es erwiesenermaßen falsch, in solchen Situationen vor unangenehmen Lösungen davonzulaufen, und deswegen war es richtig, die Restrukturierung so zu betreiben. Das ist nicht einfach, aber es hat sich im Hinblick auf diese enormen Risikopositionen, die wir 2009 noch hatten, gelohnt. Verblieben sind aber nach wie vor besonders problematische Altgeschäfte, insbesondere mehrere Milliarden Euro alte Schiffskredite, die als Lasten der Vergangenheit in der Bilanz der Bank liegen. Solche Kredite verschlechtern die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen, das Rating, die Stabilität und auch die Ertragskraft einer Bank. Als Eigentümer, Gewährträger und Garantiegeber haben wir als Länder aber ein eigenes Vermögensinteresse, dass für diese Altgeschäfte eine Lösung gefunden wird – Altgeschäfte, die in früheren Jahren, nicht vom heutigen Vorstand und der heutigen neuen HSH Nordbank, auf unverantwortliche Art und Weise angegangen wurden. Wie viele Verluste davon am Ende von den Länderhaushalten zu tragen sind, werden wir erst in einigen Jahren wissen. Es gibt eben diese Glaskugel nicht, in die irgendjemand hineinblicken kann. Deswegen schließe ich für die Zukunft auch ausdrücklich nichts aus. Diese Fragen, ob ich ausschließen könnte, dass dies oder jenes passiert, sind ziemlich anstrengend. Wir können es nicht ausschließen. Es gehört zur Wahrheit dazu, dass wir, wenn wir vernünftige Annahmen, auch Worst-Case-Annahmen treffen, feststellen – das ist eine sehr harte rationale Überlegung –, dass selbst im schlimmsten Fall, der bei der Fortführung passieren kann, die Länder immer noch viele Milliarden Euro Vorteile dadurch haben, dass wir die Bank jetzt nicht unkontrolliert oder nach SAG (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz) abwickeln, sondern sie weiterführen und ihr die Möglichkeit geben, sich besser aufzustellen und das Kerngeschäft fortzuentwickeln. Damit eröffnen wir uns eine Chance, die Bank in zwei Jahren zu verkaufen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Damit haben wir eine zusätzliche Option, denn ein positiver Verkaufserlös in zwei Jahren verbessert unsere Vermögensposition, die ohnehin gefährdet genug ist. Bei der Auslagerung von Risiken, die schon in der Bank liegen und für die wir auch immer wirtschaftlich haften, wenn sie in der Bank bleiben, geht es also nicht um neue Milliarden oder neue Risiken, sondern um den Abbau der alten Risiken, ohne dass diese das positive Neugeschäft und den werthaltigen Teil der Bank in Mitleidenschaft ziehen. Mit der Fortführung der HSH Nordbank haben wir die Möglichkeit, diese Bank so zu organisieren und weiterführen zu können, dass es zu einem positiven Verkaufserlös kommen kann. Deshalb werden wir den Verkaufsprozess, weil er

für uns eine zusätzliche Option und Chance ist, professionell organisieren, darüber aber – das sage ich ausdrücklich, Herr Kruse – keine Spekulationen in die Welt setzen, auch wenn Sie dies fordern, um mit solchen Spekulationen über den Verkaufsprozess politische Spiele zulasten der Steuerzahler zu betreiben. Das kommt nicht infrage.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die für eine Inanspruchnahme der Garantie von der CDU beantragte Verringerung der Kreditermächtigung wirkt auf mich wie eine Fortsetzung der Behauptung, die Länder müssten nicht in vollem Umfang für die Garantie eintreten, die sie 2009 übernommen haben. Von diesem Irrtum kann ich nur abraten. Wir werden in jedem Fall für alles einstehen müssen, was am Ende von dem großen Vermögensschaden übrig bleibt, der durch eine verfehlte Landesbankenpolitik bis 2008 angerichtet wurde.

Mit der Umsetzung der Verständigung, die wir in Brüssel erreicht haben, werden die Risiken für den Steuerzahler weiter verringert und nicht erhöht und die Vermögensinteressen der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein bestmöglich gewahrt. – Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hackbusch, ich möchte auf Sie zurückkommen, denn wir haben sehr genau dem zugehört, was Sie eben gesagt haben. Nachdem Sie sehr allgemein darüber geredet haben, man müsste irgendwelche anderen Dinge tun, haben Sie ein paar Dinge erwähnt, weshalb Sie meinen, die Abwicklung nach SAG sei vorteilhaft. Aber Sie haben auch schon für die Abwicklung 2009 gestritten, als wir noch eine Gewährträgerhaftung von 64 Milliarden Euro hatten, es kein SAG gab und eine Abwicklung ein bestandsgefährdender Vermögensschaden für die Stadt Hamburg gewesen wäre. Sie sagten, aus Ihrer Sicht bestünde der erste Vorteil darin, dass nicht mehr die Freie und Hansestadt Hamburg oder der jetzige HSH Nordbank-Vorstand, sondern unabhängige Kontrolleure eingesetzt werden, die überhaupt kein Interesse an der Wahrung der Vermögensposition der Freien und Hansestadt Hamburg hätten. Wie das vorteilhaft sein kann, Herr Hackbusch, ist mir wirklich schleierhaft.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dann sagten Sie in einem Nebensatz, das Eigenkapital sei aufgebraucht. Diese Aussage ist schlicht falsch. Die HSH Nordbank hat gerade einen ziemlich harten Bankenstresstest vor einem Jahr bestanden, weil das Eigenkapital eben nicht

(Dr. Anjes Tjarks)

aufgebraucht ist, sondern weil sie eine Eigenkapitalquote hat, die genau das erfüllt. Und genau deswegen ist es auch weiterhin ein Vermögensschaden der Länder, wenn es exakt an der Stelle zu einer Abwicklung kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie sagten auch, es gebe wieder die ominösen Sprünge in den Wertpapieren von Investoren. Genau darauf sind wir auch eingegangen, und genau darauf ist Bain & Company ebenfalls eingegangen, als sie gesagt haben, natürlich seien nicht alle dieser Titel gewährträgerbehaftet, sondern es gebe natürlich auch nichtgewährträgerbehaftete Titel und selbstverständlich profitierten diese Titel davon, wenn das Institut als Ganzes gerettet wird. Nur noch einmal die Fragestellung: Warum sollten wir als Stadt mehrere Milliarden Euro mehr ausgeben, nur damit private Investoren nicht noch zusätzlich geschädigt werden? Das macht doch in der Sache überhaupt keinen Sinn.

Sie haben als letzten Punkt angeführt, dass man das alles erst im Jahr 2016 stattfinden lassen solle. Mit Verlaub, wie das gehen und wie der Weg dahin aussehen soll, haben Sie leider nicht gesagt, und genau darauf bezog sich unser Reden am Anfang. Es gibt nämlich diesen dritten Weg nicht. Und wenn Sie sagen, es gebe ihn, dann müssen Sie ihn schon sehr konkret beschreiben, und zwar mit einer Sicherheit von mindestens 97,79 Prozent, damit Sie den Weg auch gehen können. Die Restsicherheit würde nämlich einen erheblichen Vermögensschaden für die Stadt Hamburg bedeuten. Das hilft uns in der Sache nicht weiter. Auch diesen Weg haben Sie nicht aufgezeigt, und ich kann daher wieder nur zur Mechanik feststellen, dass wir in die Gewährträgerhaftung gehen, dass uns die Bank gehört, dass uns das Eigenkapital verloren geht und wir auch noch der Anteilseigner sind. Zu dieser Mechanik haben Sie sich erneut nicht verhalten, und deswegen kann ich diese Position irgendwann nicht mehr ernst nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte auch noch auf die Aussage eingehen, alles werde immer schlechter. Sicherlich ist die Entwicklung der Bank nicht einfach, aber man muss sich doch auch einmal vor Augen führen, dass wir in 2009, als wir das erste Mal darüber gesprochen haben, wie man so eine Bank rettet, eine Gewährträgerhaftung von 64 Milliarden Euro hatten, die mittlerweile auf 12 Milliarden Euro gesunken ist und am 31. Dezember dieses Jahres auf 2,5 Milliarden Euro sinken wird. Wir sind also nicht mehr in der Situation, dass wir einen bestandsgefährdenden Vermögensschaden für die Stadt Hamburg haben. Wer in dieser Zeit behauptet, die Risiken seien nicht abgebaut und alles sei schlechter geworden, hat einfach nicht verstanden, wie sich diese Bank in der letzten Zeit entwickelt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dasselbe gilt, nur ein wenig anders, auch für Herrn Kruse. Herr Kruse, Sie haben viele Fragen gestellt, und in der Tat gibt es einige Fragen, die Sie zu Recht gestellt haben.

(*Michael Kruse FDP: Danke!*)

Sicherlich, wenn wir noch ein halbes Jahr gewartet hätten, dann wäre nicht nur die Bank pleite gegangen und wir hätten ein großes Problem, sondern dann hätten Sie gefragt, warum die Drucksache so spät komme. Nun sagen Sie, die Drucksache komme zu schnell. Man kann es Ihnen an der Stelle nicht recht machen. Aber neben der Tatsache, dass Sie viele Fragen gestellt haben, haben Sie sich überhaupt nicht zu der Sache verhalten. Sie haben überhaupt keine Aussage dazu getroffen, dass es eine Mechanik gibt, die, wenn wir in eine unkontrollierte Abwicklung gehen, die die logische Konsequenz Ihres Antrags wäre, für die Freie und Hansestadt Hamburg mindestens 4 Milliarden Euro teurer wäre, als jetzt eine Entscheidung zu treffen.

(*Michael Kruse FDP: Noch neun Tage!*)

Und ich finde, zu diesem rationalen Grund müssen Sie sich auch verhalten, Herr Kruse. Ich denke, man könnte von einem verantwortungsvollen Abgeordneten erwarten, dass er dann auch mit Ja stimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das ist ein wenig das Grundmissverständnis, das Herr Kubicki und auch Sie vor sich her tragen. Sie fordern immer, die Bank zu privatisieren. Aber wie wollen Sie denn eine Bank privatisieren, die niemand kaufen möchte? Die Voraussetzung, um diese Bank zu privatisieren, ist doch die Entscheidung, die wir heute treffen. Deswegen müssen Sie erst diese Entscheidung treffen, und dann können Sie sich auf den Weg machen. Das müssen Sie doch einsehen, denn andersherum wird es nicht funktionieren, andersherum wäre diese Bank abgewickelt worden. Genau deswegen machen wir das hier, und wenn Sie verantwortungsvoll handeln, obwohl uns zugegebenermaßen vieles an diesem Geschäftsgebaren der Bank gestern genervt hat und man ihr auch manchmal heute auf die Finger schauen muss, so muss man heute diese Entscheidung sinnvoll treffen. Dies muss möglich sein, ohne dass man von Ihnen unterstellt bekommt, man würde sich Hoffnung machen auf diverse Zusatzszenarien in der Zukunft. Der Finanzsenator hat sehr treffend gesagt, dass wir nicht in die Glas-Kugel schauen, aber jetzt eine rationale Abwägungsentscheidung treffen können. Und diese ist ziemlich eindeutig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Herr Kleibauer von der CDU-Fraktion das Wort.

(Vizepräsidentin Antje Möller)

(Zurufe von der SPD und der LINKEN: Oh, oh!)

Thilo Kleibauer CDU:* Es ist ein bisschen nach dem Zufallsprinzip, wie wir in der zweiten Runde aufgerufen werden.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Es ist schlicht nach der Redereihenfolge.

Thilo Kleibauer CDU (fortfahrend):* Ich möchte mich jetzt nicht darüber auslassen, denn ich finde die Drucksache so inhaltsschwer, dass wir sie weiter diskutieren sollten.

Ich möchte auf den Vorwurf der SPD eingehen, die sich die Aussage von Frau Heinold gestern zu eigen gemacht hat. Es steht schlichtweg die Formulierung im Raum, der Antrag, den die CDU vorgelegt habe, widerspreche der Einigung mit der EU-Kommission, und wenn man den heute so beschließen würde, wäre die Folge die sofortige Abwicklung der Bank. Diesen Vorwurf weise ich entschieden zurück. Ich finde es sehr wohltuend, dass sich unser Hamburger Finanzsenator dieser Argumentation gar nicht angeschlossen hat, Herr Schreiber. Das ist Ihnen vielleicht auch aufgefallen.

(Beifall bei der CDU)

Die Argumentation war immer, dass die Abwicklungsanstalt in diesem Jahr aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen gegründet werden muss. Das finde ich völlig plausibel. Und ansonsten – auch das habe ich eben noch einmal in den Wortprotokollen nachgelesen – hat auch der Finanzsenator selbst an vielen Stellen darauf hingewiesen, dass die Marktwerte der Portfolien, die wir übernehmen, deutlich unter dem Nominalwert liegen. Im Übrigen ist die Formulierung mit der EU-Kommission nicht fix, 6,2 Milliarden Euro, sondern es heißt bis zu 6,2 Milliarden Euro, Herr Schreiber. Auch insofern sehe ich da keinen Dissens mit der Vereinbarung der EU-Kommission. Entweder ist es von Ihnen eine Irreführung in der Argumentation, oder aber wir sind im Ausschuss schlichtweg falsch informiert worden. Beides halte ich für sehr unangemessen bei einer Drucksache dieser Tragweite.

(Beifall bei der CDU)

Gehen wir noch einmal auf unseren Antrag ein; Herr Tjarks liest ihn gerade noch einmal nach.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Nee, das ist "SozialismusAktuell"! – Gegenruf von André Trepoll CDU: Das erklärt einiges!*)

– Das ist "SozialismusAktuell", okay, das würde ich eher zweitrangig lesen.

(Beifall bei der CDU)

– Das schreibt im Übrigen nicht Herr Hackbusch, sondern Herr Bischoff, der bei diesem Thema durchaus immer den einen oder anderen interessanten Einwand vorgebracht hat.

Wenn wir auf den Antrag der CDU zurückkommen, dann sehen wir zum einen im Ersuchen die Punkte a) bis g). Ich glaube nicht, dass man aus diesem Ersuchen an den Senat irgendeinen Punkt finden kann, der der Einigung widerspricht. Es ist vernünftig und häufig so gehandhabt worden, in diesem Zusammenhang Aufforderungen an den Senat zu adressieren.

Das Zweite betrifft die von uns vorgeschlagene Änderung in den Staatsverträgen: zum einen die vom Senator angesprochene Garantie in Höhe von 10 Milliarden Euro im HSH Finanzfonds. Sie ist im Außenverhältnis unverändert gültig. Sie hat im Übrigen bislang mit der Kreditemächtigung von 5 Prozent dieser Summe funktioniert. Aber auch da ist uns kein Szenario vorgerechnet worden, das zumindest für den Zeitraum bis 2018 gilt, wenn sich dann wieder die Frage der endgültigen Abwicklung der Bank stellt und dort überhaupt auch nur annähernd eine Garantieinanspruchnahme der Länder in dieser Höhe realistisch erscheinen lässt.

Das Dritte ist dann die Änderung im Bereich der "hsh portfoliomanagement AöR" portfoliomanagement", auf die ich eingegangen bin. Da nehmen wir den Punkt mit den Marktwerten.

Herr Tschentscher, Sie sagten, es gebe die Garantie, es gebe die Haftung von 10 Milliarden Euro, der Haftungsrahmen für die Länder verändere sich nicht. Und genau das ist falsch. Mit den 6,2 Milliarden Euro geben wir heute die Ermächtigung, dass Sie zusätzliches Geld in dieser Summe einsetzen können. Das führt natürlich auch dazu, dass wir mit diesem zusätzlichen Geld ins Risiko gehen und haften. Es ist sinnvoll, zusätzliches Geld in einem gewissen Umfang zu investieren, um das Gesamtengagement zu stabilisieren. Aber es ist unsinnig, 6,2 Milliarden Euro in den Raum zu stellen. Wir alle wollen, dass die Gewährträgerhaftung sich weiter reduziert, und zwar um 10 Milliarden Euro zum Ende dieses Jahres. Um diese Risikoverminderung von 10 Milliarden Euro zu realisieren, erhöhen wir die Garantie um 3 Milliarden Euro, geben eine Kreditemächtigung von 6,2 Milliarden Euro, dann sind wir schon bei 9,2 Milliarden Euro neuem Risiko, und gründen eine Holding, in der sich Verluste ansammeln werden. Somit ersetze ich doch 10 Milliarden Euro altes Risiko durch 10 Milliarden Euro neues Risiko, und das ist fahrlässig und sollten wir nicht machen.

(Beifall bei der CDU)

Unser Antrag ist sehr verantwortungsvoll, und ich finde es auch aus Sicht des Parlaments verantwortungsvoll, in dieser Situation Anträge zu einer solchen Drucksache zu stellen. Ich finde es verant-

(Thilo Kleibauer)

wortungslos von der Regierungskoalition, nur einen Antrag zu diesem Thema einzureichen und im Endeffekt einen redaktionellen Fehler des Senats in der Drucksache zu korrigieren. Da wäre es angemessen, wie auch schon bei anderen Beschlussfassungen in diesem Haus, wenn auch die Regierungskoalition an dieser Stelle etwas auf den Tisch gelegt hätte, um den Handlungsspielraum des Senats zu kontrollieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt das Wort Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Zu dem ersten Punkt, der mir wichtig ist und den auch Herr Tschentscher und Herr Tjarks angesprochen haben: Was ist eigentlich populär? Oder sind die Positionen populär, die wir dazu einnehmen? Unsere ist eigentlich eine viel anstrengendere Position als Ihre. Wir sagen nämlich, dass diese Bank keine Zukunft hat und man diesen schweren Schritt machen muss. Das schlagen wir vor. Das ist doch keine Situation von wegen, wir machten uns das leicht und schafften irgendwie eine einfache Situation. Vielmehr ist die Position meiner Fraktion, so etwas in einer solchen Situation sehr genau abzuwägen und dabei auch Positionen herauszufinden. In diesem Fall sind wir zu dieser Position gekommen. Sie wissen auch, dass wir in einem anderen Fall, nämlich Hapag-Lloyd, im Gegensatz zu Ihnen, Herr Tjarks, der Auffassung gewesen sind, dass es richtig war, diese Reederei für Hamburg zu retten und dementsprechend Geld dafür auszugeben. Wir sind keine Populisten, sondern wägen Fall für Fall ab und überlegen, was das Richtige ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Der zweite wichtige Punkt ist die Entwicklung der letzten Jahre. Herr Tschentscher, wie Sie wissen, kann gegenwärtig eine seriöse Abrechnung von 2009 noch nicht gemacht werden. Wenn jetzt gesagt wird, unsere damalige Position sei falsch gewesen, ist das einfach nicht richtig. Es war eine Gewährträgerhaftung, aber es waren auch so und so viele mehr Assets dort enthalten. Dann sollten wir selbst noch einmal durchrechnen, wie viel die Bank in der Zeit abgebaut hat, nämlich ungefähr um 100 Milliarden Euro. Insofern ist das eine Rechnung, die bisher noch nicht abschließend gemacht werden kann. Das wissen Sie ganz genau. Sie können gegenwärtig doch nicht sagen, Sie wüssten diesbezüglich eindeutig, was da herauskomme, und das, was wir machen, sei falsch. Man kann im Moment noch keine Endabrechnung machen, insofern sind das unterschiedliche Positionen.

(Beifall bei *Martin Dolzer DIE LINKE*)

Mir bereitet es Sorgen, dass Sie in den vergangenen zwei Jahren dafür keine Verantwortung übernommen haben. Vor zwei Jahren, als wir genau das diskutiert haben, war Ihre Aussage, dass die Garantie nicht gebraucht werde. In den vergangenen zwei Jahren hat sich die Situation der Bank aber so verschlechtert, dass die Garantie wahrscheinlich vollständig aufgebraucht werden muss. Diese zwei Jahre, die wir sehr genau bilanzieren können, müssen wir doch auch kritisch bilanzieren. Von heute aus gesehen wäre es vernünftiger gewesen, einen anderen Weg zu gehen, weil die Belastung in den letzten zwei Jahren zugenommen hat. Ich möchte gern, dass Sie so etwas auch selbstkritisch diskutieren.

(Beifall bei der LINKEN – *Milan Pein SPD*: Das ist jetzt das Wichtige, oder was?)

Ein dritter Punkt ist das Neugeschäft. Ich weiß nicht, was Sie unter einem Neugeschäft verstehen. Neugeschäft ist Umsatz. Neugeschäft ist keine Frage von Rendite – das zeigt sich erst einige Zeit später. Dementsprechend kann man Neugeschäft nicht so bezeichnen, als würde das schon die glorreiche Zukunft zeigen. Das wird sich erst einige Zeit später zeigen. Die Schiff-Assets am Anfang waren ein tolles Neugeschäft; da hat die Bank sich wie ein Schneekönig gefreut. Die Bilanz davon zeigt sich jedoch erst später. Hier zu sagen, das sei der Beweis dafür, dass Sie auf einem tollen Weg sind, ist eine falsche Betrachtung.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zum letzten Punkt. Herr Tjarks, ich formuliere es ganz einfach: Wir sind nicht in der Regierung. Wir sind nicht diejenigen, die diese Vereinbarung mit der EU im Oktober schließen konnten. Also geht es momentan tatsächlich nach dem Motto, friss oder stirb. Wir haben kritische Punkte benannt, die von Bain & Company nicht berücksichtigt wurden. Dazu gehört unter anderem die Betrachtung, wie viele von der Gewährträgerhaftung betroffen sind, die für uns nicht ausreichend war. Dazu gehört auch die nicht angestellte Überlegung, inwieweit der Schritt zu 2016 möglich gewesen wäre. Mehr als solche kritischen Anmerkungen können wir nicht machen, weil wir dort nicht als Verhandler agiert haben.

Ich will Ihnen klar sagen, dass ich angesichts Ihrer Hoffnung, eine Chance von 2016 auf 2018 zu haben, wie Herr Tschentscher und Sie es uns darstellen, große Angst habe. Sie hatten vor zwei Jahren schon ein einmal eine Chance, als Sie sagten, das werde in zwei Jahren viel besser dastehen und die Bilanz werde anders sein. So sehen Sie das auch jetzt wieder. Sie spekulieren mit Geldern dieser Stadt. Ich halte diese Spekulation nicht für richtig. Es geht um die Frage, ob das klappt oder nicht.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Nein, Sie spekulieren!)

(Norbert Hackbusch)

Sie dürfen nicht spekulieren, das verbietet Ihnen auch die Landeshaushaltsordnung. Insofern ist das ein falscher Weg.

(Beifall bei der LINKEN – *Milan Pein SPD*: Das wird ja immer schlimmer bei Ihnen!)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Kruse von der FDP-Fraktion.

Michael Kruse FDP: Meine Damen und Herren! Ich würde gern auf einige Aspekte eingehen. Wann dürfen wir eigentlich diskutieren? Wann darf die Opposition kritische Fragen stellen?

(*Dorothee Martin SPD* und *Farid Müller GRÜNE*: Immer!)

– Danke, immer.

In dem halben Jahr, in dem ich Abgeordneter bin, als diese Verhandlungen zwischen Senat, Landesregierung und der EU-Kommission in Europa stattgefunden haben, ist uns immer gesagt worden: Liebe Opposition, stellt doch keine Spekulationen auf, das ist doch alles Quatsch, ihr wisst ja gar nicht, was verhandelt wird. Dann haben wir gefragt und keine Antworten bekommen. Dann hieß es immer, wir seien nur am Spekulieren, wir sollten das doch tun, wenn die Drucksache erschienen ist. Dann war die Drucksache irgendwann erschienen, und in der allerersten Ausschusssitzung, in der wir diese Drucksache behandelt haben, haben wir im Eingangsstatement zu hören bekommen, warum wir ihr als verantwortungsvolle Abgeordnete unbedingt zustimmen müssten. Ist das die Debattenkultur, die wir hier pflegen sollten? Ich setze ein dickes Fragezeichen dahinter.

(Beifall bei der FDP – *Milan Pein SPD*: Reden Sie nicht zur Debattenkultur, sondern zur Sache!)

– Gemeint ist, wann wir diskutieren dürfen, Herr Pein.

Zweitens: Was dürfen wir diskutieren? Herr Hackbusch hat es ganz richtig als "friss oder stirb" bezeichnet. Sie sagen, jetzt gebe es nur diese Lösung, deswegen könne man dem nur zustimmen, etwas anderes gebe es nicht. Aber ich frage, ob das eigentlich ein gutes Ergebnis ist. Das müssen wir doch diskutieren. Dazu habe ich eben nichts gehört. Und zu all den Fragen, die ich eben aufgeworfen und gesagt habe, dass sie nicht geklärt sind – und das wissen Sie auch –, haben Sie und Ihr Senator nichts gesagt. Deswegen kommen wir auch zu dem Ergebnis, dass es nicht entscheidungsreif ist. Und dann erwidern Sie, das sei doch keine inhaltliche Position. Dazu sage ich Ihnen, dass ich lieber auf einer richtig guten argumentativen Grundlage eine fundierte Entscheidung treffen möchte,

(*Farid Müller GRÜNE*: Dann ist es zu spät! Dann haben Sie nichts zu entscheiden!)

als nicht fundierten Eckpunktevereinbarungen zuzustimmen, in denen unsere Fragen nicht beantwortet werden, in denen keine Zahlen plausibilisiert wurden und die wir am Ende einfach abnicken sollen. Wenn Sie abnicken wollen, schön und gut, wir machen das Ganze nicht mit.

In der Ausschusssitzung Anfang November habe ich darum gebeten, dass wir zu den herausgekauften Portfolien genauere Einsicht bekommen, dass wir Einsicht in die Details und Einsicht in die Bewertung bekommen. All das ist nicht geschehen. Und dann bekommen wir die Unterlagen zweieinhalb Tage vor der Ausschusssitzung. Gut, ich habe jetzt erfahren, dass der Herr Senator sie wohl schon früher bei der Bürgerschaftskanzlei abgegeben hat, aber das ist auch nicht unser Problem. Am Ende hatten wir zweieinhalb Tage Zeit bis zur Ausschusssitzung, um das Ganze zu beurteilen. Wenn Sie meinen, dass das für eine gute Beurteilung ausreicht, dann meine ich das nicht.

(Beifall bei *Jörg Hamann CDU*)

Wenn Sie hier so kluge Worte verbreiten, dann hören Sie sich doch einmal auf den hinteren Bänken Ihrer Fraktionen um, fragen Sie doch da, wie mühsam denen ist. Wenn Sie dann feststellen, dass Sie völlig andere Antworten erhalten als das, was Sie uns erzählen, dann merken Sie vielleicht auch, dass wir Sie in der Realität begrüßen sollten und nicht Sie uns.

(Beifall bei der FDP – *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Mit meiner Fraktion rede ich schon selber, Herr Kruse!)

Sie haben jahrelang falsche Erwartungen vorgelegt, und deswegen stehen wir den Zahlen, die Sie nicht plausibilisieren, kritisch gegenüber.

Was gar nicht debattiert wurde und worauf Ihr Senator mit keinem einzigen Satz eingegangen ist und Sie, Herr Pein, zu Recht einfordern, ist die Frage, wofür wir diese Bank eigentlich brauchen.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Das ist eine Debatte von vorgestern!)

Was soll diese Bank tun? Wofür braucht der Standort die Bank? Herr Tjarks, Sie haben dazu auch noch nicht geredet. Herr Schreiber, ich könnte Sie alle aufzählen. Sie haben dazu nicht gesprochen. Die Bank betreibt im Moment Neugeschäft prozyklischer Natur. Es ist Neugeschäft, das im Wesentlichen im Immobilienbereich und dort in den fünf großen deutschen Städten liegt. Da sind auch alle anderen Landesbanken und alle anderen Privatbanken unterwegs. Wenn das der Zweck dieser Landesbank ist, müssen Sie einmal erklären, warum das denn noch so wichtig ist.

(Michael Kruse)

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Sollen wir die jetzt abwickeln, oder nicht?)

Sie haben kein Konzept für die Privatisierung, Sie haben kein Konzept für den Inhalt, Sie führen die Bank überhaupt nicht und geben uns keine Einsicht in Ihre Entscheidungsgrundlage. Und deswegen gehen wir nicht mit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Quast von der SPD-Fraktion.

Jan Quast SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kruse, jeder hier würde gern schöne Dinge wie Geld ausgeben oder soziale Wohltaten verteilen entscheiden.

(Zuruf von *Michael Kruse FDP*)

Das würden wir alle gern tun. Aber zur Regierungsverantwortung, die Sie jetzt nicht haben, gehört dazu, dass wir auch in solchen Situationen schwierige Entscheidungen treffen – so wie Sie, die FDP, in der Verantwortung damals entschieden hat, die HSH Nordbank zu gründen, so müssen wir heute mit den Konsequenzen aus dem, was Sie damals gemacht haben, und den Folgen dessen, was Ihre mangelnde Aufsicht verursacht hat, fertigwerden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Hierbei geht es nicht um "friss oder stirb". Der Senat hat sich bemüht, alle seine Informationen vorzulegen. Bedauerlicherweise konnte er nicht alles öffentlich vorlegen – aber das ist in solchen Fällen so und ist auch nicht anders als früher – und auch nicht in den Zeitabläufen, die uns aufgrund der Entscheidungsfindung mit der EU-Kommission bis zu dem Entscheidungsbedarf in diesem Hause möglich waren. Keiner behauptet, dies sei einfach. Aber ich denke, dass es die Mühe lohnt, sich mit Informationen auseinanderzusetzen, die diese Entscheidung mit sich bringt. Wir haben das jedenfalls getan, und wir machen es nicht leichten Herzens, wir machen es nicht leichtfertig, sondern wir machen es in Abwägung all der Argumente, die Herr Schreiber und der Senator aufgeführt haben und die auch von Herrn Tjarks genannt wurden. Wir machen es uns nicht leicht, aber wir treffen die Entscheidung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deswegen empfinde ich es geradezu als unverschämt, Herr Hackbusch, wenn Sie das Wort Spekulation in den Mund nehmen. Wir spekulieren nicht mit den Steuergeldern, im Gegenteil, wir achten darauf, dass wir möglichst gut aus diesen Mitte des letzten Jahrzehnts getroffenen Entscheidungen herauskommen. Deswegen ist es auch falsch, dass Sie ständig wiederholen, die Situation habe sich nicht verbessert. Doch, sie hat sich gerade für

den Hamburger und den Schleswig-Holsteiner Haushalt verbessert, weil in den letzten Jahren die Gewährträgerhaftung von über 60 Milliarden Euro, für die wir voll eingetreten sind, auf jetzt bald nur noch 2 Milliarden Euro abgesunken ist. Es hat sich etwas massiv getan. Vielleicht ist in der Bank nicht alles so gelaufen, wie wir es uns erwartet und erhofft hätten – übrigens auch mit Unterstützung von kompetenten Beratern –, das will ich gar nicht abstreiten. Die Wirtschaftslage, der Dollar und die Schifffahrt haben sich anders entwickelt, als die Experten erwartet haben,

(Dennis Thering CDU: Alle sind schuld, nur Sie nicht?)

aber für den Hamburger Haushalt ist die Situation besser geworden, und das gilt es festzuhalten. Hier spekuliert niemand.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es hilft auch nicht weiter, Herr Hackbusch, wenn Sie dem Senat ständig vorhalten, er liefere Ihnen nicht die richtigen Argumente. Der Senat hat versucht, alle Ihre Fragen zu beantworten. Er und die Berater haben Argumente geliefert, und Sie haben immer wieder einfach nur behauptet, das glaubten Sie nicht. Was soll man denn dann tun? Man kann erzählen, was man will, Sie glauben es einfach nicht. So kann man es sich auch leichtmachen, Herr Hackbusch. So geht es aber nicht, wenn man Verantwortung tragen will.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich würde gern noch einiges zu dem CDU-Antrag sagen. Sie haben es eng abgestimmt mit den Kieler Parteifreunden und glauben, sich jetzt aus der Verantwortung stehlen zu können mit einem Augenwisch-Antrag, in dem Sie schreiben, dass Sie die Höhe der zu ermächtigenden Kreditaufnahmen reduzieren wollen. Was ist das denn mehr als Symbolpolitik, Herr Kleibauer? Was soll denn das? Was ist denn die konkrete Folge dessen, wenn Sie jetzt statt 100 Prozent nur 75 oder 50 Prozent der beantragten Kredite ermächtigen? Was ist die Folge? Keine, denn Hamburg steht gleichwohl in der Verantwortung. Wir stehen für die 10 Milliarden Euro Garantiefhaftung und im Zweifel auch für die 6,2 Milliarden Euro Kredite in der Haftung. Daran ändert sich also gar nichts. Sie versuchen, sich mit einer Politik der Augenwischerei aus der Verantwortung zu stehlen. Gleichwohl, hier werden keine Blankoschecks ausgestellt. Anders als der vorletzte Senat hat der SPD-Senat in der letzten Legislaturperiode und auch jetzt immer darauf geachtet, dass er dieses Parlament mitnimmt, dass er das Parlament informiert, auch dann, wenn er keine Entscheidung benötigt. Aber er hat das Parlament mitgenommen, informiert, war transparent, und das wird sich auch fortsetzen. Mit uns gibt es jedenfalls kein intransparentes Handeln, sondern wir werden gerade bei diesem großen Risiko für den Hambur-

(Jan Quast)

ger Haushalt, das viele Menschen und uns alle in dieser Stadt bewegt, darauf achten, dass die Informationspolitik wie bisher offen bleibt. Das werden wir uns auch nicht durch Ihre, wie ich finde, arg verdrehten Darstellungen in dieser Debatte ausreden lassen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich würde gern diese Debatte mit einem Zitat aus der Zeitschrift "SozialismusAktuell" beschließen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sehr gut! Welcher Jahrgang?)

Herr Hackbusch schreibt im Oktober 2015 – ich zitiere:

"Fazit: Bei einer sofortigen Abwicklung der Bank würden auch die privaten Anleihegläubiger herangezogen und es eröffnete sich die Möglichkeit, die Verantwortlichen der Bank zu belangen. Ob eine solche saubere, für die SteuerzahlerInnen transparente Beendigung des Dramas der HSH Nordbank günstiger, gleich teuer oder teurer wäre als die jetzt vereinbarte Form der Abwicklung, muss offen bleiben. Politisch geboten ist sie allemal."

Herr Hackbusch, ich möchte Ihnen einfach nur sagen, dass das eine verantwortungslose und populistische Position ist, weil Sie Ihre Position nämlich gar nicht von der Realität abhängig machen, sondern sie schlichtweg ignorieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das wollte ich zum Schluss noch einmal sagen. Sie sind auch bislang nicht auf die Mechanik dieses Systems eingegangen. Im Übrigen gilt das auch für Sie, Herr Kruse. Man muss sich schon mit den Dingen und mit der zu erwartenden Realität beschäftigen. Manchmal ist es besser, wenn man es offen ausspricht, dass man das nicht macht. Aber wir sollten das jetzt tun. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Herr Hackbusch, auch beim zweiten Mal geht es nach der Reihenfolge der Meldungen. Herr Schreiber von der SPD-Fraktion bekommt das Wort. Sie ziehen zurück? – Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE, Sie haben das Wort.

(André Trepoll CDU: Jetzt kommt "Sozialismus ganz aktuell!")

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Ich äußere mich noch einmal kurz zu diesem Zitat, weil das ein wichtiges Argument von Ihnen gewesen ist. Politisch ist es geboten.

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

Es ist deutlich zu sagen, dass wir im Oktober 2015 die Möglichkeit noch nicht gehabt haben, die verschiedenen Szenarien anzuschauen, kritische Nachfragen zu stellen und sie zu diskutieren. Von daher ist das Argument einfach falsch. Das war die Situation von Oktober 2015. Alle Debatten und alle konkreten Diskussionen haben in den vergangenen drei Wochen stattgefunden. Dementsprechend hat das mit Oktober nichts zu tun, und im Oktober habe ich diese Sachen ausgeführt. Das ist ein wunderschöner Clou, aber er ging leider daneben.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Wenn weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, kommen wir zu den Abstimmungen. Der Abgeordnete Dr. Jens Wolf hat mitgeteilt, dass er daran nicht teilnehmen werde.

Wir beginnen mit dem FDP-Antrag aus Drucksache 21/2527.

Wer möchte diesem gern seine Zustimmung geben? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum CDU-Antrag, Drucksache 21/2524. Den möchten die Fraktionen der FDP und der AfD zifferweise abstimmen lassen.

Wer möchte sich also zunächst Ziffer 1 des Antrags anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann hat Ziffer 1 keine Mehrheit gefunden.

Wir kommen zu Ziffer 2.

Wer stimmt dieser zu? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch Ziffer 2 abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 3 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch Ziffer 3 abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag der Fraktionen der SPD und GRÜNEN aus Drucksache 21/2553.

Wer möchte diesem folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag mehrheitlich so beschlossen.

Und wir kommen zum Bericht des Haushaltsausschusses, Drucksache 21/2505.

Wer möchte sich zunächst Ziffer 1 der Ausschussempfehlungen anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist Ziffer 1 mit Mehrheit so beschlossen.

(Präsidentin Carola Veit)

Zu Ziffer 2 der Ausschussempfehlungen hat die FDP-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt.

Sie kennen das Verfahren. Frau Yilmaz und Herr Kreuzmann werden Sie jetzt gleich in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Wenn Sie Ziffer 2 der Ausschussempfehlungen folgen möchten und das Gesetz zur Errichtung der "hsh portfoliomanagement AöR" und zur Anpassung eines Staatsvertrages aus der Drucksache 21/2177 in der vom Senat am 8. Dezember berichtigten Fassung und mit der soeben beschlossenen Änderung annehmen möchten, antworten Sie bitte deutlich mit Ja, wenn Sie ihn ablehnen wollen, mit Nein, wenn Sie sich enthalten möchten, antworten Sie bitte mit Enthaltung. Und wenn Ihr Name gerade nicht aufgerufen worden ist, dann seien Sie bitte ganz leise.

Ich darf jetzt Herrn Kreuzmann bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen) ***

Ist ein Mitglied der Bürgerschaft nicht aufgerufen worden? – Es sind alle aufgerufen worden. Dann erkläre ich die Abstimmung für beendet.

Das Abstimmungsergebnis ermitteln wir jetzt und teilen es Ihnen in wenigen Minuten mit. Bis dahin ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 19.10 Uhr

Wiederbeginn: 19.15 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Nehmen Sie bitte Ihre Plätze wieder ein. Wir fahren mit der Sitzung fort.

Das Ergebnis der Auszählung liegt vor. Bei der Abstimmung über das Gesetz zur Errichtung der "hsh portfoliomanagement AöR" und zur Anpassung eines Staatsvertrages aus Drucksache 21/2177 gab es 70 Ja-Stimmen, 38 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen. Damit ist das Gesetz in erster Lesung angenommen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Er ist nur wirksam, wenn er von einem Fünftel der Mitglieder erhoben wird. Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur zweiten Lesung.

Wer möchte das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? –

Damit ist das Gesetz auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zu den Punkten 76 und 72 unserer Tagesordnung, den Drucksachen 21/2387 und 21/2383 Neufassung. Dabei handelt es sich um einen Antrag der Fraktion DIE LINKE: Wie geht es weiter nach dem Olympiareferendum? und einen Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN: Nach dem Referendum – Positive Ansätze der Bewerbung zugunsten der Stadt und des Sports weiterentwickeln.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Wie geht es weiter nach dem Olympiareferendum?
– Drs 21/2387 –]**

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:
Nach dem Referendum – Positive Ansätze der
Bewerbung zugunsten der Stadt und des
Sports weiterentwickeln
– Drs 21/2383 Neufassung –]**

Das Wort begehrt Herr Yildiz von der Fraktion DIE LINKE. Bitte, Sie haben es.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zitat von Bertolt Brecht anfangen.

(Zuruf von *Thomas Kreuzmann* CDU)

"Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren."

Die Gegnerinnen und Gegner haben unter ungleichen Voraussetzungen gekämpft und den Kampf gewonnen – gegen IOC, Senat, Handelskammer und Lobbyisten. Das ist eine Klatsche für diejenigen, die die ganze Zeit mit einer millionenschweren Werbekampagne versucht haben, in Hamburg ohne Argumente für Olympia zu werben. Die Folge ist, dass die Hamburgerinnen und Hamburger sich für ihre Stadt, für den Breitensport, für eine soziale Stadtentwicklung und eine demokratische Bürgerbeteiligung

(Zuruf von der CDU: Wo nehmen Sie das alles her?)

entschieden haben und dafür, dass die Menschen, die in dieser Stadt leben, friedlich miteinander leben können. Sie haben sich dagegen entschieden, dass das IOC und die Sponsoren vor und während der Spiele über unsere Rechte entscheiden, zum Beispiel das IOC über unser Grundrecht auf Ver-

*** Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei.

(Mehmet Yildiz)

sammlungsfreiheit, und dass das IOC und die Sponsoren von Steuern befreit werden. Sie haben sich für ihre Stadt entschieden und gegen diese Kriterien.

(Beifall bei der LINKEN)

Statt das alles anzuerkennen und gleichzeitig darüber zu sprechen, welche Fehler die Befürworter gemacht haben und warum sie diesen Kampf verloren haben, fängt man an, die Wählerinnen und Wähler zu beschimpfen. Herr Mantell hat es auf den Punkt gebracht: Die Menschen seien nicht in der Lage, in dieser Art zu entscheiden. Ich betone, er hat ein SPD-Parteibuch. Die Menschen sind sehr wohl in der Lage zu entscheiden. Obwohl die Presse, die leider fast nicht mehr anwesend ist, die ganze Zeit Werbung für Olympia gemacht hat, sind in der Stadt die Argumente durchgedrungen, welche Folgen Olympische Spiele tatsächlich für Hamburg und für uns alle haben könnten. Das führte dazu, dass auf allen Schulveranstaltungen, bei denen ich war, die jungen Menschen motiviert diskutiert haben und auch kritisch mit uns umgegangen sind. Sie haben deutlich gesagt, dass sie nicht politikverdrossen seien, sondern parteiunverdrossen. Sie hätten keine Lust mehr darauf, dass Parteien nur einseitig diskutierten

(*Sören Schumacher SPD*: Herr Yildiz, das haben wir doch heute alles schon einmal gehört!)

– Sie haben erst einmal still zu sein – und auf dem Podium ständig den Gegner angegriffen, ohne Inhalte, dafür frei nach dem Motto, er male alles schwarz-weiß, lüge oder täusche die Öffentlichkeit.

Wir haben in erster Linie das, was in den Verträgen stand, was in den Drucksachen stand, was der Rechnungshof, die Umweltverbände, der Zukunftsrat und so weiter gesagt haben, hervorgehoben.

(Zuruf von *Sören Schumacher SPD*)

Wir sind kritisch mit dem Thema umgegangen und haben deutlich gemacht, dass Hamburg durch Olympia nur verlieren kann. Die Hamburgerinnen und Hamburger haben sich dafür entschieden, dass Hamburg nicht die Stadt der Konzerne und der Investoren sein soll, sondern eine Stadt für alle Menschen, die hier leben.

(Beifall bei der LINKEN)

Mich wundert, dass in der Aktuellen Stunde nicht Herr Scholz als Bürgermeister sprach, sondern er Herrn Neumann vorgeschickt hat. Das ist eine Klatsche, auch gegenüber den Hamburgerinnen und Hamburgern. Der Bürgermeister hat sein Gesamtkonzept in Bezug auf Stadtteilentwicklung, Wohnungspolitik und ÖPNV darauf reduziert, dass etwas geschehe, wenn Olympia kommt. Dann würden alle Sportstätten saniert – das stimmte sowieso nicht –, dann würde die Inklusion stattfinden und so weiter. Es kann doch nicht sein, dass der

Bürgermeister sich heute nach der Niederlage nicht dazu äußert, sondern Herr Neumann als Innensenator.

(Zuruf: Nein, Sportsenator!)

– Entschuldigung, Sport- und Innensenator.

Das darf nicht sein. Herr Scholz muss in der Lage sein, dass er sich hier vor das Parlament stellt und sich dazu äußert.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu dem SPD-Antrag. Wir werden zustimmen, aber er ist letztendlich ein Lippenbekenntnis. Man bittet das IOC darum, dass es seinen Reformprozess fortsetzt. Wer den Vertrag gelesen und sich mit den Vertragskriterien befasst hat, hat eines gesehen: Dieses IOC ist dazu nicht in der Lage. Es muss schon eine Klatsche bekommen von den Menschen – wie in Toronto, wie in Boston, wie in Hamburg. Ich hoffe, dass Rom und Paris auch so handeln und es am Ende dazu kommt, dass das IOC tatsächlich den Geist der Olympischen Spiele – Völkerverständigung und Begegnung der Weltjugend – ernst nimmt und davon abrückt, seine Interessen und die Interessen der Sponsoren in den Vordergrund zu stellen und die Städte mit Knebelverträgen in die Knie zu zwingen. Ich finde, es ist ein gutes Ergebnis, dass Hamburg Nein gesagt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Kolleginnen und Kollegen haben deutlich gemacht, dass der Senat, der er sein Gesamtprogramm auf die Olympischen Spiele reduziert hat, sich fragen muss, wie er jetzt weitermacht.

(*Sören Schumacher SPD*: Oh, das wird doch nicht besser, wenn Sie alles wiederholen!)

Wir fordern, dass diese 200 Millionen Euro, die angeblich für die Spiele bereitgestellt werden sollten, jetzt für den sozialen Bereich, für den Sportbereich, für Sozialwohnungsbau und für Inklusion zur Verfügung gestellt werden, zusätzlich zu dem, was in diesen Bereichen investiert wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Timmermann von der SPD-Fraktion.

Juliane Timmermann SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Herr Yildiz, ich hätte mich gefreut, wenn wir jetzt dazu übergegangen wären, den Wahlkampf hinter uns zu lassen und nach vorn zu blicken. Ich glaube, es ist richtig, sich die Zeit zu nehmen, hinzuhören, was zum einen die Befürworter – denn davon gab es auch über 300 000 – und zum anderen die Kritiker eigentlich gewollt haben, und daraus seine Schlüsse zu ziehen. Das sollte man nicht in einem Schnellschuss

(Juliane Timmermann)

machen, sondern sich tatsächlich ein wenig Zeit dafür nehmen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Wir sind gespannt!)

– Frau Schneider, dass Sie gleich die richtigen Antworten haben, mag sein. Wir haben schon öfters mitbekommen, dass es sinnvoll ist, sich die Zeit zu nehmen.

Sie haben anscheinend etwas nicht verstanden, Herr Yildiz. Ich möchte mit Ihrem letzten Punkt anfangen. Er betrifft diese 200 Millionen Euro. Es ist tatsächlich spannend, weil es bis jetzt immer noch nicht durchgedrungen ist. Diese 200 Millionen Euro stehen jetzt nicht im Haushalt, sie werden auch im nächsten Jahr noch nicht im Haushalt stehen, sondern wir haben gesagt, dass wir ab 2018

(Mehmet Yildiz DIE LINKE: 2017!)

und dann die folgenden sechs Jahre – dann kommen wir nämlich bei sechsmal 200 Millionen Euro auf diese 1,2 Milliarden Euro – dieses Geld in den Haushalt einpflegen würden. Und zwar genau aus dem Grund, weil wir nämlich bei diesen über 11 Milliarden Euro Investitionen davon ausgehen, dass mehr Steuereinnahmen da sind, dementsprechend mehr Geld und so weiter.

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Das überzeugt mich nicht!)

– Das überzeugt Sie nicht, Frau Boeddinghaus, ich möchte Sie auch gar nicht mehr überzeugen, das habe ich schon länger aufgegeben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das macht vielleicht nur deutlich, dass diese 200 Millionen Euro überhaupt nicht bereitstehen. Dieses Geld hätte für Olympia-Zwecke bereitgestellt, weil wir gesagt haben: Das ist das, was Hamburg sich leisten kann, ohne dass irgendwelche sozialen Projekte – das war Ihnen ja ganz wichtig, Frau Sudmann –

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Ihnen nicht?)

darunter leiden oder geschlossen werden müssen.

Ich fand es auch recht unglücklich, dass sich der eine oder andere, vielleicht auch im Zuge des verlorenen Wahlkampfes, dazu hat hinreißen lassen, bestimmte Dinge zu sagen. Aber ich habe nicht von einem SPD-Abgeordneten, nicht von einem GRÜNEN-Abgeordneten Wählerbeschimpfung gehört – das möchte ich noch einmal klarstellen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir sind auch von dem Ausgang nicht erfreut gewesen, auch ich persönlich bin enttäuscht gewesen. Aber eines ist mir bei all dem, was wir heute in der Aktuellen Stunde diskutiert haben und auch jetzt diskutieren, zu kurz gekommen.

(Thomas Kreuzmann CDU: Die Kieler!)

– Nein, nicht die Kieler.

Es sind vor allem die Sportler, die sich in einem vor-olympischen Jahr sehr stark eingebracht haben, ob es Edina Müller ist, Moritz Fürste, Eric Johannesen, Kirsten Bruhn oder Steffen Deibler, um nur einige zu nennen,

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und einzeln bei der CDU)

die sich mit sehr viel Herzblut dafür eingesetzt haben und – ich glaube, man kann es verstehen – sehr enttäuscht sind.

Es geht um den Ausblick, wie es weitergeht. Im Gegensatz zu unserem Bündnis, das für Paralympische und Olympische Spiele gestritten hat, haben wir wohl doch im Sport eine etwas solidarischere Mannschaft, und zwar in der Zukunftskommission. Hier haben sowohl der Olympische Sportbund als auch der Hamburger Sportbund, die Handelskammer und das Sportamt schon in den letzten Jahren mit der Grundlage der Dekadenstrategie den Sport in Hamburg entwickelt. Das wird auch weiterhin unsere Grundlage sein für die Zukunft der Hamburger Sportpolitik.

(Beifall bei Dr. Andreas Dressel und Sören Schumacher, beide SPD)

In dieses Bündnis haben wir großes Vertrauen und werden uns dort auch als verlässlicher Partner für den Sport weiterhin mit einbringen.

Sie hatten ein oder zwei aus unserem Antrag zitiert. Ich glaube immer noch fest daran, dass die Konzepte, die wir vorgestellt haben, sehr viele gute Leitlinien haben. Ich möchte ein Beispiel nennen. Wenn man sich die 20 Leitprojekte aus dem Nachhaltigkeitkonzept anschaut, dann sieht man, dass dort sehr viele Punkte für den Bereich Umwelt, Wissenschaft, Forschung, Integration und Inklusion sind, die es lohnt, weiter zu verfolgen. Dieses wird die Aufgabe der nächsten Jahre sein. Ich glaube, wir tun gut daran, dort alle mitzuwirken.

Ein anderes Beispiel, das ich auch schon in einer meiner Reden erwähnte. Wir hatten als erstes Bundesland eine vollinklusive Sporthalle. Der Bereich der Inklusion ist für mich ein sehr wichtiger, und ich glaube, dass diese vollinklusive Sporthalle als ein Symbol, als ein Vorbild für den Bereich Inklusion stehen kann. Auch hiermit werden wir uns in den nächsten Jahren weiter beschäftigen und darauf achten müssen, dass diese Inklusion vorankommt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Yildiz, Herr Oetzel hat es hineingerufen; ich habe ebenfalls der einen oder anderen Veranstaltung beiwohnen dürfen. Ganz verstehe ich von daher nicht, woher Sie die Parteienschele und Politikerschelte der Jugend nehmen. Das, was ich

(Juliane Timmermann)

auch erlebt habe, sind junge Leute, die engagiert waren, die an vielen Fragen, nicht nur an denen des Sports, sondern auch der Flüchtlingspolitik oder der sozialen Ausrichtung der Stadt interessiert waren und sich dort eingebracht haben. Ich glaube, das ist nicht nur ein Privileg der Jugend, sondern es ist auch gut und richtig, dass es so stattgefunden hat.

Bei keiner dieser Veranstaltungen habe ich wahrgenommen, dass die Jugendlichen politik- und parteiunverdrossen waren, sondern sie haben sich willensstark artikuliert und kamen mit uns ins Gespräch. Das ist gut und richtig und auch ein großer Gewinn auf der "It's Your Choice"-Tour gewesen, die wir als Bürgerschaft initiiert haben. Diesen Weg sollte man weitergehen, um junge mündige Bürger an Wahlen heranzuführen. Insoweit war diese "It's Your Choice"-Tour ein großer Gewinn.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Weil es mich selbst sehr enttäuscht hat, möchte ich gern noch einmal Folgendes sagen, auch wenn Herr Trepoll und Frau Suding jetzt nicht da sind; aber es sind andere da, die es weitergeben: Ich hätte mir ein anderes Verhalten gewünscht, und vielleicht wäre der Sport dafür ein gutes Vorbild gewesen. Wer in seiner Jugend Mannschaftssport gemacht hat, hätte so, wie Sie agiert haben, nicht agiert.

(Zuruf Heike Sudmann DIE LINKE)

Er hätte gelernt, mit Sieg und Niederlage umzugehen, anzuerkennen, dass die Kritiker gewonnen haben, und anzuerkennen, dass man sich zu seiner Mannschaft solidarisch verhält. Das, liebe Frau Suding und Herr Trepoll, habe ich vorhin sehr vermisst. Wie Farid Müller ganz richtig gesagt hat, stand bei diesem ganzen Projekt die Stadt im Mittelpunkt und nicht die Parteien. Es wäre schön gewesen, in diesem für uns enttäuschenden Moment zusammenzustehen, aber auch, die Sache da zu lassen, wo sie ist. Über 300 000 Menschen standen hinter diesem Konzept und jetzt nachzuarbeiten ist nicht förderlich. Insofern bin ich dann wieder bei Ihnen und sage, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Verhalten nicht wollen. Lieber streitet man sich in der Sache, von mir aus gern auch kontrovers und hart, aber ein gewisses solidarisches Verhalten anstelle des politischen Geplänkels hätte uns wohlgetan.

Ansonsten würde ich mir wünschen, dass wir in der Sportpolitik den Sport weiter im Fokus behalten und insbesondere dem Sport zeigen, dass der Verlust der olympischen und paralympischen Idee für Hamburg kein Verlust an Sportpolitik ist, dass wir weiterhin an der Dekadenstrategie festhalten und uns sehr anstrengen werden, denn dies bedarf einer größeren Anstrengung als mit dem Katalysator Olympia, den wir mit den Olympischen und Pa-

ralympischen Spielen gehabt hätten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Blömeke* GRÜNE)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Herr Kreuzmann von der CDU-Fraktion.

Thomas Kreuzmann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte mich Frau Timmermanns Dank an viele beteiligte ehrenamtlich engagierte Menschen anschließen, die sich in den vergangenen Monaten auf verschiedenen Veranstaltungen stark gemacht haben. Ganz herzlich möchte ich mich bei den Gebrüdern Braun für ihr leidenschaftliches Engagement bedanken. Sie haben am Wochenende – auch stellvertretend für ihre Mitarbeiter im Miniatur-Wunderland – für ihren engagierten ehrenamtlichen Einsatz einen Ehrenpreis vom Deutschen Olympischen Sportbund erhalten. Dafür nachträglich noch einmal von meiner Seite ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN, der LINKEN und der FDP)

Entschuldigen, wenn ich das so sagen darf, möchte ich mich bei den enttäuschten Kielern, die wie wir eine olympische Gesamtveranstaltung stellvertretend für Deutschland in die Welt bringen wollten. Dies ist nun leider nicht so, und ich hoffe, dass die Kieler zumindest unsere Entschuldigung auf diese Art und Weise annehmen.

(*Heike Sudmann* DIE LINKE: Haben Sie sich für das Wahlergebnis auch entschuldigt?)

Es war uns nicht weiter vergönnt.

(*Heike Sudmann* DIE LINKE: Was ist das für ein Umgang mit der Wahrheit?)

Stattdessen haben wir heute zwei Anträge vorliegen, einen von der LINKEN, den ich im Grunde genommen nicht weiter kommentieren möchte, denn wenn man die Realität sieht, hat DIE LINKE in weiser Voraussicht lange vor Beginn des Referendums am 29. November diesen Antrag ins Parlament eingebracht und das Petitum bis heute nicht geändert. Vielleicht gibt es eine Fähigkeit bei der LINKEN, die ich bis heute nicht erkannt habe, aber debattieren möchte ich diesen Antrag nicht weiter. Er ist es nicht würdig, weil die Argumente, die DIE LINKE in der Vergangenheit immer wieder gegen Olympia herangezogen hat, letztendlich nicht unbedingt so, wie DIE LINKE es gern darstellen möchte, zum Scheitern des Olympia-Referendums beigetragen haben.

(*Sabine Boeddinghaus* DIE LINKE: Woher wissen Sie das denn?)

Natürlich zieht man sich immer Ergebnisse heran, aber DIE LINKE täte gut daran, bei ihrem parla-

(Thomas Kreuzmann)

mentarischen Quorum, das nun nicht unbedingt im 50-Prozent-Bereich liegt,

(Zurufe von der LINKEN)

zu überlegen, in welchen Bereichen sie sich überhaupt bei diesem Quorum wiederfinden kann.

(Zuruf von *Heike Sudmann DIE LINKE*)

– Frau Sudmann, Sie kommen auch gleich noch dran, und vielleicht können Sie sich auch irgendwann einmal angewöhnen, nicht immer nur ans Mikrofon zu gehen, sondern bis zum Ende zuzuhören. Dann können Sie auch Ihre Meinung von sich geben.

Überdies muss ich ehrlich gestehen, dass mir dieser Stimmungswandel in der Bevölkerung – immerhin lag der Zuspruch im Frühjahr bei deutlich über 60 Prozent – nicht mit den Angst machenden Argumenten vonseiten der LINKEN erklärbar ist. Wir alle wissen ganz genau, dass in den Wochen und Monaten zuvor so viel passiert ist, das einen Großteil der Menschen verunsichert hat. Das ist nicht nur Paris. Wir alle wollten das Fußball-Freundschaftsländerspiel sehen. Es wurde abgesagt. Wir haben das Flüchtlingsproblem, und wir hatten die Sorge, dass die Finanzierbarkeit von Olympia vom Senat nicht professionell genug an das Parlament und an die Bevölkerung herangetragen wurde. Mit nicht professionell genug meine ich schlicht und ergreifend, dass der Senat im vorauseilenden Galopp an die Öffentlichkeit getreten ist und versucht hat, den Bund zu treiben. Einen solchen Stil sollte man besser nicht pflegen. Aber in der Summe dieser Ereignisse und Ängste sind die Menschen vorsichtig geworden. Ich habe in den Wochen vor dem Referendum sehr viele Gespräche geführt, und wir haben gemeinsam mit den SPD-Abgeordneten aus meinem Wahlkreis – Herrn Schwieger, Frau Jäck, Herrn Pochnicht – Info-Stände gemacht. Grundsätzlich wurden genau diese Sorgen als mögliche Bedenken immer wieder an uns herangetragen und nicht die Argumente, die uns fast mantraartig vonseiten der LINKEN unterbreitet wurden. Die waren es nicht, und darüber müssen wir uns schlicht und ergreifend im Klaren sein.

Den nächsten Antrag, Drucksache 21/2383, möchte unsere Fraktion ziffernweise abstimmen, wobei wir uns in Ziffer 1 ablehnend und in den weiteren zustimmend verhalten werden. Ziffer 1 werden wir ablehnen, weil wir keine Notwendigkeit dafür sehen, dass die Hamburger Bürgerschaft jetzt beschließt, dass das IOC transparenter und glaubwürdiger werden soll. Denn wenn wir das beschließen, unterschlagen wir eine Entwicklung mit Thomas Bach als deutschem Präsidenten des Olympischen Organisationskomitees, der federführend mit der Agenda 2020 bereits eine Veränderung im IOC im Hinblick auf Transparenz, Glaubwürdigkeit, Weg-von-gigantischen-Veranstaltungen, Nachhaltigkeit und viele andere Punkte, die wir in den ver-

gangenen Wochen debattiert haben, eingeleitet hat. Wenn wir das jetzt beschließen, würde ich es für anmaßend halten, weil das IOC schon geraume Zeit auf dem Weg ist und wir es gar nicht nötig haben, es zu weiterer Transparenz aufzufordern.

Den anderen Punkten können wir folgen. Anzumerken ist allerdings, dass wir, nachdem der Katalysator Olympische Spiele der Sportlandschaft und auch den leidenschaftlich engagierten Menschen in der Vergangenheit so viel Luft geraubt hat, diese Luft erst einmal wieder hineinpumpen müssen. Da der Katalysator weggefallen ist, müssen wir neue Wege aufzeigen. In diesem Punkt fand ich Ihr Petition ein bisschen dürftig. Eine Möglichkeit, wie die Dekadenstrategie jetzt weiter belebt werden kann, haben Sie, Frau Timmermann, in Ihrem Redebeitrag leider nicht aufgezeigt. Wir müssen uns immer vor Augen halten, dass die Dekadenstrategie nichts Statisches, sondern eine Sache der Entwicklung ist. Diese Entwicklung müssen wir letztendlich weiter vorantreiben. Ich hoffe, dass wir im Sportausschuss in Zukunft im Sinne der Entwicklung des Sports in dieser Stadt ohne Olympia möglichst schnell die nötige Kraft finden, diese Entwicklung wiederzubeleben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Frau Blömeke von der GRÜNEN Fraktion bekommt das Wort.

Christiane Blömeke GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Luft ist bei diesem Thema wirklich ein bisschen raus. Wir haben in der Aktuellen Stunde intensiv darüber diskutiert, und eigentlich sind alle Argumente schon gefallen, aber wir können gern noch einmal einige wiederholen.

DIE LINKE stellt die Frage, die wir in unserem Antrag ebenfalls verarbeitet haben, wie es nach dem Referendum weitergeht. Das kann man eigentlich in einem Satz zusammenfassen: Natürlich wollen wir positive Ansätze der Bewerbung für die Stadt und für den Sport weiterentwickeln – das nehmen wir nach dem Referendum erst einmal als Fazit mit. Ich finde auch, dass DIE LINKE in weiten Teilen die Kirche im Dorf lassen sollte.

(Zuruf von *Cansu Özdemir DIE LINKE*)

Das Referendum ist verloren, ja.

(Zuruf von der LINKEN: Gewonnen!)

Weder in Hamburg noch in Deutschland wird es in absehbarer Zeit Olympische Spiele geben, aber – und damit möchte ich noch einmal betonen, was ich vorhin schon in der Aktuellen Stunde sagte, nämlich das, was auch Frau Timmermann sagte –: Wir dürfen, bitte, nicht vergessen, dass es auch einen breiten Konsens, wenn auch nicht die Mehrheit bei der Abstimmung, in dieser Stadt gab, für

(Christiane Blömeke)

die Olympischen Spiele zu stimmen, nämlich über 48 Prozent. Deswegen sollte DIE LINKE die Kirche im Dorf lassen, wenn sie von einem herausragenden Ergebnis spricht und davon, dass die absolute Mehrheit nun entschieden habe und, und, und. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass viele Bürgerinnen und Bürger sich Olympia gewünscht hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD, der CDU und der FDP)

Ein bisschen waren wir das schon gewohnt von den Diskussionen, die wir in der Tat auch mit der Links-Fraktion geführt haben. Diese Verzerrung der Tatsachen, nicht nur in der Pressemitteilung von Frau Boeddinghaus oder in der eben erfolgten Darstellung von Mehmet Yildiz, erschreckt mich immer wieder. Weder die GRÜNEN noch die SPD noch der Senat – und ich glaube, ich habe es nicht einmal von der CDU und der FDP gehört –, haben behauptet, nur Olympia könne Stadtentwicklung, Inklusion, Barrierefreiheit, Wohnungsbau und, und, und vorantreiben. Das ist allein die Darstellung der Links-Fraktion, und das erstaunt und erschreckt mich. Ich wiederhole es jetzt zum letzten Mal: Wir haben immer gesagt, dass Olympia ein Katalysator ist. Das heißt nicht, dass es ohne Olympia keine wirtschaftliche Weiterentwicklung oder keine Barrierefreiheit und erst recht keinen Wohnungsbau, den wir zurzeit voranbringen, oder keine Konzepte für die Energiewende oder den Klimaschutz und, und, und gibt. Aber das Votum der Bürgerinnen und Bürger, das nicht für Stillstand sorgt, wird dafür sorgen, dass die Realisierung dieser Vorhaben in einem längeren Zeitabschnitt stattfinden wird. Das wurde hier immer wieder gesagt. Mehmet Yildiz, ich finde es wie gesagt immer wieder erschreckend, dass die Links-Fraktion wieder einmal behauptet, nach dem Wegfall von Olympia werde dieser Senat überhaupt nichts mehr anpacken. Das ist Unfug.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Worauf ich auch nicht mehr eingehen möchte – denn ich habe gelernt, dass die Links-Fraktion diesbezüglich in der Tat nicht belehrbar ist – sind die 200 Millionen Euro, von denen Sie glauben, sie schwirren frei im Haushalt herum und stünden zur Verfügung. Das hat Frau Timmermann sehr gut dargestellt. Aber ich habe bemerkt, dass es nicht auf fruchtbaren Boden gefallen ist, darum unternehme ich auch gar keinen Ansatz, um Überzeugungsarbeit zu leisten.

Ich möchte Ihnen noch einmal sagen, dass wir die positiven Ansätze, die wir ohne Zweifel bei der Bewerbung hatten, zugunsten des Sports und der Stadt nutzen wollen. Genau das fordert unser Antrag. Das gilt vor allen Dingen auch für das Nachhaltigkeits- oder Mobilitätskonzept. Energiewende und auch Klimaschutz sind zentrale Vorhaben dieses Senats, und das wird sich natürlich in dem wi-

derspiegeln, was wir in der weiteren Arbeit machen. Dasselbe gilt für die Förderung des Radverkehrs über das Radverkehrskonzept, und selbstverständlich werden auch Sporthallen und ÖPNV weiterhin barrierefrei ausgebaut.

An dieser Stelle möchte ich aber auch sagen, dass ich besonders traurig über den Ausgang des Referendums bin, denn die Paralympics hätten für Hamburg nicht nur die Sporthallen barrierefrei gemacht, sondern auch Barrieren in den Köpfen der Menschen abgebaut. An dieser Stelle bin ich wirklich ganz besonders traurig, dass wir das Referendum nicht gewonnen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der CDU)

Natürlich wird im Rahmen der Dekadenstrategie sowohl der Breitensport weiter gefördert als auch der Spitzensport – selbst wenn die Links-Fraktion den Spitzensport nicht möchte, so ist er doch ein Teil des Sports, beides gehört unweigerlich zusammen.

Interessant war heute ein Artikel in der "Hamburger Morgenpost", in dem die Punkte zusammengefasst sind, die aus Sicht der Zeitung nach Olympia wichtig sind fast könnte man meinen, sie habe aus dem rot-grünen Koalitionsvertrag veröffentlicht: Sie forderte den Autobahndeckel Altona, den Bau der neuen U-Bahn, den Wohnungsbau und die Entwicklung Hamburgs als Fahrradstadt. Das alles gehört zu unserem Regierungsprogramm und macht mehr als deutlich, dass wir unsere Gestaltungsmöglichkeiten zum Wohle der Stadt bereits nutzen. Nachhilfeunterricht durch die LINKEN, die sich zum Retter der Stadt aufplustern, brauchen wir nun wirklich nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Abschließend noch ein Satz zur CDU zum Thema IOC, was wir ein wenig anders sehen als Sie, Herr Kreuzmann: Natürlich hat sich das IOC auf den Weg gemacht, das habe ich auch immer wieder gesagt. Wir haben sehr viel mehr als früher erreicht – Transparenz ist nur ein Beispiel –, aber wir müssen auch feststellen, dass wir längst noch nicht so weit sind, wie wir möchten. Es gibt viele Punkte beim IOC, die aus unserer Sicht immer noch verbesserungswürdig sind. Auch aus den Diskussionen konnten wir viel mitnehmen. Es gab einfach noch große Vorbehalte gegen das IOC wie auch gegen FIFA oder andere große Organisationen. Darum war es uns wichtig, diesen Punkt in unserem Antrag mit aufzunehmen.

Nehmen Sie, vor allem die Links-Fraktion, also mit: Positive Ansätze der Bewerbung werden für die Stadt und den Sport weiterentwickelt. Ich habe vollstes Vertrauen, dass wir weiterhin eine gute Sportpolitik und eine gute Stadtpolitik machen.

(Christiane Blömeke)

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt bekommt das Wort Herr Oetzel von der FDP-Fraktion.

Daniel Oetzel FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nachdem wir heute in der Aktuellen Stunde über die Ursachen und die Verantwortlichkeit für das Scheitern dieses zentralen Senatsprojekts gesprochen haben, möchte ich jetzt, auch auf Basis der vorliegenden Anträge, den Blick nach vorn richten. Denn eines hat die Befürworter und die Gegner von Olympia in der Bürgerschaft von Anfang an eindeutig unterschieden: Während die Befürworter ein Projekt entworfen haben, das für unsere Stadt zukunftsweisend gewesen wäre – im positiven Sinne eine Vision, wie Hamburg sich in den kommenden Jahrzehnten entwickeln solle –, haben die Gegner Verteilungskämpfe ausgetragen und ein düsteres Bild von dem, was vor uns liegt, gezeichnet.

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Geht das wieder los! Schreiben Sie mal 'ne neue Rede!)

– Ach, Sie hören ja auch nicht auf. Allein dass Sie heute schon wieder gesagt haben, dass Sie diese 200 Millionen Euro jetzt in alles Mögliche investieren wollen – ich habe das eben in der Aktuellen Stunde auch schon gesagt und wiederhole es gern, bis Sie es mir glauben. Aber wie gesagt, bis vor zwei Wochen haben Sie selbst noch gesagt, dass das Geld nicht da ist. Auf jedem Schulpodium haben Sie selbst gesagt, die Stadt habe das Geld nicht, und keine zwei Wochen später fordern Sie, dass dieses Geld jetzt für andere Sachen ausgegeben wird. Das ist derart unlauter, das werde ich Ihnen gern immer und immer wieder sagen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und vereinzelt bei der AfD)

Herr Yildiz, was Sie für eine Wahrnehmung hatten, was Sie bei der Tour alles gesehen haben wollen – Frau Timmermann hat es gerade schon gesagt –: Sie stellen es im Nachhinein so dar, als hätten Sie einen Triumphzug durch die Schulen gemacht

(Zuruf von Christiane Schneider DIE LINKE

und die Schüler hätten Sie auf Rosen gebettet und alle wären ganz begeistert gewesen, dass DIE LINKE ihnen jetzt endlich die Augen öffnet und die bösen Altparteien einmal so richtig eins reinkriegen. Diese Wahrnehmung geht an der Realität völlig vorbei. Wahrscheinlich haben Sie nach Ihrem zweifelhaften Olympiasieg ein wenig zu viel gefeiert. Anders kann ich es mir nicht erklären, dass Sie im Nachhinein diese Wahrnehmung entwickeln. Dann sagen Sie, jetzt könne Olympia wieder das werden, was es einmal war, ein großes Sportevent, von dem alle profitierten und das nachhaltig

demokratisch sei. Das hat Herr Yildiz gerade gesagt. Ich kann Ihnen sagen, genau diese Entwicklung hätten wir in Hamburg gemeinsam gestalten können. Dabei hätten Sie als Hamburger ein Wörtchen mitreden können. Das ist uns jetzt aus der Hand genommen worden. Deshalb ist das Petition 1 des vorliegenden rot-grünen Antrags wichtig, das jetzt andere umsetzen müssen. Wenn die Olympischen Spiele am Ende in Budapest landen, sind auch Sie, Herr Yildiz, dafür mit verantwortlich.

(Beifall bei der FDP, der SPD und den GRÜNEN)

Aber sei es, wie es ist. Wir wollen nach vorn blicken, und man muss sich jetzt in der Tat fragen, was von dieser Olympia-Bewerbung für Hamburg bleibt, wie es mit dem Sport, der Umsetzung der Dekadenstrategie, der Stadtentwicklung, dem Sprung über die Elbe, dem Wohnungsbau und all den anderen Themen weitergeht. Vor diesem Hintergrund ist es natürlich sinnvoll zu prüfen, welche Planungen weiterverfolgt werden können. Deshalb stimmen wir dem vorliegenden Antrag von Rot-Grün zu und regen an, dass der Sportausschuss sich in einer seiner kommenden Sitzungen mit dem Thema befasst, sodass wir dann schon einmal einen ersten Zwischenbericht des Senats mit den einzelnen umsetzbaren Möglichkeiten entgegennehmen können.

Ich habe am Anfang in der Aktuellen Stunde die Linken darum gebeten, dass auch sie als Olympia-Gegner jetzt einmal Konzepte vorlegen, was sie denn stattdessen machen wollen.

(Martin Dolzer DIE LINKE: Haben wir schon lange!)

Den heute von Ihrer Fraktion vorgelegten Antrag als Gegenentwurf zu Olympia halte ich für nicht geeignet – er ist an Ideenlosigkeit kaum zu überbieten. Deshalb lehnen wir ihn ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Herr Professor Kruse von der AfD-Fraktion.

Dr. Jörn Kruse AfD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine knappe Mehrheit der Hamburger Wahlberechtigten, soweit sie zur Wahl gegangen sind, hat Nein gesagt und damit die Hamburger Olympia-Ambitionen gekillt. Ich persönlich empfinde das als eine Katastrophe für Hamburg. Ich halte es für eine falsche Entscheidung, und es ist keine Wählerbeschimpfung, wenn ich das sage, denn ein demokratisches Ergebnis sagt nichts über die Richtigkeit aus. Ich glaube, Olympia wäre für Hamburg eine Riesenchance gewesen, und dabei denke ich nicht nur an die vielen Vorteile, die wir in ökonomischer und sonstiger Hinsicht von Olympia gehabt hätten, sondern ich

(Dr. Jörn Kruse)

glaube auch, dass das Nein Hamburg einen dramatischen Imageschaden zugefügt hat. Es passt überhaupt nicht zu Hamburg und seiner Vergangenheit, unserem Unternehmertum und seinen vergangenen Erfolgen, dass bei einer Frage von so großer Bedeutung Nein gesagt wird. Das ist kleinmütig, und es ist mir ein bisschen peinlich für meine Mitbürger, dass sie so entschieden haben.

(Jan Quast SPD: Und Ihre Fraktion auch!)

– Herr Quast, hören Sie mir zu, ich sage noch etwas zu meiner Fraktion.

(Zuruf: Das ist Augenpulver!)

Wir sind immer in einem heftigen Diskussionsprozess gewesen. Am Ende waren einige dafür und einige dagegen. Das haben wir in das Heft geschrieben: Ja, aber. Wir haben die positiven Argumente genannt, aber der Rechnungshof hat gesagt, die Zahlen seien noch nicht belastbar. Deshalb können wir am Ende kein eindeutiges Ja vonseiten der Fraktion empfehlen. Ich als Person habe bei jeder Gelegenheit und auf ganz vielen Veranstaltungen deutlich gemacht, dass ich für Olympia bin. Ja, ich war bei vielen Veranstaltungen dabei, sowohl bei "It's Your Choice" als auch sonst, und ich erinnere mich, dass ich mit vielen zusammen, zum Beispiel mit Frau Blömeke, Herrn Duge, Herrn Duwe und Herrn Oetzel, gegen die zum Teil ziemlich weit hergeholtten Argumente der LINKEN argumentiert habe. Dabei habe ich mich sehr wohl gefühlt, denn meine Verpflichtung für Hamburg war zu kämpfen, und das halte ich auch nach dieser Entscheidung immer noch für richtig.

Noch etwas sage ich: Ich glaube, der Grund für diese Entscheidung hat etwas mit der emotionalen psychologischen Großwetterlage zu tun. Die Menge der Probleme durch Flüchtlinge, Terrorismus et cetera war so, dass sich allgemein ein gewisses Klima von Ängstlichkeit und Kleinmütigkeit breitgemacht hat. Das ist schade, aber nicht zu ändern. Auch hier sage ich noch einmal, dass ich glaube, dass das Hamburger Bewerbungsteam einen guten Job gemacht hat. Ich glaube, dass der Senator und der Staatssekretär und alle, die daran mitgewirkt haben, einen guten Job gemacht haben. Und da Herr Krupp hier sitzt, sage ich auch einmal zu ihm persönlich, weil ich ihn häufig in dem Zusammenhang getroffen habe: Sie haben einen guten Job für Hamburg gemacht, und dass Sie am Ende nicht obsiegt haben, ist halt so.

Dann sage ich noch einmal etwas zu einigen von denen, mit denen zusammen ich einig war, dass wir Olympia haben sollten. Es waren nicht nur die GRÜNEN und die SPD dafür, sondern auch die FDP und die CDU. Hier würde ich einmal sagen: Wir haben zusammen gekämpft und zusammen verloren, und es passt nicht zu einem guten Stil, Frau Suding oder Herr Trepoll, der jetzt nicht da ist, wenn man hinterher sein parteipolitisches

Süppchen kocht. Das kann man bei einer anderen Gelegenheit tun. Dies war ein Riesenprojekt. Wir waren auf der gleichen Seite, wir haben gemeinsam verloren, und dann sollten wir auch gemeinsam sagen: Okay, wir haben gekämpft und verloren, aber so ist es nun einmal. Ich glaube, das ist eine Frage des Stils, auch des Umgangs miteinander. Dass die Linken jetzt bei dieser Gelegenheit den Tagesordnungspunkt noch einmal haben wollten – und vielleicht werden sie ihn noch zehnmal anmelden –, das verstehe ich sogar, das ist menschlich nachvollziehbar. Sie wollen Ihren Triumph auskosten, das gönne ich Ihnen sogar.

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Das ist doch Quatsch! Sie verstehen gar nichts!)

Aber was Sie in der Diskussion über Olympia geliefert haben, habe ich häufig als so peinlich empfunden, dass ich allein schon deshalb Ihrem heutigen Antrag nicht zustimmen kann. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Yildiz von der Fraktion DIE LINKE bekommt erneut das Wort.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte auf ein paar Punkte eingehen, die wir auf den Veranstaltungen kritisiert haben. Zum Thema Finanzen: Die Folgen von Olympia, Kosten, Sicherheit, die Frage der Unterbringung der Flüchtlinge, Breitensport, Bildung und Wohnungsbau – das waren hauptsächlich Themen, die wir bei den Podiumsdiskussionen diskutiert haben und die auch die Menschen mit Olympia in Verbindung gebracht haben und uns übrigens gegenüber kritisch waren. Nicht alle haben uns unterstützt. Herr Oetzel, wir haben gemeinsam mehrere Podiumsdiskussionen bestritten. Ich war in 17 Schulen. In vier Schulen hatten die Befürworter am Ende die Mehrheit, und in 13 Schulen war die Mehrheit dagegen. Dieses Signal, diese Kritiken muss man sich ansehen. Was ich bei Ihnen, auch bei den Befürwortern, vermisst habe, ist, dass man nicht kritisch mit dem Thema umgegangen ist. Einer der Hauptgründe war, dass die gesamten Medien einseitig Befürworter geworben haben, mit dem Thema nicht kritisch umgegangen sind. Das hatte zur Folge, dass die Menschen gesagt haben: Nein danke, das wollen wir nicht.

(Milan Pein SPD: Haben Sie jetzt nur gewonnen, weil die anderen so schlecht waren?)

Wir haben Konzepte, wir haben Visionen, Herr Oetzel. Diejenigen, die das entwickelt haben, haben dafür Millionen Euro investiert. Wir sind ein Feierabendparlament. Wir machen Vorschläge.

(Mehmet Yildiz)

Nehmen Sie sie einmal ernst, und stimmen Sie uns zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu den Abstimmungen. Wir beginnen mit dem Antrag der LINKEN, Drucksache 21/2387.

Wer möchte diesem gern seine Zustimmung geben? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag bei einer Enthaltung mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum gemeinsamen Antrag von SPD und GRÜNEN, Drucksache 21/2383 in der Neufassung. Da möchte die CDU-Fraktion Ziffer 1 gern separat abstimmen lassen.

Wer möchte also zunächst Ziffer 1 dieses Antrags annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ziffer 1 ist bei einer Enthaltung mehrheitlich so beschlossen worden.

Wer möchte dann noch Ziffern 2 bis 4 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das haben wir dann einstimmig bei einer Enthaltung so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 79 unserer Tagesordnung. Das ist die Drucksache 21/2390, ein Antrag der FDP-Fraktion: Medienkompetenzförderung an Hamburger Schulen sicherstellen.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Medienkompetenzförderung an Hamburger
Schulen sicherstellen
– Drs 21/2390 –]**

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass die Debatte entfällt. Die Fraktionen von SPD, GRÜNEN, der LINKEN und der FDP möchten die Drucksache gern an den Schulausschuss überweisen.

Wer möchte das auch? – Gegenprobe. – Wer enthält sich? – Dann haben wir das einstimmig überwiesen.

Wir kommen zu Punkt 20 b der Tagesordnung, Drucksache 21/2172: Anhebung der Wasserpreise der Hamburger Wasserwerke GmbH (HWW).

**[Senatsantrag:
Anhebung der Wasserpreise der Hamburger
Wasserwerke GmbH (HWW)
– Drs 21/2172 –]**

Der Senatsantrag wurde am 16. November 2015 im Vorwege an den Haushaltsausschuss überwiesen, sodass es hierzu keiner Abstimmung bedarf.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Die sechste Wasserpreiserhöhung in Folge verhindern!
Wasserpreise in 2016 konstant halten
– Drs 21/2522 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/2522 ein Antrag der FDP-Fraktion vor: Die sechste Wasserpreiserhöhung in Folge verhindern! Wasserpreise in 2016 konstant halten.

Diesen Antrag möchten die Fraktionen von SPD, GRÜNEN und FDP gern an den Haushaltsausschuss überweisen. Auch hier ist die Debattenanmeldung zurückgezogen worden. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung über den FDP-Antrag.

Wer möchte diesen gern an den Haushaltsausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir diesen Antrag einstimmig überwiesen.

Aufruf der Punkte 20, 55b, 20a und 77, Drucksache 21/2308, Dringlicher Senatsantrag: Erhöhung der Ermächtigung von Sicherheitsleistungen zur Absicherung von Wohnungsbauförderdarlehen, Haushaltsplan 2015/2016, Nachbewilligung nach Paragraph 35 LHO, mit Drucksache 21/2506, dem Bericht des Haushaltsausschusses über die Selbstbefassung mit dieser Drucksache, und der Drucksache 21/1838, dem Senatsantrag: Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen und Haushaltsplan 2015/2016 Nachbewilligung nach Paragraph 35 LHO, und der Drucksache 21/2388, dem Antrag der FDP-Fraktion: SOG-Unterbringung für Folgeunterkünfte beenden. Transparenz und Bürgerbeteiligung wagen!

**[Dringlicher Senatsantrag:
Erhöhung der Ermächtigung von Sicherheitsleistungen zur Absicherung von Wohnungsbauförderdarlehen, Haushaltsplan 2015/2016, Nachbewilligung nach § 35 Landeshaushaltsordnung
– Drs 21/2308 –]**

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die Selbstbefassungsangelegenheit:
Dringlicher Antrag – Erhöhung der Ermächtigung von Sicherheitsleistungen zur Absicherung von Wohnungsbauförderdarlehen, Haushaltsplan 2015/2016, Nachbewilligung nach § 35 Landeshaushaltsordnung
– Drs 21/2506 –]**

[Senatsantrag:

(Präsidentin Carola Veit)

Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen und Haushaltsplan 2015/2016 Nachbewilligung nach § 35 Landeshaushaltsordnung – Drs 21/1838 –]

Den Senatsantrag, Drucksache 21/1838, hatten wir am 13. November 2015 im Vorwege an den Stadtentwicklungsausschuss überwiesen, dazu brauchen wir also heute keine weitere Abstimmung.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:

Aufstockung der Wohnungsbauförderung: Wohnunterkünfte zu neuen Quartieren in guter Nachbarschaft entwickeln – 25 Punkte für eine gelingende Integration vor Ort – Drs 21/2550 –]

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:

Mehr Rechtssicherheit bei der Genehmigung und Errichtung von Flüchtlingsunterkünften – § 246 BauGB für "Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen" ausschöpfen – Drs 21/2551 –]

[Antrag der FDP-Fraktion: SOG-Unterbringung für Folgeunterkünfte beenden. Transparenz und Bürgerbeteiligung wagen! – Drs 21/2388 –]

Zur Drucksache 21/1838 liegen Ihnen als Drucksachen 21/2550 und 21/2551 zwei Anträge der Fraktionen der SPD und GRÜNEN vor, die die Fraktionen der SPD, CDU und GRÜNEN an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen möchten. Die FDP-Fraktion möchte beide Drucksachen noch mitberatend an den Sozialausschuss überweisen.

Zur Drucksache 21/2388 liegt vonseiten der FDP-Fraktion ebenfalls ein Antrag auf Überweisung an den Sozialausschuss vor.

Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Dressel von der SPD-Fraktion, bitte.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist in der Tat ein größeres Entscheidungspaket, das uns heute zu einem, wie wir vorhin schon gemeinsam festgestellt haben, wichtigen und zentralen Thema vorliegt, das wir im Moment in der Stadt bewegen. Es ist wichtig, noch einmal klarzustellen, dass es gar nicht darum geht, heute alles schon zu beschließen. Wir haben im Stadtentwicklungsausschuss ein Verfahren zur inhaltlichen Ausgestaltung dieser neuen Quartiere besprochen. Dieses Verfahren läuft, und trotzdem müssen wir heute an einer Stelle schon den Weg freimachen, nämlich für die Frage der Höhe des Bürgerschaftsrahmens.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Die inhaltliche Ausgestaltung wollen wir im Ausschuss gemeinsam noch weiter bewegen, aber angesichts des Unterbringungsbedarfs – ich muss diese Zahl immer noch einmal nennen: 80 000 bis Ende 2016 – können wir jetzt nicht noch lange warten, Bedarfsanalysen erstellen und das Thema im nächsten Frühjahr vielleicht noch einmal aufrufen. Im Gegenteil, die Grundsatzentscheidung, zusätzliche Unterkunftsplätze zu schaffen, muss jetzt getroffen werden und kann nicht auf die lange Bank geschoben werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zur Bürgerbeteiligung komme ich gleich noch etwas ausführlicher zu sprechen.

(*Dennis Gladiator CDU:* Das ist schon zu spät! – Gegenruf von *Dr. Monika Schaal SPD:* Mein Gott, der plappert heute die ganze Zeit dazwischen!)

– Wir werden gleich sehen, dass das keinesfalls zu spät ist.

Ich möchte noch einmal den Blick auf die Zahlen richten, die das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Norddeutschen Rundfunks zum Thema Flüchtlinge in dieser Woche sind. Diese fallen für Hamburg bei aller aufgeheizten Diskussion, die es in Teilbereichen gibt – die man auch durchaus verstehen kann, dort, wo man in der Nachbarschaft mit dem Thema direkt konfrontiert ist –, so aus, dass man das vielleicht ein bisschen anders sieht als in der Gesamtbevölkerung. Trotzdem sind die Zahlen interessant, weil sie nämlich zeigen, dass die Befürchtungen, Sorgen und Ängste in Hamburg geringer sind als im norddeutschen Durchschnitt, mit einer Ausnahme, die wir alle sehr ernst nehmen müssen, und zwar beim Thema: "Ich habe Sorgen, dass wegen der Flüchtlinge die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt größer wird". Da stimmen 61 Prozent zu, erheblich mehr als in den anderen Bundesländern. Deshalb kann in der Situation für uns alle, was die Themen Wohnungsneubau und auch Flüchtlinge angeht, die Devise nur "Bauen, bauen, bauen!" heißen, damit wir diese Sorge konkret ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das muss man natürlich in die Gesamtstrategie einordnen. Wir haben gesagt, der Ausgangspunkt seien die 6 000 Wohneinheiten, was den Neubaubedarf angehe. Wir sind uns auch einig, dass wir uns in dieser Wahlperiode nicht nur wegen der Flüchtlinge, aber auch wegen der Flüchtlinge noch weiter steigern müssen. Es gibt positive Signale von SAGA GWG, die 1 000 Wohneinheiten, die schon in der letzten Wahlperiode einen Kraftakt erforderten, auf 2 000 zu steigern. Es ist auch unsere klare Erwartung, dass 6 000 nur der Ausgangs-

(Dr. Andreas Dressel)

punkt sein können, weil der Bedarf hoch ist – das ist auch das Ergebnis des Mietenspiegels, der uns alle ein bisschen besorgt macht –, und wir müssen mit der Steigerung der Neubautätigkeit nicht nur für Flüchtlinge, sondern auch für die vielen anderen Bürgerinnen und Bürger, die auf der Suche nach einer Wohnung sind, ein wichtiges Zeichen setzen. Deswegen ist es wichtig, heute den Bürgerschaftsrahmen anzuheben, damit der Wohnungsbau für Flüchtlinge eben nicht auf Kosten des Wohnungsbaus für die anderen Bedarfsgruppen generiert wird. Wir müssen überall mehr bauen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es geht im Prinzip um drei Bereiche. Wir müssen bei der Zentralen Erstaufnahme aufstocken, und das wird vor allem dadurch passieren, dass in Meierendorf spätestens Anfang/Mitte Januar diese Zentrale Erstaufnahme ihren Betrieb aufnimmt und dafür sorgt, dass wir nicht in Überlast Leute aufnehmen, obwohl eigentlich eine Verteilentscheidung auf andere Bundesländer besteht. Das wird uns sehr helfen. Natürlich werden auch weiterhin überall normale Folgeunterkünfte gebaut. Jeder kennt die Zahlen aus seinem Wahlkreis und aus den Diskussionen in den Bezirken. Dieses Expressbauprogramm, dieses Sonderbauprogramm, ist nur ein Teil der Anstrengungen, und wenn man sich in den nächsten Wochen einmal die Gesamtlandkarte anschaut, was Ende 2016 dann auch da sein wird, wird man sehen, dass sich allein dadurch schon eine Verteilung von Einrichtungen der Erstaufnahme, Folgeunterkünften und den Expressbauten ergibt. Allein durch die Anzahl wird sich schon eine erhebliche Stadtteilgerechtigkeit einstellen, weil wir an vielen Schrauben drehen müssen, um überhaupt die 80 000 bewältigen zu können. Das ist auch hier noch einmal die Botschaft: Wir sorgen uns um die Stadtteilgerechtigkeit und wollen sie herstellen, soweit es eben möglich ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

In verschiedenen Diskussionsrunden, auch gestern, als wir bei Herrn Schalthoff zusammengesessen haben, wurde auch dies thematisiert: Natürlich ist der Königsteiner Schlüssel für Hamburg eine erhebliche Belastung, weil es eigentlich um die Verteilung von Geldströmen, aber nicht um die Verteilung von Flüchtlingsströmen geht. Natürlich fragen sich insbesondere Bürgerinnen und Bürger aus Rissen und anderen Hamburger Außenbezirken, die einen Blick darauf haben, was in Wedel, Ahrensburg oder im Landkreis Harburg passiert: Komisch, da gibt es schon Diskussionen über 100 oder 200, und wir sprechen hier über ganz andere Zahlen im stadtstaatlichen Zusammenhang. Das ist schon ein Problem, aber jeder weiß auch, wenn wir im Bundesrat einen Antrag stellen, den Königsteiner Schlüssel zu ändern, dann gibt es vielleicht drei Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen. Deshalb sollte man an der Stelle den Bürgerinnen und Bür-

gern keinen Sand in die Augen streuen. Es ist nicht realistisch, ihn zu ändern, und wir müssen sehen, wie wir auch mit dieser Thematik zurande kommen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Trotzdem sind wir im Gespräch mit den Nachbarländern und den Umlandgemeinden, wie man auch eine dezentrale Unterbringung außerhalb Hamburgs nach dem Vorbild Nostorf-Horst erreichen kann. Aber da verfahren wir nicht nach dem Vorbild Seehofer und sagen einfach, das machen wir jetzt so, sondern da ist kluge Diplomatie gefragt, um eine dezentrale Unterbringung zu erreichen. Aber auch da gilt: Angesichts der Gesamtzahl wird es nicht dazu kommen, dass uns das Umland dieses Thema abnimmt. Man wird uns vielleicht ein bisschen helfen, das tragbarer zu gestalten, aber wir dürfen nicht glauben, dass das bei der Gesamtzahl etwas ausmacht. Auch in dieser Situation muss man ehrlich sagen, dass die größte Herausforderung wir selbst in unseren Landesgrenzen zu bewältigen haben, und wir sind fest entschlossen, das zu schaffen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb geht es bei diesem Programm darum – und daher können wir nicht monatelang Planungswerkstätten über das Ob und die Größe durchführen –, dass wir in der jetzigen Situation eine Perspektive haben, aus dieser Spirale von Zelten, Baumarkt- und Lagerhallen herauszukommen. Es muss doch unser gemeinsamer humanitärer Anspruch sein, dafür zu sorgen, dass wir im nächsten und übernächsten Winter nicht wieder hier sitzen und gemeinsam überlegen, ob es klappt, die Zelte rechtzeitig leer zu bekommen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

So ist dieses Konzept entstanden, dass wir einen Teil der Folgeunterkünfte in Festbauten realisieren wollen, um eben nicht nach x Jahren wieder alles abzureißen und neu mit Wohnungsbau zu beginnen. Natürlich kommt dann die Diskussion auf, ob man es nicht auch gleich mischen könne. Wenn es nach uns ginge, sofort.

(Karin Prien CDU: Dann machen Sie das doch! – Dennis Thering CDU: Das ist doch alles nur wieder eine Ausrede!)

– Liebe Karin Prien, wir sind beide Juristen, und du weißt, was in Paragraf 246 Baugesetzbuch steht. Das ist das gemeinsam beschlossene Baurecht, das unter größten Schmerzen durch Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat gegangen ist. Wäre es nach uns gegangen, würde darin stehen, es solle ab dem ersten Tag alles gemischt werden, weil es in der Tat besser wäre, aber wir haben uns nun einmal an das Bundesrecht zu halten. So ist die Realität.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

(Dr. Andreas Dressel)

Weil wir diesen Aspekt ja sehen, haben wir in den Zusatzantrag mit aufgenommen, noch einmal einen Anlauf zu nehmen, alles gleich zu mischen, und wir wollen die Bezirke in den Stand versetzen, so schnell Planrecht zu schaffen, dass wir auch die Möglichkeit haben, in ein bis drei Jahren im Fluktuationsfall entsprechend zu mischen. Die Bezirke sind jetzt dabei, ihre Planungen vorzunehmen, zum Beispiel Flächen zu nehmen, wo man eine Erweiterungsperspektive hat und vielleicht gleich 100 Wohneinheiten mehr realisiert und somit von Tag 1 an mischen kann. Das muss man von Fall zu Fall sehen. Wir wollen mischen, das ist unser Versprechen. Diese Notwendigkeit gibt es, und deshalb ist es richtig, dass wir versuchen, zwischen den rechtlichen Gegebenheiten und den Notwendigkeiten einen vernünftigen Kompromiss hinzubekommen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dann bin ich beim Thema Beteiligung und noch einmal bei der Frage des Ob.

(Dennis Thering CDU: Unliebsames Thema!)

– Lieber Kollege Thering, beim Thema Beteiligung muss ich mir von Ihnen wirklich keine Nachhilfe geben lassen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie wissen ganz genau, dass ich versuche, mich in meinem Wahlkreis um jede einzelne Flüchtlingsunterkunft zu kümmern, und unsere Wahlkreisabgeordneten aus Bürgerschaft und Bezirksversammlung tun das an allen anderen Stellen auch.

(Dennis Thering CDU: Indem Sie die Leute vor vollendete Tatsachen gestellt haben!)

Deshalb sagen Sie die Unwahrheit, wenn Sie behaupten, es werde mit den Leuten nicht geredet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von *Dennis Thering CDU*)

Das Schlimme ist ja, wenn man beteiligt – nehmen wir einfach das Beispiel Ohlstedt, wo Christiane Blömeke und ich auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen und sagen, wir seien bemüht, in dieser Situation einen Kompromiss hinzubekommen –, was ist dann die Reaktion des Kollegen Thering? Alles eine Farce. Wenn man auf die Bürger zugeht, ist es das, was man von der CDU nachher serviert bekommt. Schönen Dank, sage ich da nur.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Bei der Frage des Ob und Wieviel kann man in dieser Lage nicht erreichen, dass sich jeder Stadtteil die Zahl der Flüchtlinge aussucht. Das würde am Schluss heißen, dass Tausende ohne Unterkunft bleiben, mit all den schrecklichen und gefährlichen Folgen für unser Gemeinwesen, und zwar nicht nur für die Flüchtlinge. Man muss sich einmal vorstel-

len, was in dieser Stadt los ist, wenn tatsächlich Tausende ohne Obdach bleiben. Das werden wir nicht verantworten, und wir werden alles dafür tun, dass das unterbleibt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Trotzdem ermöglichen wir Beteiligung und reden mit Initiativen in allen Stadtteilen, wo es um große Unterkünfte geht.

(Dennis Gladiator CDU: Reden Sie doch mal wirklich mit den Leuten! – Dennis Thering CDU: Das ist doch nicht Beteiligung!)

– Doch, genau das ist es, und genau das steht auch in unserem Antrag.

Es geht nämlich nicht nur um die Frage von Größe, sondern auch um die Frage, wie man die Einrichtung konkret gestaltet, wie man die Beziehung zum Wohnumfeld gestaltet oder wie man die soziale Infrastruktur vor Ort gestaltet. Wir wissen doch alle, weil wir vor Ort verankert sind, dass es um ganz konkrete Fragen geht wie zum Beispiel: Dauert es jetzt länger, bis ich meinen Kita-Platz bekomme? Kann ich morgens in meinen Bus steigen, oder kann ich erst den nächsten nehmen, weil der Bus schon voll ist? Wie ist die Situation an den Schulen? Wie ist die Situation bei meinem Hausarzt? Das sind alles ganz konkrete Fragen, und da sehen wir auch den Spielraum. Das kann man an den 25 Punkten in unserem Zusatzantrag sehr deutlich ablesen, und diesen Spielraum werden wir so ausschöpfen, dass wir Nachteile für die Nachbarstadtteile, für die Nachbarn und für die Anwohner vermeiden werden. Das ist unser Versprechen, das wir den Bürgerinnen und Bürgern mit diesem Antrag geben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Wenn man nämlich in die konkrete Diskussion einsteigt und genau hinsieht, worin die realen Probleme jenseits des Themas Größe bestehen, erzielt man in ganz vielen Punkten eine Übereinstimmung.

(Dennis Gladiator CDU: Ich weiß nicht, wo Sie sich immer aufhalten!)

Ich kann Ihnen sagen, lieber Kollege Thering, dass die Gespräche, die Christiane Blömeke und ich vor Ort mit unseren Bezirksfraktionen führen, schon mehr Fortschritte machen, als Ihnen mit Ihrer Oppositionsstrategie wahrscheinlich lieb sein dürfte. Das ist aber das Gute für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort: dass wir reale Fortschritte erzielen, wenn man miteinander spricht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

– Sie alle können sich gleich noch melden.

(Dr. Andreas Dressel)

Ich glaube, dass es in der Situation richtig ist, diese Schritte miteinander zu gehen. Dazu wollen wir auch Geld in die Hand nehmen – das wollen wir im Stadtentwicklungsausschuss mit Ihnen besprechen –, und wir würden uns freuen, wenn von Ihnen außer der Forderung nach weniger auch einmal etwas käme.

(Zuruf von Jörg Hamann CDU)

Für die Frage nach weniger tragen wir vielleicht auf anderer Ebene noch gemeinsam Verantwortung, nämlich für das, was in Berlin nun endlich einmal herauskommen muss, nämlich dass es beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge endlich mehr Mitarbeiter gibt und, und, und. Das sind Ihre Baustellen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Dennis Thering CDU: Das ist immer dieselbe Leier!)

Das hat der Kollege Tjarks vorhin auch gesagt: Hier große Reden halten und in Berlin nicht liefern,

(Dennis Gladiator CDU: Sie blockieren doch in Berlin! Es ist doch die SPD, die blockiert!)

dieser Widerspruch wird Ihnen am Schluss von den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort auch nicht abgenommen; seien Sie da ganz sicher.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kurz noch zu dem zweiten Punkt. Auch das ist eine Frage, die wir hier intensiv diskutiert haben und in den Stadtteilen diskutieren: die Frage nach der Anwendung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes für die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften. Dass es eine Diskussion darüber gibt – das soll eigentlich ein Regelinstrument sein –, können wir nachvollziehen, weil wir es in der Tat richtig finden, dass die Einhaltung von rechtsstaatlichen Standards in der Bewältigung der Flüchtlingskrise ein wichtiger Punkt ist. Trotzdem gilt auch da, dass man es in der operativen Umsetzung konkret hinkriegen muss. Da hilft uns jetzt in der Tat das am 24. Oktober in Kraft getretene neue Baurecht mit dem Paragraphen 246, das uns mehr Möglichkeiten eröffnet, auch Genehmigungen zu erteilen. Wir haben dazu jetzt auch ein Angebot vorgelegt, um das zu flankieren, nämlich in der Bauordnung eine Norm zu ergänzen, die ermöglicht, dass schon vorzeitig mit Bauarbeiten begonnen werden kann, wenn a) die Baugenehmigung zu erwarten ist und b) der Antragsteller, also in dem Fall immer die Behörde, sich zum Rückbau, zu Schadensersatz und so weiter verpflichtet, falls nachher doch etwas anderes von der Genehmigungsbehörde entschieden würde.

(Zuruf von Jörg Hamann CDU)

Diese Regelung – Herr Hamann, Sie kennen das, weil Sie auch anwaltlich tätig sind – dürfte Ihnen vom Emissionsschutzrecht, dem Wasserrecht und

anderen Rechtsgebieten her vertraut sein, und deshalb ist es ein vertretbarer Weg aus diesem Dilemma – das in der Tat immer zu Diskussionen führt und rechtsstaatlich logischerweise nicht die allerbesten Kürnoten erzielt –, das SOG in Anspruch zu nehmen; es gibt auch gerichtliche Hinweise dazu. Es ist völlig klar, dass wir einen anderen Weg anbieten wollen, um die Anwendung des SOG auch in diesen strittigen Fällen zurückzuführen. Das ist ein rechtsstaatlich gut vertretbarer Weg, und deshalb schlagen wir das an dieser Stelle so vor. Wir haben Ihnen dazu auch ein Verfahren vorgeschlagen, zu dem außer ein paar Rückmeldungen noch nichts richtig Konkretes von Ihnen gekommen ist. Wir wollen eine Ausschussberatung, damit alle Fragen, die dazu gestellt werden müssen und können, dann auch gestellt werden, zum Beispiel am 8. Januar. Aber wir möchten gern, weil Sie auch der Auffassung sind, dass man die Nutzung von SOG zurückführen soll.

(Jörg Hamann CDU: Also Beteiligung, aber nicht zu viel Beteiligung!)

– Jetzt sind wir gerade schon wieder bei einer anderen Baustelle. Jetzt geht es darum, dass die Inanspruchnahme des SOG zurückgeführt wird.

Da verstehe ich den Antrag der FDP so, dass man bei der Genehmigung von Flüchtlingsunterkünften gern weniger oder gar kein SOG einsetzen möchte. Wir bewegen uns durchaus in diese Richtung und haben dazu einen Vorschlag gemacht. Wir würden Ihnen jetzt gern anbieten, das im Ausschuss zu beraten, aber außer Zwischenrufen kommt hier nicht so richtig was an Rückmeldungen an.

(André Trepoll CDU: Gehen Sie doch endlich!)

Wir haben angeboten, für den 8. Januar eine Ausschusssitzung im Stadtentwicklungsausschuss anzusetzen und am 20. Januar die Beratung dazu. Bisher waren Sie nicht in der Lage, dafür eine verbindliche Zusage zu geben, aber ich bitte ein bisschen um Verständnis, dass wir in dieser Situation schon auf verbindliche Zusagen angewiesen sind. Das ist, glaube ich, nachvollziehbar.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das hat was mit Verantwortung zu tun!)

– Es hat etwas mit Verantwortung zu tun, und bei diesen ganzen Zwischenrufen merkt man, dass die Opposition, vor allem von dieser Seite, gar nicht willens ist, die Verantwortung in dieser Lage zu übernehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie können sich gleich noch dazu erklären, ob Sie unser Angebot, hierzu eine Ausschussberatung zu machen und erst am 20. Januar zur finalen Abstimmung zu kommen, annehmen. Wenn dazu keine Aussagen kommen, würden wir den Überwei-

(Dr. Andreas Dressel)

sungsantrag für diesen Punkt heute zurückziehen, das in erster Lesung heute beschließen, eine Selbstbefassung am 8. Januar beantragen und am 20. Januar dann die zweite Lesung durchführen. Sie haben es jetzt in der Hand. Stimmen Sie unserem Vorschlag für eine Ausschussberatung bis zum 20. Januar zu, dann bekommen wir das hin. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Dr. Dressel. – Das Wort hat Frau Prien von der CDU-Fraktion.

Karin Prien CDU:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt wollen wir einmal versuchen, das Ganze wieder auf eine etwas sachlichere Ebene zu bringen

(Beifall bei der CDU)

und Ihnen vorzuführen, worum es heute Abend eigentlich geht, sehr geehrter Herr Dr. Dressel.

(*Dr. Monika Schaal* SPD: Das Geplapper Ihrer Fraktion ist unerträglich!)

– Sie können sich gern zu Wort melden, wenn Sie auch noch etwas zu sagen haben.

Zunächst würde ich gern ein paar Dinge zusammenfassen, über die wir uns einig sind. Ja, es muss überall deutlich mehr gebaut werden, und zwar nicht nur für Flüchtlinge, sondern für alle Menschen in unserer Stadt. Allein das wird uns auf Dauer helfen.

(Beifall bei der CDU)

Und ja, Sie müssen endlich fertig werden mit Ihrer Zentralen Erstaufnahme in Meiendorf, damit die Überlast, die Hamburg seit Monaten fährt, abgebaut werden kann und Hamburg endlich nur noch die Flüchtlinge dauerhaft oder auch nur vorübergehend aufnimmt, für die Hamburg nach dem Königsteiner Schlüssel – der schlimm genug ist, darüber sind wir uns einig – zuständig ist. Das müssen Sie auf die Reihe kriegen, Herr Dr. Dressel, und zwar Sie hier in Hamburg und niemand in Berlin.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel* SPD: Das kriegen wir auch auf die Reihe!)

Dann, Herr Dr. Dressel, müssen Sie mit dem Bau von Folgeunterkünften in die Gänge kommen. Wenn ich mir etwa ansehe, dass Sie es nicht schaffen, in Blankenese endlich die Baugenehmigung für die Flüchtlingsfolgeunterkunft am Björnsonweg mit Ihrer Bezirksverwaltung auf die Reihe zu kriegen, dann ist das eine peinliche Nummer. Wenn Sie da ein bisschen konsequenter wären und ein bisschen strammer arbeiten würden, dann würde das schon eine ganze Menge helfen.

(Zuruf von *Martina Friederichs* und *Hansjörg Schmidt*, beide SPD)

– Auch Sie können sich gern zu Wort melden, Herr Schmidt, wenn Sie dann dran sind.

(Zurufe)

– Meine Damen und Herren! Ich habe Zeit, ich habe so viel Redezeit heute Abend.

(Beifall bei der CDU – *Sören Schumacher* SPD: Verantwortungslos!)

Sie haben übrigens recht, Herr Dr. Dressel, dass die Unterbringungssituation für die Flüchtlinge – gestern Abend haben Sie dies zumindest eingeräumt – in vielen Hamburger Zentralen Erstaufnahmen schwierig, in manchen Teilen unerträglich ist. Sie haben wirklich überhaupt keinen Grund, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Ich bin vorgestern am Rugenbarg gewesen. Die Verhältnisse dort wünscht man seinem ärgsten Feind nicht. Das ist natürlich nicht nur Ihrem Versagen zuzuordnen, sondern hat übergeordnete Gründe. Aber es ist eben auch Ihre Politik, die sich da manifestiert, und die müssen Sie sich auch zurechnen lassen.

Wir sind uns hoffentlich auch darüber einig, dass zu einer vernünftigen Unterbringungspolitik in Hamburg auch gehört, dass Sie endlich anfangen, konsequent die Flüchtlinge abzuschieben, die kein Bleiberecht in Hamburg haben.

(Beifall bei der CDU – *Juliane Timmermann* SPD: Als ob das was bringt!)

Denn auch das belastet unsere Zahlen in Hamburg massiv. Setzen Sie das Asylpaket I vernünftig um und stimmen Sie dem Asylpaket II endlich zu. Dann können Sie gern anfangen, uns Vorwürfe zu machen, was wir in Berlin alles falsch machen.

Aber es geht heute Abend darum, wie Sie mit diesem ganzen Paket umgehen. Ich meine, es ist halb neun, es ist niemand mehr auf der Pressetriebühne, und das ist auch nicht umsonst so.

(*Farid Müller* GRÜNE: Stimmt doch gar nicht!)

– Entschuldigung, ich freue mich, dass Sie noch da sind. Ein Lob auf den NDR.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Sie treffen heute Abend in einem Hauruckverfahren Entscheidungen, die von so großer Bedeutung für unsere Stadt sind, und das ist per se ein inakzeptabler Vorgang. Ein rot-grüner Senat, der sich noch im April auf die Fahne geschrieben hat, eine neue Beteiligungskultur in dieser Stadt einführen zu wollen, zieht hier ein solches Verfahren durch, an dem weder das Parlament, geschweige denn die Bürger vernünftig beteiligt werden. Das ist ein Armutzeugnis.

(Karin Prien)

(Beifall bei der CDU und bei *Christiane Schneider DIE LINKE* – Zurufe)

– Das scheint Sie ja wahnsinnig aufzuregen.

(*Kazim Abaci SPD*: Ja, das ist so, weil Sie Schwachsinn reden! – *Sören Schumacher SPD*: Sie lassen die Leute unter freiem Himmel schlafen! – Zuruf von *Anna Gallina GRÜNE*)

– In der Ruhe liegt die Kraft, meine Damen und Herren.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Meine Damen und Herren, Frau Abgeordnete Gallina! Es redet nur Frau Prien und sonst niemand. – Bitte schön.

Karin Prien CDU (fortfahrend):* Ich darf noch einmal aus dem Koalitionsvertrag zitieren:

"[...] eine so gelebte Beteiligungskultur als Mittel zur Verbesserung von Planungen und Vorhaben und zur Förderung von deren Akzeptanz."

Das ist sicherlich nicht das, was Sie mit Ihrer Politik in den letzten Monaten erreicht haben. Ich höre vielmehr aus den Bezirken Sprüche wie: Das ist jetzt die Stunde der Exekutive,

(*Dennis Thering CDU*: Traurig!)

die Not kennt kein Gebot und so weiter. Wir haben eine ganz klare Regelung zu Notstandsgesetzen in unserem Grundgesetz, und das haben wir auch aus gutem Grund. Solange diese Notstandsgesetze nicht zur Anwendung kommen, und den Anwendungsfall sehe ich nicht, gilt das Gesetz, und das sieht übrigens auch Paragraph 246 Baugesetz vor.

(Beifall bei der CDU)

Das ist keine Rechtsgrundlage für Sie, um das Baurecht außer Kraft zu setzen.

Wenn Sie gerade eben behauptet haben, Herr Dr. Dressel, Sie müssten die Erweiterung des Bürgerschaftsrahmens um sage und schreibe 1 Milliarde Euro heute Abend durchsetzen, weil Sie diesen Kreditrahmen für die weiteren Verhandlungen in diesem Jahr bräuchten, dann ist das eine glatte Lüge und widerspricht genau dem, was Sie im Haushaltsausschuss behauptet haben.

(*Jan Quast SPD*: Da waren Sie doch schon weg, Sie sind doch vorher gegangen!)

Es geht genau um zwei Bauvorhaben, die Sie dieses Jahr weiter behandeln wollen, nämlich um Lemsahl und das Gleisdreieck in Bergedorf. Sie brauchen die Milliarde heute nicht, und Sie brauchen sie auch dieses Jahr nicht mehr, und deshalb

täuschen Sie das Parlament und die Öffentlichkeit, wenn Sie solches heute Abend behaupten.

(Beifall bei der CDU – *Jan Quast SPD*: Wie kommen Sie dazu?)

Eine Dreistigkeit ohnegleichen ist, dass Sie jetzt auch noch versuchen, mit einem Zusatzantrag, den Sie gestern ins Parlament eingebracht haben, die Hamburgische Bauordnung zu ändern, und dann auch noch versuchen, uns als Opposition in ein Verfahren zu zwingen – ich könnte auch sagen, versuchen, uns zu nötigen. Das ist eine Frechheit, Herr Kienscherf, und solche Händel werden wir nicht mitmachen.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Das ist das Problem, Sie verweigern sich nur!)

Wir lassen uns von Ihnen in dieser Frage nicht erpressen, sondern werden ein vernünftiges parlamentarisches Verfahren durchführen. Wenn Sie gegenüber den Hamburgerinnen und Hamburgern eine Änderung des Baurechts vertreten wollen, die nichts anderes bewirken wird als ein Sonderbaurecht für die Stadt Hamburg, eine höchst fragwürdige Angelegenheit, dann tun Sie das mit Ihrer eigenen Mehrheit, aber lassen Sie uns aus dem Spiel.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ja, das machen wir auch!)

So etwas werden wir nicht mitmachen.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Warten wir erst mal, bis es so weit ist!)

Lassen Sie mich zu Ihrem blinden Aktionismus in Sachen Großunterkünften noch ein paar weitere Bemerkungen machen. Sie kolportieren diese Zahl von 80 000 Unterbringungsplätzen seit Tagen in der Stadt. Sie haben kein einziges Mal einen Beleg für diese Zahlen geliefert und schon gar nicht dafür, dass hier etwa 80 000 Menschen in festen Wohnungen untergebracht werden müssten. Das ist eine Behauptung, die durch nichts belegt ist, und Sie müssten sie belegen, denn für diesen Beleg sind Sie in der Bringschuld, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Abaci?

Karin Prien CDU (fortfahrend):* Nein. Herr Abaci, Sie können sich gern zu Wort melden.

Noch einmal zum Königsteiner Schlüssel: Wenn es Ihnen wirklich ernst ist mit Verhandlungen mit den Flächenländern und insbesondere den Flächenländern in unserer Metropolregion, dann bringen Sie die Verhandlungen doch endlich nach vorn. Dann

(Karin Prien)

wünsche ich mir, dass der Bürgermeister einmal ein bisschen mehr Seehofer zeigt

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Vielen Dank!*)

und nicht nur so tut, als ob er einen so wahnsinnig großen Einfluss in Berlin hätte. Sie müssen den Ball ins Tor bringen, darum geht es doch.

(Beifall bei der CDU)

Warum verhandeln Sie denn nicht auf Bundesebene über eine Novellierung des Wohnortzuweisungsgesetzes? Flüchtlinge haben einen Anspruch auf eine menschenwürdige Unterbringung. Sie haben aber, solange sie Transferleistungen beziehen, keinen Anspruch darauf, in einer bestimmten Stadt oder einer bestimmten Gemeinde untergebracht zu werden. Das kann man gesetzlich regeln, und ich lade Sie dazu ein, daran mitzuwirken und dazu beizutragen, dass Hamburg in dieser Frage entlastet wird.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt keine andere Metropole in unserem Land, die diesen Hamburger Sonderweg geht. Es gibt keinerlei Veranlassung, für Menschen, deren Bleibeperspektive ungeklärt ist oder die tatsächlich nur einen Aufenthaltsstatus zunächst für ein Jahr oder für drei Jahre erhalten, festen Wohnungsbau zu schaffen. Dafür gibt es keinen Grund, und deshalb sollten wir in Hamburg diesen Weg auch nicht gehen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Eine Entscheidung über einen Bürgerschaftsrahmen in Höhe von einer Milliarde ohne eine vernünftige Bedarfsanalyse und ohne eine grundsätzliche Debatte über die Sinnhaftigkeit Ihres Konzepts macht keinen Sinn und wird zur Farce. Sie entwerten damit erneut die Mitwirkungsrechte des Parlaments. Sie treten Ihren eigenen Anspruch auf Bürgerbeteiligung mit Füßen. Kommen Sie ab von diesem Irrweg. Sie gefährden die Akzeptanz der Unterbringung von Flüchtlingen in unserer Stadt, wenn Sie weiter mit dem Kopf durch die Wand wollen. Wir jedenfalls werden diesen Weg nicht mitgehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD: Was wollen Sie denn eigentlich?*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Prien. Frau Abgeordnete, denken Sie bitte künftig an den parlamentarischen Sprachgebrauch. – Das Wort hat Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was die Bedarfe angeht, Frau Prien, ist zum jetzigen Zeitpunkt gesichert, dass wir in diesem Jahr viermal so viele Flüchtlinge aufgenommen haben als im vergangenen Jahr,

(*Karin Prien CDU: Ja, 20 000!*)

und dabei haben wir noch einen Monat vor uns. Auch gesichert ist, dass wir in den vergangenen drei Monaten 10 000 Menschen aufgenommen haben, und zwar dauerhaft.

(*Karin Prien CDU: Nein!*)

– Doch. 2 900 im September und im Oktober

(*Karin Prien CDU: 2 700! Lernen Sie Ihre Zahlen!*)

und 4 046 im November. Das macht 3 000 plus 3 000 plus 4 000. Gut, ziehen Sie noch 100 ab, dann sind Sie bei 9 900, also fast 10 000 Menschen, die wir in den vergangenen drei Monaten aufgenommen haben.

Wir erleben seit zwei Jahren, dass immer wenn wir eine Bedarfsprognose bekommen, insbesondere eine Prognose des CDU-geführten Innenministeriums, diese sich am Ende dergestalt als überholt erweist,

(*Karin Prien CDU: Das ist Ihre Prognose, Herr Tjarks, nicht die des Bundesinnenministers! – Gegenruf von Ksenija Bekeris SPD: Was ist denn das für ein Unsinn?*)

dass die Bedarfe hinterher höher sind.

Ausgehend von der aktuellen Situation müssen wir im kommenden Jahr weiterhin etwa 3 000 Menschen pro Monat aufnehmen. Somit entsteht allein im Jahr 2016 ein zusätzlicher Bedarf von 36 000 Plätzen. Nach Ihrer Rede bin ich mir ziemlich sicher, dass wir mit der Geschwindigkeit, die Sie an den Tag legen, diese Menschen nicht menschenwürdig unterbringen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zu Ihrer Aussage, man brauche für die Folgeunterbringung – die Folgeunterbringung, wohlgemerkt – eine zusätzliche Bedarfsanalyse: Ich weiß nicht, was Sie damit bezwecken wollen. Die meisten Menschen, die in die Folgeunterbringung kommen, sind schon da. Wir haben ganz akuten Bedarf, und zwar überall. Wenn wir uns einig sind, dass Zelte, Baumärkte und Container nicht der ideale Integrationsort sind, dann müssen wir irgendwo diese festen Wohnungen bauen, und ich halte es auch für sinnvoll, dass wir sie bauen. Der Bedarf ist eindeutig da. Es ist sogar so, dass wir als Bundesland diese Zahlen nicht oder jedenfalls nicht großartig beeinflussen können. Es gibt zwei, drei Stellschraubchen, aber in der Masse sind wir rechtlich und moralisch verpflichtet, diese Menschen unterzubringen, und dafür müssen wir entschlossen und schnell handeln. Deswegen fand ich es zum Teil ein wenig schwer zu ertragen, mit welchen Argumenten Sie gekommen sind. Sie kritisieren, dass wir nicht schnell handeln.

(Dr. Anjes Tjarks)

(Dennis Gladiator CDU: Sie müssen klug handeln, nicht nur schnell!)

So wird man am Ende kein Problem lösen, sondern nur Probleme schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte noch einmal auf die Umfrage des Norddeutschen Rundfunks verweisen, die relativ klar verdeutlicht hat, dass von allen Norddeutschen die Menschen in Hamburg und in Bremen gegenüber den Flüchtlingen am positivsten eingestellt sind. Aber sie haben eine sehr große Sorge: Sie sorgen sich über Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt. Um dieser Sorge begegnen zu können, müssen wir, darin sind wir uns einig, bauen, bauen und bauen. Dieses Programm haben wir vorgelegt. Ich verstehe überhaupt nicht, was das Problem daran ist, dass, wenn wir uns in der Sache einig sind, dieses Programm schnell auf den Weg gebracht wird und wir uns nicht noch überall an jeder Ecke aufhalten, denn dann wird man am Ende nicht fertig werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt gibt es einige, die für diese neuen Quartiere das Wort Getto benutzen.

(Zuruf von Dr. Bernd Baumann AfD)

Abgesehen davon, dass eine solche Stigmatisierung meistens von außen entsteht und in der Sache brandgefährlich ist, möchte ich Sie einmal fragen, Herr Thering, ob Sie eigentlich auch Steilshoop und Mümmelmannsberg als Gettos bezeichnen würden. Nein, das würden Sie nicht. Genau. Ich auch nicht. In Steilshoop sind 8 700 Wohnungen mit 20 000 Menschen und in Mümmelmannsberg 5 000 Wohnungen mit 19 000 Menschen. Wir bewegen uns hier in einer völlig anderen Dimension. Dieses ganze Geseiere hat überhaupt keine Rechtfertigung. Sie sollten an dieser Stelle wirklich aufpassen, worüber Sie eigentlich reden.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das führt mich noch einmal zu dem Punkt von vorhin. Herr Trepoll hat in seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung des Bürgermeisters zum Thema Flüchtlinge gesagt, er sehe dieses Projekt kritisch, aber er begleite es gern konstruktiv. Er hat es sozusagen in der Sache gelobt.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Was?)

– Sie können sich das noch einmal anhören, Minute 20 Sekunde 30 in der Rede.

Frau Prien läuft durch die Stadt und sagt, damit werde die integrationsfeindliche Stadtentwicklung zementiert. Sie müssten sich vielleicht erst einmal untereinander einig werden, was Sie eigentlich wollen. Und Sie müssen zur Kenntnis nehmen,

dass auch Sie verantwortlich sind für die Flüchtlingspolitik in diesem Land, über die wir reden und mit der wir als Kommune umgehen müssen. Da stehen Sie in der Verantwortung, verdammt noch mal.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von *Jörg Hamann, Joachim Lenders* und *Karin Prien, alle CDU*)

Wenn man viel baut, gibt es in der Nachbarschaft natürlich auch Fragen und Bedenken.

(Jörg Hamann CDU: Fragen nennen Sie das?)

Weil wir das aufnehmen wollen, haben wir uns – im Gegensatz zu Ihnen, Herr Hamann – die Mühe gemacht, eine sehr umfangreiche Integrationsinitiative und ein sehr umfangreiches Begleitpetitum zu dieser Fragestellung zu machen.

(André Trepoll CDU: Das ist auch das Mindeste! Das ist lächerlich! Das haben Sie abgeschrieben bei den Kollegen in Harburg! Lächerlich!)

– Das ist nicht lächerlich. Das sind 15 Seiten mit ziemlich differenzierten 25 Punkten zu der Frage, was man da eigentlich tun kann.

(André Trepoll CDU: Lächerlich!)

– Ich würde mich freuen, Herr Trepoll, wenn Sie sich damit überhaupt einmal inhaltlich beschäftigen und diesen Antrag einmal lesen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wie der Kollege Andreas Dressel gesagt hat, sind wir momentan in einer Situation, die die Bundesregierung, ob nun willentlich oder unwillentlich, mit herbeigeführt hat,

(André Trepoll CDU: Erzählen Sie den gleichen Mist wie die AfD, oder was?)

und mit der wir umgehen müssen. Wir haben uns deswegen entschlossen, die sozialräumlichen Strukturen zu ertüchtigen.

(Dennis Thering CDU: Das ist doch Unfug!)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Meine Damen und Herren!

(André Trepoll CDU: Ja, wo er recht hat, hat er recht!)

Herr Trepoll!

(Zuruf von André Trepoll CDU)

Hallo, Herr Trepoll! Das Wort hat Herr Dr. Tjarks und sonst niemand. Sie können sich gern noch zu Wort melden. – Bitte schön, Herr Dr. Tjarks.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE (fortfahrend):* Vielen Dank, Herr Präsident. Ich wollte Herrn Trepoll nur

(Dr. Anjes Tjarks)

an seine Verantwortung erinnern, die er in dieser Stadt manchmal auch wahrnehmen könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD –
André Trepoll CDU: Sie können ja vor lauter Verantwortung gar nicht mehr laufen!)

Unser Ziel mit diesem Antrag ist erstens: Wir wollen lebenswerte Quartiere schaffen. Zweitens: Wir wollen diese Quartiere mit der Nachbarschaft vernetzen. Und drittens: Wir wollen dafür sorgen, dass niemand in der bisherigen Bewohnerschaft schlechter gestellt ist als bisher. Herr Lenders, auch Sie müssen sich einmal der Realität stellen und sagen, wie Sie das eigentlich sonst machen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD –
André Trepoll CDU: Ja, auf jeden Fall nicht so!)

Um das zu erreichen, werden wir die Bezirke stärken, und zwar mit Personal und Geld, weil in den Bezirken die Umsetzungsverantwortung für die neuen Quartiere liegt. Wir wollen den Quartiersfonds um 1 Million Euro pro Bezirk aufstocken.

(*Joachim Lenders CDU*: Es weihnachtet, oder was?)

Wir wollen das Personal gewährleisten und auf diese Weise die Bezirke in die Lage versetzen, vernünftige Beteiligungsprozesse vor Ort durchzuführen. Denn natürlich wollen wir über die Frage der Umsetzung und wie sie gelingen kann und im Übrigen gelingen muss reden.

(Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

– Das ist ziemlich wichtig, Herr Hamann.

Deswegen haben wir in unseren Antrag geschrieben, dass wir an der Stelle einen neutralen Vermittler einsetzen wollen. Das ist eine vernünftige Initiative. Wir haben 25 Punkte für ein gelingendes Miteinander vorgelegt, anstatt wie Sie Angstszenarien an die Wand zu malen. Ich halte diese Initiative erstens für selbstverständlich

(*Karin Prien CDU*: Ja, ich auch!)

– Von Ihnen kam sie bisher nicht.

und zweitens für ein klares Angebot an die Stadt, um miteinander ins Gespräch zu kommen und konstruktiv über diese Fragen zu reden.

(*Jörg Hamann CDU*: Das wäre das erste Mal!)

Und wenn Herr Trepoll sich an seine eigenen Worte erinnern würde, würden wir alle uns darüber freuen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Dr. Tjarks. – Das Wort hat Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE.

Christiane Schneider DIE LINKE:* Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Es geht ganz schön heiß her in der Debatte, und wir debattieren tatsächlich über Entscheidungen von großer Reichweite – von großer Reichweite für die Stadtentwicklung und von großer Reichweite für die wichtige Frage, ob Hamburg die Herausforderung der Integration so vieler Neubürgerinnen und Neubürger bewältigt. Dafür sind zwei Dinge von zentraler Bedeutung, nämlich gute Lösungsansätze und breite Akzeptanz. Wie bereits mehrfach gesagt wurde, gibt es für die Akzeptanz der Aufgaben in Hamburg gute Bedingungen. Es gibt sie übrigens auch in der Bürgerschaft, aber sie werden gerade ein bisschen verspielt. Wie die Rede von Frau Prien bewiesen hat, gibt es in der Bürgerschaft starke Differenzen hinsichtlich der Flüchtlingspolitik. Ich teile den Großteil von dem, was Sie heute gesagt haben, nicht. Auch in der Vergangenheit gab es immer wieder Streit, aber es gab von großen Teilen der Opposition – sehe ich einmal vom ganz rechten Rand ab, der davon lebt, im Trüben zu fischen – auch immer die Bereitschaft, trotz der kontroversen Diskussionen eine möglichst breite Basis für gute Lösungen zu erreichen. Was wir jetzt erleben, ist ein Autokratismus,

(*Jörg Hamann CDU*: Ja!)

der nicht nur wenig demokratisch, sondern auch kontraproduktiv ist.

(Beifall bei der LINKEN und der CDU)

Es sollen heute mit einem dringlichen Antrag Sicherheitsleistungen zur Absicherung von Wohnungsbauförderungsdarlehen bereitgestellt werden, um große Bauvorhaben schnell realisieren zu können, ohne dass diese Bauvorhaben und die Richtung, die damit eingeschlagen wird, in der Bürgerschaft auch nur ansatzweise diskutiert werden. Sie haben die Drucksache angesprochen, die Sie gestern eingereicht haben. Wir haben der Befassung am 8. Januar zugestimmt, aber Sie wollen das heute. Wir haben diese Drucksache gestern bekommen. Das ist eine komplizierte Sache. Sie wollen heute in erster Lesung darüber befinden. Wir werden uns an dieser Abstimmung nicht beteiligen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu sind wir sachlich überhaupt nicht in der Lage. Es wird ein 15-seitiger rot-grüner Zusatzantrag als Tweed in die Welt geschickt, aber wir müssen erst nachfragen, bevor wir ihn bekommen, und dann wird dieser Zusatzantrag ein paar Stunden später noch einmal geändert, zum Beispiel, welchem Antrag er als Zusatzantrag zugeordnet ist. Chaos und Hektik. Das sind logische Erscheinungen, wenn es

(Christiane Schneider)

vor allem darum geht, vor einer angemessenen Debatte Grundsatzentscheidungen durchzusetzen. Sie machen im Moment das ganze legislative Verfahren zur Farce.

(Beifall bei der LINKEN und der CDU)

Ich muss es so sagen: Autoritär und arrogant tritt der Senat vor allem gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern auf. Wie gesagt gibt es in dieser Stadt eine große Solidarität mit den Geflüchteten, und es gibt in weiten Teilen der Bevölkerung die aktive Bereitschaft, die Aufgabe der Integration zu meistern. Diese Bereitschaft ist unverzichtbar,

(Beifall bei Jörg Hamann CDU)

denn die Integrationsarbeit leistet die Stadtgesellschaft, vor allem die Stadtteile, die Quartiere, die Nachbarschaften.

Wir haben bisher der Anwendung des SOG zugestimmt. Angesichts der schnell wachsenden Zahl von Geflüchteten mussten kurzfristige Entscheidungen über Unterbringungsmöglichkeiten getroffen werden, um Obdachlosigkeit zu vermeiden – da haben Sie recht. Jetzt aber geht es um Entscheidungen für Jahrzehnte. Es geht um die Frage – und hier gebrauche ich den Begriff Getto –, ob wir die Bildung von Gettos in Kauf nehmen oder ob es realistische Alternativen gibt.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und bei Carl-Edgar Jarchow FDP – Zuruf von André Trepoll CDU)

– Dass Sie mir applaudieren, irritiert mich irgendwie.

Es geht um die Frage, ob es die Möglichkeit dezentraler Unterbringung gibt und wie eine solche realisiert werden kann. An einer so grundlegenden Entscheidung sind die Bezirke und die betroffenen Stadtteile und natürlich auch die Bürgerschaft zu beteiligen. Wenn Sie in Ihrem ersten Entwurf des Zusatzantrags, den Sie dann Gott sei Dank verbessert haben, davon reden, dass die zuständigen Behörden keinen Basar über das Ob und die Größe von Unterkünften aufmachen könnten, dann spricht das Bände über Ihr Verhältnis zu demokratischen Beteiligungsverfahren.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und der FDP)

Dann spricht das Bände über Ihr Verständnis oder Unverständnis der Frage, wie und von wem eigentlich die Arbeit der Integration geleistet wird. Die Einwände aus den Nachbarschaften der geplanten Großunterkünfte sind, zugegeben, vielschichtig. Natürlich gibt es wie überall in der Stadt auch Resentiments gegen Geflüchtete; Hamburg ist keine Insel der Glückseligen. Es gibt die Angst, dass Flüchtlingsunterkünfte den Wert der Immobilien senken, und es gibt viele andere Ängste. Es gibt aber eben auch die von Verantwortung getragene

Kritik, dass die Konzentration von 4 000 und mehr Geflüchteten zur Bildung von Gettos führt. Durch Ihren konfrontativen Kurs verspielen Sie die breite Zustimmung. Sie laufen Gefahr, Menschen nach rechts zu treiben und Ablehnung zu erzeugen, die sich im Endeffekt natürlich gegen die Geflüchteten richtet. Und außerdem erzeugen Sie eine große Klagewelle.

(Kazim Abaci SPD: Was ist die Alternative?)

Wir teilen die Kritik an der absehbaren Gettobil- dung. Die Gefahr liegt nicht nur in der Größe. Ein Blick auf die Karte zeigt, dass die Großunterkünfte am Stadtrand entstehen. Das macht es den Geflüchteten extrem schwer, in dieser Stadt anzu- kommen. Wir wollen eine dezentrale Unterbrin- gung.

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist doch dezen- tral!)

– Jetzt schreit ihr alle wieder laut. Wir hatten einen langen Antrag, den ihr abgelehnt und hinterher ei- nige Punkte umgesetzt habt. Jetzt hört doch ein- fach einmal zu, vielleicht verständigen wir uns.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

Wir wollen, dass die Geflüchteten inmitten der Stadtgesellschaft leben können und nicht an ihren Rand gedrängt und abgesondert werden. Das ist kurzfristig schwieriger zu bewerkstelligen, zugege- ben, und teurer als die Errichtung von Großsied- lungen. Aber mittel- und langfristig sind vor allem die sozialen Kosten sehr viel niedriger.

(Beifall bei der LINKEN und bei Karin Prien CDU – Dirk Kienscherf SPD: Wo denn?)

Grundsätzlich, um das auch einmal zu sagen, er- kennen wir an, dass der Senat nun von Zahlen ausgeht, die nach heutigem Ermessen realistisch erscheinen. Wenn der Mittlere Osten nicht ganz in Flammen aufgeht, sind diese Zahlen wahrschein- lich realistisch beziehungsweise zu tief gegriffen; das wollen wir alle nicht. Ebenso unterstützen wir, dass der Senat den Bau von Wohnungen und nicht die Errichtung von Container- und Modulbaudör- fern plant. Die Idee, Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen zu schaffen, ist unterstüt- zenswert. Sehr kritisch sehen wir aber die geplante dichte Belegung der Unterkünfte, die Konflikte und Gettobil- dung begünstigt.

(Wolfgang Rose SPD: Haben Sie eine Alter- native?)

– Wir konnten leider keine Alternative zu Ihrem Zu- satzantrag erarbeiten, weil er erst gestern gekom- men ist.

Was nun den Zusatzantrag von Rot-Grün angeht, so liest sich das alles super. 25 Punkte, was will man mehr? Aber meine Damen und Herren von Rot-Grün, Sie haben dort kein einziges Problem,

(Christiane Schneider)

das Ihr Konzept hervorruft, realistisch betrachtet und beantwortet.

(Jörg Hamann CDU: Genau! Das ist der Punkt! und Beifall)

Es ist wie bei einem Gemälde, das aus der Ferne großartig wirkt, bei dem aber bei näherem Betrachten alle konkreten Einzelheiten durch dicke Pinselstriche übertüncht sind. Es kommt aber auf das Konkrete an.

(Jörg Hamann CDU: Ein Scheinriese also!)

Statistisch zum Beispiel sind derzeit 27 Prozent der Geflüchteten im Kindesalter. In den von Ihnen geplanten Quartieren werden also viele Hundert Kinder leben. Wie sollen die noch nicht schulpflichtigen Kinder denn konkret in Kitas integriert werden, die bei den meisten Großstandorten am Stadtrand eben nicht dicht gesät sind? Wie wollen Sie konkret verhindern, dass sich naturwüchsig – nicht bewusst und nicht gewollt, aber naturwüchsig – eine Art Apartheidsystem, eine Trennung entwickelt, die das spielerische Zusammenwachsen verhindert?

Ähnlich stellt sich die Situation bei den Schulen dar. Sie haben doch noch nicht einmal die Konsequenzen aus dem Scheitern der Inklusion im Regelsystem gezogen und steuern mit der großen Konzentration von Geflüchteten am Stadtrand auf das nächste Fiasko für die Schulen zu. Ich habe mir die Schulstandorte angesehen. Das wird nicht reichen, um 800 Kinder aufzunehmen.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Was sollen denn die – ich zitiere –

"[...] geeignete[n] Maßnahmen und Anpassung der Rahmenbedingungen vor Ort [...]"

sein, von denen Sie reden? Phrasen sind das, keine Lösungsansätze.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und der FDP)

Das einzig Handfeste an Ihrem Zusatzantrag sind die 1 Million Euro, die jeder Bezirk für die – ich zitiere –

"[...] Bewältigung der sozialräumlichen Folgen [...]"

erhalten soll. Gestatten Sie die Frage: Wie weit wollen Sie denn mit dieser 1 Million Euro pro Bezirk kommen?

Wir enthalten uns bei der Abstimmung über die Drucksache 21/2308. Natürlich muss Geld bereitgestellt und auch gesichert werden, aber wir sind nicht damit einverstanden, dass es schon jetzt sichergestellt wird für ein Konzept, das wir in der Bürgerschaft überhaupt nicht erörtert haben. Deswegen werden wir uns enthalten, und wir verspre-

chen Ihnen, dass wir Ihnen die Debatte über die anderen Anträge im Ausschuss nicht leicht machen werden.

(Beifall bei der LINKEN und der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Schneider. – Das Wort hat Frau Dutschke von der FDP-Fraktion.

Jennyfer Dutschke FDP:* Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

(Sören Schumacher SPD: Oh, jetzt wird wieder gehetzt!)

Ich fange einmal mit dem Haushaltsteil an. Der Senat will 970 Millionen Euro Bürgschaften für sozialen Wohnungsbau. Diese seien notwendig, weil mangels bestehenden Planrechts und nur auf Grundlage des geänderten Paragraphen 246 Baugesetzbuch überhaupt in dieser Form Flüchtlingsunterkünfte gebaut werden dürfen. Dabei halten Sie es offenbar nicht einmal für notwendig, uns als Bürgerschaft detaillierte Planungen vorzulegen. Aus der Senatsdrucksache geht nicht einmal hervor, wie viele Wohneinheiten an welchem Standort denn nun tatsächlich entstehen sollen, wenige Ausnahmen ausgenommen.

(Dirk Kienscherf SPD: Sie müssen auch die andere Drucksache mal lesen!)

Aber statt sich auf einen Bürgschaftsrahmen für bestehende Projekte zu beschränken, bis Sie mehr Details zu den künftigen Planungen vorlegen können, wollen Sie gleich die volle Milliarde Euro. Weitere Auskünfte im Haushaltsausschuss haben Sie mit fadenscheinigem Verweis auf vermeintliche Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bedauerlicherweise verweigert.

(Jan Quast SPD: Das ist doch absurd!)

Meine Damen und Herren auf der Senatsbank! Ihr Unwille zur Auskunft und das parlamentarische Verfahren bieten für uns Freie Demokraten keine Geschäftsgrundlage für das Erteilen einer Milliardengarantie.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Einen solchen Blankoscheck werden wir Ihnen deshalb auch nicht ausstellen. Selbst wenn man über die Form hinwegsehen würde, ist der Inhalt dieses Vorhabens dennoch massiv zu kritisieren. So lange die Grundstücke und Immobilien ohne Planrecht errichtet werden, ist das Risiko des Wertverlusts enorm. Diese Grundstücke und Immobilien sind mangels entsprechender Flächenwidmung nicht ausreichend beleihbar. Der Grundbucheintrag ist damit de facto nicht werthaltig. Nur deshalb sind Bürgschaften in so hohem Ausmaß zur Kompensation erforderlich. Diese Bürgschaften bergen aber auch ein signifikantes Verlustrisiko für

(Jennyfer Dutschke)

diese Stadt, das Sie offenbar nicht annähernd konkretisieren können. Der Senatsvertreter sprach im Haushaltsausschuss von einer zumindest nicht überwiegenden Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme. Meinen Sie mit einer nicht überwiegenden Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme von Bürgschaften ein Ausfallrisiko von 10 Prozent, oder meinen Sie damit ein Ausfallrisiko von 49 Prozent? Das sollten Sie uns doch einmal klar und deutlich darlegen. Allein diese Aussage ist schon ein Grund mehr, diese massive Ausweitung städtischer Bürgschaften abzulehnen. Entweder sind Sie nicht willens, die notwendigen Auskünfte zu erteilen, oder Sie sind schlichtweg nicht fähig. Das vermag ich nicht zu beurteilen, aber beides bereitet uns Grund zur Sorge.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich möchte auch auf die soziale und die stadtentwicklungspolitische Dimension dieses Sammelsurims an Drucksachen zu sprechen kommen. Dabei ist es schon bezeichnend, dass SPD und GRÜNE die Erforderlichkeit sehen, Zusatzanträge im Umfang von insgesamt 20 Seiten zu einem Senatsantrag einzureichen, der nicht einmal halb so umfangreich ist.

(Dirk Kienschert SPD: Die Seitenzahl? Das ist doch ein Witz jetzt! – Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Nur Frau Dutschke redet. Wenn Sie sich unterhalten wollen, machen Sie das bitte draußen. – Bitte, Frau Abgeordnete.

Jennyfer Dutschke FDP (fortfahrend):* Allein dieses Verhältnis zeigt, wie problematisch das bisherige Vorgehen des Senats bei der Folgeunterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern ist. Die zahlreichen Klagen gegen das Vorgehen des Senats, die ganzen Bürgerinitiativen aus der Mitte der Gesellschaft sollten für den Senat doch die Signalwirkung haben, dass ein "Weiter so" nicht funktionieren kann.

(Beifall bei der FDP und bei Joachim Lenders CDU und Dr. Alexander Wolf AfD)

Bislang hat der Senat nur auf Konfrontation gesetzt und damit für so viel Unmut gesorgt, dass sogar die Regierungsfractionen nun, weil es offenbar kurz vor Weihnachten so gut passt, mit einer 25-Punkte-Wunschliste nachsteuern wollen.

Von den aktuell existierenden 170 Standorten zur Unterbringung von Flüchtlingen wurden 48 Standorte unter Zuhilfenahme des SOG eingerichtet. Dieses Vorgehen mag bei der Errichtung von Erstaufnahmeeinrichtungen noch nachvollziehbar sein, aber dass der rot-grüne Senat selbst bei der Einrichtung von Folgeunterbringungen auf dieses Not-

wehrrecht zurückgreift, kann in einer Demokratie nicht hingenommen werden.

(Beifall bei der FDP)

Wir Freie Demokraten fordern deshalb in unserem Antrag, die Anwendung des SOG für die Planung und den Bau von Einrichtungen der Folgeunterbringung für Flüchtlinge und Obdachlose zu unterlassen. Wir fordern den Senat auf, nicht länger geltendes Plan- und Baurecht zu umgehen, um vermeintlichen Unannehmlichkeiten aus dem Weg zu gehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir fordern den Senat auf, die Bezirksversammlungen endlich wieder in einen ergebnisoffenen Prozess einzubinden. Wir fordern den Senat auf, Anwohner endlich richtig zu beteiligen, anstatt über ihre Köpfe hinweg zu entscheiden. Wir fordern mehr Transparenz, mehr Kommunikation und mehr Ehrlichkeit im Umgang mit der Schaffung von Unterkünften.

(Wolfgang Rose SPD: Alles Sprüche!)

Verbauen Sie sich und unserer Stadt nicht die Chance, Quartiere zu entwickeln, die von der Bevölkerung als Teil der Stadt wahrgenommen und akzeptiert werden.

(Phylliss Demirel GRÜNE: Dann machen Sie einen Vorschlag, Frau Dutschke!)

Stoßen Sie die Hamburger nicht länger vor den Kopf, indem Sie den Bürgerwillen ignorieren.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wo ist der Vorschlag?)

Zerstören Sie nicht die Zukunft der unzähligen Flüchtlinge, die in der Hoffnung nach Deutschland gekommen sind, Sicherheit zu finden und sich in eine intakte Gesellschaft zu integrieren, eine Gesellschaft, die sie mit offenen Armen empfängt, ihnen Angebote macht und sie unterstützt. Stimmen Sie daher für unseren Antrag.

Dass Rot-Grün nun in einem der umfänglichen Zusatzanträge versucht, die Anwendung des SOG auf den zwingend notwendigen Umfang zu beschränken, scheint doch ein wenig kleingeistig angesichts der Tatsache, dass der Senat nun schon seit Monaten so argumentiert. Verbindlichkeit ist aber etwas anderes, und Vertrauen in Politik und Demokratie wird durch Verbindlichkeit geschaffen. Außerdem enthält der rot-grüne Zusatzantrag noch eine bittere Pille.

(Farid Müller GRÜNE: Na?)

Die in diesem Antrag vorhandene Zielstellung, den Baubeginn vor eine Entscheidung über den Bauantrag zu ziehen, mag in Einzelfällen vermeintlich akzeptabel sein. Dass damit nun aber Widerspruchsrechte der Anwohner wegfallen, ist hingegen dramatisch. Etwaige Klagen werden meist erst

(Jennyfer Dutschke)

nach der Fertigstellung des Hauses gerichtlich entschieden sein. Folglich planen Sie nun, die Bauherren zu verpflichten, alle bis zur Entscheidung über den Bauantrag durch die Errichtung der baulichen Anlagen verursachten Schäden zu ersetzen, und verlangen entsprechende Sicherheiten. Sehr geehrte Kollegen von SPD und GRÜNEN, kein privater Investor wird diese Regelung unterschreiben können.

(Beifall bei *Daniel Oetzel FDP*)

Das damit einhergehende Risiko ist zu groß, denn das Klagepotenzial ist enorm hoch. Im Endeffekt führt diese Regelung zu ausschließlich kommunalen Bauherren für den Bau der Flüchtlingsunterkünfte, weil diese nach Ihrem Antrag keine Garantien abgeben müssen. Im Zweifelsfall wird wieder einmal der Steuerzahler zur Kasse gebeten. So geht es nicht.

(Beifall bei der FDP)

Sie verdrängen private Bauherren, die sich eigentlich im Bereich der Flüchtlingsunterkünfte engagieren wollen. Sie erhöhen das Risiko für den Steuerzahler, und Sie fordern schon heute Bürgschaften von fast 1 Milliarde Euro.

Wie man Ihrem 25-Punkte-Katalog entnehmen kann, haben Sie zumindest schon ansatzweise erkannt, dass der bislang eingeschlagene Weg nicht von Erfolg geprägt ist. Sie haben offenbar festgestellt, dass man mit einer Basta-Rhetorik nicht auf offene Ohren trifft, sondern stattdessen starken Gegenwind erfährt. Aber wie sollen Ihre Forderungen tatsächlich realisiert werden? Wie soll zum Beispiel eine möglichst gemischte Belegung erreicht werden, wenn Sie die neuen Wohnungen so stark überbelegen, dass die Quartiere mit regulären Wohngebieten nur sehr wenig zu tun haben? Und wie soll bei der von Ihnen angestrebten starken Überbelegung einer Wohnung jemals ein normaler Mietvertrag zustande kommen? Der Zusatzantrag enthält einen bunten Strauß von Wünschen, deren Realisierbarkeit aber wirklich fraglich ist. Sie wollen attraktive Freiflächen, Spielplätze, Sportanlagen, Freizeiträume, Gärten, und dann finden sich in Ihrem Zusatzantrag noch zahlreiche Versprechen zur Stadtteilarbeit, zu Kulturprojekten, zur Ausweitung von Kita- und Schulkapazitäten, zur Grünflächenunterhaltung und so weiter.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Und was ist daran schlecht?)

– Das klingt alles schön und wünschenswert, Herr Dr. Dressel, aber nichts davon ist bisher seriös fundiert unterlegt gegenfinanziert oder gar mit einem realistischen Zeithorizont versehen. Sie versuchen, dem Bürger mit blumigen Worten eine heile Welt zu verkaufen, während Sie unrealistische Versprechungen machen und letztlich soziale Brennpunkte in unserer Stadt bauen.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Ludwig Flocken AfD*)

Der Bau dieser Massenwohnanlagen bewegt sich rechtlich auf dünnem Eis und kann nicht die Lösung der selbstverschuldeten Flüchtlingsunterbringungskrise dieses rot-grünen Senats sein.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Kriegen Sie eigentlich mit, was in anderen Städten und Gemeinden los ist?)

So ist mindestens ein hohes Versagensrisiko bei der Integration der Flüchtlinge, im schlimmsten Fall sogar eine Gettoisierung ganzer Stadtteile vorprogrammiert. So eine kopflose Politik wird niemals die Zustimmung unserer Fraktion finden.

(Beifall bei der FDP – *Ksenija Bekeris SPD*: Und jetzt kommt Ihr Vorschlag, Frau Dutschke!)

Zum Verfahren: Herr Dr. Dressel, verstehe ich Sie richtig, dass Sie unsere Drucksachen alle zusammen an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen wollen, der am 8. Januar tagt? Dann folgt am 19. Januar dazu die Sachverständigenanhörung im Stadtentwicklungsausschuss. Am 20. Januar soll das Ganze dann wieder in der Bürgerschaft beschlossen werden, und erst am 11. Februar wollen Sie per Rücküberweisung und Selbstbefassung eine Senatsanhörung zu der Sachverständigenanhörung machen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das ist die andere Drucksache! Das sind zwei verschiedene Dinge, die wir machen!)

Ihre Änderungsanträge beziehen sich alle auf die Drucksache 21/1838 und eben gerade nicht auf unseren Antrag. Es wäre schön, wenn Sie gleich ein wenig Transparenz schaffen könnten, damit wir wissen, worüber wir entscheiden.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Machen wir!)

Wie es eben rübergekommen ist, wollen Sie ein Einvernehmen für diese Überweisungen. Wir lassen uns nicht gern unter Druck setzen, aber weil es um die Sache geht, halten wir es für wichtig, über diese Anträge zu diskutieren. Wenn Sie heute die Überweisung verweigern, dann können auch wir an der Abstimmung zu diesem Antrag nicht teilnehmen, weil er erst gestern eingegangen ist und eine vernünftige Befassung mit ihm erforderlich ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Dutschke. – Das Wort hat Herr Ehlebracht von der AfD-Fraktion.

(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich übernimmt den Vorsitz.)

Detlef Ehlebracht AfD: * Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Stapelfeldt, Sie haben im letzten Stadtentwicklungsausschuss gesagt, Sie rechneten für dieses und nächstes Jahr mit 80 000 Flüchtlingen – 40 000 in diesem Jahr und 40 000 im nächsten Jahr. Ich komme auf dieses Thema zu sprechen, weil diese Zahlen die Planungsgrundlage für die notwendigen Wohnungsbauten sind. Mir ist nicht ganz klar, worauf diese Zahlen basieren. Die Zahl der in Hamburg angekommenen Flüchtlinge kann es auf jeden Fall nicht sein, denn diese lag schon im November bei 55 000. Dann ist es vielleicht die Zahl der Gesamtanzahl der Flüchtlinge in Deutschland, aufgeteilt nach dem Königsteiner Schlüssel, wobei jeder weiß, dass das System, in dem diese Flüchtlinge aufgenommen worden sind, sehr starke Missstände aufweist. Es gibt Doppelmeldungen, Meldungen von Flüchtlingen, die schon gar nicht mehr im Land sind, es gibt Circa-Schätzungen des BAMF, ungefähr 300 000 Menschen, die noch gar nicht aufgenommen worden sind, und dann gibt es auch noch diejenigen, die sich gar nicht registrieren lassen wollen. Aber vielleicht meinen Sie mit diesen 40 000 pro Jahr die Flüchtlinge inklusive ihrer Angehörigen, die im Zuge der Familienzusammenführung auch noch bei uns unterzubringen wären. Ich weiß es nicht. Diese Familienzusammenführung ist ein wichtiger Aspekt, der selbstverständlich nicht vernachlässigt werden darf.

(*Farid Müller GRÜNE:* Aha!)

Die häufigste Migrationsursache ist übrigens in Schweden mit 33 Prozent genau diese Familienzusammenführung, also ein erheblicher Aspekt.

(*Phylliss Demirel GRÜNE:* Das ist keine Ursache, sondern eine Folge!)

Ich sage nicht, dass Sie zu beneiden sind und es einfach sei, eine solche solide Planungsgrundlage für den zweifellos absolut notwendigen Wohnungsbau zu schaffen. Aber Ehrlichkeit und Mut, der Realität ins Auge zu blicken, kann ich erwarten, doch beides vermissem ich. Dass sich die Politik in dieser Frage endlich ehrlich macht und aufhört, sich in die eigene Tasche zu lügen, und aufhört, den Leuten etwas vorzumachen, ist ihre Pflicht.

(*Dr. Monika Schaal SPD:* Sie gehören auch dazu, das sollten Sie nicht vergessen!)

Wenn die Politik das nicht in Gänze beherzigt, wird das katastrophale Auswirkungen haben. Pläne, auf deren Basis vermeintlich konkreter Bedarf ermittelt wird, aber deren Zahlen, auf denen sie basieren, Fantasiezahlen sind, sind zum Scheitern verurteilt. Was wird aus dem sozialen Frieden? Welche gesellschaftlichen Folgen wird ein Scheitern dieser Pläne haben? Sie sollten sich also einmal langsam die Mühe machen zu erläutern, wie Sie genau auf diese zweimal 40 000 Flüchtlinge pro Jahr kommen, bevor wir in vermeintlich detaillierte Woh-

nungsbauplanung einsteigen. Denn obwohl schon jetzt klar ist, dass diese 40 000 Wohnungen zu wenige sind – das kann man nicht einmal mehr eine grobe Daumenpeilung nennen, noch einmal: Denken Sie an die Familienzusammenführungen –, wird so getan, als habe man alles im Griff. Aber gut.

Wie schon erwähnt ist die Zeitnot groß, der Wohnungsbau ist dringend. Dass wir lieber heute als morgen winterfeste Unterkünfte und Wohnungen brauchen, ist unbestritten. Der Bedarf an Wohnungen, der sich aufgrund der ungefähren Zahlen von Flüchtlingen und Asylanten vage abzeichnet, gebietet schnelles Handeln – auch das ist unumstritten und allen Beteiligten vollständig klar.

Auf diese Situation mit 5 600 Wohnungen in einem ersten Schritt zu reagieren, geht in die richtige Richtung. Auch die vielen jetzt gegründeten Initiativen sprechen sich nur gegen die Art und Weise, wie Sie diese Wohnungen belegen wollen, aus – das möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal erwähnen –, und nicht gegen den Wohnungsbau. Dennoch ist es ein Unding, dass Sie sich jetzt mit diesen Anträgen einfach einen Blankoscheck ausstellen lassen wollen, sowohl was die Erhöhung der Bürgschaften für die IFB als auch für die aufgeführten Areale angeht, die jetzt mit Flüchtlingswohnungen im sozialen Standard bebaut werden sollen, wie auch immer das dann im Detail aussehen soll. Von den in der Drucksache 21/1838 aufgeführten Grundstücken, welche seitens der Bezirke für die Bebauung mit Asylantenheimen zur Verfügung gestellt werden sollen, weisen gerade einmal zwei Baugebiete eine Baureife aus. Bei allen anderen Grundstücken lesen wir nur Absichtserklärungen. Wir wissen nicht, mit wem entwickelt wird, wer die Bauträger sind, wie nachhaltig die Wohnungen letztlich gebaut werden, wie die Bebauung im Detail aussieht. Wir wissen nichts. Fünf der vorgeschlagenen Areale liegen in Landschaftsschutzgebieten, wo eine verträgliche Einbindung in die Landschaftsachsen angemahnt wird. Sie geben als Leitbild Ihrer Politik aus, die Landschaftsachsen schließen zu wollen, wollen aber jetzt erst einmal für viele Jahrzehnte oder für immer ganze Teile davon unter Beton beerdigen. Bestandteile jahrzehntelanger wertvoller Stadtplanung werden jetzt einfach über Bord geworfen, und das mit dem Segen der GRÜNEN. Es geschehen noch Zeichen und Wunder.

Letztlich bleibt vieles unklar, wirkt überhastet, aber dennoch alle Lichter auf Grün zu schalten, ist noch eine Steigerung der Bewerbung für Olympia. Da lagen wenigstens vereinzelt Konzepte mit detaillierten Zahlen vor. Damit kann man etwas anfangen. Aber hier liegt nur ein mit heißer Nadel gestrickter Zusatzantrag vor, der wieder einmal viel zu kurzfristig vorgelegt wurde und mit dem man sich kaum richtig auseinandersetzen konnte. Aber dennoch wollen Sie 920 Millionen Euro, also fast 1 Milliarde

(Detlef Ehlebracht)

Euro, Bürgerschaft haben. Dem können wir nicht zustimmen. Um Ihnen zu zeigen, was gehen würde: Eine Anhebung des Bürgerschaftsrahmens um 167 Millionen Euro für die Baugebiete, die eine Baureife haben, wäre kein Problem. Das ist etwas Konkretes, das ist schon etwas, von dem man sagen kann, es habe Hand und Fuß, sei aber in der vorliegenden Form des Antrags leider nicht möglich.

Ein enorm wichtiger Aspekt, der schon mehrfach angesprochen worden ist, betrifft die Belegung der geplanten Wohnungen. Es wird bei der jetzigen Planung zusammenhängende Areale mit circa 800 Wohnungen geben. Diese sollen dicht belegt werden, also vier bis fünf Personen pro Wohnung, und zwar ausschließlich mit Flüchtlingen. Herr Tjarks, es tut mir leid, ich muss dieses Wort noch einmal benutzen, das wäre eine Gettoisierung von Flüchtlingen. Das ist die vorsätzliche Schaffung von Parallelgesellschaften innerhalb der Stadt – das kann ich nicht anders ausdrücken.

Wenn der erste Teil der Planung, nämlich das Errichten dieser notwendigen Wohnungen, tatsächlich geschafft werden sollte – die Schaffung von ausreichend gutem, nachhaltigem Wohnraum unterstützen wir auch –, würde das Projekt Aufnahme von Flüchtlingen an der zweiten viel größeren Hürde scheitern, nämlich an der Integration dieser Flüchtlinge.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das heißt, Sie sind für dünnere Belegung? Da würden sich dann AfD und LINKE treffen. Das ist ja interessant!)

– Dazu komme ich gleich noch. Ich weiß, worauf Sie hinauswollen. Was Ihnen die Hände bindet, hatten Sie bereits angesprochen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Und das ist jetzt der Vorschlag?)

Diese Wohngebiete dürften mit maximal 20 Prozent Flüchtlingen belegt werden. Für die restlichen 80 Prozent müssten Sie umzugswillige Mieter finden, welche derzeit in mietpreisgebundenen Wohnungen wohnen. Die dann frei werdenden Wohnungen sind wiederum mit Flüchtlingen zu belegen. Ich nenne das eine Durchmischung mit eingebauter Integration.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Schlafen immer alle draußen oder was?)

Das ist mühsam und kostet auch Zeit. Aber wer hat gesagt, dass es einfach ist? Wer hat gesagt, dass Politik einfach ist? Keiner. In Japan sagt man: Wenn du es eilig hast, mach einen Umweg. Wir sollen jetzt keine Umwege machen, aber wir müssen uns schon ausreichend Zeit nehmen, um nicht wieder in dieser Hektik Fehler zu begehen. Ich habe vorhin etwas zu Olympia gesagt, und natürlich haben Sie da weggehört. Auch da haben Sie sich

nicht die Zeit genommen. Sie haben den 29. November für das Referendum festgesetzt – zu früh, ein Kardinalfehler.

Es gibt keinen anderen Weg für diese Integration als den, wie ich ihn eben beschrieben habe. Anders schaffen Sie es nicht. Alle diese Kunstgebilde, die Sie in Ihrem Zusatzantrag proklamieren, sind ein buntes Feuerwerk. Aber es wird nicht zünden. Es bleiben 4 000 Flüchtlinge auf einem Haufen. Eine Durchmischung wird dort nicht stattfinden. Und wenn Ihre Parteigenossen in der GroKo im Bund Gesetze verabschieden, die Ihnen hier die Hände binden, dann klären Sie das doch bitte zusammen mit Ihren Länderkollegen, die alle genau die gleichen Probleme haben, und reden Sie mit Ihren Genossinnen und Parteikollegen. Machen Sie aus schlechten Gesetzen gute Gesetze, die es Ihnen ermöglichen, genau eine solche Belegung durchzuführen, nämlich eine wirkliche Durchmischung.

In Summe heißt das für uns, ein bisschen mehr Informationen und Gespräche zu diesen Anträgen in den Ausschüssen dürften es schon sein. Die Zeit, die wir dafür brauchen, sollten wir uns nehmen. Fehler, die wir jetzt machen, können wir hinterher nicht wieder ausbügeln. Wir reden hier nämlich über Beton, den wir setzen wollen, und da, wo er steht, steht er, und in der Art und Weise, wie er steht, wird er auch bleiben. Das ist dann nicht mehr zu korrigieren. Diese Anträge nach dem Motto vorzulegen, Vogel, friss oder stirb, ist wieder eine unsägliche Art, die ich nicht verstehe. Da wird Schulterschluss eingefordert – und ich glaube, die Bereitschaft dazu ist bei vielen hier gegeben –, aber man bekommt gar keine Chance dazu. Man kann nur wieder sagen, ja, alles gut, und hält die Klappe. Das ist leider nicht möglich. Wir können dem Antrag in dieser Form nicht zustimmen. Wir haben Diskussionsbedarf, wofür wir uns Zeit nehmen müssen. Darum bitten wir hier. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächste erhält jetzt für den Senat das Wort Frau Senatorin Dr. Stapelfeldt für maximal 32 Minuten.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unsere Stadt und unser Land stehen heute angesichts der vielen Schutz suchenden Menschen vor einer der größten Herausforderungen seit Jahrzehnten, eine Herausforderung und eine große humanitäre Aufgabe, die, wie ich finde, von der gesamten Stadt und auch hier im Haus angenommen werden sollte.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

(Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt)

Seit Januar dieses Jahres sind 1 Million Flüchtlinge im Erstaufnahmesystem EASY registriert worden, wie gestern die bayerische Sozialministerin verkündet hat. Allein nach Hamburg sind in den letzten drei Monaten durchschnittlich 10 000 Menschen pro Monat gekommen. Hamburg ist gesetzlich dazu verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen, sie unterzubringen und zu versorgen. Bis zum Ende dieses Jahres müssen wir etwa 48 580 Plätze für Erst- und Folgeunterbringung und bis zum Ende des nächsten Jahres weitere rund 31 000 Plätze geschaffen haben. Damit stehen wir vor der Aufgabe, mindestens 79 000 Plätze in unserer Stadt zu schaffen; das heißt, wir müssen im Prinzip die Bevölkerung einer mittelgroßen deutschen Stadt zusätzlich bei uns in Hamburg unterbringen. Über diese neue Herausforderung für unsere Stadt werden wir unsere Regelaufgaben nicht vergessen, denn wir haben es in Hamburg ohnehin im gesamten Stadtgebiet mit einem seit Jahren angespannten Wohnungsmarkt zu tun. Unsere Mieten entwickeln sich dynamisch, wie der letzte Mietenspiegel gezeigt hat, unsere Leerstandsquote liegt bei nur 0,7 Prozent, und unsere freien Flächen werden immer knapper, während die Nachfrage nach Wohnraum steigt. Deshalb setzen wir natürlich weiterhin auf unser Wohnungsbauprogramm und werden auch künftig mindestens 6 000 Wohnungen pro Jahr fertigstellen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch die anderen hilfebedürftigen Menschen in unserer Stadt, obdachlose Menschen oder Menschen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind, verlieren wir nicht aus dem Blick. Auch für unsere Nachbarn, die Flächenländer, ist es nicht einfach, die Situation zu bewältigen. Sie haben aber immerhin die Möglichkeit, ihre höheren Leerstandsquoten zu nutzen oder beispielsweise ihre leer stehenden Kasernen zu Unterkünften zu ertüchtigen. Hamburg hat diese Möglichkeiten nicht. Nicht mehr genutzte Kasernen oder beispielsweise Krankenhäuser sind bereits in Wohnraum konvertiert und unsere bisherigen Anstrengungen, ausreichend Kapazitäten zur Unterbringung von Flüchtlingen zu schaffen, haben eines deutlich gezeigt: Wir müssen langfristig denken. Wir wollen nicht weiterhin so stark auf kurzfristige Unterbringung wie zum Beispiel in Hallen, in leer stehenden Baumärkten oder in Zelten angewiesen sein – auch diese stoßen im Übrigen an ihre Grenzen. Wir müssen dringend Kapazitäten in großem Umfang schaffen, und zwar umgehend, um drohende Massenobdachlosigkeit zu verhindern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Unser Grundgesetz verpflichtet uns in Artikel 2, die körperliche Unversehrtheit eines jeden zu schützen und damit Obdachlosigkeit zu verhindern. Wohnungsneubau ist ein Teil dieser Lösung, die wir brauchen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auf Bundesebene waren sich die Fraktionen von SPD und CDU bei der Verabschiedung des Asylpakets einig. Hiermit wurde ein extra Sonderbaurecht im Baugesetzbuch eingerichtet, das die Möglichkeit bietet, dringend benötigte Unterkünfte für Flüchtlinge und Asylbegehrende unter anderem auch ohne vorherigen Erlass eines entsprechenden Bebauungsplans zu schaffen. Dieses neue Baurecht, also der Paragraph 246 des Baugesetzbuches und insbesondere dessen Absatz 14, setzen wir in Hamburg um.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Darüber hinaus haben die Regierungsfractionen einen Antrag gestellt, mit dem ein vorzeitiger Baubeginn für Einrichtungen zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden ermöglicht wird. Voraussetzung hierfür ist, dass nach einer summarischen Prüfung mit einer Erteilung der Baugenehmigung zu rechnen ist. Diese Regelungen betreffen aber ausdrücklich nicht unser Sonderbauprogramm. Die Änderungen des Paragraphen 72a der Hamburgischen Bauordnung werden dazu beitragen, die Errichtung anderer notwendiger Unterkünfte deutlich zu beschleunigen, und ich denke, dass wir im Laufe der parlamentarischen Beratungen noch die Möglichkeit haben, dies weiter zu vertiefen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Über die Stadt verteilt werden in jedem Bezirk bis Ende kommenden Jahres jeweils bis zu 800 Wohneinheiten entstehen. Diese neuen Flüchtlingsunterkünfte werden von privaten Investoren und SAGA GWG im Standard des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus errichtet. Die Wohneinheiten werden zunächst mit bis zu fünf Flüchtlingen belegt. In der Regel wird fördern und wohnen diese Wohngebäude in den ersten 15 Jahren als öffentlich-rechtliche Unterkunft betreiben. Aber mit der nachträglichen Schaffung von Planrecht soll bereits innerhalb dieser ersten Jahre ein flexibler Übergang von öffentlicher Unterkunft zu einer regulären Wohnnutzung stattfinden, damit diese Quartiere sich stärker sozial mischen können.

Für alle Flächen wird derzeit der Bau vorbereitet, das heißt, die Pläne werden abgestimmt, zum Teil werden auch schon erste vorbereitende Arbeiten auf den Grundstücken durchgeführt, zum Beispiel Vermessungsarbeiten und Bodenuntersuchungen. Die ersten Baubeginne werden voraussichtlich zum Teil schon in diesem Winter, zum Teil im nächsten Frühjahr erfolgen. Die Bauanträge sind bereits heute in der konkreten Vorbereitung, und die ersten werden noch in diesem Jahr gestellt. Die Genehmigungen werden Anfang des Jahres 2016 erteilt. Durch die vorbereitenden Planungen und Maßnahmen kann dann unmittelbar nach Erteilung

(Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt)

der Genehmigungen mit dem Bau begonnen werden. Mit diesem Sonderbauprogramm schaffen wir zusätzlich bis zu 5 600 neue Wohnungen für Hamburg, die dringend gebraucht werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Gleichzeitig halten wir mit allem Nachdruck an unserem Wohnungsbauprogramm fest, denn bis heute sind die Auswirkungen des Jahrzehnts der Bauuntätigkeit unter der CDU gegenwärtig.

(André Trepoll CDU: Wir mussten Ihre Großsiedlungen erst mal aufpäppeln! – Zuruf: Gucken Sie sich mal an, wie Neuwiedenthal aussieht!)

Wir werden deshalb weiterhin dafür sorgen, dass deutlich mehr als 6 000 neue Wohnungen jährlich fertiggestellt werden, um unseren Wohnungsmarkt langfristig zu entlasten, und ich bin mir sicher, dass wir das schaffen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist für uns selbstverständlich, dass die Entwicklung der Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen unter der Prämisse steht, dass die neuen Quartiere bestmöglich und mit übergreifendem integrierten Handeln gestaltet und umgesetzt werden. Deshalb werden bei der Erarbeitung des städtebaulichen Konzepts für das jeweilige Quartier beispielsweise Kitas, Kinderspielplätze, Flächen für Bewegungsräume und Parkanlagen von Anfang an mitgedacht, die Schulen in der Umgebung erweitert, Räume für Begegnungs- und Beratungsstellen eingeplant und auch die örtliche Nahversorgung, eine gute infrastrukturelle Anbindung et cetera berücksichtigt. Wir werden alles dafür tun, um den neuen Bewohnerinnen und Bewohnern einen guten Start in unsere Gesellschaft zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb begrüße ich ausdrücklich den Antrag von SPD und GRÜNEN, der uns in diesem Prozess wirklich sehr unterstützen wird.

Heute liegt Ihnen ein dringlicher Senatsantrag zur Erhöhung der Ermächtigung von Sicherheitsleistungen zur Absicherung von Wohnungsbaudarlehen zur Abstimmung vor, der schon am Freitag im Haushaltsausschuss beraten worden ist. Mit diesem Antrag wird der Bürgerschaftsrahmen der IFB noch in diesem Jahr um 200 Millionen Euro und im nächsten Jahr um 770 Millionen Euro erhöht. Diese Erhöhung des Bürgerschaftsrahmens ist notwendig, denn die Grundstücke, auf denen die zusätzlichen geförderten Wohneinheiten errichtet werden, besitzen regelmäßig noch kein entsprechendes Planrecht für Wohnen. Eine bankübliche Beleihung dieser Grundstücke für eine Baufinanzierung ist daher nicht gewährleistet. Somit benötigt die Investitions- und Förderbank als Förderbank für den darlehensbasierten Teil der Wohnraumförderung Sicherheiten in Höhe der ausgereichten Darlehen.

Nur so ist der Neubau von Sozialwohnungen möglich. Es muss hier eine überproportionale Erhöhung des Bürgerschaftsrahmens geben. Erst eine solche erweiterte Möglichkeit, Bürgerschaften der Freien und Hansestadt Hamburg der Investitions- und Förderbank zu gewähren, ermöglicht die Förderung der Bauvorhaben im regulären ersten Förderweg, somit den Baustart und damit den dringend notwendigen Wohnungsneubau.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ihre Zustimmung ist deshalb schon heute nötig, also noch bevor Sie dieses Thema weitergehend und ausführlich im Stadtentwicklungsausschuss behandeln werden.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Bevor Sie es kennen!)

Aufgrund der Eilbedürftigkeit finden derzeit viele Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse parallel statt. Natürlich werden Anregungen oder Ideen im gesamten Verfahren von uns aufgenommen und diskutiert.

(Zuruf: Das habe ich gemerkt!)

Doch die Situation ist derzeit, wie sie ist. Wir müssen handeln.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Um drohende Obdachlosigkeit von vielen Menschen in unserer Stadt zu verhindern, müssen wir umgehend mit dem Bau der Flüchtlingsunterkünfte beginnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächste erhält das Wort Birgit Stöver von der CDU-Fraktion.

Birgit Stöver CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat und die Regierungsfractionen versuchen den Hamburgern weiszumachen, dass die einzige Möglichkeit für die langfristige Unterbringung von Flüchtlingen der Bau von Großsiedlungen ist. Diesen Ansatz hält die CDU-Fraktion für rundweg falsch. Er ist unsozial und schafft nur weitere Integrationsprobleme.

(Beifall bei der CDU)

Daran ändert auch der Zusatzantrag mit seinen 25 Punkten nichts. Das alles sind schöne Worte, und obendrein ist er auch noch abgeschrieben. Das sind die Wünsche, die Beschlüsse der Harburger Bezirksfraktion, und das ändert überhaupt nichts an der Realität.

(Beifall bei der CDU)

Wissen Sie, was die Wahrheit ist? Die Wahrheit ist, dass der Senat und die Regierungsfractionen mit nicht belastbaren Zahlen eine Notsituation hochsti-

(Birgit Stöver)

lisieren wollen. Sie stilisieren eine Notsituation hoch, die Ihnen wahrscheinlich gar nicht so unwillkommen ist, die Sie vielleicht sogar selbst konstruiert haben,

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Eine Unverschämtheit!)

und zwar, um lästige gesellschaftliche oder rechtliche Regeln umgehen zu können.

(Beifall bei der CDU)

In Notsituationen werden Bürgerbeteiligung und das ordentliche und übliche Baurecht ausgehebelt, und es wird Polizeirecht angewendet.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Das hat die CDU mit beschlossen!)

– Herr Tjarks, Sie können sich später noch einmal melden. Jetzt würde ich gern noch einmal Ihre Aufmerksamkeit haben.

Das ist der eigentliche Skandal. Viele Sachen sind schon genannt worden, und ich würde gern das Augenmerk auf die neu zu bebauenden Flächen wenden wollen. Diese neu zu bebauenden Flächen sind bisher größtenteils kein Bauland. Wie die Senatorin angesprochen hat, ist es größentechnisch absolut kein Pappentier. Frau Senatorin spricht von einer mittelgroßen Stadt. Es sind 80 Hektar, das ist die vierfache Fläche der Binnenalster, die Sie bebauen wollen. Und die Vergabe – das ist der eigentliche Skandal – soll frei Hand und ohne Ausschreibung erfolgen. 80 Hektar städtische Fläche sollen durch die Behörde an einzelne Begünstigte vergeben werden, ohne dass sich nationale, internationale und Hamburger Investoren an den üblichen Ausschreibungen beteiligen können. Das riecht mir sehr stark nach rotem Filz wie vor 2001.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Alexander Wolf AfD* – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh, oh!)

Darüber, dass 8 von 10 Flächen Grünflächen sind, ist schon gesprochen worden. Dass sich dort ausgerechnet die GRÜNEN winden und sagen, Menschen – und damit sind wohl eher Flüchtlinge gemeint – seien wertvoller als Frösche, ist schon ein deutlicher Paradigmenwechsel, den man sich erst einmal auf der Zunge zergehen lassen muss.

Nichtsdestotrotz gilt es in der jetzigen Situation, kluge Entscheidungen zu treffen. Das Wort klug ist schon gefallen, und nicht klug ist die Errichtung von Großbausiedlungen. Nicht klug ist es, mit diesen Großbausiedlungen die Fehler der Siebzigerjahre zu wiederholen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das ist doch ganz was anderes von der Dimension her!)

Die Vergangenheit hat bewiesen, dass Integration so nicht gelingen kann.

(Beifall bei der CDU)

Großbausiedlungen sind einfach nur der schnelle und bequeme Ansatz.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Bequem ist das sicherlich nicht! – Zurufe von der SPD)

Aber die Bevölkerung und auch die Wirtschaft werden hier übers Ohr gehauen – das habe ich eben breit ausgeführt. Andere Städte gehen mit solchen Notsituationen, wie Sie sie nennen, anders um. München, Berlin, Stuttgart, Dresden, Dortmund und Köln sind auch in die Planungen eingestiegen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend):

Das Wort hat tatsächlich Frau Stöver,

(*Frank Schmitt SPD*: Dann soll sie sich auch an die Wahrheit halten!)

und, Herr Schmitt, ich bitte darum, auch wenn Sie über 70 Abgeordnete stellen, den Respekt gegenüber den Rednern aller Fraktionen zu gewährleisten.

(Beifall bei der CDU, der FDP und der LINKEN)

Birgit Stöver CDU (fortfahrend):* Danke schön. – Die eben von mir genannten Städte sind bereits in die Planungen eingestiegen, aber wesentlich unangeregter, als Hamburg es im Moment tut. Das klare Votum ist: keine Wohnbausiedlungen ausschließlich für Flüchtlinge. Die Alternative, den Wohnungsbau massiv und nachhaltig anzukurbeln, bedeutet deutlich mehr Anstrengungen und Bemühungen,

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Wie viele Widersprüche in einem Satz waren das denn jetzt?)

bedeutet kleinteiligere und intensivere Planungen, bedeutet Baurecht zu verschlanken und zu beschleunigen, und bedeutet, Flächenpotenziale der Stadt zu nutzen und Grünzüge zu schonen. Aber angesichts der massiven Nachteile solcher Großbausiedlungen lohnen sich diese Anstrengungen.

Um Zeit für die Stadtplanung zu gewinnen, ist schon das Wohnortzuweisungsgesetz angesprochen worden. Das würde tatsächlich Zeit schaffen, um die Stadtplanung voranzutreiben. Das Wohnortzuweisungsgesetz sieht vor, dass Zuwanderer bei Ankunft in Deutschland nach einem festgelegten Verteilerschlüssel auf die Bundesländer verteilt werden. Ziel ist es dann, dass die Zuwanderer nicht mehr vorrangig in die ohnehin schon belastete

(Birgit Stöver)

ten Gebiete ziehen. Auch der VNW, der Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen, bestätigt in seinem Statement, dass ohne Wohnortzuweisungsgesetz nicht nur die Gefahr neuer sozialer Brennpunkte besteht, sondern er verweist auch auf eine steigende Unsicherheit in den Kommunen. Immer mehr Bürgermeister scheuen sich davor, notwendige Investitionsentscheidungen zu treffen, weil sie nicht sicher sind, ob die Flüchtlinge wirklich in ihren Kommunen bleiben.

Herr Dressel hat gesagt, er brauche keine Nachhilfe in Bürgerbeteiligung. Ich glaube, das ist doch notwendig, denn was wir zur Bewältigung dieser gemeinschaftlichen Aufgabe brauchen, ist Solidarität in der Stadt. Wir brauchen den Schulterschluss mit den Bürgern, mit der Wirtschaft und mit den politischen Fraktionen. Bisher hat der Senat im Alleingang gehandelt und die Regierungsfaktionen haben die notwendige Solidarität verhindert. Im Alleingang werden Sie scheitern.

(Beifall bei der CDU)

Der Bürgermeister sollte die Flüchtlingspolitik endlich zur Chefsache machen und ermöglichen, dass wir ein Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte vorbereiten können.

In Hamburg ist Staat nur mit den Hamburgern zu machen, nicht ohne sie und schon gar nicht gegen sie. Ziehen Sie aus Olympia die Lehre und handeln Sie vor allen Dingen mit klaren Planungen, klaren Visionen und Begeisterung für die Sache. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält das Wort Herr Dr. Dressel von der SPD-Fraktion.

(*Jörg Hamann CDU:* Dürfen die anderen nicht aus Ihrer Fraktion?)

Dr. Andreas Dressel SPD:* – Die Debatte geht ja noch länger, wer weiß, was noch alles kommt.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde es schon ein starkes Stück, dass Frau Stöver eben gesagt hat, wir würden die Lage hochstilisieren und uns das ausdenken – das ist in Wahrheit der Vorwurf –, um irgendwelche Grünflächen plattzumachen.

(*Milan Pein SPD:* Weil wir filzen! Wer verdient denn daran?)

Und der rote Filz war noch die Oberhäute. So etwas angesichts der täglich neuen Flüchtlingszahlen zu sagen – gestern erfuhren wir die Zahlen für November: 4 000 Flüchtlinge bleiben in Hamburg – ist einfach eine bodenlose Unverschämtheit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vor allem ist es genau das Gegenteil dessen, was Sie uns vor Monaten vorgeworfen haben, nämlich, wir seien überrollt worden, hätten nicht genügend geplant, wo denn die Kapazitäten seien. Das alles haben Sie uns vorgeworfen. Jetzt versuchen wir angesichts der hohen Zahlen ein realistisches Szenario aus diesem Herbst auf die nächsten Monate fortzuschreiben, um vorausschauend zu agieren

(*Karin Prien CDU:* Sie verfallen in Panik! Das ist das andere Extrem!)

und der Entwicklung nicht hinterherzulaufen, und dann ist das auch nicht in Ordnung. Was wollen Sie eigentlich?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist überhaupt das Problem: Was wollen Sie eigentlich? Sie haben heute nur gesagt, was Sie nicht wollen. Aber nicht mit einem Wort haben Sie gesagt, wie genau das mit den kleinen Einheiten funktionieren soll.

(Zurufe von *Karin Prien* und *André Trepoll*, beide CDU)

Das muss man doch einmal durchdeklinieren. Spielen wir das doch einfach einmal durch.

(*André Trepoll CDU:* Konkrete Vorschläge in Altona und Bergedorf!)

Wenn wir dieses Programm zur Regel bei Bebauungsplanverfahren machen wollen, dann werden wir in drei, vier, fünf Jahren die Kapazitäten haben. Aber dann sind die Leute alle da, und wo bringen wir sie dann unter? Dafür haben Sie nämlich keine Lösung. Deshalb geht das nicht auf.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Natürlich wünschen auch wir uns, dass wir die Wohnunterkünfte kleiner machen. Alle Listen hierzu können Sie im Internet einsehen. An ihnen kann man sehr wohl ablesen, dass es auch ganz gemischte Größen gibt, also große, kleine, mittelgroße Unterkünfte, die alle über die Stadt verteilt sind. Aber aufgrund der Lage geht es an einigen Stellen eben nicht kleiner.

(Zurufe von der CDU)

Man sollte auch einmal berücksichtigen, was Leute sagen, die sich vielleicht noch besser auskennen als die verschiedenen Flüchtlingspolitiker aus den Fraktionen, zum Beispiel der geschätzte Harald Krüger, mit dem wir gestern bei "Schalthoff Live" zusammengesessen haben und der vor nicht allzu langer Zeit auch einmal auf den Bänken dieses Hauses gesessen hat. Er hat zum Beispiel gesagt, große Unterkünfte seien, wenn man es richtig macht, händelbar und machbar,

(*André Trepoll CDU:* Er hat aber auch gesagt, er hat das noch nie gemacht! So große Unterkünfte gibt es nirgendwo!)

(Dr. Andreas Dressel)

und es gebe sehr wohl auch andere. Er hat gestern Beispiele wie Mannheim und andere Städte genannt, wo es große Unterkünfte gibt. Es ist eine Frage des Wie und nicht eine Frage des Ob. Lassen Sie sich das einmal von Herrn Krüger erklären.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Karin Prien CDU: Es kommt auf das Wie an!)

Weil es auf das Wie ankommt, haben wir unseren 25-Punkte-Zusatzantrag gemacht, und zwar nicht für die Galerie. Wir haben ihn Punkt für Punkt mit den Behörden besprochen und werden ihn real umsetzen. Sie können sich doch darüber freuen, dass wir uns als Erstes die Bezirksversammlungsbeschlüsse, die es dazu in Wandsbek, Harburg, Bergedorf und in vielen anderen Bezirken gegeben hat, angesehen haben, bevor wir diesen Antrag entworfen haben,

(André Trepoll CDU: Weil Sie keine eigenen Ideen haben!)

weil wir nämlich die Wünsche aus den Bezirken ernst nehmen und in dieses Programm einpflegen wollen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Außerdem stimmen wir den Antrag heute gar nicht ab, weil nämlich die Frage des Wie nicht nur in Beteiligungsverfahren in Workshops vor Ort besprochen wird, sondern auch im Stadtentwicklungsausschuss. Wir würden uns freuen, wenn Sie im Ausschuss einen 26-Punkte-Zusatzantrag machen

(Karin Prien CDU: Wenn wir die Sachverständigen gehört haben!)

und aus Ihrer Sicht die Voraussetzungen für ein Gelingen nennen. Das wollen wir in einer Anhörung klären. Da sind wir für gute Ideen offen. Aber bei dieser Realitätsverweigerung, die Sie in der Frage des Ob an den Tag legen,

(Zurufe von Dennis Gladiator und Jörg Hamann, beide CDU)

müssen wir leider in Verantwortung für die Stadt und für die Flüchtlinge in dieser Stadt dafür sorgen, jetzt auch den grundsätzlichen Weg für die Bereitstellung der Mittel zu ebnen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Interessant fand ich, dass das Thema dichte Belegung von Kollegin Schneider und Herrn Ehlebracht angesprochen worden ist.

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Was soll denn das jetzt?)

Ich weiß jetzt nicht, ob Sie beide sich für eine weniger dichte Belegung aussprechen. Aber auch das kann man ja einmal überlegen. Was heißt denn das? Wenn wir das dichter belegen, dann brau-

chen wir nämlich nicht 5 600 Wohneinheiten, sondern noch viel mehr. Sie müssen einmal überlegen, wie Ihre Argumente noch zusammenpassen sollen. Das passt hinten und vorne nicht, was Sie hier erzählen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Trotzdem können wir gern über die Belegungssteuerung im Ausschuss reden. Auch sie ist Teil des Wie, und insofern ist das auch ein Punkt des Zusatzantrags,

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Zentraler Punkt!)

über den wir dann gern mit Ihnen sprechen wollen und auch sprechen werden.

Ganz kurz noch zum Thema Bauordnung. Auch wenn Sie immer sagen, wir seien es nicht, sind wir natürlich trotzdem die ganzen Wochen über im Gespräch mit den Initiativen vor Ort, auch mit den kritischen, um zu erfahren, welche Sorgen jenseits der Größe sie haben, auf die wir eingehen können. So ist auch dieser Punkt mit der Bauordnung einer, wo wir sagen, dass man überall nach Polizeirecht vorgeht – das ist ja nicht überall, aber jedenfalls in weiten Teilen –, etwas, was auf Dauer für einen Rechtsstaat nicht gut ist.

(Zurufe von Jörg Hamann und André Trepoll, beide CDU)

Total lustig ist doch, dass es auch wieder nicht recht ist, wenn wir an der Stelle nachjustieren wollen. Was wollen Sie? Sie erklären nicht, was Sie wirklich wollen, sondern werfen nur Nebelkerzen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Diese Änderung ist genau darauf ausgerichtet, dass wir das SOG weitestgehend vermeiden können und stattdessen einen rechtsstaatlichen Weg gehen, den es in anderen Rechtsbereichen gibt. Frau Dutschke, seien Sie ganz beruhigt, der Rechtsschutz der Anwohner wird davon überhaupt nicht tangiert. Das haben wir am Anzuchtgarten gesehen, wo es keine Baugenehmigung gab und trotzdem jemand zu Gericht gegangen ist und im einstweiligen Rechtsschutz erwirkt hat,

(Jörg Hamann CDU: Sie werden verklagt und verlieren!)

dass der Bau erst einmal gestoppt wurde. Insofern können Sie ganz unbesorgt sein, der Rechtsschutz wird auch weiterhin davon nicht tangiert. Deshalb halten wir dies für eine ausgewogene Möglichkeit, damit rechtlich umzugehen.

Wir haben Ihnen angeboten, dass wir das heute mit den anderen Drucksachen an den Ausschuss überweisen. Wir hätten aber gern die Zusage, dass wir dann auch am 20. Januar jedenfalls mit dieser Drucksache wieder in der Bürgerschaft sind – es geht nur um diese, über die andere haben wir eine Anhörung vereinbart. Über die Frage des Wie der

(Dr. Andreas Dressel)

größeren Unterkünfte können wir auch länger miteinander beraten, aber nicht über diese Frage. Da sollten Sie sich Ihre Argumentation vielleicht auch noch einmal überlegen, weil Sie das SOG so kritisieren. Wenn wir jetzt einen Weg vorschlagen, der das verhindert,

(Karin Prien CDU: Gestern Abend kommen Sie damit! – Zuruf von Jörg Hamann CDU – Gegenruf von Arno Münster SPD: Könnt ihr eigentlich nur sabbeln?)

müssten Sie sich, wenn Sie konsequent argumentieren, eigentlich einen Ruck geben und das ermöglichen. Das aber habe ich jetzt nicht gehört. Deshalb noch einmal unser Angebot: Lassen Sie uns am 8. Januar eine Sitzung machen und am 20. Januar mit dieser Drucksache wieder in der Bürgerschaft sein. Bei dieser Argumentation der Opposition möchte ich das hier noch einmal gesagt haben, dann steht es nämlich im Protokoll und Sie können sich im Januar nicht wieder alles anders ausdenken. In dieser Lage können wir auf taktische Spielchen der Opposition keine Rücksicht nehmen. Deshalb ist das unser Angebot. – Danke.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Karin Prien und André Trepoll, beide CDU: Ihre Taktik!)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält das Wort Herr Olaf Duge von der GRÜNEN Fraktion, die noch 4 Minuten und 16 Sekunden Redezeit hat. Es ist aber signalisiert worden, dass die SPD den redezeitarmen Fraktionen von ihrer Zeit etwas abgeben will.

(André Trepoll CDU: Wir nehmen zehn Minuten!)

Olaf Duge GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin ziemlich erschüttert über die Darstellungen vonseiten der Opposition und auch darüber, auf welche Art und Weise die Opposition die Realität wahrnimmt, wie sie die Aufgaben wahrnimmt, die diese Stadt im Zusammenhang mit den Flüchtlingen hat, und wie die Opposition sich dazu stellt. Das ist eine Verweigerungshaltung,

(Karin Prien CDU: Das ist Unsinn!)

und ich möchte das an einigen Punkten klarmachen. So geht es nicht.

(Jörg Hamann CDU: Vor einem Jahr hätten Sie was ganz anderes erzählt!)

Eigentlich widerspricht die CDU, Frau Stöver, genau den Gesetzen, die Sie im Bundestag beschlossen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Frau Stöver, Sie sprechen von Wahrheiten. Dann müssen Sie auch die Wahrheiten, die Realitäten

sehen, wie sie in der Stadt sind, und können nicht so tun, als sei das irgendwie in Klein-Klein zu machen. Diese Sache ist ein Thema der Dringlichkeit und des Umfangs, und wir haben nicht zwei oder drei oder vier Jahre Zeit, um das umzusetzen, sondern das muss in den nächsten Monaten geschehen, sonst haben wir eine Katastrophe in den Flüchtlingsunterkünften.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich finde es unmöglich, wie Sie immer wieder mit Begrifflichkeiten wie Großsiedlungen und bewusst auch Siebzigerjahre umgehen. Auch hier gehen Sie an den Realitäten vorbei.

(Jörg Hamann CDU: Was wollen Sie denn hören? Wohnparks?)

Ich glaube nicht, dass Sie das aus Unwissenheit tun – das könnte ich Ihnen vielleicht noch verzeihen –, sondern Sie setzen diese Begrifflichkeiten sehr bewusst ein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Damit legen Sie eine Lunte an etwas, für das Sie danach, wie der Zauberlehrling, kein Wasser mehr zum Löschen haben.

(André Trepoll CDU: Hören Sie auf mit dem Quatsch!)

Diese Lunte geht nach hinten los und spaltet. Das ist eigentlich nicht Ihre Aufgabe, die Sie gerade als christliche und demokratische Partei haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Herr Duge, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Dennis Gladiator?

Olaf Duge GRÜNE:* Nein, danke.

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Dann fahren Sie fort.

Olaf Duge GRÜNE (fortfahrend):* Ich möchte noch einmal ganz kurz auf die bereits angesprochenen Großsiedlungen aus den Siebzigerjahren zu sprechen kommen: Steilshoop mit 22 000 Einwohnern, Osdorfer Born mit 11 000 Einwohnern, Mümmelmannsberg mit 19 000 Einwohnern, Neuallermöhe mit 24 000 Einwohnern. Das, worüber wir sprechen, sind nicht alles 4 000er-Siedlungen, sie sind zum Teil auch kleiner, ein Bruchteil dessen. Man kann bestenfalls von Quartieren sprechen. Bleiben Sie doch einmal sachlich in der Auseinandersetzung, machen Sie nicht etwas auf eine derart übertriebene Art und Weise scharf, sondern werden Sie ein bisschen konstruktiver – ich würde mich darüber freuen. Herr Dr. Dressel hat doch das Ange-

(Olaf Duge)

bot gemacht, auch über diese Punkte zu sprechen und einen Punkt 26 oder vielleicht auch 27 anzuführen. Aber Sie verweigern sich, und das ist eigentlich das Traurige in dieser Situation, in der wir die Menschen integrieren müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zur Frage der Integration möchte ich noch einmal auf einen Punkt eingehen, der uns auch sehr wichtig ist. Wenn Sie sich das 25-Punkte-Papier ansehen, finden Sie unter Punkt 8 einen Abschnitt zum Thema Beteiligungskultur. Wir haben Konzepte entwickelt, über das Quartiersmanagement, über zivilgesellschaftliche Akteure, über Sportvereine Bewohnerinnen und Bewohner, Nachbarschaft und Investoren an einer Integration mitarbeiten zu lassen. Das sind ganz konkrete Ansätze. Es gibt bereits zahlreiche Gruppen, mit denen wir vor Ort gesprochen haben und die gute Ideen haben und sich engagieren. Stoßen Sie diese Gruppen doch nicht vor den Kopf und machen Sie Ihnen keine Angst, sondern machen Sie ihnen Mut, ihre Aufgabe anzupacken. Das wäre der richtige Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich hoffe, Sie lassen sich das noch einmal durch den Kopf gehen. Wir brauchen keine Opposition, die Mauern aufbaut.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP*: Sie brauchen gar keine Opposition, glaube ich!)

Wir brauchen eine Opposition, die Barrieren abbaut und die Flüchtlinge willkommen aufnimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Jetzt erhält das Wort Frau Dutschke von der FDP-Fraktion.

Jennyfer Dutschke FDP:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde es erstaunlich, dass wir so lange diskutieren und weder die Frau Senatorin noch die Regierungsfractionen auch nur ansatzweise auf das Argument Ausfallrisiko durch diese Bürgerschaften – wir reden noch immer über fast 1 Milliarde Euro – eingegangen sind. Das finde ich wirklich traurig.

(Beifall bei der FDP – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Es wird doch im Ausschuss jedes einzelne Projekt besprochen!)

– Sie wollen aber, dass wir heute über den Bürgerschaftsrahmen beschließen. Insofern wird ja wohl die Bitte erlaubt sein, heute einmal etwas darüber zu hören, wie es mit dem Ausfallrisiko aussieht.

(*Anna Gallina GRÜNE*: Das wird doch im Ausschuss besprochen!)

– Im Ausschuss ist dazu aber auch nicht viel gesagt worden.

Herr Dr. Dressel, interessant fand ich auch, dass Sie den Punkt dezentrale Unterbringung im Umland angesprochen haben. Auch da müsste man einmal den Status quo erklären, denn Ihr werter ehemaliger Kollege Senator Scheele hat regelmäßig berichtet, wie er an den anderen roten Ministerpräsidenten – Ihren Parteifreunden – scheitere, wenn es darum ging, Kooperationen abzuverlangen. Vielleicht können Sie dazu etwas Neues berichten. Es wäre schön, wenn auch wir davon wüssten.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Wenn es so weit ist, machen wir das!)

Herr Tjarks nennt nun ausgerechnet als Beispiel und Vorbild für die Unterkünfte und Massensiedlungen, die Sie schaffen wollen, Steilshoop,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Doch nicht als Vorbild!)

ein Quartier, in das in den vergangenen Jahrzehnten so viele Mittel hineingeflossen sind, um dort irgendwie eine nachhaltige Quartiersentwicklung zu schaffen.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Das Wort hat Frau Dutschke. Wenn alle durcheinanderrufen, kann ich nicht einmal einen Ordnungsruf verteilen, weil ich gar nicht verstehe, was Sie sagen.

(*André Trepoll CDU*: Im Zweifel Kienscherf!)

Frau Dutschke, fahren Sie fort.

Jennyfer Dutschke FDP (fortfahrend):* Zum Thema Bürgerbeteiligung: Herr Dressel, Sie selbst haben gesagt, Bürgerbeteiligung „ja, aber“. Über das Ob wollen Sie nicht diskutieren. Über das Wie wollen Sie diskutieren, aber gleichzeitig sagen Sie, dass Sie über die Zahlen und die Zahl der Personen, die untergebracht werden sollen, nicht diskutieren wollen. Insofern stellt sich die Frage, worüber Sie tatsächlich diskutieren wollen, denn die Situation ist, wie sie ist.

(*Jörg Hamann CDU*: In Wahrheit wollen Sie nicht diskutieren!)

Sie sprechen davon, dass der Begriff Gettoisierung maßlos übertrieben sei. Ganz ehrlich, Sie wollen ganz viele Personen an einem Standort unterbringen. Sie alle wissen, welche Risiken es birgt, viele Leute auf kleinem Raum unterzubringen. Sollten Sie das doch nicht wissen, dann sehen Sie sich die Großunterkünfte an, die Sie bisher geschaffen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

(Jennyfer Dutschke)

Zu den Ausschussüberweisungen: Wir sagen Ihnen hiermit zu, dass wir die Drucksache 21/2551 mit überweisen mit der Maßgabe, dass unser Antrag auch am 8. Januar im Stadtentwicklungsausschuss beraten wird. Wir sind dann auch bereit, ihn am 20. Januar wieder mit auf die Tagesordnung zu nehmen. Das gilt für die Drucksache 21/2551, für den Rest nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächste erhält jetzt das Wort für 7 Minuten und 25 Sekunden Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE.

Christiane Schneider DIE LINKE:* Ich wollte eigentlich gar nicht mehr weiter in die Debatte einsteigen, aber Sie, Herr Duge, haben mich dann doch dazu angeregt. Sie haben in der Debatte zu unserer Forderung, dass in den Quartieren 50 Prozent Sozialwohnungen gebaut werden müssen, gesagt, dies führe zur Gettobildung. Das ist doch scheinheilig.

(Beifall bei *Stephan Jersch DIE LINKE* und *Jörg Hamann CDU*)

Sie denken sich jetzt etwas aus, um irgendjemanden in irgendeine Ecke zu rücken. Sie selbst haben das gebräut, und zwar in einer völlig anderen Situation.

(Beifall bei der LINKEN und der CDU)

Jetzt sage ich einmal, was Sie vorhaben. Es ist bekanntermaßen ein großes Problem, wenn Quartiere gebildet werden, in denen sich sehr viele Leute mit vergleichbaren Problemlagen befinden. Das ist schwierig. Es ist noch gar nicht so lange her, da habe ich Herrn Hakverdi sagen hören, wie schwierig und stigmatisierend es zum Beispiel in Wilhelmsburg sei, wenn die Leute sagen, woher sie kommen.

(*André Trepoll CDU:* Vor allen Dingen für Herrn Hakverdi!)

Natürlich ist es in Jenfeld oder sonst wo ein Problem, wenn sehr viele Leute mit ähnlichen Problemlagen zusammenwohnen. Das führt leicht dazu, dass so ein Stadtteil abgehängt wird. Das wissen wir alle, wer will das denn bestreiten? Jetzt ist das Problem aber verschärft. Da sind nicht nur Leute in ähnlichen Problemlagen – zum Beispiel wird ein größerer Teil nicht so leicht Arbeit finden –, das noch größere Problem ist, dass zum Beispiel allein das Deutschlernen unwahrscheinlich erschwert wird, wenn Leute in Quartieren leben, in denen keiner Deutsch spricht

(*Jörg Hamann CDU:* Das weiß jeder! – *André Trepoll CDU:* Unter sich!)

– die sprechen unterschiedliche Sprachen –, aber im Alltag auf eine Kommunikation angewiesen sind, damit sie lernen, Deutsch zu sprechen. Wenn so viele Leute in so einem Quartier wohnen, dann schafft das Probleme, und solche Probleme kann man meiner Meinung nach, ohne dass es die Leute stigmatisiert, durchaus als Gettobildung betrachten. Man muss es meiner Meinung nach so betrachten, weil man dem entgegenwirken muss.

(Beifall bei der LINKEN und der CDU – *Gabi Dobusch SPD:* Wollen Sie lieber Zelte?)

Da Sie nach unseren Alternativen gefragt haben: Wir haben zum Beispiel gefordert, dass der Vertrag mit der SAGA GWG aufgestockt wird. Die SAGA GWG vermietet jedes Jahr 8 000 bis 9 000 Wohnungen neu – ich habe die genauen Zahlen jetzt nicht im Kopf, weil ich nicht im Stadtentwicklungsausschuss bin –, und wir haben gesagt, das solle aufgestockt werden. Das haben Sie weggestimmt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Damit hast du 1 000 Leute untergebracht, mit deinem Vorschlag!)

– Das ist ja auch nur ein Vorschlag. Und Entschuldigung, wenn man das zum Beispiel auf 1 000 Wohnungen aufstocken würde, dann wären es nicht 1 000 Leute, sondern dann sind das vielleicht 1 000 mal drei Leute – das sind also schon einige.

Dann haben wir gesagt, in dem Wohnungsbauprogramm solle der Anteil von Sozialwohnungen aufgestockt werden. Das führe zur Gettobildung, haben wir gehört. Wir haben gesagt, dass der Anteil des geförderten Wohnungsbaus auf städtischen Grundstücken 100 Prozent betragen solle. Nicht einer dieser Schritte löst alle Probleme, aber die Summe der von uns vorgeschlagenen Schritte würde einen großen Teil der Probleme lösen und uns ersparen, so viele größere Quartiere nur für Flüchtlinge am Stadtrand einzurichten.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist infam, Herr Dressel, wenn Sie sagen, es gebe Gemeinsamkeiten zwischen uns und der AfD. Auch Ihnen ist völlig klar, dass Sie sich das einfach so ausgedacht haben, um Kritik zu diskreditieren. Unser Ansatz ist: Wir brauchen eine solidarische Stadtgesellschaft, zu der die Beteiligung aller gehört. Integration ist auch keine Aufgabe, die nur eine Seite leistet, sondern eine Aufgabe, die alle Seiten leisten. Das ist unser Gesichtspunkt, und das unterscheidet uns so etwas von fundamental von der AfD, dass es wirklich unredlich ist, wenn Sie das in einen Topf werfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Jetzt hat sich noch Herr Kienscherf von der SPD-Fraktion gemeldet.

Dirk Kienscherf SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Schneider,

(Zuruf von der CDU: Heute hatte sie recht!)

ich glaube feststellen zu können, dass ich als Sozialdemokrat, der früher einmal ein bisschen weiter links außen war, mir nie hätte vorstellen können, dass man das Thema Gettobildung und Konzentration von Flüchtlingen noch einmal so in diesem Haus ansprechen kann, wie Sie es getan haben.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der LINKEN und der CDU – *Martin Dolzer DIE LINKE:* Das ist eine Frechheit, was Sie machen!)

Es ist unglaublich, Frau Schneider, und das muss ich auch einmal ganz ehrlich gegenüber der CDU sagen: Wer davon redet, dass hier in Quartieren ...

(Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Ich kann die Aufregung inhaltlich nachvollziehen. Trotzdem hat Herr Kienscherf das Wort, und ich bitte Sie, ihm zuzuhören.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP:* Das ist sehr schwer!)

Dirk Kienscherf SPD (fortfahrend): Vielen Dank.

Es ist auch sehr schwer, das muss ich in Richtung CDU sagen, dass auch Sie da mitspielen. Da wird davon gesprochen, dass letztendlich eine Art Zwangseinweisung, eine Konzentration, eine zwangsweise Konzentration von Flüchtlingen auf engstem Raum vorgenommen wird.

(*Jörg Hamann CDU:* Ach, Herr Kienscherf, was soll denn das? – Zurufe von der CDU)

Das ist eine unglaubliche Wortwahl im Zusammenhang mit Flüchtlingen. Das sind Menschen, die hier Sicherheit suchen, die hier eine Chance und Perspektive haben wollen, und wir wollen sie ihnen bieten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN – *Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP:* Das geht wirklich nicht! – Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Herr Kienscherf, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dennis Gladiator?

Dirk Kienscherf SPD (fortfahrend): Nein. – Das verwundert mich auch bei der LINKEN sehr. Wir wissen, was in Europa los ist. Wir kennen diese

Flüchtlingsströme. Wir kennen die Verhältnisse im Mittleren Osten.

(Zuruf von *Martin Dolzer DIE LINKE*)

– Was hast du eigentlich für ein Problem dahinten? Benimm dich erst einmal, dann kannst du nach vorn kommen.

Wenn wir wissen, was dieses Land für ein Riesenproblem mit einer Million Flüchtlingen hat und dass wir uns um diese Menschen kümmern müssen, dann finde ich es überhaupt nicht akzeptabel, dass es in den vergangenen Wochen beim Thema Flüchtlinge Ihrerseits immer nur um Probleme geht. Die Chancen und dass wir es gemeinsam hinkriegen können, benennen Sie nie, und das ist schlimm.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von *Joachim Lenders CDU*)

Dann kommen diese Thematiken wie Großsiedlungen. Da werden die Leute in Steilshoop stigmatisiert, in Mümmelmansberg stigmatisiert, in Wilhelmsburg stigmatisiert.

(Beifall bei *Anna Gallina GRÜNE*)

Das ist einfach inakzeptabel.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Was sind denn das für Großsiedlungen? Schauen wir uns einmal das Beispiel Wandsbek an. Bei der Großsiedlung Mümmelmansberg, Herr Duge hat darauf hingewiesen, reden wir von 20 000 Einwohnern. Und wenn man sich jetzt einmal ansieht, was im Bereich Wandsbek geschaffen werden soll, dann sind da zwischen 300 und 500 Wohneinheiten.

(*Dennis Thering CDU:* 600 in Hummelsbüttel! Werden Sie mal wach!)

Das ist keine Großsiedlung, sondern das bietet endlich einmal die Möglichkeit, dass wir wegkommen von den Lagerhallen, dass wir wegkommen von den Baumärkten und dass wir wegkommen von den Zelten. Das ist eine Zukunftschance.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Eines will ich Ihnen auch noch einmal mitgeben, und zwar auch Ihrem Mitarbeiter, den Sie heute dort haben und der damals mein Kompagnon in Hamm war: Als vor vier Jahren in Hamm 100 Flüchtlinge untergebracht werden sollten, hat Herr de Vries eine Veranstaltung gemacht und gesagt, Hamm gehe unter, 100 Flüchtlinge könne dieser Stadtteil nicht verkraften.

(Zurufe von der CDU und von *Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP*)

Und genauso ist es bei Ihnen immer noch. Ihnen geht es nicht um die Lösung, sondern um die Eskalation, und das ist falsch.

(Dirk Kienscherf)

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben ein klares Angebot gemacht, indem wir gesagt haben, dass wir die Bürgerschaften heute beschließen wollen. Über das Inhaltliche und die Art und Weise, wie diese Stadtteile entstehen, wollen wir im Ausschuss diskutieren. Darüber haben wir letztes Mal gesprochen. Wir haben auch den Vorschlag der FDP aufgegriffen, dass wir nicht nur eine Expertenanhörung vornehmen, sondern dass aus jedem Bezirk ein oder zwei Vertrauensleute – das war letztendlich Ihr Vorschlag, Frau Suding – dazukommen sollen. Das alles haben wir einvernehmlich gemacht, und das zeigt doch, dass wir uns inhaltlich mit Ihnen darüber auseinandersetzen wollen

(*Dennis Thering CDU*: Das wäre das erste Mal! – Zurufe von der CDU)

und es uns nicht darum geht, irgendetwas durchzustimmen. Aber was wir wollen, wie bei der Bauordnung, wo wir mehr Rechtssicherheit wünschen ...

(Zurufe von der CDU – Glocke)

– Nun bleiben Sie doch einmal ruhig. Ich weiß gar nicht, warum der da eigentlich immer schreien darf.

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich bitte auch den Abgeordnetenkollegen Niedmers, sich zu mäÙigen. Mir ist signalisiert worden, dass eine Ältestenratssitzung gewünscht wird.

(Vereinzelter Beifall)

Diesen Punkt können wir allerdings erst nach der Rede aufrufen.

Dirk Kienscherf SPD (fortfahrend): Dann will ich noch etwas zur Kollegin Dutschke sagen. Vieles kann ich ehrlich gesagt nicht verstehen, aber eines muss ich dann doch sagen, und dafür bedanken wir uns auch und das war auch unser Angebot: Natürlich haben wir gesagt, dass wir Ihren Antrag überweisen und unseren Antrag zur HBauO überweisen. Heike, wir haben auch darüber geredet, ob wir noch ein, zwei Experten von der HafenCity Universität dazunehmen, um das Anfang Januar ganz ausführlich im Ausschuss besprechen zu können. Aber weil wir wissen, dass wir einen Zeitdruck haben,

(Zuruf von *Dennis Thering CDU*)

erwarten wir ganz klar, dass Sie sagen: Stimmt das heute nicht ab, wir befassen uns damit im Ausschuss, wir befassen uns im Ausschuss auch mit der Expertenanhörung und mit anderen Dingen, aber die HBauO-Änderung kommt im Januar wieder ins Plenum. Das war ein ordentlicher Vorschlag. Die FDP – und das freut mich ganz ehrlich an diesem Abend – würde dem folgen. Das finden

wir richtig und verantwortungsvoll, und dafür möchten wir uns noch einmal bedanken. Dass Sie dem nicht folgen, ist schon bezeichnend und eigentlich entlarvend für Sie.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von *Dennis Gladiator CDU*)

Deswegen will ich kurz vor dem Ältestenrat noch einmal ansprechen, dass die Situation in vielen Einrichtungen fast untragbar ist.

(*Dennis Thering CDU*: Und Sie machen nichts!)

Wir müssen alles tun, um Entlastung zu schaffen, auch langfristig.

(Zurufe von *Karin Prien CDU* und *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Wir müssen alles tun, um Wohnunterkünfte zu schaffen mit der Perspektive wohnen, mit der Perspektive mischen. Das wollen wir tun. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns auch, dass wir nicht endlos über Bedarfspläne und Prognosen diskutieren,

(*Dennis Gladiator CDU*: Dass Sie sie mitnehmen und beteiligen, das erwarten die Bürger!)

sondern dass wir die Realitäten einfach anerkennen und endlich handeln. Wir wollen das. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Ich frage jetzt noch einmal, ob wir hier oben es richtig verstanden haben, dass der Antrag auf Einberufung des Ältestenrats gestellt wurde. – Ich unterbreche die Sitzung, und wir treffen uns zum Ältestenrat in Raum B.

Unterbrechung: 22.01 Uhr

Wiederbeginn: 22.33 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Wir setzen die Sitzung fort, nehmen Sie bitte Platz. Das Wort bekommt erneut Herr Kienscherf von der SPD-Fraktion.

Dirk Kienscherf SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es war eben eine hitzige Debatte, und dabei war ich – jeder kennt mich – relativ emotional. Wenn der Eindruck entstanden ist, dass ich das Thema Konzentration und Lager irgendwie zusammengebracht habe, und dies als Vorwurf gegenüber dem einen oder anderen gewertet worden ist, muss ich sagen, dass es so nicht gemeint war. Es tut mir leid. Ich debattiere gern hart, das wissen Sie, aber wer mich kennt, weiß, dass ich solche Vorhaltungen Ihnen gegenüber nicht machen würde.

(Dirk Kienscherf)

(Beifall bei der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor, die Debatte ist beendet. Wir kommen zu den Abstimmungen und beginnen mit dem dringlichen Senatsantrag, Drucksache 21/2308.

Wer möchte diesem seine Zustimmung geben? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Ist der Senat mit einer sofortigen zweiten Lesung einverstanden?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist das erforderliche Fünftel der anwesenden Mitglieder, dann werden wir die zweite Lesung für die nächste Sitzung vorsehen.

Zum Bericht des Haushaltsausschusses aus Drucksache 21/2506 stelle ich fest, dass wir Kenntnis genommen haben.

Wir kommen zu den beiden weiteren Drucksachen, zunächst zu Drucksache 21/2550, dem Zusatzantrag der SPD und der GRÜNEN.

Wer möchte diesen nun an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig überwiesen worden.

Wer möchte mitberatend an den Sozialausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir kommen zum zweiten Zusatzantrag, Drucksache 21/2551.

Auch hier die Frage, wer an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen möchte. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch das einstimmig überwiesen.

Wer möchte die Drucksache mitberatend an den Sozialausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Damit kommen wir abschließend zum FDP-Antrag, Drucksache 21/2388.

Wer möchte ihn an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen? – Wer möchte das nicht? – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag im Stadtentwicklungsausschuss, und wir haben diesen Tagesordnungspunkt abgearbeitet.

Punkt 49, Drucksache 21/2393, Bericht des Haushaltsausschusses: Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 26. März

2014 "ÖPNV-Strategie Hamburg 2030: Bahn frei für den langfristigen Schienenverkehrsausbau", langfristige Weiterentwicklung des U-Bahn-Netzes, Sachstand und Finanzierung von Planungen für die Verlängerungen der U4 zum Kleinen Grasbrook und zur Horner Geest sowie für die neue U-Bahn-Linie U5.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 21/1736:

Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 26. März 2014 "ÖPNV-Strategie Hamburg 2030: Bahn frei für den langfristigen Schienenverkehrsausbau" (Drucksache 20/11267)

Langfristige Weiterentwicklung des U-Bahn-Netzes, Sachstand und Finanzierung von Planungen für die Verlängerungen der U4 zum Kleinen Grasbrook und zur Horner Geest sowie für die neue U-Bahn-Linie U5 (Senatsantrag)

– Drs 21/2393 –]

Die Fraktionen sind sich einig, dass die Debatte entfällt, und wir kommen direkt zur Abstimmung.

Wer möchte zunächst Ziffer 1 der Empfehlung des Haushaltsausschusses aus Drucksache 21/2393 annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei etlichen Enthaltungen einstimmig so beschlossen.

Wer möchte Ziffer 2 folgen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mit Mehrheit so beschlossen.

Punkt 55c, Drucksache 21/2411, Bericht des Haushaltsausschusses: Anpassung der Methodik zur Berechnung des langjährigen Trends der Steuererträge und Fortschreibung für das Jahr 2016 sowie Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzrahmengesetzes.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 21/2176:

Anpassung der Methodik zur Berechnung des langjährigen Trends der Steuererträge und Fortschreibung für das Jahr 2016 sowie Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzrahmengesetzes (Senatsantrag)

– Drs 21/2411 –]

Auch hier entfällt die Debatte, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und das Gesetz zur Änderung des Finanzrahmengesetzes aus Drucksache 21/2176 beschließen? – Gegenprobe. – Wer möchte sich enthalten? – Dann ist das mit Mehrheit beschlossen.

(Präsidentin Carola Veit)

Es bedarf einer zweiten Lesung. Ist der Senat mit einer sofortigen zweiten Lesung einverstanden?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Auch das ist das erforderliche Fünftel der anwesenden Mitglieder. Dann werden wir die zweite Lesung dieses Gesetzes für die Januarsitzung vorsehen, es sei denn, es erreicht noch die morgige Tagesordnung in seiner zweiten Lesung.

Von der Drucksache haben wir im Übrigen Kenntnis genommen.

Wir haben das Ende unserer Sitzung erreicht. Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend und bis morgen.

Ende: 22.39 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung war nicht anwesend: die Abgeordnete Annegret Krischok

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 2

Unterrichtung durch die Präsidentin:**Wahl eines ordentlichen Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission
– Drucksache 21/631 –**

Nicht gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der AfD-Fraktion:					
a) Mitglied					
Dr. Alexander Wolf	118	22	93	3	0
b) Stellvertretendes Mitglied					
Dr. Bernd Baumann	118	23	87	6	2

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 3

Unterrichtung durch die Präsidentin:**Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde****– Drucksache 21/1466 –**

Nicht gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der AfD-Fraktion:					
Justus Burgdorf	117	27	68	21	1

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 5

Unterrichtung durch die Präsidentin:**Wahl von Mitgliedern des Richterwahlausschusses und ihren Vertreterinnen und Vertretern****– Drucksache 21/2326 –**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
a) Mitglieder					
Dr. Nils Weiland	117	102	5	9	1
Dr. Bettina Schomburg	117	104	2	9	2
Urs Tabbert	117	103	4	8	2
b) Stellvertretende Mitglieder					
Dr. Arnim Karthaus	117	100	4	8	5
Martina Friederichs	117	99	5	8	5
Hendrikje Blandow-Schlegel	117	95	11	6	5
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
a) Mitglied					
Richard Seelmaecker	117	104	3	9	1
b) Stellvertretendes Mitglied					
Viviane Spethmann	117	102	4	6	5
c) Weiteres stellvertretendes Mitglied					
Grit Tüngler	117	99	4	6	8
Vorschlag der GRÜNEN Fraktion:					
a) Mitglied					
Ernst Medecke	117	94	10	11	2
b) Stellvertretendes Mitglied					
Dr. Sabine Kramer	117	92	10	10	5
c) Weiteres stellvertretendes Mitglied					
Christiane C. Yueksel	117	93	9	7	8
Vorschlag der Fraktion DIE LINKE:					
a) Mitglied					
Frank Frind	117	75	22	17	3
b) Stellvertretendes Mitglied					
Arne Timmermann	117	82	19	11	5

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer:					
a) Mitglieder					
Otmar Kury	117	108	2	6	1
Jürgen Steiner	117	104	3	8	2
b) Stellvertretende Mitglieder					
Annette Voges	117	106	3	3	5
Sabine van Lier	117	106	3	3	5
c) Weitere stellvertretende Mitglieder					
Dr. Karin Sandberg	117	103	1	4	9
Andreas Schulte	117	102	1	5	9
Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes:					
a) Mitglied					
Henning Hansen	117	96	9	10	2
b) Stellvertretendes Mitglied					
Yvonne Wittmaack	117	94	11	6	6
Vorschlag der Vereinigung der Unternehmensverbände:					
a) Mitglied					
Norbert Guhl	117	104	6	6	1
b) Stellvertretendes Mitglied					
Dr. Uwe Teuchert	117	102	5	5	5

Anlage 2

(siehe Seite [1377](#))

**Namentliche Abstimmung
über den Senatsantrag
Verständigung der Freien und Hansestadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein mit der
Europäischen Kommission im Beihilfeverfahren zur HSH Nordbank AG
Drucksache 21/2177 Ziffer 4.2**

Name	Abstimmungsergebnis
Kazim Abaci	Ja
Peri Arndt	Ja
Dr. Bernd Baumann	Enthaltung
Ksenija Bekeris	Ja
Dr. Stefanie von Berg	Ja
Martin Bill	Ja
Hendrikje Blandow-Schlegel	Ja
Christiane Blömeke	Ja
Sabine Boeddinghaus	Nein
Ole Thorben Buschhüter	Ja
Deniz Celik	Nein
Matthias Czech	Ja
Phyliss Demirel	Ja
Gabi Dobusch	Ja
Martin Dolzer	Nein
Dr. Andreas Dressel	Ja
Barbara Duden	Ja
Olaf Duge	Ja
Jennyfer Dutschke	Nein
Dr. Kurt Duwe	Nein
Detlef Ehlebracht	Enthaltung
Henriette von Enckevort	Ja
Mareike Engels	Ja
David Erkalp	Nein
Dr. Ludwig Flocken	Enthaltung
Martina Friederichs	Ja
Anna Gallina	Ja
Stephan Gamm	Nein
Uwe Giffei	Ja
Dennis Gladiator	Nein
René Gögge	Ja
Murat Gözay	Ja
Franziska Grunwaldt	Nein
Birte Gutzki-Heitmann	Ja
Norbert Hackbusch	Nein

Name	Abstimmungsergebnis
Jörg Hamann	Nein
Philipp Heißner	Nein
Astrid Hennies	Ja
Dora Heyenn	Nein
Danial Ilkhanipour	Ja
Regina-Elisabeth Jäck	Ja
Carl-Edgar Jarchow	Nein
Stephan Jersch	Nein
Hildegard Jürgens	Ja
Annkathrin Kammeyer	Ja
Gert Kekstadt	Ja
Dr. Annegret Kerp-Esche	Ja
Dirk Kienscherf	Ja
Thilo Kleibauer	Nein
Martina Koeppen	Ja
Dr. Joachim Körner	Enthaltung
Thomas Kreuzmann	Nein
Dr. Jörn Kruse	Enthaltung
Michael Kruse	Nein
Gerhard Lein	Ja
Joachim Lenders	Nein
Uwe Lohmann	Ja
Gulfam Malik	Ja
Dorothee Martin	Ja
Jens Meyer	Nein
Antje Möller	Ja
Farid Müller	Ja
Doris Müller	Ja
Arno Münster	Ja
Ralf Niedmers	Nein
Daniel Oetzel	Nein
Dr. Christel Oldenburg	Ja
Carsten Ovens	Nein
Cansu Özdemir	Nein
Milan Pein	Ja
Dr. Mathias Petersen	Ja
Lars Pochnicht	Ja
Karin Prien	Nein
Jan Quast	Ja
Wolfgang Rose	Ja
Jenspeter Rosenfeldt	Ja
Dr. Monika Schaal	Ja

Name	Abstimmungsergebnis
Marc Schemmel	Ja
Dr. Wieland Schinnenburg	Nein
Hansjörg Schmidt	Ja
Frank Schmitt	Ja
Christiane Schneider	Nein
Markus Schreiber	Ja
Brigitta Schulz	Ja
Sören Schumacher	Ja
Jens-Peter Schwieger	Ja
Karl Schwinke	Ja
Dr. Joachim Seeler	Ja
Richard Seelmaecker	Nein
Ulrike Sparr	Ja
Olaf Steinbiß	Ja
Dr. Tim Stoberock	Ja
Birgit Stöver	Nein
Katja Suding	Nein
Heike Sudmann	Nein
Dennis Thering	Nein
Dr. Carola Timm	Ja
Juliane Timmermann	Ja
Dr. Anjes Tjarks	Ja
Dr. Sven Tode	Ja
André Trepoll	Nein
Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein	Nein
Carola Veit	Ja
Dr. Isabella Vértes-Schütter	Ja
Hauke Wagner	Ja
Karl-Heinz Warnholz	Nein
Michael Weinreich	Ja
Dietrich Wersich	Nein
Michael Westenberger	Nein
Dr. Alexander Wolf	Enthaltung
Sylvia Wowretzko	Ja
Ekkehard Wysocki	Ja
Mehmet Yildiz	Nein
Güngör Yilmaz	Ja